هكذا من الأصل

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mittwoch, 7. Dezember 1983 - D ***

Nr. 285 - 49.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 30,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 ÖS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

EG verhandelt weiter: Bundeskanzler Kohl hat nach dem Scheitern des EG-Gipfels in Athen die Gültigkeit der Zusagen an Spanien und Portugal bekräftigt, 1984 die Beitrittsverhandlungen zu Ende zu bringen. (S. 3)

Freilassungen: In den vergangenen vier Monaten sind 250 politische Gefangene aus der „DDR" ins Bundesgebiet entlassen worden. Unter ihnen ist auch der in Halle verfolgte Jugenddiakon Rochau.

Anschlag in Israel: Beim schlimmsten Bombenanschlag in Jerusalem seit Jahren sind mindestens vier Menschen getötet und etwa 40 verletzt worden. In Libanon schossen syrische Truppen ein unbemanntes israelisches Aufklärungsflugzeug ab.

Shultz meint Moskau: Der US-Außenminister fordert die Sowjets auf, ihren Einfluß auf Syrien geltend zu machen und Damaskus zu einer „vernünftigen" Position im Libanon-Konflikt zu bringen.

Bundestag: Zu Beginn der Haushaltsdebatte, die bis Freitag dauert, standen die Innen- und die Rechtspolitik im Vordergrund. Die Opposition versuchte vergeblich, sowohl in der Aussprache über den Haushalt Zimmermanns als auch über den des Justizministers Engelhard, das Thema Lambsdorff in den Vordergrund zu rücken. (S. 1 u. 4)

Nominierung verschoben? Die für kommenden Samstag geplante Nominierung des Nachfolge-Kandidaten für den Regierenden Bürgermeister von Berlin durch den „kleinen Parteitag" der Berliner CDU sei auf den 16. Dezember verschoben worden, berichten Parteikreise. Die beiden Rivalen um die Kandidatur, Landesvorsitzender Diepgen und Schulsenatorin Laurien, sollen sich auf den neuen Termin geeinigt haben.

NATO-Tagung: Die europäischen NATO-Partner haben die Sowjets zur Rückkehr an den Verhandlungstisch über Mittelstreckenrüstung aufgefordert, dabei allerdings keine neuen Vorschläge gemacht. Verteidigungsminister Wörner bestätigte in Brüssel, daß auch über eine eventuelle Zusammenlegung Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen (INF) und interkontinentaler Systeme (START) gesprochen worden sei. (S. 6 u. 12)

SPD fordert Entlassung: Die Fraktion werde formell einen Antrag auf Entlassung des Bundeswirtschaftsministers einbringen, kündigt Vorsitzender Vogel an.

Heute: Generalaussprache im Bundestag über die Regierungspolitik im Rahmen der Haushaltsdebatte. – US-Außenminister Shultz setzt Gespräche in Bonn fort. – Tagung der OECD-Ölminister in Genf über Preise und Förderquoten. – Chinesisch-britische Verhandlungen über Hongkong sollen in Peking fortgesetzt werden.

ZITAT DES TAGES

„Wir können doch in der Bundesrepublik keine Opfer von Rentnern und Schülern verlangen und gleichzeitig für die Überproduktion von Milchfabriken zahlen."

Bundeskanzler Helmut Kohl zum Streit in der EG um die Agrarreform
FOTO: WERNER SCHÜRING

WIRTSCHAFT

Sparquote: Dürfte 1983 auf 13 Prozent (gegen 14,4 Prozent 1982) zurückgehen, vermutet Sparkassen-Präsident Geiger. (S. 14)

Weniger Stahl: Mit 33,11 Millionen Tonnen lag die Rohstahlerzeugung in den ersten elf Monaten 1983 um zwei Prozent unter der Vorjahresmenge.

Autoabsatz in USA: Die Erholung dauert an; im November wurden um 3,6 Prozent mehr Autos verkauft als vor einem Jahr. – In Frankreich ging die Produktion im Oktober um 8,7 Prozent zurück (September noch plus 1,5 Prozent). (S. 14)

Ölverbrauch steigt: Plus 1,8 Prozent sagt die Internationale Energieagentur IAE für 1984 voraus.

Bayern-Hypo: Das Teilbetriebsergebnis für die ersten zehn Monate wurde gegenüber dem Vorjahr um mehr als 30 Prozent verbessert; die Dividende soll aber bei 18 Prozent bleiben. (S. 15)

Aigner-Aktien: Zum Kurs von knapp 500 Prozent (245 DM für die 50-DM-Aktie) sollen Aktien der Etienne Aigner AG, München, ab 13. Dezember angeboten werden.

Börse: Nach freundlichem Beginn bröckelten die Aktienkurse teilweise wieder ab, weil Anschlußaufträge fehlten. Der Rentenmarkt war nachgebend. WELT-Aktienindex 149,7 (149,7). Dollarmittelkurs 2,7374 (2,7292) Mark. Goldpreis pro Feinunze 398,00 (397,25) Dollar.

KULTUR

Lucienne Boyer: Die französische Sängerin, deren Chanson „Parlez-moi d'Amour" in den 30er Jahren um die ganze Welt ging, ist gestern 82jährig in Paris gestorben.

Deutscher Kleinkunstpreis: Die Auszeichnung ging in Mainz an den Kabarettisten Wolfgang Neuss, an Franz Josef Degenhardt und die Gruppe „Schmetterlinge" aus Österreich.

SPORT

Fußball: Die deutsche Nationalmannschaft wird bei den Qualifikationsspielen zur Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko nicht auf Österreich treffen. Dagegen wäre die „DDR" als Gegner möglich. Die Auslosung erfolgt heute in Zürich.

Schach: Gari Kasparow (UdSSR) gewann die sechste Partie im Halbfinale des Kandidaten-Turniers in London gegen den Exil-Russen Viktor Kortschnoi. Die Spielzeit dieser Partie betrug rund zehn Stunden. Es steht jetzt 3:3. (S. 9).

AUS ALLER WELT

Unfallträchtig: Jeder zweite Großschaden bei Verkehrsunfällen wird nach Erhebungen der Versichungswirtschaft durch einen Fahrer unter 25 Jahren verursacht, obwohl diese Gruppe nur 13 Prozent aller Autofahrer ausmacht. (S. 22)

Lösegeld gefunden: Die niederländische Polizei hat den größten Teil des Lösegeldes von 30 Millionen Mark für den Brauereibesitzer Heineken und dessen Fahrer inzwischen gefunden.

Wetter: Im Norden und Osten vereinzelt Schneeschauer, im Alpenvorland länger anhaltend; sonst niederschlagsfrei. Um 0 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Die Ware im Zweifel – Enno v. Loewenstern über Professor Biedenkopfs Thesen S. 2

US-Wirtschaftspolitik: Ronald Reagans kritischer Berater Martin Feldstein hält die Stellung S. 3

Ausländerpolitik: Beim Nachzugsalter für Kinder scheint Kohl der FDP entgegenzukommen S. 4

Nordrhein-Westfalen: Im Ruhrgebiet weht dem Ministerpräsidenten der Wind hart ins Gesicht S. 5

SPD-Anfrage: Maßregelung für BGS-Offizier, der sich öffentlich zum Rechtsstaat bekannte S. 6

Menschenrechte: Komitee fordert Freilassung des sowjetischen Dissidenten Märtschenko S. 7

Nicaragua: Die Comandantes lockern die Zügel, stellen sich aber auch auf Krieg ein S. 8

Eishockey: Mit der Düsseldorfer EG steht ein renommierter Klub vor dem Ruin S. 9

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 10

Fernsehen: Der Siebenteiler „Wiedersehen mit Brideshead" nach Evelyn Waugh's Roman S. 11

EG auf dem Nullpunkt. Gipfel der Regierungschefs gescheitert

Mitterrand fordert Rückbesinnung auf Römische Verträge / Nord-Süd-Streit

WILHELM HADLER, Brüssel

Mit einem völligen Fehlschlag endete gestern der EG-Gipfel in Athen. Trotz intensiver Bemühungen mußten die Staats- und Regierungschefs ihren Versuch aufgeben, sich vor Jahresende wenigstens über die Grundelemente der geplanten Agrar- und Finanzreform der Gemeinschaft zu einigen.

Der Europäische Rat trennte sich ohne eine gemeinsame Erklärung oder Aufträge an nachgeordnete Organe. Auch für die nächste Zusammenkunft wurde noch kein Termin festgelegt. Vor der turnusmäßigen Konferenz am 19. und 20. März will der französische Staatspräsident François Mitterrand als neuer Vorsitzender über die Zweckmäßigkeit eines vorgezogenen Gipfeltreffens entscheiden. Dabei soll unter allen Umständen ein erneutes Scheitern verhindert werden.

Bundeskanzler Helmut Kohl gab wie die meisten seiner Kollegen den Mißerfolg unverhohlen zu: „Einen weiteren Fehlschlag dieser Art kann sich Europa auf gar keinen Fall leisten", meinte er. Zugleich äußerte Kohl Zweifel an der Wirksamkeit des bisherigen Verfahrens, die Staats- und Regierungschefs mit einer Unzahl schwieriger technischer Proble-

SEITE 3:
Auf Sand gelaufen

me zu belasten. Der Europäische Rat werde zunehmend zu einer Art Parlamentsausschuß.

Mitterrand forderte nach der Konferenz die EG-Partner auf, sich „auf die Römischen Verträge zurückzubesinnen", während die britische Premierministerin Margaret Thatcher sich unwillig zeigte, „weiterhin von Kompromiß zu Kompromiß zu taumeln". Der griechische Regierungschef Andreas Papandreou sagte, „dies ist ein Tag, an dem man Pessimist sein muß".

Kohl versicherte, für die Bundesrepublik gebe es nach wie vor „keine Alternative" zur EG. Die Sicherung der europäischen Zukunft verlange aber, daß die Gemeinschaft finanzierbar bleibe. Bonn halte an dem beim Stuttgarter EG-Gipfel geschnürten Verhandlungspaket fest. Dies bedeute, daß keine Einzelfrage aus dem Zusammenhang gelöst und vorweg behandelt werden könne. Zugleich aber bleibe auch die Verpflichtung, die den Spaniern und Portugiesen gegebenen Zusagen über ihren Beitritt einzuhalten.

Geplant war, die Verhandlungen mit beiden Staaten spätestens im Sommer zu beenden, damit die Ratifizierung der Beitrittsverträge bis Ende 1985 abgeschlossen werden kann. Bundesaußenminister Genscher berichtete, auch Frankreich habe in Athen seine Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, an diesem Termin festzuhalten. Dagegen besteht die Gefahr, daß die finanzielle Lage der EG durch die ausgebliebenen Beschlüsse noch schwieriger wird als bisher. Die EG-Kommission muß nämlich damit rechnen, daß das Europaparlament in der kommenden Woche den Brüsseler Haushalt ablehnen wird. Als Ausweg bleibt voraussichtlich nur eine Notregelung, nach der der Gemeinschaft vorerst monatlich ein Zwölftel der Finanzbeiträge des Vorjahres bereitgestellt werden.

● Fortsetzung Seite 12

DER KOMMENTAR

Buchhalter-Krise

PETER GILLIES

Auch nach dem gescheiterten Gipfel von Athen harmonieren Franzosen, Italiener, Deutsche und andere Europäer so gut oder so schlecht miteinander wie zuvor. Nicht die europäische Idee ist dort gescheitert, sondern nur die Politiker, denen man sie zwecks Gestaltung überließ.

Weltläufige Kritiker behaupten nun, Europa ersticke an seinen nationalen Egoismen. Dieser Vorwurf ist nur zum Teil berechtigt; denn nationale Regierungen haben nationale Interessen zu vertreten. Im Laufe einer erstarrten Gipfeldiplomatie ist ihnen jedoch jenes Instrumentarium abhanden gekommen, wie man mit Egoismen allgemeinen Nutzen stiftet, einen Ausgleich von Interessen bewirkt.

Jeder Verein, dessen Mitglieder nur darauf bedacht sind, die eingezahlten Beiträge wieder „herauszuholen", verkommt. Das Regiment der herrschenden Buchhalter sperrt die Vision aus.

Europa aber bleibt eine Vision. Ein System jedoch wie das Brüsseler, das wirtschaftliche Unvernunft prämiert (und dieses Geld auch noch als Integrationsopfer überhöht), entfernt sich immer mehr von der Vision Europa. Die heilsame Finanzkrise macht deutlich, daß Europa an Bürokratie, Marktferne, Unvernunft und Regelungswut zu ersticken droht.

Da ein Club selten besser sein kann als die Summe seiner Mitglieder, spiegelt das Scheitern das Unvermögen seiner Mitglieder wider. Dieser Club ist bis zur Lächerlichkeit erstarrt, da die Chefs wie Buchhalter über Milchquoten reden und nicht damit fertig werden, daß ein System die Reichen zu Lasten der Armen fördert.

Es scheint, als stehe Frankreichs Präsident Mitterrand im Begriff, an eine große diplomatische Tradition anzuknüpfen und der Gemeinschaft wieder zu etwas mehr Kraft zur Konfliktlösung zu verhelfen. Aber die Hoffnungen auf die französische Präsidentschaft gehen nur auf, wenn die Hoffenden mitwirken. Krise könne ein produktiver Zustand sein, meint Max Frisch, man müsse ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen. So befindet sich die EG in einer höchst produktiven Krise.

Fall Lambsdorff: Schaden abwenden

Kohl gibt dem Bestand der Koalition Vorrang / Kanzleramt prüft

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat Anweisung gegeben, daß die Anklageschrift gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) von hochrangigen Juristen des Bundeskanzleramtes auf ihre Substanz hin überprüft wird. Wie gestern aus Regierungskreisen in Bonn verlautete, soll diese Prüfung vom Chef des Bundeskanzleramtes, Staatssekretär Waldemar Schreckenberger, vorgenommen werden, der vor seiner Berufung nach Bonn Justizminister des Landes Rheinland-Pfalz gewesen ist. Im Kern geht es neben anderen Aspekten dabei um die Frage, ob Lambsdorff mit der Eröffnung des Hauptverfahrens wegen „Bestechlichkeit" rechnen muß.

Diese Anklageschrift, die rund 100 Seiten stark sein soll, war gestern noch immer nicht dem Landgericht Bonn und dem beschuldigten Bundeswirtschaftsminister zugestellt worden. Die Staatsanwaltschaft erklärte zur Begründung, ihr sei bislang der formelle Beschluß des Bundestages über die Aufhebung der Immunität noch nicht zugegangen. Dieser Beschluß war am vergangenen Freitag um 9 Uhr gefaßt worden. Bundestagspräsident Rainer Barzel hat ihn unmittelbar danach unterzeichnet. Dann wurde er auf den behördeninternen Postweg zum Bundesjustizministerium gegeben.

Von der Prüfung der Anklageschrift will der Bundeskanzler das

SEITE 5:
„Ich habe noch gute Freunde"

weitere Verfahren abhängig machen. Wie aus dem Bundeskanzleramt verlautete, ist Kohl nicht mehr so sicher, daß Graf Lambsdorff bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens im Amt bleiben kann. Wenn mit einem solchen Verfahren auch nach Einschätzung der Hausjuristen des Kanzleramtes gerechnet werden müsse, stelle sich zuerst an Graf Lambsdorff die Frage, wie er sich verhalten wolle. Lambsdorff müsse die Frage beantworten, ob es in einer solchen Situation nicht besser sei, von seinem Amt zurückzutreten und die ganzen Kräfte darauf zu verwenden, eine Entkräftung der Vorwürfe zu erreichen.

Kohls Interesse sei es, die Koalition insgesamt vor Schaden zu bewahren, hieß es. Diesem Ziel ordne sich Graf Lambsdorff unter, wie der Kanzler wisse. Diese Einschätzung läßt die Tendenz erkennen, daß der Bundeswirtschaftsminister – entgegen bisherigen Absprachen – doch alsbald zurücktreten könnte, wenn auch die Juristen im Kanzleramt mit einer Eröffnung des Hauptverfahrens rechnen.

Im Bundeskanzleramt hieß es gestern, angesichts der Verzögerung in der Zustellung der Anklareschrift werde es wahrscheinlich erst in der kommenden Woche zu einem Gespräch in dieser Sache zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Graf Lambsdorff kommen. Der Bundeskanzler hat sich darauf eingestellt, daß die SPD-Opposition die Vorgänge um Lambsdorff in der heutigen Haushaltsdebatte des Parlaments, bei der Beratung des Kanzleretats, zur Sprache bringen wird. Oppositionsführer Vogel hat bereits öffentlich die Forderung nach einem Rücktritt von Graf Lambsdorff erhoben.

Streit über Politik der Koalition

Zweite Lesung des Bundeshaushalts / Zimmermann warnt vor Rechtsextremismus

STEFAN HEYDECK, Bonn

Mit heftigen Debatten zwischen der Regierungskoalition und der Opposition hat gestern im Bundestag die vier Tage dauernde zweite und dritte Lesung des Haushalts 1984, der ein Volumen von 257 Milliarden Mark aufweist, begonnen.

SPD und Grüne warfen bei der Aussprache über die Innen- und Rechtspolitik den zuständigen Ministern Friedrich Zimmermann und Hans Engelhard Versäumnisse vor. Gleichzeitig richteten sie immer wieder ihre Kritik gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und die gesamte Bundesregierung im Zusammenhang mit der Flick-Affäre.

Zu einer positiven Bilanz der über einjährigen Regierungsarbeit seit dem Bonner Bündniswechsel gelangten dagegen die Minister Zimmermann und Engelhard sowie Sprecher von CDU/CSU und FDP. Dabei wollte Zimmermanns Amtsvorgänger Gerhard Rudolf Baum allerdings die Zusage der generellen Unterstützung der Innenpolitik mit einer gewissen Distanzierung bei der angestrebten Novellierung des Datenschutzes, des Demonstrationsstrafrechts und der Ausländerpolitik von seiten der FDP verstanden wissen.

Zimmermann betonte vor allem die von ihm eingeleiteten Verbesserun-

SEITE 4:
Stoltenberg setzt Maßstäbe

gen im Bereich des Umweltschutzes und zur Reinhaltung der Luft. Er kündigte für Juni nächsten Jahres eine multinationale Umweltschutzkonferenz in München an. Allerdings warnte er vor einer hektischen Betriebsamkeit in der Umweltpolitik. Dies würde sich auf die Umsetzung in der Praxis eher hemmend auswirken.

Für die innere Sicherheit sieht Zimmermann eine wachsende Bedrohung durch Rechtsextremisten, deren Bekämpfung die Bundesregierung genauso ernst nehme wie die der Linksextremisten. Er warnte davor, daß mit weiteren Anschlägen der Revolutionären Zellen gerechnet werden müsse.

Zuvor hatte für die SPD Klaus-Dieter Kühbacher dem Minister vorgeworfen, im öffentlichen Dienst eine Sparpolitik zu Lasten der unteren Einkommensgruppen zu betreiben. Nach seinen Worten wolle die Bundesregierung den öffentlichen Dienst als „Rammbock" gegen die Gewerkschaften benutzen. Dem hielt Paul Lauffs (CDU) entgegen, es sei „unverständlich", daß sich die SPD plötzlich als Partei der Beamten verstehe. Die Sozialdemokraten scheiterten schließlich mit 194 gegen 258 Stimmen mit dem Versuch, in namentlicher Abstimmung den Etat des Bundesinnenministeriums und damit die Politik von Zimmermann abzulehnen.

Bei der Beratung des Justizhaushalts warf Manfred Schmidt (SPD) Minister Engelhard vor, nicht entschieden genug für liberale Positionen in der Rechtspolitik gegen die Union eingesetzt zu haben.

‚Evangeliar' für Deutschland ersteigert

DW. London

Das „Evangeliar" Heinrichs des Löwen ist gestern in London für die Bundesrepublik Deutschland zum höchsten Auktionserlös ersteigert worden, den bisher ein Kunstwerk erbracht hat. Bei 4,7 Millionen Pfund erhielten der Londoner Buchhändler Bernard Quaritch und der New Yorker Antiquar H. P. Kraus, die für die Bundesregierung, die Länder Niedersachsen und Bayern sowie viele private Spender geboten hatten, den Zuschlag. Der Regisseur dieses kostspieligen Coups, mit dem das Evangeliar wieder in seine Heimat zurückgeholt wurde, saß zwischen diesen beiden in Reihe drei des Auktionssaales von Sotheby's: der deutsche Bankier Hermann Josef Abs.

Wie in Bonn verlautete, haben der Bund bisher sechs Millionen und die Stiftung Preußischer Kulturbesitz drei Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Von privater Seite wurden etwa 2,5 Millionen Mark für die Kaufaktion gespendet – davon allein 550 000 Mark von den Bürgern der Stadt Braunschweig. Die restlichen Mittel sollen aus den Ländern Niedersachsen und Bayern kommen. Einschließlich der Honorare für die beiden angelsächsischen Antiquare sowie der zehn Prozent für das Haus Sotheby's wird sich der endgültige Preis für die Heimholung des „Evangeliars" voraussichtlich auf eine Summe von rund 40 Millionen Mark belaufen. Quaritch sagte nach der knapp fünf Minuten dauernden Versteigerung: „Wir wären bis zu zehn Millionen Pfund gegangen."

Seite 22: Abs holte „Evangeliar"

Dollar auf höchstem Stand seit elf Jahren

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der Dollar ist gestern bei der amtlichen Notierung weiter von 2,7292 auf 2,7374 DM gestiegen, nachdem er in New York bereits auf 2,7475 DM und damit auf den höchsten Stand seit elf Jahren geklettert war.

Hauptursache des neuerlichen Höhenfluges ist die Verschärfung der Situation in Libanon; wie häufig in Zeiten politischer Unruhe, so profitiert der Dollar auch jetzt wieder von seinem Ruf als sichere Währung. Hinzu kommt die Attraktivität der hohen amerikanischen Zinsen, die allerdings gestern nicht weiter gestiegen sind. Die Furcht, daß es bei einer weiter auf hohen Touren laufenden US-Konjunktur zu einem zinssteigernden Verdrängungswettbewerb zwischen der Kreditnachfrage der Wirtschaft und des Staates komme, hält aber unvermindert an.

Der Dollar erzielte auch gegenüber anderen Währungen Gewinne, während die D-Mark gegenüber dem Schweizer Franken und dem japanischen Yen auf neue Tiefkurse rutschte. In dieser D-Mark-Schwäche spiegelt sich seit einem Monat das internationale Unbehagen wegen des Fast-Zusammenbruchs der früher renommierten SMH-Bank, das sich im Zusammenhang mit den beabsichtigten Anklagen gegen den Bundeswirtschaftsminister noch gesteigert hat. Überdies gibt es auch einen technischen Grund für die derzeitige D-Mark-Schwäche: Wegen der Polarisierung des Devisenhandels auf den Dollar und die Mark reagiert die Mark besonders sensibel auf alle Veränderungen des Dollars.

Polnische Armee probt den Notstand

Warschauer Sejm verabschiedet Ausnahmegesetze / Jaruzelski veranlaßt Mobilisierung

rtr/dpa/AFP, Warschau

Die polnischen Streitkräfte sind gestern im ganzen Land zu einer Übung mobilisiert worden, um die Reaktion auf einen Ausnahmezustand zu überprüfen. In einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur PAP hieß es, Partei- und Regierungschef General Wojciech Jaruzelski habe die Mobilisierung angeordnet.

Überall im Lande waren Militärfahrzeuge unterwegs. Soldaten überprüften den Verkehr, das Fernmeldewesen, Versorgungsbetriebe sowie den Arbeitsablauf in der Industrie. Der stellvertretende Kommandeur der Abteilung für innere Verteidigung, General Jan Swiatowiec, nannte gegenüber PAP die verschlechterte Lage, die aufgrund der Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Westeuropa entstanden sei, als auslösenden Faktor für die Militärübung.

Am Vortag hatte das polnische Parlament bei zwei Gegenstimmen und zehn Stimmenthaltungen neue Notstandsgesetze verabschiedet, nach denen der Staatsrat im Falle innerer Bedrohung den Ausnahmezustand über das ganze Land oder einzelne Regionen verhängen kann. Bisher gab es in der polnischen Verfassung nur die Möglichkeit der Verhängung des Kriegsrechts.

Zu den vorgesehenen Ausnahmeregelungen des neuen Gesetzes gehören viele Zwangsmaßnahmen, die bereits während des Kriegsrechts in Polen praktiziert wurden: Internierungen, Verbot von Streiks und Protestaktionen, Suspendierung von Organisationen und Verbänden und Einschränkung der Freizügigkeit.

Inzwischen hat die Untergrund-„Solidarität" in einem Appell die Bevölkerung Polens für den 16. Dezember zu „friedlichen Kundgebungen" aufgerufen. Mit diesen Kundgebungen sollten die Arbeiter ihren „Willen zu kämpfen" in einem Moment zeigen, „da man versucht, der Gesellschaft ihre Rechte zu nehmen und sich das Lebensniveau ständig senkt".

Arbeiterführer Lech Walesa befürchtet, daß sich an den für 1984 von den Behörden angekündigten Preissteigerungen neue Streikaktionen entzünden könnten. Wie Walesa auf einer Pressekonferenz in der Brigittenkirche der Danziger Lenin-Werft sagte, herrsche derzeit in Polen „ein Klima von Fieber und Spannung". Nahezu zwei Drittel der Polen lebten „an der Grenze des Erträglichen".

Seite 2: Zwei Tage im Dezember

Anzeige

spiecker

Exquisite Damenmoden

Stiftstraße 5 · 7000 Stuttgart 1 · Tel.: 0711/22 39 08

Besuchen Sie auch unser Schwesterhaus in Köln, CORDS, Mittelstraße.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Libanon, Grenada, Vietnam

Von Thomas Kielinger

Zuweilen geben Politiker in einem Satz das ganze Gesetz preis, unter dem die Regierung, der sie dienen, angetreten ist. „Wir müssen die Kräfte, die wir haben, auch einsetzen, im Verfolg der Mission, die wir uns gesetzt haben", sagte US-Außenminister Shultz auf seiner Pressekonferenz vom Montag. Kräfte, das meint das Militär. Mission, das meint die Diplomatie und die politischen Ziele. Die Reagan-Administration ist daran zu erkennen, daß sie seit den Nixon-Jahren zum erstenmal wieder amerikanische militärische Macht zur Verfolgung politischer Ziele in die Waagschale wirft. Das ist eine entscheidende Wende in der jüngeren amerikanischen Geschichte.

Doch hat der Einsatz militärischer Mittel, wie könnte es anders sein, auch seine Kehrseite. Libanon ist nicht Grenada. Im Nahen Osten stehen die USA, ganz im Gegenteil zu dem, was sie auf der karibischen Gewürzinsel erlebten, formidablen militärischen Kräften gegenüber, die relativ bequeme logistische Linien zu ihrer Eigenverstärkung besitzen, ganz zu schweigen von dem Füllhorn ihres Nachschubs, den sowjetischen Beständen. Dazu liegt eine Todes-, eine Unbedingtheitsentschlossenheit in dieser Luft, die nur militärisch gereizt sein will, um ihre letzte Zerstörungskraft zu entfalten. Und auch der Wille der Bevölkerung, von all diesem Treiben befreit zu werden, ist nicht so einheitlich und bekenntnisbereit wie in Grenada.

Daraus folgt für die Präsenz des US-Militärs in Libanon, daß sie nicht der Nabel der amerikanischen Politik werden darf. Gefragt ist eine neue Runde der Libanon-Diplomatie; mehr Druck auf die streitenden Parteien dieses verwüsteten Landes, mit dem Prozeß, der vor einem Monat auf ihrer Genfer Konferenz begann, fortzufahren, und wenn möglich, beschleunigt. Denn wenn Amerika erlebt, daß seine politischen und militärischen Optionen auszulaufen beginnen, wird es nicht lange zögern, sich aus einer ungewinnbaren Lage herauszulösen. Libanon ist nicht Grenada, aber Libanon ist auch nicht Vietnam. Dahin läßt es ein amerikanischer Präsident nicht zum zweitenmal kommen.

Zwei Tage im Dezember

Von Carl Gustaf Ströhm

Die Polen sind ein geschichtsbewußtes und religiöses Volk. So ist nicht verwunderlich, daß Arbeiterführer Lech Walesa den Namenstag der Heiligen Barbara – der Schutzpatronin der Bergleute – zum Anlaß nahm, um die oberschlesischen Kumpel aufzurufen, am 16. Dezember demonstrativ Blumen vor der Zeche Wujek niederzulegen. Am 16. Dezember vor zwei Jahren wurden in diesem Bergwerk neun streikende Arbeiter von Sicherheitspolizei erschossen. Vor dem 16. Dezember kommt aber der 13., der zweite Jahrestag der Verkündung des Kriegszustandes in Polen. Man darf gespannt sein, wie General Jaruzelski mit dieser Zusammenballung von Jubiläen fertig wird.

Einige Anzeichen deuten darauf hin, daß die Stimmung in Polen nicht besser wird. Massive Preiserhöhungen in fast allen Bereichen der Versorgung lassen den Lebensstandard 1984 weiter sinken. Das wird besonders in der Arbeiterschaft zu einer neuen Welle der Unzufriedenheit führen. Mit den Intellektuellen und Künstlern wird Jaruzelski gleichfalls nicht fertig. Eben erst konnte eine vom Regime geplante Auflösung des Verbandes der Filmschaffenden nur dadurch abgewendet werden, daß der weltberühmte Regisseur Andrzej Wajda als Vorsitzender zurücktrat. Aber auch jetzt hält die politische Führung es für nötig, die Filmkünstler massiv vor regimefeindlichen Äußerungen und natürlich vor kritischen Filmproduktionen zu warnen.

Der „Privatmann" Lech Walesa wird in den nächsten Tagen den Friedens-Nobelpreis erhalten. Er selber wird nicht nach Oslo zur Preisverleihung reisen, weil er fürchtet, dann von den polnischen Behörden ausgesperrt zu werden. Statt dessen fährt seine Frau Danuta mit einem Sohn. Auch das Ereignis von Oslo wird seine Wirkung auf Polen und auf die Gemütsverfassung der polnischen Nation nicht verfehlen. Walesa scheint – das ist der sogenannte Fortschritt im realen Sozialismus – keine Angst davor zu haben, eingesperrt, wohl aber, ausgesperrt zu werden. Also scheint der Arbeiterführer sich für die Bewegung, für die er steht, immer noch oder schon wieder eine Chance auszurechnen. Wenn es zutrifft, daß sowohl er persönlich wie auch die meisten seiner Landsleute nicht aufgegeben haben, dann stehen der Regierung Jaruzelski noch sehr unruhige Zeiten bevor.

Aufwärts froh

Von Leonid Hoerschelmann

Vor einigen Tagen kündigten einige Mineralölgesellschaften wieder einmal eine Benzinpreiserhöhung an. Ein deutscher Rundfunksender verbreitete diese Nachricht in seinen Mittagsnachrichten mit einem Zusatz. Dies sei, sagte der Sprecher wörtlich, „die sechzehnte Benzinspreiserhöhung in diesem Jahr".

Potztausend noch einmal, sagt sich da der Hörer und fängt an nachzurechnen. Dank der großherzigen Art, in der die Sender einen über jede Benzinpreiserhöhung informieren, weiß er, daß der Preis jeweils um drei Pfennig angehoben wird. Bei 16 Preiserhöhungen müßte der Liter Normalbenzin, der heute 1,40 Mark kostet, zu Silvester 1982 also 92 Pfennig gekostet haben. Sollte einen die Erinnerung täuschen?

Fragen wir einen Tankstellenbesitzer (seine Marke wurde in der Radionachricht ausdrücklich namentlich erwähnt). Der Mann führt Buch. In diesem Jahr hat er seinen Preis 45 Mal ändern müssen, mal nach oben, mal nach unten. Der Markt funktioniert. Zur Zeit kostet der Liter Normalbenzin an dieser Tankstelle 138,9 Pfennig. Am 31. Dezember 1982 waren es 139,9 Pfennig, also ein Pfennig mehr als heute. Soviel zur sechzehnmaligen Preiserhöhung.

Aber das weiß inzwischen natürlich jeder und vermutlich auch der Rundfunkredakteur, der die Meldung verfaßt hat. Wollte er sich einen Scherz machen? Nichts spricht dafür, die Nachricht wurde auch nicht korrigiert. Es bleibt also nur die Wahrscheinlichkeit, daß es da einen öffentlich-rechtlichen Journalisten gibt, der eine akribische Strichliste führt. Jedesmal, wenn er etwas von Benzinpreiserhöhung hört, vergißt er, was er selbst gerade an der Zapfsäule bezahlt hat, und macht einen Strich. Schließlich handelt es sich um Konzerne, und Konzerne kennen nichts als erhöhte Preise.

Welch eine Verdrängungsleistung, welch ein Triumph des Willens über die Wirklichkeit! Und dereinst sinkt so einer vielleicht auch noch mit dem Gefühl ins Grab, er habe an seinem Platz vergeblich, aber tapfer für eine gerechtere Welt gekämpft.

„Wie kommen Sie auf mich? . . . weil ich in Berlin Schule mache?"
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Ware im Zweifel

Von Enno v. Loewenstern

Alois Mertes hat Kurt Biedenkopf wegen dessen These (in dem Aufsatz „Die Akzeptanz einer Friedenssicherung mit Waffen") gerügt, „daß wir uns den Grenzen dessen nähern, was der Gesamtheit durch Entscheidungen repräsentativer Mehrheiten noch zugemutet werden kann". Er warf Biedenkopf vor, die NATO-Strategie falsch zu beschreiben und somit zu einem Verkäufer zu werden, „der die Qualität seiner Ware selber aktiv in Zweifel zieht" und mithin will, „daß eine andere Ware angeboten und akzeptiert wird."

Biedenkopf kann dem hochangesehenen CDU-Staatsminister und Experten für Außen- und Verteidigungspolitik freilich antworten, daß er mißverstanden worden sei. Ihm geht es, wie er schon in einem 1/81 veröffentlichten Aufsatz argumentiert, nicht primär um die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der nuklearen Strategie, sondern „um die grundsätzliche Frage nach der Zulässigkeit mehrheitlicher Entscheidungen über existentielle Risiken". Er will eine Strategie, die auf Konsens beruht. Schon 1981 hat er bezweifelt, daß es in der Atomstrategie möglich sei, „den demokratischen Konsens zu erreichen und seinen Bestand über längere Zeit zu sichern". Die Situation werde „zunehmend unakzeptabel. Ich halte den Prozeß dieser Bewußtseinsbildung weder für revidierbar, noch glaube ich, daß man ihn aufhalten kann."

Das ist der Kern, und Biedenkopf wehrt sich verständlicherweise, wenn man ihn auf die Frage reduzieren will, ob die repräsentative Demokratie oder ein Plebiszit oder was immer zur Disposition gestellt wird, obwohl er durch einige mißverständliche Bemerkungen dazu beigetragen hat. Wenn die Mehrheit gegen nukleare Abschreckung wäre, dann hätten wir wohl am 6. März ein anderes Parlament bekommen. Er will darauf hinaus, daß, wenn auch nur eine Minderheit die Nuklearstrategie ablehne, diese Minderheit doch so unerbittlich und ihr Anliegen so „existentiell" sei, daß die Mehrheit ihren Willen dieser Minderheit nicht oktroyieren dürfe. Dabei sieht er zwar kein Widerstandsrecht der Minderheit gegeben, wohl aber allem Anschein nach einer Konsenspflicht der Mehrheit.

Biedenkopf macht zwei Fehler. Erstens hat er offensichtlich nicht erfaßt, daß die existentielle Frage für beide Seiten gilt. Die einen meinen, daß Atomraketen eine Katastrophe bringen können. Die anderen meinen, daß die Nichtaufstellung von Atomraketen eine Katastrophe bringen kann, und zwar, wenn man die Folgen sowjetischer Einmärsche studiert, sehr viel sicherer als irrendwelche Szenarien vom Versagen technischer oder politischer Atom-Vorkehrungen.

Zwar läßt sich aus Biedenkopfs Thesen die Spekulation ableiten, daß der Atomkrieg einen größeren Horror darstelle als die freiwillige Unterwerfung unter die Sowjetherrschaft, weil ersterer „die Kontinuität der Gattung, des Volkes und der eigenen Kultur" gefährde. Aber damit kann Biedenkopf niemanden, der nicht in die sichere Versklavung und mögliche Ermordung gehen will, unter die Fuchtel eines Konsenses zwingen. Es gibt, wenn es um Menschenleben geht, keine Akzeptanz erster und zweiter Klasse.

Biedenkopfs zweiter Fehler ist die von ihm thesenhaft verkündete Unaufhaltsamkeit der Nuklearhysterie. Man darf sich als Politiker nicht von Zeitströmungen einschüchtern und zu Ewigkeits-Extrapolationen treiben lassen. Die Archive sind voll von Zukunftsdeutungen, wie gut (Thomas Morus), schlecht (Thomas Malthus, George Orwell) oder jedenfalls unabwendbar (Karl Marx) die Menschheitsgeschichte weitergehen werde. Jede politische Partei stellt alle paar Jahre ein Grundsatzprogramm auf, um es später wieder im gleichen Brustton der Selbstsicherheit fortzuschreiben (d. h. umzuschreiben). Was ist eigentlich aus der Neuen sozialen Frage geworden, was aus dem Jugendaufstand? Noch während Biedenkopf die Unaufhaltsamkeit der Bewußtseinsbildung verkündet, klagen bereits die Mahnwächter von Mutlangen, daß sie ihren ausländischen Gästen nicht genug „Vertretung der Mehrheit des deutschen Volkes" vorführen können. Die Bewegung flaut ab. Was viele für den Marsch in die Unregierbarkeit hielten, war eine Zeiterscheinung.

Sie hat sich freilich sehr stark darauf gestützt, daß man ihr nicht deutlich entgegentrat, ihr die tödliche Alternative zur Selbstentwaffnung nicht ehrlich genug vor Augen geführt hat. Sonst wäre sie schon längst zerlaufen. Es ging wohl doch nicht um die Unakzeptierbarkeit von Strategien, sondern um das Gefühl, „der Staat" sei schwach und habe zudem ein schlechtes Gewissen, weil er seine Politik nicht nachdrücklich genug vertritt. Biedenkopf mag mit dieser Deutung übereinstimmen oder nicht. Ob sie zutrifft, wird die Zukunft zeigen. Bis dahin hat Biedenkopf das Recht, als Wissenschaftler Zukunftsdeutung zu treiben. Aber er ist im Hauptberuf nicht Wissenschaftler. Er ist Politiker. In dieser Eigenschaft hat er das Richtige zu vertreten, nicht das Populäre („Akzeptable"). Wenn die Demokratie sich entwaffnen und unterwerfen wollte, oder auch: wenn die Demokratie tatsächlich an Konsensunfähigkeit scheitern sollte, so stünden wir vor einer völlig neuen Situation. Glücklicherweise aber zeichnet sich nichts dergleichen ab, und wir haben keinen Grund, es herbeizuprophezeien.

Mehrheitsentscheidung oder Konsenspflicht: Biedenkopf
FOTO: JÜPP DARCHINGER

IM GESPRÄCH Bernard Haitink

Der Neue im Covent Garden

Von Siegfried Helm

Vier Jahre lang suchte das Königliche Opernhaus Covent Garden nach einem neuen musikalischen Direktor als Nachfolger von Sir Colin Davis. Die Erwartungen waren entsprechend hoch gespannt. Man rechnete mit der Bindung eines Superstars an das Haus, das Sir Georg Solti zum besten der Welt erheben wollte, was er nach Ansicht vieler erreichte. Es spricht für die hohe Einschätzung des erst 54 Jahre alten Amsterdamers Bernard Haitink, daß man in Kauf nahm, den Posten am Pult zwei Jahre lang verwaist zu lassen, nur um auf Haitink nicht verzichten zu müssen. Und es spricht für Haitink, daß er gar nicht erst den Versuch machte, vor Ablauf seines Vertrages als Chef der Glyndebourne-Festspieloper 1988 aus der Pflicht zu kommen.

Stardirigent ohne Starallüren: Haitink
FOTO: DIE WELT

Integrität ist das Lebensgesetz des Künstlers und Menschen Haitink. Deshalb wird er von Orchestermusikern geschätzt und geliebt. Deshalb wächst seine internationale Gemeinde so rasch. Haitink am Pult – das bedeutet allemal die Gewähr einer Werkbegegnung, die von interessanter Künstler-Individualität am Pult unverstellt bleibt. Haitinks Gütesiegel ist Gediegenheit. Gediegenheit im besten Sinne, wobei das Musizieren immer auch eine eminent handwerkliche Übung bleibt.

Kein Wunder, daß Haitink einer unserer besten Mozart-Interpreten ist. Der Schüler Felix Hupkas, der auch bei Ferdinand Leitner lernte, hält viel von organischem Wachsen. So ließ er sich Zeit mit seiner großen Liebe, der Oper. Der Schüler des Amsterdamer Konservatoriums, der als Geiger begann, ist vornehmlich mit zwei Orchestern verbunden, dem Amsterdamer Concertgebouw – das er schon 1961 mit Eugen Jochum leitete, bis dieses Spitzenensemble 1964 „sein" Orchester wurde und blieb – und dem London Philharmonic, das er von 1967 an ein Dutzend Jahre leitete.

Haitinks Zyklen der Sinfonien Bruckners und Mahlers sind Glanzlichter seiner Dirigentenkarriere. Erst in den siebziger Jahren begann er, sich zunehmend der Oper zuzuwenden. Er debütierte in Covent Garden 1977 mit Don Giovanni und begann seine so glückliche Zusammenarbeit mit Glyndebourne, wo er seit 1978 musikalischer Direktor ist. Als er sich dort mit Sir Peter Hall, dem Chef des Londoner Nationaltheaters, zusammentat, erlebte Glyndebourne Sternstunden seiner Geschichte. Hall wurde dort erst vor kurzem Produktionsdirektor. Dies ist das einzig Bedauerliche an Haitinks Abwandern nach Covent Garden: daß nämlich das so gut eingespielte Gespann Haitink-Hall nicht unter einem Dach bleibt.

Haitink ist ein Stardirigent ohne Starallüren. Dieser so grundsympathische Vollblutkünstler hat das Augenmaß für jene Bescheidenheit nie verloren, die sich ganz bewußt in den Dienst der wahren Stars stellt, der Komponisten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LA NAZIONE

Die Florentiner Zeitung macht vor allem die Bundesrepublik für die Schwierigkeiten beim Athener EG-Gipfel verantwortlich:

Margaret Thatcher verlangt eine Änderung der Regeln der Gemeinschaft, um ihr Geld zurückzuhaben. Daraus resultierten die ständigen Zusammenstöße mit Mitterrand und Kohl. Das Schlimmste ist aber, daß die Deutschen alle enttäuschten und sich für eine harte Haltung gegen eine Erhöhung der Einnahmen der Gemeinschaft entschieden haben. Ohne mehr Einnahmen werden sich nicht nur die EG-Ausgaben für die Landwirtschaft relativ erhöhen, die Gemeinschaft wird darüber hinaus nicht in der Lage sein, den Graben zu überspringen, der sie im lebenswichtigen Bereich der neuen Technologien von den USA und Japan trennt. Die teutonische Kompromißlosigkeit war nicht vorgesehen und hat den Süden der Gemeinschaft bestürzt. Es gibt nur die leise Hoffnung, daß es sich um eine taktische Haltung handelt.

NICE MATIN

Das südfranzösische Blatt gibt Frau Thatcher die Schuld an der EG-Misere.

Diese armselige Europäische Gemeinschaft, die eigentlich ein Beispiel für Kollegialität sein sollte, ist fast zu einem bewaffneten Frieden geworden. Gott sei Dank werden nur Worte gewechselt, aber einige haben die Wirkung von Kugeln. Margaret Thatcher, die ihrem Ruf der „Eisernen Lady" gerecht werden will, hat bisher eine unerschütterliche Unnachgiebigkeit gezeigt . . . Experten und Beobachter verfallen dennoch nicht in totalen Pessimismus und glauben, daß ein Kompromiß gefunden wird. „Wir sind dazu verurteilt, zusammenzuleben." Aber wenn man diese magische Formel bei jeder Gelegenheit benutzt, riskiert man möglicherweise, daß eines Tages das Sprichwort Wirklichkeit wird: „Der Krug geht solange zum Brunnen, bis er bricht."

The Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung kritisiert das Vorgehen der USA gegen syrische Ziele in Libanon:

Die amerikanischen Luftangriffe vom Wochenende gegen syrische Flugabwehrbatterien im Norden von Libanon haben zweifellos eine Rechtfertigung in der schweren Provokation, der die Streitkräfte der Vereinigten Staaten durch Syrien und dessen Stellvertreter ausgesetzt waren. Doch ob das Unternehmen und möglicherweise noch erwogene Folgemaßnahmen nützlich und weise sind – das ist eine ganz andere Sache . . . Die Absicht der Vereinigten Staaten ist klar und verständlich: Sie wollen Syrien aus Libanon hinauswerfen. Doch unglücklicherweise haben die Amerikaner keine brauchbaren Mittel, das auch zu erreichen.

WIESBADENER KURIER

Zu Lambsdorff heißt es hier:

Ob der Wirtschaftsminister im Sinne der gegen ihn erhobenen Anklage wegen „Bestechlichkeit" nun schuldig oder unschuldig sein mag, ist für die Regierung absolut zweitrangig. Der Kanzler scheint dies unterdessen erkannt zu haben, indem er einen „Zeitplan" zur Lösung dieser heiklen Frage entwickelte. Danach scheint klar, daß Lambsdorff nicht mehr sehr lange im Kabinett bleiben kann. Niemals hat eine Regierungskoalition in Bonn oder andernorts das Schicksal eines, wenn auch noch so hervorragenden und prominenten Mitarbeiters höher veranschlagt als den Bestand des Regierungsbündnisses selbst.

Die Linken beginnen, an der Guerrilla zu zweifeln

Das Umdenken in Lateinamerika wird durch den Fall Betancur beflügelt / Von Günter Friedländer

Teodoro Petkoff (52) bewarb sich bei Venezuelas Wahlen um die Präsidentschaft seines Landes. Er war einer der ersten lateinamerikanischen Guerrilleros, die – in seinem Fall vor zehn Jahren – die Sinnlosigkeit des bewaffneten Aufstands in demokratischen Ländern erkannten. Er verließ die Guerrilla und gründete die politische Partei „Bewegung zum Sozialismus" (MAS), weil „die völlige Niederlage der Guerrilla in Venezuela" nur den Weg ließ, im Rahmen des demokratischen Systems den Wählern die eigenen Ideale als eine Alternative zu den Traditionsparteien anzubieten.

Er blieb nicht allein. In Kolumbien hatte Bateman, der Führer des gefürchteten M-19, bereits vor der Amnestie angeboten, die Waffen niederzulegen und sich mit seinen Gesinnungsgenossen als politische Partei zu etablieren. Er fand Widerstand bei den Gefolgsleuten. Auf dem Weg zu einer Führerbesprechung des M-19 stürzte sein Flugzeug ab. Batemans Tod trug zum bisherigen Mißerfolg der Amnestie in Kolumbien bei.

Ironischerweise hat nun die Entführung Jaime Betancurs neue Hoffnungen für die Befriedung Kolumbiens geweckt. Was die Amnestie nicht erreichte, brachte die Entführung fertig: die Kolumbianer aller Parteien in einer seit langem nicht mehr erlebten Solidarität um ihren Präsidenten zu sammeln und vielen den Mund zu öffnen, die Sympathisanten der Guerrilla waren und nun den Mut zum Bekenntnis finden, daß die von den Kommunisten vor zwanzig Jahren vorgetragene Theorie des Guerrillakrieges falsch war.

Die kubanische Revolution inspirierte die Lehre vom allgemeinen Guerrillakampf: Für den Sieg des Marxismus in Lateinamerika müßten in allen Ländern des Subkontinents Zellen des bewaffneten Aufstandes die angeblich „unterdrückten Massen" zur Rebellion führen. Deshalb verließ „Ché" Guevara 1965 Kuba, um den Aufstand in Bolivien zu organisieren. Sein völliger Mißerfolg und schließlicher Tod (1967) ließ den Franzosen Regis Debray mit der von ihm miterdachten Lehre vom allgegenwärtigen Guerrillakampf brechen. Aber sie überlebte überall in Gruppen wie den Montoneros und den Tupamaros, die vor zehn Jahren mit der massiven Billigung der Bürger Argentiniens und Uruguays grausam vernichtet wurden, weil Fidel Castro nicht zu dem Eingeständnis bereit war, daß sein Sieg keine Regel aufstellte. Er hatte nur gesiegt, weil er eine Diktatur bekämpfte und dabei die Hilfe demokratischer Kräfte genoß, die nicht ahnten, welches Regime er errichten würde. Das gilt heute für die sandinistische Revolution.

Die Guerrilla hat also in mehr als zwanzig Jahren nur zwei Diktaturen ablösen können. Wenn heute Fidel Castro und die Comandantes gegen Jaime Betancurs Entführung protestieren und dem konservativen Präsidenten Belisario Betancur ihre Solidarität erklären, ist das nicht einfach ein Beispiel mehr für den Zynismus des linken Extremismus. Es hat sich auch in dessen Führerschicht herumgesprochen, daß der Guerrillakrieg in demokratischen Ländern erfolglos blieb. Ihr Problem ist, wie sie es ihren Kindern sagen sollen: den Studenten, Professoren und Abenteurern, die sie in die Wälder führten, um Robin Hood zu spielen, und denen sie nun nicht ohne Gefahr für die eigene Zukunft verkünden können, daß alles, was sie sagten, nur ein historischer Irrtum war.

Wenn man in Kuba immer wieder beteuert, daß eine Verständigung mit den USA denkbar sei, und wenn die Sandinistas von Dialog und Wahlen reden, so geschieht das, um eine Botschaft an die USA zu senden: Beide Regierungen lernten in Grenada trotz aller Schauspiele für die Galerie, daß ihre Revolution kein allgemein verwendbares Abziehbild ist. Sie sehnen sich nach einem Verhandlungstisch.

Der Weg ist nicht einfach. Die größten Hindernisse sind El Salvador, ohne dessen Befriedung keine Verständigung denkbar ist, und die verlorene Glaubwürdigkeit Castros und der Comandantes, die ihre Rolle als Moskaus Beauftragte aufgeben müssen.

Aber die wendigen Intellektuellen der lateinamerikanischen Revolution haben bereits neue Stellungen bezogen. Sie nennen in den bürgerlichen Medien die Guerrilla „Restbestände der Vergangenheit", Anachronismen und ähnlich Schmeichelhaftes mehr. Sie werfen der Guerrilla „ein Spiel mit Stereotypen" vor, eine „fast religiöse Anhänglichkeit an falsche Ideologien", die erklärt, „warum so viele Priester mit ihnen sympathisieren" – Dankbarkeit für vergangene Liebesdienste gibt es da nicht. Sie sagen sich gleichzeitig vom leninistischen Kommunismus los, den sie für die irrtümliche Interpretation des historischen Augenblicks in Lateinamerika verantwortlich machen.

Lateinamerikas Guerrilla steht an einem Wendepunkt, wo nur noch die Wahl zu bleiben scheint, wie Montoneros und Tupamaros unterzugehen, oder wie Venezuelas MAS in das demokratische System heimzukehren. Aber es wird lange dauern, bis das überall akzeptiert wird.

هكذا من الأصل

Unter der Akropolis ist Europa auf Sand gelaufen

Die Gipfelkonferenz der Europäer lief in Athen auf Sand. Niemand weiß, wie es weitergehen soll – mit der Landwirtschaft, mit den Finanzen, mit der Gemeinschaft überhaupt. Auf klassischem Boden gab auch der Geist der Antike keine Hilfestellung. Helmut Kohls Bilanz: „Wir müssen da durch."

Von BERNT CONRAD

Gruppenbild mit Präsident: Gaston Thorn versucht Regierungschefs und Außenminister zusammenzubringen. FOTO: UPI

Um Mitternacht sanken die Hoffnungen in Athen auf den Nullpunkt. Resigniert, enttäuscht, verbittert kehrten die Regierungschefs in ihre Hotels zurück. Das vom griechischen Gastgeber Andreas Papandreou ausgerichtete Diner und das sich anschließende Kaminge-spräch waren ebenso ergebnislos verlaufen wie die formellen Sitzungen des Europagipfels am Sonntag und Montag. „Ich bin in höchstem Maße unzufrieden", verkündete Helmut Kohl, im fahlen Licht der Geisterstunde von ungewohnter Blässe.

Die Lobby des Traditionshotels „Grande Bretagne" verwandelte sich in eine nächtliche Klagemauer. EG-Kommissionspräsident Gaston Thorn, sonst meist in heiterer Stimmung, konstatierte melancholisch fehlenden Europageist. Sein luxemburgischer Landsmann Pierre Werner sah keinen Silberstreif mehr am Gipfelhorizont.

Der Bundeskanzler ließ seinem Außenminister Hans-Dietrich Genscher den Vortritt, um ermüdeten Journalisten in der Plüschpracht des Hotels am Syntagma-Platz die europäische Misere zu erläutern. Als der FDP-Chef die Konferenzsituation als „sehr ernst" bezeichnete, korrigierte er ihn: „Das ist eine außerordentlich ernste Lage."

Wie hatte es dazu kommen können? Als die Gipfelteilnehmer am Sonntagmittag in Athen landeten, strahlte warme Herbstsonne auf die attische Landschaft. Zwischen der klassischen Schönheit der Akropolis und der bizarren Schroffheit des Lykabettos-Berges, inmitten eines üppig grünen Parks mit leuchtend reifen Orangen, schien die klassizistisch nachempfundene Zappion-Halle alle Voraussetzungen für einen harmonischen Konferenzverlauf zu bieten. Hausherr Papandreou legte für drei Tage Eigensinn und Unberechenbarkeit ab und mühte sich mit liebenswürdiger Diplomatie – dabei Griechenlands Interessen keinen Moment aus den Augen lassend – um die Glättung von Gegensätzen.

Aber der olympische Zeus, dessen 2000 Jahre alte Tempelsäulen die Regierungschefs mit wenigen Schritten hätten erreichen können, wollte es anders. Ebenso wie das Außenwetter rasch von Sonnenschein zu Regengüssen wechselte, gab es auch im Konferenzsaal nach freundlichen Begrüßungsworten kalte Duschen. Zwar scheiterte Margaret Thatcher zunächst bei dem Versuch, ihre Amtskollegen unverzüglich wieder mit dem leidigen Thema der britischen Beitragszahlungen zu befassen; doch auch die statt dessen vorgezogenen Agrarprobleme wirkten keineswegs harmonieförderend. Bald verstrickten sich die Teilnehmer hoffnungslos in Milchfördermengen, Währungsausgleichsquoten und Exportziffern.

Das Schlimme war, daß jeder – Europa hin, Europa her – erst einmal an seine eigenen Bauern dachte. Der eine sorgte sich um die nationale Milchproduktion, der andere um seinen heimischen Wein und seine Oliven. Alle bejahten Einsparungen, nur nicht bei sich selbst. Welcher politische Druck und welche Wählerinteressen dahinter standen, wurde unüberhörbar deutlich, als am Montag Tausende von griechischen, italienischen und irischen Landwirten mit Sprechchören und Plakaten leidenschaftlich – doch immerhin ohne Gewalt – gegen alle Kürzungen des europäischen Agraretats protestierten.

Ohne solche Kürzungen aber ist die Gemeinschaft nicht mehr finanzierbar. „Wir können doch in der Bundesrepublik keine Opfer von Rentnern und Schülern verlangen und gleichzeitig für die Überproduktion von Milchfabriken zahlen", wetterte der Bundeskanzler. Auf dem Stuttgarter Europagipfel im vergangenen Juni hatte man sich darauf geeinigt alle anstehenden Probleme – von der Agrarreform bis zum Finanzausgleich – in einem Paket zusammenzuschnüren und in Athen gemeinsam zu lösen. Darauf beharrte Kohl. Aber Genscher mußte feststellen: „Hier haben manche an den Ketten von Stuttgart gerüttelt. Bei einigen ist von Einsparungen keine Rede mehr."

Die „Eiserne Lady" aus England, die am zweiten Tag doch noch ausführlich ihren alten Ruf „I want my money back" variieren konnte, drohte mit einem Veto, falls ihre Wünsche auf der Strecke bleiben sollten. Sie forderte höhere Beiträge Frankreichs. François Mitterrand konterte massiv und bestritt Englands Ansprüche prinzipiell.

Hatte ein Europa-Diplomat anfangs noch gewitzelt: „Die Stimmung ist von gehobener Resignation" und den Konferenzverlauf als „Stillstand auf hohem Niveau" gekennzeichnet, so wurden die Kommentare in der Nacht zum Dienstag mürrischer. Daran änderten auch die vielen Kompromißpapiere nichts, die nach britischer Darstellung „im Saal herumflatterten". Schließlich geriet manches durcheinander: So verteilten Interessenten den französischen Text eines „Genscher-Plans", der in Wirklichkeit eine Zuarbeitung des Bonner Finanzstaatssekretärs Tietmeyer für die EG-Präsidentschaft darstellte. Kohl erwähnte Vorschläge des niederländischen Ministerpräsidenten Lubbers, die zu dieser Zeit nicht einmal Holländern bekannt waren. Verhandlungsleiter Papandreou warf einen Vermittlungsplan nach dem anderen in die Debatte. Dadurch wurde die Verwirrung eher noch größer.

Doch am Ende kam es weder zu der tragischen Verstrickung noch zu der heiteren Auflösung, wie sie die antiken Dramatiker – ebenfalls nur einige Schritte entfernt – im alten Athener Dionysos-Theater so oft vorexerziert hatten. Das Gipfelschiff lief einfach auf Sand und blieb halb gekentert, halb intakt am politischen Ufer liegen.

Die gescheiterte Mannschaft kletterte mißmutig heraus und zog mit hängenden Schultern Bilanz. Kohl hatte schon in der Nacht angekündigt, er werde bei einem negativen Ausgang nichts beschönigen. So meinte er nun gestern mittag – nach der Blässe der Geisterstunde wieder mit gerötetem Gesicht – unumwunden: „Die Sache ist gescheitert. Wir müssen dafür gemeinsam die Verantwortung tragen." Die Regierungschefs haben sich in Athen – eine ausgesprochene Rarität in der Geschichte der Europagipfel – noch nicht einmal auf eine gemeinsame Abschlußerklärung oder einen festen Termin für ihre nächste Tagung geeinigt. Derart – trotz überfließender Milch- und Weinströme – auf dem Trockenen mußte sich den Teilnehmern die Frage aufdrängen, ob man nach den bisherigen Entscheidungsriten überhaupt noch weiter verfahren kann. Welchen Sinn hat es, wenn sich Staats- und Regierungschefs in zunehmendem Maße und ohne jeden Erfolg mit finanziellen und landwirtschaftlichen Details beschäftigen müssen, die besser bei Fachreferenten aufgehoben wären?

Kohl und Genscher sprachen das, als sie erschöpft aus dem Konferenzsaal kamen, offen an: „Ein Kreis wie dieser ist für andere Aufgaben geschaffen und im Grunde überfordert."

Reagans kritischer Berater Feldstein hält die Stellung

„Nicht das kurzfristige, sondern eine lange Kette von Defiziten ist das Problem" – ein Kernsatz von Martin Feldstein, Chef des wirtschaftlichen Beraterstabes im Weißen Haus, in seiner Kritik an der amerikanischen Haushaltspolitik.

Von HORST-A. SIEBERT

Im „State Room" des Mayflower Hotels in Washingtons Connecticut Avenue, wo in dieser Woche das American Enterprise Institute, der „Think Tank" der Republikaner, politische Bilanz zieht (heute stoßen Ex-Präsident Gerald Ford und Ex-Kanzler Helmut Schmidt hinzu), war die Atmosphäre elektrisch geladen. Gebannt starrte die Elite konservativer Nationalökonomen, darunter Gottfried Haberler, Paul McCracken und Herbert Stein, zur Tür. „Kommt er oder kommt er nicht?" fragte der liberale Nobelpreisträger James Tobin den ebenfalls geladenen Wirtschaftspropheten der Carter-Administration, Charles Schultze.

Er kam. Ungerührt schritt Martin Feldstein, 44 Jahre alt und seit einem Jahr Vorsitzender des wirtschaftlichen Beraterstabes im Weißen Haus, zu seinem Platz. Schlagartig war klar, daß der für zwei Jahre von der renommierten Harvard-Universität beurlaubte Professor mit internationalem Ruf, im Streit über Rekordhaushaltsdefizite, Zinsen und Wirtschaftswachstum, nicht so ohne weiteres das Handtuch werfen wird.

Der stämmige kleine Feldstein, mit dicker Hornbrille, hat einen einzigen Fehltritt begangen, der aber in jeder Hauptstadt einen strafbaren Tatbestand schafft: Er hat zu offen und zu laut vor den Gefahren einer zu expansiven Fiskalpolitik gewarnt, die Amerika mit 208 Milliarden Dollar (1983) das höchste Budgetminus in seiner Geschichte bescherte. Für den gebürtigen New Yorker, der lange das von Arthur Burns aufgebaute National Bureau of Economic Research leitete und nicht von Komplexen befallen ist, lassen sich empirisch beweisene ökonomische Fakten eben nicht durch wahltaktische Strategien verbiegen.

Nur dann, so trommelte Feldstein landauf, landab, wenn die Ausgaben im US-Haushalt weiter gekürzt und auch die Steuern angehoben werden, und zwar im gleichen Umfang, wird eine spätere Katastrophe vermieden. Denn eines Tages muß ja die öffentliche Schuld, die sich (von Reagans Amtsantritt im Januar 1981 an) bis 1988 auf nahezu auf 2,6 Billionen Dollar verdreifacht, bezahlt werden. Geschieht nichts, verdoppelt sich bis dahin sogar das derzeitige strukturelle Defizit auf 214 Milliarden Dollar. Das hält die Zinsen und die amerikanische Währung hoch; Opfer bleiben die abhängigen Volkswirtschaften und die US-Exportindustrie.

Aus der Sicht des Weißen Hauses, und das ist verständlich, passen diese Argumente, obwohl richtig und ebenfalls als bedrohlich empfunden, nicht in die innenpolitische Landschaft. Man führt keinen Wahlkampf, in dem der mutmaßliche Sieger nach tiefen Abgabenschnitten im ersten Durchgang nun höhere Steuern verspricht! Bei den Wählern profitieren will die Administration vielmehr von dem mächtigen Konjunkturaufschwung, der nach vier mageren Stagnations- und Rezessionsjahren seit vergangenem Dezember durch die USA „tobt" (Finanzminister Donald Regan).

Der Zusammenstoß war programmiert, als Feldstein den Maulkorb verweigerte. Reagans engsten Beratern, dem Triumvirat Baker-Deaver-Meese, ist jedoch anzulasten, daß sie mit der Austeilung der Schelte den schwachen Pressesprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, beauftragten. Er brachte antijüdische Töne in die Diskussion, als er vor lachenden Journalisten Feldsteins Namen mehrfach falsch aussprach und den Eindruck erweckte, der wirklich kluge Professor werde in Kürze „gefeuert". Im Presseraum riß Speakes Witze, die alle nicht komisch waren. Präsident Reagan hat ihn inzwischen getadelt.

Von alldem hat sich Feldstein bei seinem Auftritt vor dem American Enterprise Institute nichts anmerken lassen. „Ich bin hier unter guten Freunden. Wer meine Reden und Erklärungen verfolgt hat, weiß, daß ich enthusiastisch Reagans Wirtschaftsprogramm und seinen Haushaltsentwurf unterstütze. Wer anders denkt, liegt falsch", sagte er. Und weiter: „Ich werde gehen, aber erst, wie geplant, im kommenden September." Dann analysierte Feldstein die Wirtschaftspolitik der Administration. Es war ein großer Wurf, der zeigte, daß der hitzige Streit um seine Person auf vielen Mißverständnissen beruht.

Für Reagans Chefökonom unterstreichen die konjunkturellen Fortschritte – Abbau der Arbeitslosenquote von 10,8 auf 8,4, Erhöhung der Industrieproduktion seit Januar um 14,8 und eine wirtschaftliche Wachstumsrate von real 6,8 Prozent auf Jahresbasis – die Richtigkeit des 1981 eingeschlagenen Kurses. Das hohe Erholungstempo führte er auf die Senkung der Einkommensteuer um 25 Prozent in drei Jahren zurück, die bei den Verbrauchern einen Nachfragesog auslöste. Laut Feldstein ist der direkte stimulative fiskalische Effekt 1983 und 1984 größer als die Bremswirkung, die von den defizitbedingten enormen Realzinsen ausgeht. „Nicht das kurzfristige, sondern eine lange Kette von Defiziten ist das Problem", betonte er.

Erstaunlich ist auch für Feldstein die Zunahme der betrieblichen Investitionen angesichts des hohen Preises für Geld. Seit dem vierten Quartal 1982 erhöhten sie sich immerhin um preisbereinigt 5,5 Prozent. Hier schlägt voll die 1981 ebenfalls beschlossene Erleichterung der Abschreibungen durch. Herausgefunden hat Feldstein, daß nicht nur die Zinsen oder die Rendite die Investitionsneigung bestimmen, sondern auch die Differenz zwischen den realen Kreditkosten netto vor Steuern und der realen Verzinsung des eingesetzten Kapitals nach Steuern. Von diesem Phänomen leitet er die Hausse an den US-Aktienmärkten ab.

Die langfristige Defizitlösung sieht Feldstein einmal in einer Geldpolitik, „die weiterhin anti-inflationär wirkt und der Konjunktur nicht schadet". Zum anderen soll Präsident Reagan zusammen mit dem Kongreß den im Januar eingebrachten Vorschlag einer Halbierung der roten Zahlen bis 1986 durch eine „Notsteuer" und gleichhohe Ausgabenstreichungen in die Tat umsetzen. Zwei Jahre später würde das Defizit von heute 6,5 auf 1,6 Prozent des US-Bruttosozialprodukts sinken. Das Problem ist nur, daß das Weiße Haus von diesem Plan nichts mehr wissen will, zumindest nicht vor dem Wahltag im November 1984.

In Washington stehen die Wetten 60:40, daß Feldstein trotz der Loyalitätsbekundung bald seinen Hut nimmt. Das muß aber nicht sein, wenn er diesen Rat seiner Vorgänger befolgt: Der Chefberater des Präsidenten hat nach außen nur dessen Wirtschaftspolitik darzustellen und zu vertreten, ansonsten ist Schweigen Gold. Wenn Feldstein sich danach richtet, kehrt wieder Ruhe ins Weiße Haus ein. Denn Ronald Reagan ist an einem Rausschmiß nicht interessiert. Er käme leicht in den politisch gefährlichen Ruch, entgegen weisen Professorenrat zu handeln. Immerhin hat sein erster Chefökonom, Murray Weidenbaum aus St. Louis, das Amt nach anderthalb Jahren niedergelegt.

Wieder muß „Le Monde" den Gürtel enger schnallen

Von A. GRAF KAGENECK

Zum zweiten Mal in diesem Jahr hat die angesehene Pariser Abendzeitung „Le Monde", einer der Sockel der französischen Medienlandschaft, ihren überraschten Lesern scharfe Sparmaßnahmen zum Überleben des Blattes ankündigen müssen. Im letzten Juli hatte die Direktion einen ungewöhnlich hohen Verlust von 18 Millionen Franc (6 Millionen Mark) für das Jahr 1982 ausgewiesen und die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand von 50 Mitarbeitern, darunter etwa ein Drittel Redakteure, des Blattes angezeigt.

In der Dienstagausgabe kündigt André Laurens, der im Juni 1982 von der Redakteursversammlung zum Nachfolger von Jacques Fauvet als Chefredakteur bestellt wurde, weitere Versetzungen oder Entlassungen von etwa 100 Mitarbeitern (auf 1300 insgesamt) an, da, wie er begründete, ein zweites hohes Defizit für das laufende Jahr zu erwarten sei. Laurens sagte, daß die Struktur des Blattes und seine seit vierzig Jahren verteidigte Unabhängigkeit ihm keine Reservenbildung erlauben und die finanzielle Situation nur in drastischen Reduzierungen der Betriebs- und Lohnkosten wiederhergestellt werden könne.

Daß das im Dezember 1944 von Hubert Beuve-Méry unter ausdrücklichem Beistand des Widerstandsheroen und Befreiers Charles de Gaulle gegründete Blatt seit etwa 1982 notleidend war, wußten nicht nur eingeweihte Kreise. „Le Monde" hatte seine Leser und die Öffentlichkeit stets pflichtgetreu und offen über seine Situation unterrichtet. Das Blatt leidet an chronischem Auflagenschwund; es hat seit Frühjahr 1982 etwa 20 Prozent seiner Leser eingebüßt. Hierfür kann es nur eine Begründung geben: „Le Monde", jahrzehntelang mit einer äußerst kritischen Haltung zum bestehenden politischen Establishment der vierten und fünften Republik, hatte sich vor den Präsidentschaftswahlen von 1981 klar für den Sozialisten Mitterrand ausgesprochen.

Nach dem Sieg der Linken im Mai 1981 war die Zeitung von heute auf morgen kein Oppositionsblatt mehr und hatte damit ihre eigentliche Daseinsberechtigung verloren. Auch der Leserbestand hatte sich verändert. Der Trend ging zu schneller lesbaren, übersichtlicheren Blättern. Die Schwierigkeiten des Blattes schlugen sich in der äußerst mühsamen Wahl des Nachfolgers von Fauvet nieder.

Der neue Chefredakteur Laurens hatte im Herbst 1982 den Versuch gemacht, die finanzielle Basis des Blattes durch Herausgabe einer bebilderten Wochenbeilage zu verbreitern, die weitgehend von großen Werbeagenturen bezahlt werden sollte. Eine Mehrheit der Redakteursversammlung, Eigner des Blattes, hatte sich gegen diese Beilage ausgesprochen in der Befürchtung, die Unabhängigkeit des Blattes könne damit in Gefahr geraten. Laurens sah daraufhin nur noch den Ausweg in massiven Entlassungen.

Krügers haben sich ein Denkmal gekauft. Wer hilft ihnen, daraus ein Wohnhaus zu machen?

Horst Krüger hat sich seinen Traum erfüllt. Er kaufte, eine glückliche Gelegenheit nutzend, ein altes Fachwerkhaus zu verhältnismäßig niedrigem Preis.
Natürlich muß nun eine Menge Arbeit und Geld hineingesteckt werden. Was die Arbeit betrifft, da kann sich Herr Krüger als Elektromeister weitgehend selber helfen. Und was das Geld betrifft, verläßt sich Herr Krüger auf uns.
Sein Bauspardarlehen werden wir bis zur Zuteilung zwischenfinanzieren, und für den Rest besorgen wir eine erstrangige Hypothek. Daß Krügers Zuschüsse beantragen und Steuern sparen können, weil sie ein Denkmal restaurieren, schafft eine zusätzliche Erleichterung.
Um alle diese Vorteile auszunutzen, brauchte Horst Krüger nur mit uns zu sprechen. Denn wir bieten zur qualifizierten Beratung den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbund-Angebot.

Der Verbund: Alles aus einer Bank.
Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft.*
Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Gelddinge bequem und überschaubar zu erledigen und mehr aus Ihrem Geld zu machen – und dies bei jeder der 20.000 Bankstellen der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Ihre Sache ist unsere Sache.
Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,5 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

DG BANK
Deutsche Genossenschaftsbank

8 regionale Zentralbanken

Bausparkasse Schwäbisch Hall

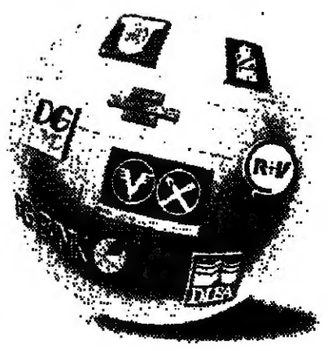
DG HYP
Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank

DIFA
Deutsche Immobilien Fonds AG

Münchener Hypothekenbank eG

R + V Versicherung

Union-Investment-Gesellschaft



Volksbanken Raiffeisenbanken

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Mit dem Etat '84 setzt Stoltenberg Maßstäbe

Von HEINZ HECK

Der Gesetzentwurf des 1984er Haushaltsplans, der bis Freitag im Bundestag abschließend beraten wird, verrät erstmals die Handschrift des neuen Finanzministers. Den '83er Etat mußte Stoltenberg im Herbst letzten Jahres aus dem unrealistischen Entwurf („stocksolide") seines Vorgängers Lahnstein im Hauruck-Verfahren über die Bühne bringen.

Stoltenbergs zentrales Anliegen ist die finanzielle Gesundung der öffentlichen Haushalte. Nur so könne in einem schrittweisen, Jahre währenden Konsolidierungsprozeß der finanzpolitische Handlungsspielraum wiedergewonnen werden. Da zusätzliche Belastungen soweit wie möglich vermieden werden sollen, konzentrieren sich die Bemühungen auf die Ausgabenseite. Mit Steigerungsraten zwischen

DIE ANALYSE

2,8 und drei Prozent will Stoltenberg in den nächsten Jahren unterhalb der Entwicklung des Bruttosozialprodukts bleiben und damit den im zurückliegenden Jahrzehnt rasch gestiegenen Staatsanteil (derzeit rund 50 Prozent) allmählich zurückdrängen. Für 1984 bleibt die Steigerungsrate mit 1,6 Prozent (auf 257,2 Milliarden Mark) sogar noch hinter der bescheidenen Zuwachsrate des Regierungsentwurfs von 1,8 Prozent zurück.

Nach der Entwicklung der vergangenen Jahre ist es eine völlig neue Erfahrung, daß – entgegen den Prognosen der SPD-Haushälter – 1983 nicht nur ein Nachtragshaushalt vermieden werden konnte, sondern die Neuverschuldung mit voraussichtlich 36,5 Milliarden deutlich hinter der Planzahl von knapp 41 Milliarden Mark zurückbleiben dürfte. Die weitere Rückführung der immer noch viel zu hohen Neuverschuldung bleibt Stoltenbergs Hauptziel. Für 1984 werden gegenüber dem Regierungsentwurf mit 37,3 noch 33,6 Milliarden Mark erwartet. Allerdings ist zu bedenken, daß ein um 2,5 auf neun Milliarden Mark erhöhter Ansatz für den Bundesbankgewinn den Löwenanteil beigesteuert hat.

Nicht zuletzt, da der Bundesbankgewinn in den kommenden Jahren weniger reichlich fließen wird (in der mittelfristigen Finanzplanung sind für 1985 bis 1987 4,5, 3,0 und 2,0 Milliarden Mark eingesetzt), muß sich Stoltenberg verstärkt nach neuen Konsolidierungsansätzen umsehen, zumal da die bereits heute überfällige Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs (mit Kosten zwischen 15 und 20 Milliarden Mark) nicht beliebig hinausgeschoben werden kann. Nach gründlicher Vorbereitung will sich der Finanzminister verstärkt dem Subventionsabbau und der Privatisierung des Bundesvermögens (Gesamtkonzept hierfür bis zur Sommerpause 1984) zuwenden. Beide Fragen stehen in enger Wechselbeziehung, da ein erheblicher Anteil der Subventionen des Bundes auch in eigene Unternehmen fließt. Mit der These, daß der Steuerzahler nicht auf Dauer verlustträchtige Unternehmen stützen kann, will Stoltenberg mit den Praktiken der Vergangenheit brechen.

Die Kehrseite der Verschuldungseuphorie der siebziger Jahre ist die explodierende Zinsbelastung des Bundeshaushalts bis in die neunziger Jahre. Die Zinsen verschlingen 1984 schätzungsweise 11,4 Prozent der gesamten Bundesausgaben, 1969 beim Antritt der Regierung Brandt noch 2,7 Prozent. Derzeit entfällt rund die Hälfte der zusätzlichen Ausgaben des Bundes auf zusätzliche Zinsausgaben. Die Neuverschuldung des Bundes wird 1984 mit 33,6 nicht nennenswert über den Zinsausgaben von 28,7 Milliarden liegen. In den kommenden Jahren werden die Zinsen sogar die rückläufige Neuverschuldung überschreiten. Auch die konsequenteste Konsolidierungspolitik kann an diesen „Spätfolgen" nur wenig ändern.

Die SPD-Kritik am neuen Bonner Sparkurs stützte sich vor allem auf das Argument von der Vernichtung der Massenkaufkraft. Nicht nur die tatsächliche Entwicklung hat diese Befürchtungen eindeutig widerlegt, auch zum Beispiel die fünf Weisen haben in ihrem Jahresgutachten vom November die Bundesregierung in ihrem Kurs noch bestärkt: „Der bisherige Konsolidierungskurs hat die konjunkturelle Erholung nicht entscheidend behindert, diese möglicherweise über einen günstigen Einfluß auf die Zinsen und die allgemeinen wirtschaftlichen Erwartungen sogar stärker gefördert, als die Mindersteigerung der öffentlichen Ausgaben sie beeinträchtigt hat. Konjunkturelle Rücksichten stehen einem Fortgang der Konsolidierung im bisherigen Tempo also nicht entgegen. Im Gegenteil, nachdem eine konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Gang gekommen ist, sinkt der Bedarf an konjunkturstützenden Impulsen der Defizitpolitik."

Rommel gegen Ehepaare im Staatsdienst

AP, Stuttgart

Der Oberbürgermeister von Stuttgart, Manfred Rommel (CDU), hat sich dafür ausgesprochen, daß im öffentlichen Dienst keine Ehepaare mehr beschäftigt werden sollen. Der CDU-Politiker erklärte, er halte es für ungerecht, daß „in Zeiten großer Arbeitslosigkeit bei einem Ehepaar beide Partner im öffentlichen Dienst gut verdienen und bei einem anderen beide arbeitslos sind". „Wenn es keine verfassungsrechtlichen Probleme gäbe", erklärte Rommel, „würde ich ab sofort nur noch einen Teil eines Ehepaares einstellen."

Rommel betonte, daß er sich der Problematik einer derartigen Regelung wohl bewußt sei. In einer Zeit, in der die Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt so groß seien wie jetzt, müßten aber auch „heiße Eisen angefaßt werden". Er habe in der Vergangenheit immer wieder Gespräche zu diesem Thema geführt und von vielen Seiten verfassungsrechtliche Bedenken zu hören bekommen. Für ihn sei klar, daß eine Stadt allein diese Regelung nicht einführen könne. Genauso klar sei allerdings auch, daß die Arbeitsplatzsituation im öffentlichen Dienst durch eine Trennung entspannt würde. „Die Arbeitslosigkeit wird immer mehr zum Hauptproblem der Kommunalpolitik", sagte der Stuttgarter Oberbürgermeister. Viele Kommunen in der Bundesrepublik müßten Stellen streichen. Auch die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen könnte einen sprunghaften Anstieg der Arbeitslosenzahlen verhindern.

Teyssen legt Ausschuß-Vorsitz nieder

rtr, Hannover

Der Vorsitzende des Kulturausschusses im Niedersächsischen Landtag Anton Teyssen (CDU) ist nach der öffentlichen Kritik an seiner Bewertung nationalsozialistischer und kommunistischer Verbrechen gestern in einer Sitzung der CDU-Fraktion von seinem Amt zurückgetreten. Remmers wie auch Ministerpräsident Ernst Albrecht hatten sich von Teyssen öffentlich distanziert. Vor dem Rat seiner Heimatstadt Hildesheim hatte er am 21. November die Verbrechen der Nationalsozialisten als „vielleicht humaner" bezeichnet als die Morde im kommunistischen System.

Muß Zimmermann zurückstecken?

Beim Nachzugsalter für ausländische Kinder scheint Kohl der FDP entgegenzukommen

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Ausländerpolitik bleibt ein kontroverses Thema innerhalb der Regierungskoalition. Bundeskanzler Helmut Kohl will offenbar aus Rücksicht gegenüber der FDP dem Vorschlag von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU), das Nachzugsalter für Kinder von bisher 16 auf 6 Jahre zu senken, nicht folgen. Ein Kompromiß soll in einem Respräch gefunden werden, das Kohl im Januar mit den Ministern Genscher, Blüm und Zimmermann führen will.

Ausgangspunkt dafür ist die festzulegende Verhandlunrsstrategie für die EG-Assoziierung der Türkei im Jahre 1986, über die alsbald in Brüssel beraten wird. Übereinstimmung herrscht, daß es die mit der Assoziierung verbundene „vollständige Freizügigkeit" nicht geben könne, weil sie mit den deutschen Interessen nicht in Einklang zu bringen sei. In diesem Zusammenhang wurde in Regierungskreisen auf ein Gespräch verwiesen, das der frühere Kanzler Helmut Schmidt im Jahre 1979 mit den damals noch in der Opposition befindlichen Politikern Kohl und Zimmermann geführt habe. Schon damals sei man einer Meinung gewesen, daß es zu dieser Freizügigkeit der Türken nicht kommen dürfe. Außenminister Genscher, der die Verhandlungen zu führen hat, ist offenkundig der Meinung, man solle es in der nationalen Ausländerpolitik beim Status quo belassen, um den Türken den Verzicht auf die Freizügigkeit abringen zu können.

Zimmermann hingegen vertritt die Auffassung, den Türken sei an dieser Freizügigkeit im eigenen Interesse nicht gelegen, weil diese auf „Gegenseitigkeit" beruhen würde. Die Türken wollten aus religiösen und wirtschaftlichen Gründen kein „Ausländerproblem" im eigenen Land, das sie in den zwanziger Jahren durch die Vertreibung der Griechen gelöst hätten. Außerdem verweist der Bundesinnenminister darauf, daß Bonn im Rahmen der Türkeihilfe ansehnliche Beträge bereitstelle. Zimmermann ist der Auffassung, daß das Ausländerproblem und die erwünschte Integration auf „menschlich anständige Weise" bewältigt werden müßten. Dies heiße eine Begrenzung der Größenordnung sowie eine allmähliche Verringerung der Ausländerzahl durch freiwillige Rückkehr in die Heimatländer, wobei die Türkei im Mittelpunkt steht.

Übereinstimmung über einen ersten wichtigen Schritt zu diesem Ziel zeichnet sich ab, wie interne Gespräche gezeigt haben. Die Bundesregierung tendiert dahin, den Ehegatten-Nachzug in der zweiten Generation zu begrenzen. Das würde bedeuten, daß ein in der Bundesrepublik Deutschland geborener Türke, der eine Türkin heiraten will, entweder in die Türkei zurückkehren muß, oder aber akzeptiert, daß seine Frau keine Zuzugsgenehmigung erhält. Ohne große Diskussionen dürfte auch der Vorschlag von Zimmermann akzeptiert werden, die Ausweisungsbestimmungen neu zu fassen. Damit soll die Ausweisung von Ausländern, die erhebliche kriminelle Delikte begangen haben – zum Beispiel Rauschgifthandel oder Vergewaltigung – ohne größeren Zeitverzug des Landes verwiesen werden können.

In der Begrenzung des Kindernachzugs auf 6 Jahre dürfte sich Zimmermann kaum durchsetzen können, obwohl er hierfür breite politische Rückendeckung hat. Die Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU und der SPD im Bund und in den Ländern, der Städte- und Gemeindetag und die Länder Bayern, Berlin und Baden-Württemberg haben sich dafür ausgesprochen.

Zimmermann argumentiert, im Interesse der Kinder müsse die 6-Jahres-Frist gezogen werden; wirtschaftliche Überlegungen der Eltern müßten zurückstehen. Die Zahlen, die für 1982 auf dem Tisch liegen, bestätigen den Bundesinnenminister: Es wurden nur mehrere hundert Kinder, die unter 6 Jahre alt waren, von ihren Eltern in die Bundesrepublik Deutschland nachgeholt. Aber bei Kindern über 14 Jahre lag die Zahl bei 20 000. Das bedeutet, Kinder, die nicht mehr der ganztägigen Betreuung der Eltern bedürfen und die alsbald für ein Ausbildungsverhältnis anstehen, werden vorrangig nachgeholt. Ihre Berufschancen sind aber aufgrund von mangelhaften Sprachkenntnissen sehr schlecht.

Die FDP ist gegen eine solche von Zimmermann angestrebte Nachzugsbegrenzung. Kohl, so hieß es, wolle in dieser Frage Rücksicht auf den kleineren Koalitionspartner nehmen und ihn nicht „majorisieren".

Saudis besuchen Rüstungsbetriebe

Delegation zwei Wochen auf Rundreise durch die Bundesrepublik / Gespräche mit Ruehl

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Mehr als zwei Wochen reist eine aus saudischen Offizieren bestehende Regierungsdelegation aus Dschidda durch die Bundesrepublik, um sich über Einrichtungen der Bundeswehr und Rüstungsprodukte deutscher Unternehmen zu unterrichten. Vor ihrem Abflug am 20. Dezember wird die Delegation mit Staatssekretär Lothar Ruehl vom Bundesverteidigungsministerium zusammentreffen. Bei dieser Gelegenheit soll dem Vernehmen nach über deutsche Ausbildungshilfe für Saudi-Arabien und über den Ankauf deutscher Ausrüstung für die saudische Armee gesprochen werden.

Die Delegation, die unter Leitung der beiden Generalmajore Faisal Abdel Muien und Khalil Ibrahim Abdel Karim steht, und der zwei Brigadegenerale, vier Stabsoffiziere und ein Hauptmann angehören, absolvieren in den nächsten beiden Wochen ein umfangreiches Besichtigungs- und Vortragsprogramm, das sie nicht nur mit den wesentlichen Schuleinrichtungen des Heeres, seinen Waffensystemen und bestimmten Standorten von Marine und Luftwaffe bekanntmachen soll. Die Saudis werden bei der Reise auch einen ungewöhnlich vollständigen Überblick über die Produktionspalette wehrtechnischer Unternehmen erhalten.

Die Rundreise beginnt für die saudische Delegation mit dem Besuch von Firmen in München. Bei MBB (Messerschmitt-Bölkow-Blohm) sind sie an den Panzerabwehrraketen Hot und Milan, den Transport- und Verbindungshubschrauber Bo 105, dessen Variante zur Panzerabwehr PAH 1 sowie den mit Raketen für mittlere Höhen geeinigten Flugabwehrpanzer Roland interessiert. Bei der Münchener Firma Siemens lassen sich die saudischen Offiziere vor allem Radargeräte zur Luftraumüberwachung vorführen. Ebenfalls in München beim Unternehmen Krauss-Maffei wollen sie dessen Produktionspalette sehen. Dazu gehören die Panzertypen Leopard 1 und 2, die mit Zwillingskanonen vom Kaliber 35 Millimeter ausgerüsteten Flugabwehrpanzer Gepard 1 und 2, das gleiche Waffensystem auf Rädern vom Typ Wildcat sowie alle Ketten- und Reifenfahrzeuge des Heeres für Pionier- und Versorgungsaufgaben.

In und bei Ulm läßt sich die Delegation bei der Firma „Iveco-Magirus" alle dort produzierten leichten und schweren Radfahrzeuge für Transport und Verbindung zeigen. Bei AEG-Telefunken ist die Vorführung von Radargeräten, Feuerleitanlagen (Falke), des Störsenders Hummel sowie eines Radarannäherungszünders für die Flugabwehr geplant. In Stuttgart bei Standard Elektronik Lorenz (SEL) geht es um Funkgeräte und Gefechtsradarsysteme. Danach in Kassel bei Thyssen Henschel und Wegmann sind im Besichtigungsprogramm vor allem der Schützenpanzer Marder und Maschinenkanonen. Und am vorletzten Tag des Aufenthaltes in der Bundesrepublik besucht die Delegation in Porz bei Köln die Firma Dynamit Nobel, wo sich die Saudis deren sprengtechnische Produkte zeigen lassen wollen.

Bombenanschlag auf Linienbus in Jerusalem

dpa/rtr, Jerusalem

Bei einem Sprengstoffanschlag auf einen voll besetzten Linienbus in West-Jerusalem sind gestern mehrere Menschen getötet und etwa 40 Personen verletzt worden. Nach Angaben des staatlichen Rundfunks wurde der Bus von der Sprengladung völlig zerfetzt als er vor einer Verkehrsampel auf dem Herzl-Boulevard stand. Hinter dem Bus wartende Autos wurden durch die Druckwelle der Explosion ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen. Die Verantwortung für den Anschlag übernahm die PLO.

Nach Augenzeugenberichten wurden die Insassen des Busses durch die Detonation meterweit in die Luft geschleudert. Die meisten Verletzten wurden in das Krankenhaus „Shaare Zedek" eingeliefert, das nahe an der Unglücksstelle liegt. Im staatlichen Rundfunk hieß es weiter, es seien mehrere Verdächtige festgenommen worden. Bei vergangenen Bombenanschlägen palästinensischer Freischärler auf Geschäfte und Busse in Jerusalem waren stets kleine Sprengsätze verwendet worden.

Syrische Truppen in Libanon haben gestern ein unbemanntes israelisches Aufklärungsflugzeug („Drone") abgeschossen. Das bestätigte ein Militärsprecher in Jerusalem auf Anfrage. Zugleich dementierte er, daß auch ein israelisches Kampfflugzeug getroffen worden sei. Dies war in Meldungen aus Beirut und Damaskus behauptet worden, in denen es ferner hieß, ein israelischer Pilot sei gefangengenommen worden.

Verlor CIA mit PLO wichtige Informanten?

AP, New York

Der amerikanische Geheimdienst CIA soll nach einem Bericht der „New York Times" mit dem Abzug der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) aus Beirut vor einem Jahr wichtige Informanten aus deren Reihen verloren haben. Seit dieser Zeit seien die Arbeit des Dienstes im Nahen Osten schwächer und die Sicherheit der US-Botschaft in Beirut geringer geworden, berichtet das Blatt unter Berufung auf einen nicht genannten CIA-Beamten. Obwohl die USA offiziell keine Beziehungen zur PLO unterhielten, hätten seit Richard Nixon die Präsidenten Kontakte des amerikanischen Geheimdienstes zur PLO erlaubt.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

COMMERZBANK

Wann legt man Geld in Gold an?

Es war schon immer eine goldene Regel, einen Teil seines Geldes in Gold anzulegen. Denn die langfristige Wertbeständigkeit des gelben Edelmetalls wurde in allen Zeiten besonders geschätzt. Mit der beliebtesten Goldmünze der Welt, dem Krügerrand, kaufen Sie ein Stück langfristige Sicherheit.

Als meistgekaufte Goldmünze ist der Krügerrand fester Bestandteil des internationalen Goldhandels. Es gibt ihn in vier verschiedenen Größen (1/10, 1/4, 1/2 und 1 Unze). Das macht den Kauf und Verkauf besonders flexibel. Und auch als Geschenk kostet er nicht gleich ein Vermögen.

Ihr Commerzbank-Berater sagt Ihnen gerne, wie sich Ihre persönliche Geldanlage durch den Ankauf von Gold sinnvoll ergänzen läßt. Kommen Sie zur Commerzbank, und lassen Sie sich beraten.

Commerzbank. Die Bank an Ihrer Seite.

هكذا من الأصل

هكذا من الأصل

„Ich habe noch gute Freunde"

Lambsdorff registriert bei Auftritten in der Öffentlichkeit Sympathie und Ermutigung

STEFAN HEYDECK, Bonn

„Herr Minister, der langanhaltende Beifall gilt speziell Ihnen", betonte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hansheinz Hauser. Rund 1000 Teilnehmer einer Feierstunde hatten zur Begrüßung von Otto Graf Lambsdorff demonstrativ über eine halbe Minute lang applaudiert. Er war als Vertreter der Bundesregierung ins Düsseldorfer Messe-Kongreß-Center gekommen, um Handwerkskammer-Präsident Georg Schulhoff zur Vollendung des 85. Lebensjahres zu gratulieren. Dagegen wurde seinen beiden Bonner Ministerkollegen Christian Schwarz-Schilling und Heinrich Windelen und sogar Bundestagspräsident Rainer Barzel jeweils nur knapp fünf Sekunden dauernder Höflichkeitsbeifall gezollt.

Genauso geht es dem Minister, der sich nach dem Willen der Staatsanwaltschaft wegen der Flick-Affäre vor Gericht verantworten soll, in diesen Tagen praktisch bei allen öffentlichen Veranstaltungen. Besonders natürlich bei Mittelstand, Handel und Gewerbe und – selbstverständlich – bei Treffen mit Parteimitgliedern. So zum Beispiel bei einem Empfang für Parlamentarier beim Bundesverband der freien Berufe in Bonn oder beim 100jährigen Jubiläum einer großen Baufirma in Baden-Baden. Alles Termine, zu denen er schon vor geraumer Zeit eingeladen worden war. Und auf dem rheinland-pfälzischen FDP-Parteitag in Grünstadt: Dort überreichte ihm unter viel Beifall Landeschef Rainer Brüderle einen Abzug der ersten Seite des „Pfälzischen Merkurs" vom 16. November 1903 mit der Überschrift „Lambsdorff bleibt". In der Meldung aus Petersburg wurden „Gerüchte von einer nahe bevorstehenden Demission des Grafen Lambsdorff" als „vollkommen falsch" zurückgewiesen. Vor 80 Jahren ging es um den damaligen russischen Außenminister, der ein Vorfahr des aus dem Baltikum stammenden Bundeswirtschaftsministers war.

Gewissen Unmut gab es allerdings unter den 700 Zuhörern bei einer Rede Lambsdorffs auf dem Sparkassenforum in Krefeld. Er galt jedoch nicht dem Minister, sondern den ihn mehr denn je pausenlos umlagernden und die Sicht versperrenden Fotografen. Dem Minister winken sogar Leute auf den Straßen zu, wenn sie ihn in seinem schweren Dienstwagen erkennen, heißt es im Thomas-Dehler-Haus. Diese Welle der Zustimmung zeigt sich auch in der Post, die bei ihm und in der Bonner FDP-Zentrale eingeht und in der er fast durchgängig zum Durchhalten aufgefordert wird.

Lambsdorff nimmt das alles mit Gelassenheit hin – zumindest äußerlich. Dennoch scheint es ihn innerlich zu bewegen, daß über die eindeutige Unterstützung durch die Partei und die Bundestagsfraktion hinaus ihm dies auch aus der Bevölkerung gezeigt wird. Das vor allem deshalb, weil aus dem für viele unverständlichen Begriff der „Vorteilsnahme" der schwerer wiegende Vorwurf der „Bestechlichkeit" geworden ist. So wiederholt er ähnlich wie auf dem Karlsruher Parteitag Mitte November jetzt im pfälzischen Gründstadt: „Es wird mir von Tag zu Tag klarer, daß ich gute Freunde habe." Er werde, wie von ihm versprochen, weiter kämpfen. Allerdings bleibt er konsequent dabei, sich vor einer Prüfung der erwarteten Anklageschrift und einer anschließenden Beratung mit Bundeskanzler Helmut Kohl und FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher über seine persönliche und politische Zukunft nicht öffentlich zu äußern.

Lambsdorffs Entlassung beantragt

PETER PHILIPS, Bonn

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hat gestern in Bonn angekündigt, daß seine Fraktion heute im Bundestag die Entlassung von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff beantragen wird. Nach den Vorstellungen der SPD soll die namentliche Abstimmung darüber am Freitag während der dritten und abschließenden Lesung des Bundeshaushalts stattfinden.

Vogel begründete diesen Schritt gestern mit der Anklage der Bestechlichkeit gegen Lambsdorff. Eine derartige Anklageerhebung gegen einen amtierenden Minister sei ein einmaliger Vorgang. Der Betroffene könne die Bundesrepublik Deutschland nach außen nicht mehr vertreten. Im übrigen lasse sich „der Graf" von Bundeskanzler Helmut Kohl „zur Verhinderung eines neuen Mannes im Kabinett mißbrauchen". Mit dieser Äußerung zielte der SPD-Politiker offensichtlich auf den bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß.

Trotz dieses Antrags, so betonte Vogel, bleibe es selbstverständlich bei dem Grundsatz, daß Lambsdorff bis zu einem rechtskräftigen Urteil als unschuldig zu gelten habe. Aber der Rücktritt des Ministers in dieser Situation sei eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Der Oppositionsführer gab auf Fragen zu, daß eine gewisse Gefahr bestehe, daß es durch die SPD zu einer „Inflationierung" von Entlassungsanträgen kommen könne. Doch in diesem Fall sei der Vorstoß gerechtfertigt, über den entsprechenden Antrag gegen CDU-Generalsekretär Heiner Geißler „könne man reden", die Entlassungsanträge gegen Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann und Justizminister Hans Engelhard (wegen des verstorbenen Asylbewerbers Altun) seien aber aus heutiger Sicht wohl überflüssig gewesen.

In seinem Gespräch mit Journalisten beklagte sich Vogel erneut über schlechte Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, insbesondere mit dem Bundeskanzleramt und dem Innenministerium. So kenne er, Vogel, bis heute nicht den Wortlaut des Andropow-Briefes an Kohl. Der parlamentarische SPD-Geschäftsführer Gerhard Jahn habe vor kurzem den Chef des Bundeskanzleramtes, Waldemar Schreckenberger, an frühere Zusagen des Kanzlers über die Zusammenarbeit mit der Opposition erinnert. Aber die Auskünfte des Kanzleramts-Chefs seien so unklar gewesen, daß Jahn „am Schluß des Telefongesprächs nicht wußte, was der eigentlich mitgeteilt hat".

Vogel, der heute früh in Begleitung von SPD-Chef Willy Brandt und einigen Fraktionsmitgliedern mit US-Außenminister George Shultz in Bonn zusammentreffen wird, lobte einmal mehr, daß die Bonner Opposition zum Beispiel über die Vorgänge bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen „aus Washington – und teilweise aus Moskau – schneller, präziser und besser informiert worden ist als vom Bundeskanzleramt".

Volkszählung: Entscheidung am 15. Dezember

DW. Karlsruhe

Das Bundesverfassungsgericht wird seine Entscheidung zu den Beschwerden über das Volkszählungsgesetz bereits am 15. Dezember verkünden. Wie das BVG gestern in Karlsruhe ohne Begründung mitteilte, hat der zuständige erste Senat den ursprünglich für den 19. Januar 1984 vorgesehenen Verkündungstermin vorverlegt. Der Senat berücksichtigt offenbar mit der Vorverlegung auch, daß der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, der zugleich dem ersten Senat vorsitzt, am 20. Dezember wegen Beendigung seiner Amtszeit aus dem Gericht ausscheidet und das wichtige Urteil noch selbst verkünden will.

Jugenddiakon aus ‚DDR' abgeschoben

epd/dpa, Berlin

Der Jugenddiakon Lothar Rochau aus Halle ist, wie jetzt aus seinem Freundeskreis bestätigt wurde, Ende vergangener Woche von den „DDR"-Behörden in die Bundesrepublik Deutschland abgeschoben worden. Rochau, der bis Ende März die Jugendarbeit der evangelischen Kirche in Halle geleitet hatte, war im Juni verhaftet und im September zu drei Jahren Freiheitsentzug wegen „staatsfeindlicher Hetze", „Ungesetzlicher Verbindungsaufnahme" und „Behinderung staatlicher Tätigkeit" verurteilt worden. Seine Familie befindet sich noch in der „DDR".

*

Etwa 250 politische Gefangene sind in den vergangenen vier Monaten aus der „DDR" in die Bundesrepublik Deutschland entlassen worden. Sie hatten ein Drittel oder die Hälfte ihrer Freiheitsstrafe verbüßt. Wie die Arbeitsgemeinschaft 13. August gestern mitteilte, zeige sich hierin eine neue Verhaltensweise der „DDR".

Bisher mußten die Gefangenen meist zwei Drittel ihrer Strafe absitzen, bevor sie entlassen wurden. Hohen Straferlaß hätten auch wegen Fluchtversuchs Verurteilte erhalten. Unter den jetzt Entlassenen und Freigekauften seien auch Personen, die im Frühjahr dieses Jahres versucht hätten, aus der „DDR" zu fliehen.

Rau weht der Wind ins Gesicht

Von WILM HERLYN

Ausgerechnet im Herzen des Ruhrgebiets, in dem die Sozialdemokratie ihre beständigste Anhängerschaft hat, mußte sich der Landesvorsitzende der SPD und Ministerpräsident Johannes Rau kürzlich gellende Pfiffe gefallen lassen. Sie übertönten zeitweise seine Rede vor 6000 Arbeitnehmern in Duisburg. Vergleichbare Mißfallenskundgebungen gab es zuletzt in den sechziger Jahren, als die Bergarbeiter wegen des Zechensterbens um ihre Arbeitsplätze bangten. Die Unmutsäußerungen sind Ausdruck einer Hoffnungslosigkeit, die sich an Rhein und Ruhr langsam breitmacht. Sie nistet in den siechenden Industrien Stahl und Kohle, auf deren Wachstum das Revier jahrelang – zum Teil in blindem Vertrauen – setzte.

Der Trost, es handele sich jetzt um eine weltweite Rezession, hilft den Arbeitern dort wenig. Sie sehen, daß sich nichts bewegt und fassen wenig Mut in den von allen Parteien so oft beschworenen Transfer von neuen, zukunftsträchtigen Industrien. Darum verfing auch Raus Beschwörung des von ihm 1979 initiierten Ruhrprogramms in Höhe von fast sieben Milliarden Mark nicht. Richtig ist zwar, daß das Revier bunter und lebendiger geworden ist, moderner und wohnlicher; richtig ist auch, daß die Hochschulgründungen von Duisburg bis Dortmund zukunftsweisend Weichen stellt, die mithelfen, die verkrusteten Strukturen aufzubrechen. Richtig ist nicht zuletzt, daß das 1980 neugeschaffene Ministerium für Landes- und Stadtentwickhung zumindest eines bewirkt hat: innerhalb des Aktionsprogramms Ruhrgebiet den Grundstückfonds Ruhr zu schaffen, der erst die Möglichkeit für neue Industrien eröffnet, im Revier zu siedeln.

Dennoch zog es aber die Zukunfts-Technologien bisher lieber nach Süddeutschland, vor allem nach Baden-Württemberg. Sie werden abgestoßen von dem lange vorherrschenden Klima und dem Vorurteil, im Revier dürfe es nur Eisen, Stahl und Kohle geben, alles andere habe sich dieser Maxime unterzuordnen. Die zaghaften Versuche der Politik – so scheint es, kommen reichlich spät. Zulange hörte gerade die SPD auf das Wort der Rewerkschaften. Nur ansatzweise deutete Johannes Rau an, die Landesregierung werde im kommenden Jahr zu einer Initiative für Zukunfts-Technologien im Ruhrgebiet blasen.

Dazu gehört aber auch, daß die Menschen im Revier ihre Furcht verlieren vor Mikro-Chips und Computer, daß der Stahlarbeiter am Hochofen umdenken muß, wie der Bergarbeiter vor Ort. Diese Aufkärungsarbeit kann nicht nur von den Unternehmen kommen, sondern sollte vor allem von den Gewerkschaften geleistet werden, die dieses Thema nur zögerlich anpackten. Niemand kann dabei erwarten, daß nach den jahrzehntelangen Versäumnissen die Wende im Re-

Landesbericht Nordrhein-Westfalen

vier von jetzt auf morgen geschieht. Aber die von der Stahlkrise und die von der schlechten Absatzlage der Kohle Betroffenen stehen heute auf der Straße und verlangen mit Recht nicht nur aufmunternde Worte, sondern klare Vorstellungen und Konzeptionen. Sie verweisen darauf, daß in diesen Tagen Essen mit 28 000 Arbeitslosen, Duisburg mit 32 000 oder Dortmund mit 42 000 Arbeitslosen leben müssen.

In einer Bestandsaufnahme kommt der Sprecher für Ruhrgebietsfragen der Düsseldorfer CDU-Landtagsfraktion, Wilfried Heimes aus Essen, zu dem Schluß, das Aktionsprogramm Ruhr sei „gescheitert". Denn die Situation habe sich nicht verbessert, sondern eher verschlechtert. Eine erhebliche Summe des Gesamtvolumens von fast sieben Milliarden Mark – davon stammen fünf aus der Landeskasse und 1,2 Milliarden Mark werden vom Bund bezahlt – sei ganz einfach versickert. Heimes meinte jetzt, das Geld sei auf 42 verschiedene Vorhaben verteilt worden: „Der Versickerungseffekt war unausbleiblich. Das Motto könnte heißen: ‚Jedem sein Zuschüßlein' oder ‚Wie läßt man Milliarden unbemerkt verschwinden'." Insbesondere kritisiert Heimes, daß die SPD-Landesregierung in ihrem Zwischenbericht zum Aktionsprogramm „nur die Anwendung moderner Technologie im Ruhrgebiet für wichtig hält und nicht auch ihre Produktion."

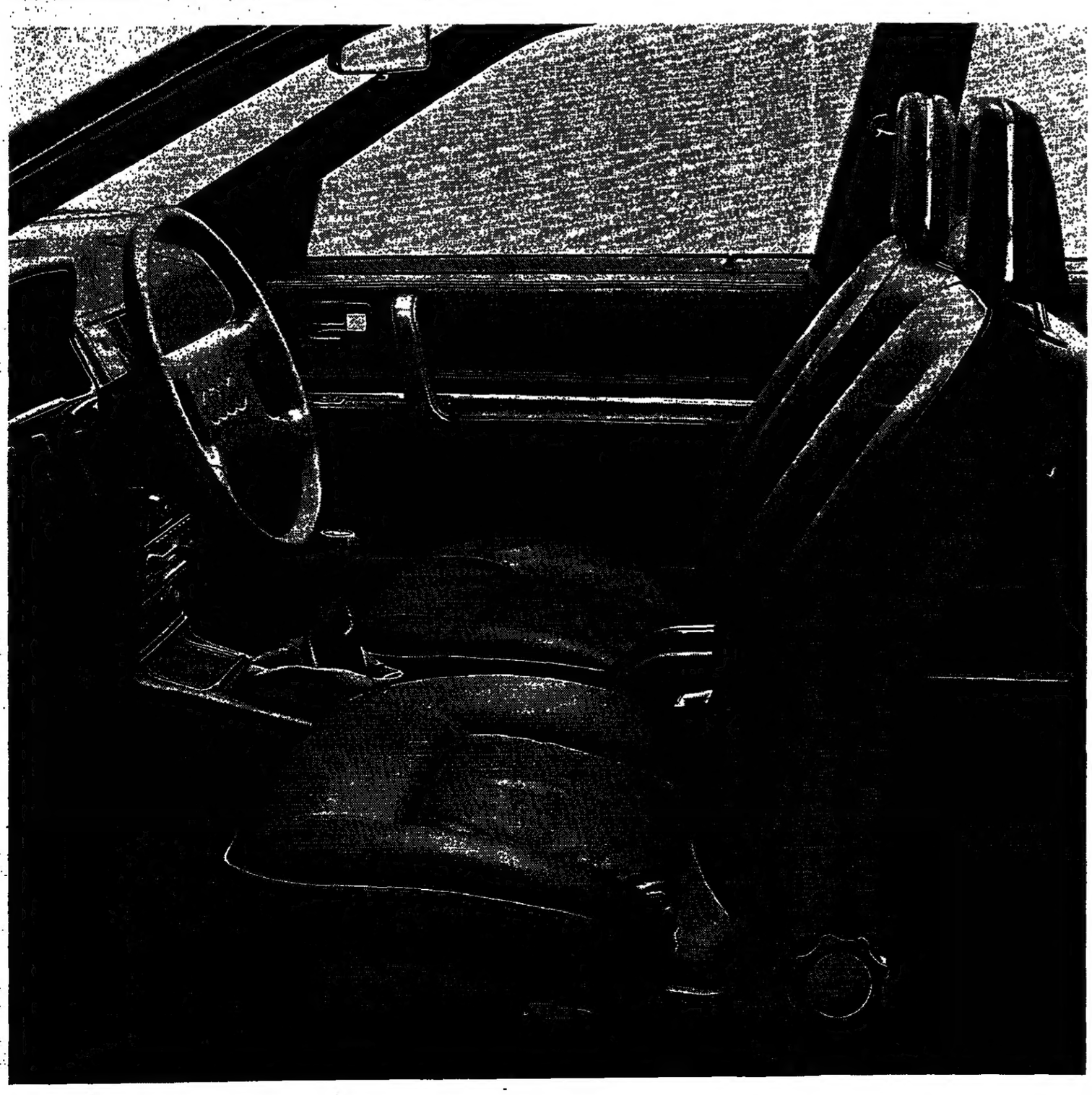
Dieser Kritik begegnet aber inzwischen das Kabinett, das in der Vorwoche für das Frühjahr 1984 die „Landesinitiative Zukunftstechnologien" beschloß. Dabei will es den Schlüsseltechnologien Mikroelektronik, Informations- und Kommunikationstechnologien, Biotechnologie, Entwicklung von neuen Werkstoffen vornehmlich in Verbindung mit Stahl sowie Umwelttechnologien den Vorzug gegeben.

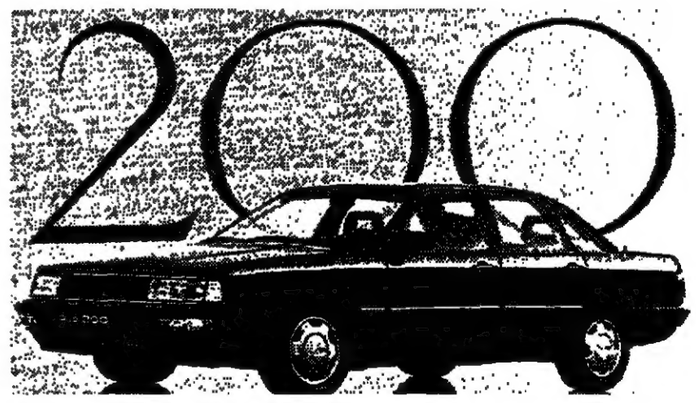
Bei der Vorstellung räumte Regierungssprecher Helmut Müller-Reinig ein, daß Nordrhein-Westfalen bislang an der Entwicklung und Herstellung wachstumsträchtiger Technologien „einen besonders geringen Anteil" habe. Wie jedoch diese Industrie ins Revier gezogen werden soll, weiß die Regierung jedoch auch nicht. Sie verläßt sich einmal mehr auf Appelle an die Wirtschaft für mehr Investitionen, zum anderen offensichtlich auf eine Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage.

So nimmt denn Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann dankbar zur Kenntnis, daß die Auftragslage besonders im Revier Anlaß „zu sehr erfreulichen Prognosen gäben". Farthmann: „Ich behaupte nicht, die Wende sei schon da. Die ganz erfreuliche Entwicklung zeigt aber, welche Potenz das Ruhrgebiet bedeutet." Farthmann weiß die Konjunkturdaten zu lesen, die auf eine wirtschaftliche Erholung deuten. Und er weiß auch, daß eine anhaltende Revitalisierung nur möglich ist, wenn sich die SPD dazu entschließt, Atomtechnologie und Kernkraft zu akzeptieren und gleichermaßen bereit ist, Unternehmern – etwa in steuerlicher Hinsicht – zu helfen, wenn sie im Ruhrgebiet investieren wollen.

Jürgen Gramke, Direktor des Kommunalverbandes Ruhrgebiet, verlangt drei stützende Säulen: Hilfe des Bundes und Hilfe des Landes und eine konzentrierte Anstrengung der Wirtschaft. Für ihn ist klar: „Das benötigt 12 bis 15 Jahre."

Der neue Audi 200 Turbo. Nicht nur technisch Spitzenklasse.





Der neue Audi 200 Turbo ist eine der schnellsten Limousinen der Welt. 134 kW/182 PS in 8,2 s von 0 auf 100 km/h. Spitze 230 km/h. Doch der neue Audi 200 Turbo bietet auch noch andere Spitzenwerte. Er glänzt mit niedrigem Verbrauch, einer der größten Sitzraumflächen und einer der großzügigsten Ausstattungen seiner Klasse.
Anti-Blockier-System selbstverständlich serienmäßig. Ebenso Colorverglasung, Servolenkung, elektrische Fensterheber, Auto-Check-System, Leichtmetallräder und Zentralverriegelung.
Mit dem neuen Audi 200 Turbo bekommt die Spitzenklasse ganz neue Werte. Audi. Vorsprung durch Technik.

Neu: 3 Jahre Lackgarantie für alle neuen Audi.

Audi
Bei Ihrem V.A.G Partner

Bekenntnis zum Rechtsstaat und die Folgen

Maßregelung für einen BGS-Kommandeur, der sich öffentlich dagegen wehrte, diesen Staat zu verteufeln

HELMUT KAMPHAUSEN, **Bonn**

Am 1. Oktober dieses Jahres hielt Hermann Casel, Stabsoffizier und Abteilungskommandeur des Bundesgrenzschutzes (BGS), vor geladenen Gästen eine Rede, in der er ein deutliches Bekenntnis zu diesem Staat, der Bundesrepublik Deutschland, ablegte. Es war eine gute Rede. Mit langem und herzlichem Beifall dankten die Zuhörer. Es waren in der Mehrzahl Bürger der kleinen Stadt Bad Hersfeld im Grenzgebiet zur „DDR", in der die BGS-Abteilung in Garnison liegt.

Daß sich ein Offizier der Polizei des Bundes, das nämlich ist der BGS, so klar und eindeutig zur Rechtsstaatlichkeit unserer Republik bekannte, führte zu einer parlamentarischen Anfrage des Bundestagsabgeordneten Dr. Wendelin Enders (SPD). Er wollte unter anderem wissen, ob eine solche Rede sich „mit seinen (des Kommandeurs, die Red.) dienstlichen Obliegenheiten als Vorgesetzter in einer Bundesgrenzschutz-Einheit" vereinbare und ob der Kommandeur „im Hinblick auf das Ansehen des Bundesgrenzschutzes in seinem Amte weiterhin tragbar" sei.

Es ist nicht auszumachen, was den Dr. Enders von der SPD an der Rede so gestört hat, daß er eine besorgte Frage an das Innenministerium richtete. Waren es die Hinweise darauf, daß die Männer der BGS-Abteilung des Stabsoffiziers bei ihrem Einsatz an der Startbahn West in Frankfurt von Demonstranten als „SS-Bullen" und „Nazi-Schweine" beschimpft worden waren? Oder war es die Aufforderung an die im Saal anwesenden Lehrer: „Lassen Sie es nicht zu, daß dieser Staat, der beste, den wir auf deutschem Boden je hatten, verteufelt wird als Gegner seiner Bürger. Es stimmt nicht, es ist falsch, es ist blanke Demagogie."

„Die Begriffsakrobatik von Friedenskämpfern"

Hier ein Auszug aus der Rede, die Herrn Enders so sehr erregte: „Bei unseren Einsätzen werden wir mit dem konfrontiert, was heute die politische Realität in unserem Lande genannt zu werden pflegt. Situationen, die an Absurdität kaum noch zu überbieten sind. Die Begriffsakrobatik von Friedenskämpfern macht aus Blockaden gewaltfreien Widerstand. Das Zerstören von militärischen Objekten ist gewaltfrei. Die Nötigung von Personen dient dem Vorgehen gegen strukturelle Gewalt. Ziviler Ungehorsam, an Zivilcourage anklingend, soll den Gesetzesungehorsam gegen Gesetze nicht etwa einer Diktatur, sondern einer parlamentarischen Demokratie rechtfertigen. Die Regelverletzung oder der formale Rechtsverstoß sollen den Rechtsbruch verdecken beziehungsweise rechtfertigen."

„Eine sprachliche Perversion, die das Handeln von Friedenskämpfern moralisch legitimieren, das Handeln des Staates jedoch als kriminell charakterisieren soll. Legitimität gegen Legalität, wo Minderheiten eine Entscheidung der Mehrheit nicht in den Kram paßt. Einige berufen sich gar auf das Widerstandsrecht nach Paragraph 20 GG. Es ist deprimierend und entwürdigend für unsere Beamten, wenn sie angeblich verantwortungsbewußte Mitbürger, Abgeordnete und Pfarrer von Plätzen wegtragen müssen, an denen diese glauben, ihre Gesinnung darstellen zu müssen und dabei Gesetzesverstöße einschließen, nur weil sie glauben, das höhere Recht oder die bessere Moral auf ihrer Seite zu haben."

Die Frage des Abgeordneten Wendelin Enders (SPD) wurde vom Parlamentarischen Staatssekretär Carl-Dieter Spranger beantwortet. Es heißt in der Antwort unter anderem: „... Ich habe veranlaßt, daß der Kommandeur des Grenzschutzkommandos Mitte 2 im Rahmen der Dienstaufsicht angehalten wird, künftig die einem Beamten obliegende Pflicht zur Zurückhaltung und Mäßigung bei politischen Äußerungen zu beachten ..."

Nun ist es zweifellos eine politische Äußerung, wenn sich ein Beamter der Polizei des Bundes ausdrücklich zu unserem Staat bekennt und darauf hinweist, daß Minderheiten durch semantische Tricks versuchen, das Rechtsbewußtsein unseres Volkes zu verändern. Leider geschieht es viel zu selten, daß solche Reden von Beamten gehalten werden. Um so verwunderlicher ist es, daß sich der Dienstherr des betroffenen Beamten nicht vorbehaltlos vor ihn stellt. Die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs hat jedenfalls das Offizierkorps des BGS nicht zufriedengestellt. Nicht zuletzt auch deshalb, weil es ein Grenzschutzkommando Mitte 2 gar nicht gibt. Die Einheit heißt Grenzschutzabteilung Mitte 2. Das sollte der für den BGS zuständige Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium eigentlich wissen.

Der Abgeordnete erwartet eine Rüge für den Offizier

Befriedigt äußerte sich allerdings der Abgeordnete Dr. Wendelin Enders. Er glaubt mit seiner parlamentarischen Anfrage einen wichtigen Beitrag geleistet zu haben, der sich auch auf die Ernennung künftiger Kommandeure auswirken werde. So jedenfalls sagte er es einer Lokalzeitung. Aber er wird trotzdem noch eine weitere parlamentarische Anfrage an den Bundesinnenminister stellen. Er will wissen, wann dem BGS-Kommandeur der BGS-Abteilung Mitte 2 eine Rüge erteilt wird. Hoffentlich nutzt diesmal das Bundesinnenministerium die Gelegenheit, um deutlich zu machen, daß Beamte, die sich ausdrücklich und öffentlich zu diesem Staat bekennen, nur etwas Selbstverständliches tun. Oder ist das in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr selbstverständlich?

Moskaus modernisierte Raketen

C. GRAF BROCKDORFF, **Brüssel**

Die Sowjetunion, die es gewohnt ist, Rüstungsmaßnahmen hinter dem Schleier des Geheimnisses vorzunehmen, ist von dieser Regel abgewichen, als es ihr darum ging, die Verwirklichung des Nachrüstungsbeschlusses der NATO zu verhindern: Als „Nachrüstung" und „Gegenmaßnahme" ihrerseits kündigte sie an, sie werde Raketen kürzerer Reichweite in der „DDR" und Tschechoslowakei stationieren. Staats- und Parteichef Andropow ließ erklären, die Ankündigung werde in die Tat umgesetzt, nun da Moskau gezwungen gewesen sei, die Genfer Verhandlungen zu verlassen.

Dieser sowjetische Schritt ist in der NATO als undramatisch und zurückhaltend gewertet worden. Eine derart kühle westliche Reaktion auf eine von Moskau in aller Öffentlichkeit beschriebenen Maßnahme zur „Raketen-Aufrüstung" läßt sich nur erklären, wenn der Hintergrund bekannt ist. Im Kern ändert sich nämlich in Osteuropa nichts, der Schritt Moskaus zielt auf psychologische Wirkung in Ost und in West ab. Unter der Bedrohung durch sowjetische Raketen kürzerer Reichweite lebt die NATO schon seit 20 Jahren.

Anfang der sechziger Jahre führte Moskau bei seinen Verbänden und zum Teil auch bei den nichtsowjetischen Truppen des Warschauer Pakts Waffen ein, die in die sowjetischen Terminologie als „taktisch" und „operativ/taktisch" beschrieben werden. Es handelte sich um Raketen, die in der NATO die Bezeichnungen „Frog", „Scud" und „Scaleboard" erhielten. Ihre Reichweite liegt je nach Typ zwischen 70 und 900 Kilometern. Gegenüber dem NATO-Abschnitt Zentraleuropa wurden nach Darstellung zuverlässig informierter Stellen 1455 Raketen dieser drei Typen stationiert.

Die größte Reichweite besitzt die „Scaleboard"-Rakete. Sie ist organisatorisch bei den sowjetischen Heeresgruppen (Front) und Militärbezirken untergebracht, und zwar jeweils in Form einer Brigade bestehend aus drei schießenden Bataillonen mit jeweils vier bis sechs mobilen Abschußrampen.

Die Organisationsform der Brigade mit drei schießenden Bataillonen besitzen auch die sowjetischen „Scud"-Verbände. Sie sind jedoch zahlreicher. Jede sowjetische Armee verfügt über eine „Scud"-Brigade. Zusätzlich wurden auf der höheren Ebene der militärischen Organisation ebenfalls noch „Scud"-Brigaden angesiedelt. Das bedeutet, daß in der „DDR" schon seit vielen Jahren insgesamt sieben Brigaden mit dieser etwa 300 Kilometer weit reichenden Atomrakete stationiert sind: bei jeder der fünf Armeen jeweils eine und zwei bei der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der „DDR".

Die 70 Kilometer weit fliegende Atomrakete „Frog" ist die Waffe der sowjetischen Divisionsartillerie.

DIE ANALYSE

Nach sowjetischer Doktrin handelt es sich um eine taktische Waffe, die nach artilleristischen Grundsätzen das Feuer in die Tiefe des vor ihr liegenden Gefechtsfeldes tragen soll. Die Organisationsform für diese Waffe ist das „Frog"-Bataillon mit zwei schießenden Batterien, die jede über zwei mobile Abschußrampen verfügen. „Frog" ist die älteste und am weitesten verbreitete Atomwaffe der Sowjets in dieser Kategorie. Die NATO hat 730 Frogs gegenüber Mitteleuropa gezählt.

Anfang der siebziger Jahre unternahm die Sowjetunion Testflüge mit einer neuen Generation von Raketen, die die drei eben genannten Typen im Zuge der Modernisierung ablösen sollten. Dieser Prozeß, auf den das NATO-Oberkommando schon 1977 aufmerksam machte, setzte in den späten siebziger Jahren ein und ist noch nicht abgeschlossen. Offenbar legten die Sowjets das Schwergewicht der Produktion auf die SS-20-Mittelstreckenraketen mit 5000 Kilometer Reichweite, die jeweils über drei Gefechtsköpfe verfügt.

Experten nehmen an, daß die neuen sowjetischen Raketen kürzerer Reichweite, sie sind unter den NATO-Bezeichnungen SS 21 (für „Scud"), SS 22 (für „Scaleboard) und SS 23 (für „Frog") bekannt, neue atomare Gefechtsköpfe erhielten. Angesichts der Forderungen an das SS-20-Programm kam die sowjetische Industrie dabei nicht nach. Nach dem Urteil der Experten sind die neuen Raketen in der Reichweite etwas verbessert. Gleichfalls sei ihre Treffgenauigkeit gestiegen. Um die Modernisierung in Grenzen zu halten, entwickelte die sowjetische Kriegsindustrie Modelle, die auf die alten Startrampen passen. Damit konnte eine ganze Fahrzeug-Generation erhalten bleiben und mußte nicht auch wie die Raketen „runderneuert" werden.

Die Ankündigung Andropows ist gegenüber diesem Hintergrund nur noch als „Bluff" zu verstehen. Die sowjetische Propaganda hatte bei der Schilderung der NATO-Nachrüstung die Bedrohung der Sowjetunion in so düsteren Farben geschildert, daß Brüsseler Experten annehmen, Moskau sei der eigenen Bevölkerung eine Reaktion dieser Art schuldig gewesen, schon um durch das Ausbleiben eines solchen Schrittes nicht zur Entwicklung eines Minderwertigkeitskomplexes beizutragen. Die Staatsführungen der „DDR" und Tschechoslowakei kennen natürlich das Problem, müssen aber auf Kosten neuer Angstgefühle in ihrer eigenen Bevölkerung das sowjetische Spiel mitmachen.

In der NATO hat man keine Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion die bisherige Organisationsform der „taktisch-operativen" Raketen verläßt oder zusätzliche Verbände dieser Art einführt. Die Entwicklung wird von der Aufklärung der NATO-Staaten beobachtet. Das Bündnis beurteilt die Modernisierung dieser Raketentypen auch als zunehmende Bedrohung Westeuropas. Nur weiß man, daß dies sich auf alle Fälle ereignet hätte, egal ob im Westen nachgerüstet wurde oder nicht. (SAD)

Zahl der Aussiedler weiter gesunken

dpa, **Moskau**

Die Zahl der deutschen Aussiedler aus der Sowjetunion hat im vergangenen Monat einen neuen Tiefstand erreicht. Im November genehmigten die sowjetischen Behörden nach Angaben der Deutschen Botschaft in Moskau lediglich 69 Ausreiseanträge. Das ist die bisher niedrigste Monatsquote in diesem Jahr.

Damit haben bisher seit Januar nur 1260 Rußlanddeutsche die UdSSR verlassen können. Bereits 1982 konnten nur knapp 2000 deutsche Aussiedler die Sowjetunion verlassen. Obwohl die Sowjetunion offiziell behauptet, daß der Strom der Aussiedler langsam versiege, warten viele Rußlanddeutsche schon seit Jahren auf ihre Ausreise.

FDP hält an Steuerreform fest

AP, **Mainz**

Die FDP-Bundestagsfraktion und Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff halten nach Angaben des wirtschaftspolitischen Sprechers der Fraktion, Helmut Haussmann, an einer Steuerreform noch in dieser Legislaturperiode fest. Haussmann sagte gegenüber der „Allgemeinen Zeitung" in Mainz, weitere Fortschritte bei der Sanierung der Bundesfinanzen seien die Voraussetzung, „dem Bürger bis 1987 die heimlichen Steuererhöhungen zurückzugeben". Das Bundesfinanzministerium strebt dagegen den 1. Januar 1988 an. Haussmann sprach sich dagegen aus, zur Finanzierung die Mehrwertsteuer zu erhöhen, und verwies auf andere Quellen wie den Subventionsabbau.

Hörer mit DLF zufrieden

dpa, **Köln**

Der Deutschlandfunk gilt bei seinen Hörern als „ausgesprochen informativ, sachlich und objektiv". Etwa die Hälfte seiner Hörer spricht, unabhängig von persönlicher Parteipräferenz, dem Sender eine politische „Position in der Mitte" zu, jeweils ein Viertel beurteilt das Programm als „eher rechts oder links von der Mitte".

Dies ist das Ergebnis einer Repräsentativuntersuchung, die der Kölner Sender jetzt veröffentlichte. Auch im Rundfunkrat war wiederholt von Unausgewogenheit des Programms gesprochen worden. Intendant Richard Becker erklärte, die Untersuchung bestätige, daß nicht politische Einseitigkeit die Ursache des Hörerschwundes sei.

Jugendliche gegen Raketen in CSSR

AP, **Wien**

In der Tschechoslowakei haben Schüler und Studenten nach zuverlässigen Informationen aus Emigrantenkreisen eine Eingabenkampagne gegen die Stationierung neuer sowjetischer Atomraketen in ihrem Land eingeleitet. Die Aktion sei in bezug auf Umfang und Spontanität bisher einzigartig. Petitionen, für die Unterschriften gesammelt würden, seien in Brünn und anderen großen Städten im Umlauf. Nach diesen Wiener Informationen, die sich auf Angaben von Dissidenten in der CSSR stützen, hat die dortige Polizei auf die Aktion mit Vernehmungen und Drohungen reagiert. Lehrer und Universitäts-Rektoren seien ebenfalls zur Bekämpfung der Aktion eingeschaltet worden.

Bund sucht Investoren

Mautgebühren als Anreiz für Elbtunnel-Bau

Nea, **Frankfurt**

Für zwei spektakuläre Verkehrsprojekte zieht die Bundesregierung private Geldgeber in Erwägung: Für einen dritten Elbtunnel zwischen Hamburg und Stade und für die Übernahme des Fährverkehrs auf der sogenannten Vogelfluglinie zwischen Deutschland und Dänemark.

Den Anlaß für solche Überlegungen, wie sie vor einem Frankfurter Journalistenkreis am Montag der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Dieter Schulte (CDU), erstmals öffentlich bekanntmachte, bietet eine dringend notwendige Investition. Das Fährschiff „Theodor Heuss" muß von Grund auf renoviert werden. Die dafür erforderlichen Kosten von rund 100 Millionen Mark jedoch können Bund und Deutsche Bundesbahn, wie Schulte sagte, nicht aufbringen.

„Daß im Lande finanzielle Mittel vorhanden sind, wissen wir", meinte Schulte. „Warum sollte also jemand sein Geld, statt eine Ranch in Texas zu kaufen, nicht in ein Projekt der Bundesbahn stecken?" Man wolle versuchen, entsprechende Kapitalgeber für die Übernahme des Fährbetriebes zu gewinnen.

Ein dritter Elbtunnel ist zwar zur Zeit nicht geplant. Aber ein solches Projekt könnte – genauso wie übrigens auch eine Untertunnelung der Unterweser zwischen Bremen und Bremerhaven – große Verkehrsströme von den Ballungszentren Hamburg (oder Bremen) abziehen und so die vorhandenen Straßen, Brücken bzw. Tunnel entlasten. Auch hier könnten, wie Schulte meint, private Geldgeber in die Bresche springen. Der Bund sei im Ernstfall sogar bereit, das entsprechende Gesetz zu ändern und den Tunnelbetreibern die Erhebung einer Mautgebühr von allen Benutzern des Tunnels zu gestatten. Viele Autofahrer würden bereit sein, sich die Abkürzung ihrer Fahrt mit einer solchen Gebühr zu erkaufen.

Als dritte Möglichkeit einer stärkeren Nutzung privaten Kapitals im Interesse des öffentlichen Verkehrs und speziell der Deutschen Bundesbahn nannte der Staatssekretär die bereits diskutierte private Überbauung von Bahnhöfen. Hier könne die Bahn auf ihren umfangreichen Grundbesitz zurückgreifen.

Die Bundesbahn werde bis 1990 nicht nur ihre bisher ständig steigende Neuverschuldung abgebaut haben, sondern auch ein neues, moderneres Gesicht zeigen. So ist zum Beispiel analog zum Intercity-System des Personenverkehrs ein „Intercargo"-System (der Name ist noch umstritten) in der Planung. Durch Verringerung und Vereinfachung der Rangiervorgänge soll erreicht werden, daß ein in Köln um 20 Uhr angeliefertes Frachtgut am anderen Morgen um 5 Uhr in Stuttgart für den Kunden abholbereit daliegt. Andernfalls soll die Bahn eine Vertragsstrafe zahlen.

START: Noch keine Klarheit über Zukunft

dpa, **Genf**

Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Begrenzung der nuklearen Interkontinentalraketen (START) werden voraussichtlich noch am morgigen Donnerstag in Genf abgeschlossen werden. Offen blieb nach der gestrigen Sitzung, ob ein Termin für die Wiederaufnahme der Beratungen nach der Weihnachtspause festgesetzt wird oder ob die Verhandlungen – ebenso wie die über die Mittelstreckenraketen (INF) – abgebrochen werden.

Der sowjetische Chefdelegierte Viktor Karpow hatte sich dazu gestern vor der dritten derartigen Zusammenkunft – seit dem Abbruch der INF-Verhandlungen am 23. November – nicht äußern wollen. „Sie werden am Donnerstag von uns hören", beschied er Journalisten, die ihn am Eingang der amerikanischen Dienststelle erwarteten. Karpow sagte außerdem: „Ich habe dem nichts hinzuzufügen, was gestern in Moskau gesagt wurde."

Er bezog sich dabei offensichtlich auf den vom sowjetischen stellvertretenden Verteidigungsminister Orgakow auf der Moskauer Pressekonferenz am Montag an die USA gerichteten Vorwurf, auch die Gespräche über die strategischen Atomwaffen in Genf durch ihre „Unnachgiebigkeit" zu gefährden (s. WELT v. 6. 12.).

Das Treffen der beiden Delegationen hatte gestern genau eine Stunde und fünf Minuten gedauert.

„Konservative" setzten sich durch

Hoher Wahlsieg der „Lebendigen Gemeinde" in Württemberg / Signal für EKD?

XING-HU KUO, **Stuttgart**

Mit einem unerwartet hohen Sieg für die als „konservativ" geltende „Lebendige Gemeinde" ist die Wahl der 10. Landessynode der evangelischen württembergischen Landeskirche zu Ende gegangen. Diese Gruppe, bisher mit 43 Synodalen im 9. Kirchenparlament schon die stärkste Richtung in der schwäbischen Kirche, errang am Wahlsonntag 50 Prozent aller Stimmen. Mit 45 Synodalen (von insgesamt 90 Sitzen) verfehlte diese auch stark vom Pietismus geprägte Gruppe knapp die absolute Mehrheit.

Fast 30 Prozent der rund 1,7 Millionen Wahlberechtigten in dieser zahlenmäßig und finanziell starken Landeskirche (2,6 Millionen Mitglieder, ein ausgewogener Haushalt von rund 400 Millionen DM) beteiligten sich an der Synodenwahl, 1,6 Prozent weniger als vor sechs Jahren.

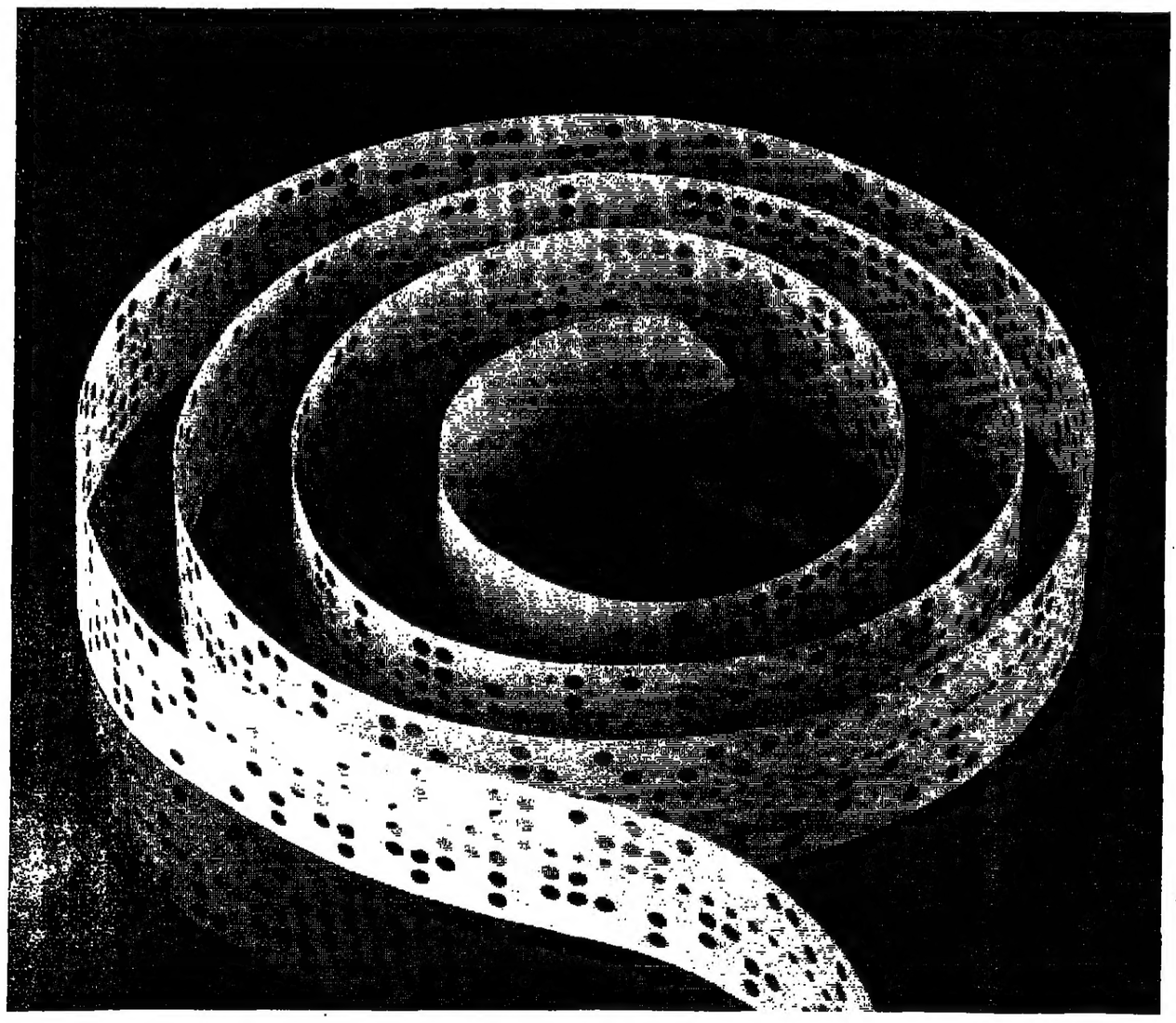
Dieser Wahl in Württemberg wird bundesweit besondere Bedeutung beigemessen, nicht nur wegen der Relevanz dieser traditionsreichen Kirche, die im nächsten Jahr ihr 450jähriges Bestehen feiert. In der schwäbischen Kirche werden die Synodalen nämlich in einer „Urwahl" direkt gewählt, ein bundesweit einmaliges Beispiel einer direkten Demokratie in der Kirche. In anderen Landeskirchen hat sich diese seit 1964 in Württemberg bewährte Form der Direktwahl trotz immer wieder erhobenen Forderungen noch nicht durchsetzen können. Vielmehr werden die Synodalen nur mittelbar ins Kirchenparlament entsandt. Verluste mußten die Vertreter der zur Mitte zählenden Gruppe „Evangelium und Kirche" hinnehmen: sie sind in der Synode nur noch mit 24 (statt 27) Sitzen vertreten.

Die Stellung halten konnte die als „fortschrittlich" und eher „links" eingestufte „Offene Kirche". Nach wie vor bleibt sie mit 21 Vertretern in der Landessynode die kleinste Gruppe in der württembergischen Landeskirche.

In einer ersten Stellungnahme betonte der Sprecher der erfolgreichen „Lebendigen Gemeinde", der Schorndorfer Dekan Rolf Scheffbuch gegenüber IDEA, das erklärte Ziel der „oft in Koalition auftretenden anderen zwei Gruppen" sei nicht erreicht worden, nämlich „die Macht der Lebendigen Gemeinde zu brechen". Das Gegenteil sei vielmehr eingetreten.

Gemeinsam mit dem Landesbischof Hans von Keler wolle die siegreiche Gruppe sich weiterhin darum bemühen, so der einflußreiche Dekan weiter, eine „Ausartung" der Kirche zu einer „Allerweltsvereinigung" zu verhindern. Ziel der Kirche müsse es sein, „wirkliche Kirche zu bleiben und sich nicht in politischen Tagesfragen zu verlieren". Die „Offene Kirche" hat beispielsweise in der Friedensdiskussion mehrere, allerdings vergebliche Anläufe unternommen, eine eigene Erklärung der württembergischen Landeskirche gegen die Nachrüstung durchzusetzen. Das Wahlergebnis zeige vielmehr, so der Sprecher der „Lebendigen Gemeinde" weiter, daß die Mehrheit der Kirchenmitglieder eine „Erneuerung" der Kirche wünsche.

Auch personell hat sich die neue Synode stark verändert. So wird der bisherige Präsident des Kirchenparlaments, Martin Holland, nicht mehr Einzug halten können. Er unterlag in seinem Wahlkreis Leonberg einem Vertreter der „Offenen Kirche". In der evangelischen Landeskirche Badens wurden am zweiten Adventssonntag die Kirchenältesten (jedoch nicht die Synodale) gewählt. Dort gingen 22,1 Prozent der 1,1 Millionen Wahlberechtigten an die Wahlurnen (1977: 23,3 Prozent). 60 Prozent der bisherigen lokalen Kirchenvertreter wurden in ihren Ämtern bestätigt, teilte der Oberkirchenrat in Karlsruhe mit.



Das Rundschreiben.

Rundschreiben per Telex. Das heißt, einmal eingegebene Texte automatisch an bis zu 30 Partner gleichzeitig übermitteln.
Berichte, Bestätigungen, Anfragen oder Angebote – immer wenn Information sicher übermittelt werden muß und ein Zeitvorsprung entscheidend sein kann.
Rund 150000 Teilnehmer bei uns und mehr als 1,4 Millionen Teilnehmer in aller Welt nutzen das Telexnetz. Untersuchungen besagen, daß bereits bei 3 abgehenden Fernschreiben pro Tag Kostenvorteile erreicht werden können. Moderne Fernschreiber sind so einfach zu bedienen wie Schreibmaschinen. Sie arbeiten genauso leise und sollten für eine optimale Nutzung so nah wie möglich an den Arbeitsplatz herangeführt werden. Und auch das ist gut zu wissen: Wer am Telexdienst teilnimmt, hat auch Zugang zum neuen Teletexdienst. Über die zusätzlichen Leistungsmerkmale von Telex wie Kurzwahl, Direktruf, Rundschreiben, Gebührenzuschreiben usw. berät Sie gern der Technische Vertriebsberater Ihres Fernmeldeamtes. Die Rufnummer finden Sie im Telefonbuch unter Post.

Ihr 1-Minuten-Telex im SelbstwählDienst kostet rechnerisch:

in unserem Netz	
zum Nachttarif von 18–8 Uhr	13,33 Pf
tagsüber von 8–18 Uhr	
im Zentralvermittlungsstellen-Bereich	40 Pf
im Weitverkehrsbereich	60 Pf
zu den angrenzenden Ländern	80 Pf
zu den übrigen europäischen Ländern und Nordafrika	0,90 bis 1,00 DM
nach USA, Kanada, Australien	3,30 DM
zu anderen überseeischen Ländern	6,60 und 7,80 DM

Post – Partner für Telekommunikation

Post

UPTA 23 436

„Bruderkämpfe" in der islamischen Welt beklagt

Außenministerkonferenz von 43 Staaten in Dhaka

AP/dpa, Dhaka

Eine fünftägige Außenminister-Tagung der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) hat gestern in der bengalischen Hauptstadt Dhaka begonnen. Nach Angaben eines Konferenzsprechers werden das Zypern-Problem und die Kämpfe zwischen den verschiedenen Palästinensergruppen im Mittelpunkt der 14. Konferenz der islamischen Außenminister stehen.

Vor 29 anwesenden Außenministern drückte der Chef der Militärregierung von Bangladesch, General Hussain Muhammed Ershad, in der Eröffnungsrede seine Sorge über die zahlreichen inneren Konflikte innerhalb der islamischen Welt aus, die es den 43 Mitgliedstaaten der islamischen Konferenz-Organisation schwer machten, ihre gemeinsamen Interessen nach außen zu verteidigen. Er forderte die Staaten zu mehr Solidarität auf, anstatt ihre Kräfte in „Bruderkämpfen" aufzureiben, die ihren Einfluß auf das Weltgeschehen reduzierte.

Ershad appellierte daher besonders an Iran und Irak, den seit über drei Jahren andauernden Golf-Krieg zu beenden. Er zeigte Verständnis für den Wunsch der türkischen Zyprer nach einem eigenen Bundesstaat auf der Mittelmeerinsel. Als weitere Konfliktherde nannte er den Bürgerkrieg in Tschad, die Auseinandersetzung um Westsahara und die fortdauernde sowjetische Besetzung Afghanistans. Ershad forderte die Teilnehmer auf, jegliche ausländische Einmischung in andere Länder sowie das Apartheid-Regime zu verurteilen, und bedauerte das fortwährende Blutvergießen in Libanon.

Der Generalsekretär der islamischen Konferenz-Organisation, Habib el-Chatti, kritisierte das kürzlich abgeschlossene amerikanisch-israelische Abkommen als Bedrohung für die islamische Welt. Er sagte ferner, die Organisation würde weiterhin alles unternehmen, um den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan durchzusetzen. Chatti versicherte, die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) könne auch in Zukunft mit der Unterstützung durch die Islamische Konferenz rechnen.

Die PLO wird auf der fünftägigen Tagung in Dhaka durch ein Mitglied des PLO-Exekutiv-Ausschusses vertreten, der Yassir Arafat nahesteht. Zu den Beobachtern der Konferenz gehört auch die kürzlich proklamierte Türkische Republik Nordzypern, die eine Delegation unter ihrem Außenminister Kenan Atakol entsandt hat.

Die islamischen Außenminister wollen in ihren fünftägigen Gesprächen das vierte islamische Gipfeltreffen vorbereiten, das für Mitte Januar in Marokko geplant ist. Nicht alle 43 Mitgliedsstaaten werden in Dhaka von ihren Außenministern repräsentiert. Wegen der Krisensituation auf der arabischen Halbinsel haben unter anderem Libanon, Syrien, Saudi-Arabien und Jordanien Vertreter geschickt.

Die Plätze Afghanistans und Ägyptens blieben bei der Außenminister-Tagung leer. Die Mitgliedschaft Afghanistans war wegen der sowjetischen Okkupation ausgesetzt worden. Die Mitgliedschaft Ägyptens wegen des Friedensvertrages mit Israel.

In diplomatischen Kreisen wird erwartet, daß einige Teilnehmer beantragen werden, die Suspendierung der Mitgliedschaft Ägyptens aufzuheben.

Spaniens KP rückt weiter auf Spaltung zu

AFP, Madrid

Wenige Tage vor dem Parteitag der spanischen Kommunisten hat sich die Gefahr einer Spaltung der KPS verstärkt. Zumindest wurde wahrscheinlicher, daß sich der im bisherigen Zentralkomitee in der Minderheit stehende frühere Generalsekretär Santiago Carrillo auf dem Kongreß Mitte des Monats durchsetzen kann.

Am Wochenende hat der neue Generalsekretär Gerardo Iglesias bei der Wahl der 810 Kongreßdelegierten eine schwere Niederlage erlitten. In sieben der insgesamt elf Regionalverbänden wurden praktisch keine Gefolgsleute von Iglesias in die Parteitagsvertretung gewählt.

Am schlimmsten war die Schlappe in Madrid, wo von den 103 Delegierten nur einer zum Lager des Generalsekretärs gehört; ähnlich war das Ergebnis in Valencia. Die hitzigen Debatten vor den Abstimmungen waren zum größten Teil durch persönlichen Attacken und Beleidigungen geprägt.

Damit ist die Krise in der KP noch explosiver geworden. Sie entstand vor mehr als einem Jahr durch die Bestrebung von Iglesias, die Partei auf eine breitere ideologische Basis zu stellen, um sie zum Sammelbecken der Linken zu machen. Dieser Versuch einer Öffnung für den linken Flügel der Sozialisten wird von Carrillo – dem großen alten Mann der spanischen KP, der die Partei jahrzehntelang beherrschte – als „Ausverkauf" verurteilt.

Im Hinblick auf den Parteitag startete er eine eigene Kampagne, auf der er sich zur russischen Oktoberrevolution, zu Marx und Lenin bekannte. Zum Schrecken der offiziellen Parteiführung erntete Carrillo bei der Basis Stürme des Beifalls.

„Wir wollen Martschenko retten"

Komitee fordert Freilassung des sowjetischen Dissidenten und Revision seines Prozesses

WALTER H. RUEB, Lausanne

Vor zwei Jahren wurde Anatoli Martschenko, Verfasser des ersten Buches über die nach-stalinistischen Lager in der Sowjetunion, zu zehn Jahren strengster Lagerhaft und anschließender fünfjähriger Verbannung wegen antisowjetischer Agitation verurteilt. „Das ist bereits die sechste Haftstrafe dieses Verteidigers der Menschenrechte", heißt es in einer Erklärung des „Komitees Martschenko", das sich in Lausanne konstituiert hat und dem bekannte sowjetische Dissidenten sowie viele bedeutende Persönlichkeiten der freien Welt angehören.

Das Komitee hat sich zum Ziel gesetzt, das moralische Bewußtsein des Westens aufzurütteln – in der Überzeugung, daß die hier lebenden Dissidenten ihre Freiheit vor allem dem Druck der internationalen öffentlichen Meinung verdanken. „Wir bezeugen hiermit unseren Willen, Anatoli Martschenko zu retten", heißt es in der Erklärung des Komitees weiter. „Wir verlangen eine Revision seines regelwidrigen Prozesses, seine Freilassung und gegebenenfalls eine Ausreisemöglichkeit für ihn und seine Familie."

Nach Verbüßung der Strafe taub und krank

Martschenko wurde 1938 in der sibirischen Kleinstadt Barabinsk geboren. Nach achtjährigem Schulbesuch landete er als Arbeiter in Nowosibirsk, später als Leiter einer Bohrgruppe in Karaganda. Bei einem Streit zwischen Arbeitern und tschechoslowakischen Auswanderern engagierte er sich und wurde darauf wegen Aufwiegelei und Anstiftung erstmals verurteilt.

Nach Verbüßung der Strafe war Martschenko taub und seine Gesundheit ruiniert, sein Geist aber hellwach. Sein Buch „Meine Zeugenaussage" wurde heimlich in Umlauf gebracht. Die härteste jemals zu Papier gebrachte Abrechnung mit den sowjetischen Gefängnispraktiken erregte Aufsehen. Martschenko gab sich damit aber nicht zufrieden, sondern engagierte sich außerdem bei einer Kampagne gegen Konzentrationslager und für eine Unterstützung des tschechoslowakischen Volkes.

Dieses hatte es ihm angetan. Martschenko verfaßte im Juli 1968, einen Monat vor dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in Prag, eine Solidaritätserklärung mit den Kommunisten der CSSR und sandte diese führenden kommunistischen Zeitungen nach Moskau, Paris, Rom und London. Wenige Tage nach dem Ende der Dubcek-Ära wurde Martschenko deportiert. Man warf ihm antisowjetische Propaganda vor. Der unbequeme Mann verschwand für weitere drei Jahre in einem Lager.

Zwei Jahre nach der Rückkehr aus der Verbannung heiratete Martschenko, 1973 wurde sein Sohn Pavel geboren, 1975 war die nächste Verurteilung fällig. Sie lautete auf vier Jahre Deportation. Aus dem Waldkombinat, in dem er leben mußte, schickte er den berühmt gewordenen „Brief eines sowjetischen Arbeiters" an den amerikanischen Gewerkschaftskongreß von AFL/CIO.

Martschenko gab auch nach der neuerlichen Entlassung nicht klein bei, sondern setzte seinen Kampf für die Menschenrechte fort. Nachdem er sich einer Ausweisung widersetzt hatte, wurde Martschenko im Frühjahr 1981 erneut verhaftet und schließlich mit der bisher schwersten Strafe belegt. Der Verurteilte verbüßt die Strafe im Camp Nummer 35 eines „Arbeitslagers zur Neuanpassung" in Sibirien.

Die politische und soziale Realität in seiner Heimat hat Martschenko in den vergangenen Jahren veranlaßt, neben Artikeln und offenen Briefen mitreißende und anklagende Bücher zu schreiben. Nach „Meine Zeugenaussage" entstand „Ein Hungerstreik", dann das Werk „Offener Brief an den Akademiker P. L. Kapitsa". Weder Drohungen noch Verurteilungen haben Martschenko von seinem Ziel abzubringen vermocht, die Menschenrechte auch in der UdSSR zu verwirklichen. Beim „Komitee Martschenko" in Lausanne hofft man, daß sich durch den Druck der Öffentlichkeit das Los des Verurteilten bessert.

53 Tage dauerte sein längster Hungerstreik

Aus gesundheitlichen Gründen wäre dies dringend erforderlich. In einem medizinischen Gutachten des Lausanner Komitees heißt es dazu: „Anatoli Martschenko leidet seit 1957 an Mittelohrentzündung. Sie blieb unbehandelt und hat sich zum chronischen Zustand entwickelt, aus dem sich fast völlige Taubheit ergab. 1968 litt Martschenko an einer vereiterten Hirnhautentzündung, die ebenfalls nicht gepflegt wurde. Der Gesamtzustand Martschenkos ist als Folge von Haft, Unterernährung und schlechter Qualität der Nahrung alarmierend. Außerdem leidet er an chronischer Gastritis und Arthritis, an Verminderung des Sehvermögens und ist zeitweise das Opfer von Lähmungen. Wiederholt machte Martschenko Hungerstreiks. Der längste dauerte 53 Tage."

UNO fordert Kampagne gegen Südafrika

AP/AFP, New York

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat die USA und Israel wegen ihrer „zunehmenden Kollaboration" mit der weißen Minderheitsregierung Südafrikas verurteilt und den Sicherheitsrat aufgefordert, umfassende und bindende Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen. In der mit 124 gegen 16 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommenen Resolution werden zugleich alle in den Massenmedien Beschäftigten sowie deren Berufsverbände aufgefordert, sich in den Dienst einer internationalen Kampagne gegen Südafrikas Rassenpolitik zu stellen.

Zum Abschluß ihrer Apartheidsdebatte hatte die Vollversammlung mit großer Mehrheit elf Resolutionen verabschiedet, in denen sie unter anderem die Einstellung jeder Zusammenarbeit mit Pretoria im Nuklearbereich fordert.

Litauischer Priester zu Haft verurteilt

dpa, Moskau

Der katholische Priester Sigitas Tamkiavicius aus Litauen ist wegen „antisaatlicher Agitation und Propaganda" zu sechs Jahren Freiheitsentzug und vierjähriger Verbannung verurteilt worden. Er hatte zusammen mit dem katholischen Pfarrer Alfonsas Svarinskas, der im Mai zu sieben Jahren Haft verurteilt worden war, das „Katholische Komitee zur Verteidigung der Rechte der Gläubigen" mitbegründet. Das Gericht beschuldigte Tamkiavicius unter anderem, die Gläubigen zu illegalen Aktionen aufgehetzt zu haben. Außerdem hätten die beiden Kirchenleute eine illegale Chronik der katholischen Kirche herausgegeben.

Jetzt zu BMW.

Niemals war es leichter, der persönlichen Einstellung zum Automobil den richtigen BMW zu geben.

Wir haben alles getan, um überzeugte BMW Fahrer in der Meinung zu bestärken, daß man einen BMW fahren muß, um so gut wie in einem BMW zu fahren. Doch wir haben dabei nicht jene vergessen, für die es bisher noch Gründe gab, nicht dabei zu sein.

Die i-, die e- und die td-Linie in der 5er Reihe: Niemals mit weniger BMW. Aber mit immer mehr individuellen Akzenten.
Wenn Sie genau wissen, warum Sie nicht BMW fahren, wissen Sie nicht mehr genug. Schon in der gehobenen Komfort- und Leistungsklasse der 5er Reihe kann man BMW Qualität auf ganz unterschiedliche Art und Weise erfahren:
z.B. mit dem BMW 520i, BMW 525e oder BMW 524td.

BMW 520i:
die klassische BMW Dynamik.
Bei BMW erwerben Sie bereits in der wirtschaftlichen Hubraumgröße von 2 l die Merkmale der großen Klasse – die bekannte Faszination der BMW 6-Zylinder-Triebwerke.
Beim BMW 520i bedeutet das: kultivierteste Leistungsentfaltung und turbinenhafte Drehfähigkeit bis in höchste Drehzahlen.
Eine der vielen neutralen Bestätigungen (Welt 18.6.83): »...gelten die Triebwerke (von BMW) – vor allem die 6-Zylinder – unter Fachleuten als Weltspitze in puncto Laufkultur und Leistungsentfaltung.« Schlußfolgerung: Wer in der 2 i-Klasse mit 4 oder 5 statt 6 Zylindern zufrieden ist, fährt nicht erste Wahl.

BMW 525e:
Die Alternative heißt aktive Gelassenheit.
Für Fahrer, die nicht auf Leistung verzichten wollen, zugleich aber stark auf Komfort ausgerichtete Forderungen an ihr Automobil stellen, bietet das eta-Konzept von BMW eine neue Form von Leistungsfähigkeit. Kombiniert mit einer für Ottomotoren dieser Klasse beispielhaften Energie-Ökonomie.
Diese neue Generation von Ökonomiemaschinen fand umgehend die entsprechende Würdigung. Nicht ein einseitig auf extremen c_W-Wert ausgelegtes Automobil, sondern eben das Konzept vom integrierten Motor-Getriebe-Management des BMW 525e hat den Energiespar-Preis '83 des Kraftfahrer-Schutzbundes (KS) gewonnen.

BMW 524td:
Der erste Diesel auf BMW Niveau.
Der neue BMW 524td verbindet erstmals die dieseltypisch günstigen Verbräuche mit einem für Dieselfahrzeuge bisher unbekannt hohen Maß an aktiver Sicherheit. Er bietet ein ungewöhnliches Temperament, die Laufkultur eines BMW 6-Zylinders und eine besonders hohe Gesamtwirtschaftlichkeit.
Dazu die FAZ vom 22.6.83: »Von den alten Minuspunkten des Diesels ist nichts mehr übriggeblieben. Statt lahm und lasch steht schnell und stark, statt rauh und ruppig kommen Kraft und Kultur!« Und weiter: »...ein Aggregat..., das für künftige Entwicklungen die Maßstäbe gesetzt hat.«

Natürlich ist ein BMW 5er immer dynamisch. Aber wie er das ist, bestimmen Sie selbst.
Gerade überzeugten Fahrern anderer Marken empfehlen wir jetzt die Bekanntschaft mit den neuen Modellen der 5er Reihe. Um persönlich festzustellen, daß die Antwort auf die Frage nach einem BMW nicht ja oder nein ist, sondern eher welcher.

Die BMW der 5er Reihe.
Kauf, Finanzierung, Leasing – Ihr BMW Händler ist immer der richtige Partner.

BMW auf BTX * 209 #

SIEMENS

Neues Software-Paket
für jede Art von Bankgeschäften

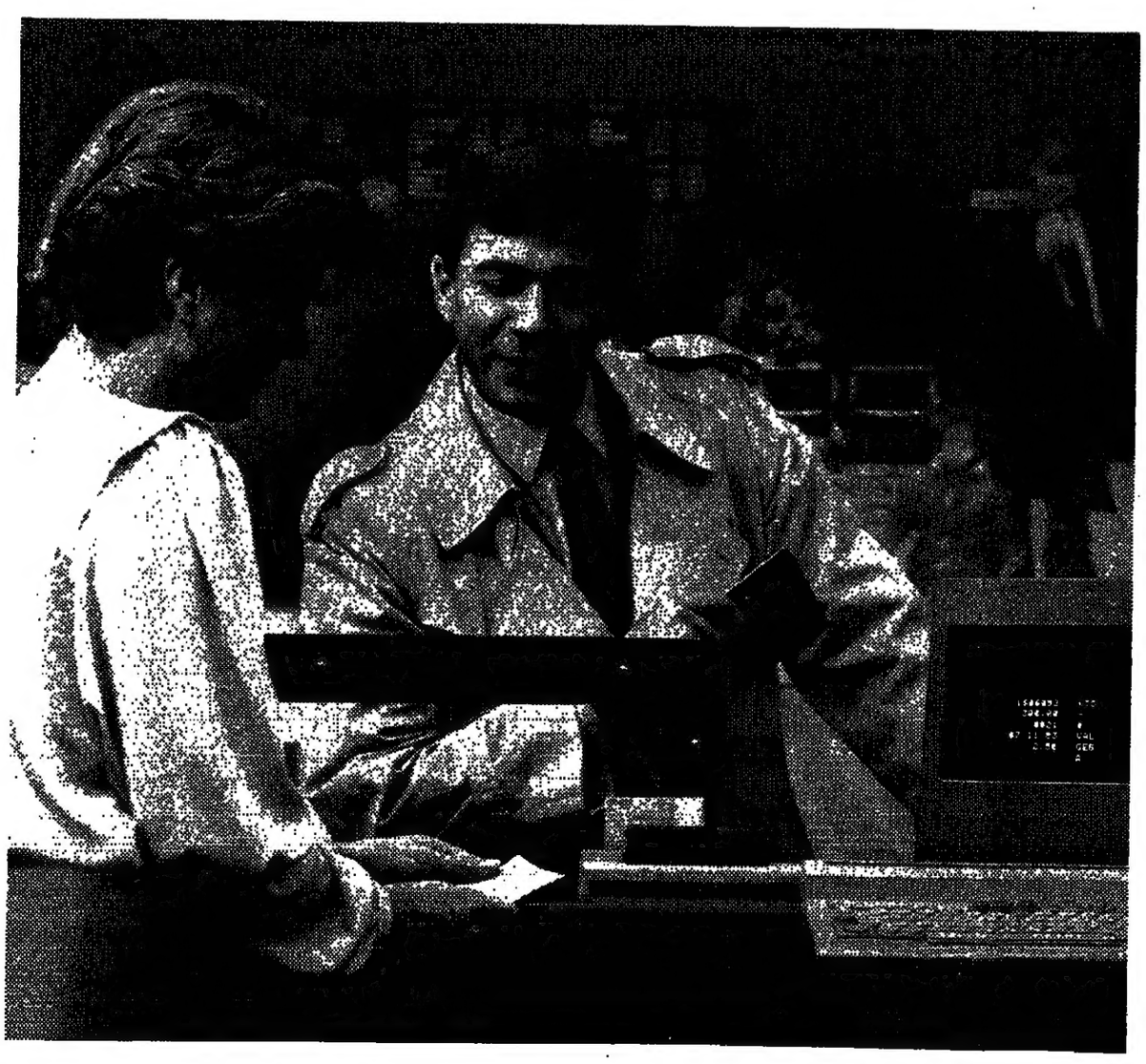
München, Dezember '83. Mit dem neuen Computer-Dialogsystem von Siemens können Geldinstitute ihre Kunden jetzt schneller bedienen und umfassender beraten.

In enger Zusammenarbeit mit Banken, Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken hat Siemens jetzt ein kostengünstiges, weil standardisiertes Software-Paket entwickelt, das den Erfordernissen jeder Art von Bankgeschäften individuell angepaßt werden kann.

Das neue kundenorientierte Dialogsystem für Bankgeschäfte – KORDOBA – integriert über 600 Einzelprogramme. Das Grundsystem für die Stammdaten kann jedes Geldinstitut um Programm-Module für seine spezifischen Geschäftssparten beliebig ergänzen: für Kontokorrent oder Termingelder, für Darlehen oder Sparverkehr, für das Devisen-, Wechsel- oder Wertpapiergeschäft. Ein spezieller Service regelt Daueraufträge, den Datenträgeraustausch und das externe Meldewesen. Gemeinsam mit den Anwendern wird das Software-Paket ständig gepflegt und weiterentwickelt.

Der Kundenbetreuer kann von jedem Bearbeitungsplatz direkt auf die gespeicherten Daten zugreifen und auch Konten eröffnen, verändern und löschen. Das System erkennt Fehler in der Dateneingabe und ermöglicht die sofortige Korrektur.

Die neue Bankensoftware von Siemens ist eines der Ergebnisse der umfangreichen Forschungs- und Entwicklungsarbeit bei Siemens. Über 3 Mrd. DM jährlich wendet das Unternehmen für die Verbesserung vorhandener und die Entwicklung neuer Produkte und Systeme auf. So macht Siemens über 50% seines Umsatzes mit Produkten, die erst in den letzten 5 Jahren entwickelt wurden.



Neue Technik bringt uns voran.
Siemens.

Die Comandantes lockern die Zügel, stellen sich aber auch auf Krieg ein

Von WERNER THOMAS

Die Ereignisse überschlagen sich. Die sandinistische Regierung verkündet pausenlos Entscheidungen, so daß diplomatische Beobachter schon außer Atem oder in Verwirrung geraten. „Man kommt kaum zur Besinnung", erklärt ein Missionsvertreter, „soviel passiert hier."

Seit amerikanische Soldaten die kleine Karibikinsel Grenada besetzt und die marxistischen Machthaber gestürzt haben, herrscht in der nicaraguanischen Hauptstadt Managua eine hektische Betriebsamkeit. Die Comandantes wollen sich von dem Druck befreien, der auf ihnen lastet. Ein Regierungssprecher verglich die Situation mit einem Luftballon, der zu platzen drohte: „Wir mußten Luft ablassen."

In den letzten Tagen und Wochen wurden diese Entwicklungen verzeichnet:

- Die Comandantes eröffneten einen Dialog mit den katholischen Bischöfen, die zu ihren gefährlichsten Kritikern zählen. Junta-Chef Daniel Ortega und Erzbischof Miguel Obando y Bravo saßen zum ersten Mal seit langer Zeit wieder an einem Tisch.
- Die Regierung entließ 307 inhaftierte Miskito-Indianer aus dem Gefängnis und bot allen Nicaraguanern eine Rückkehr ins Land an, die seit dem Sturz der Somoza-Diktatur im Juli 1979 geflohen sind. Selbst die Kämpfer der konterrevolutionären Brigaden dürfen zurückkehren, mit Ausnahme der Kommandeure und der früheren Nationalgardisten Somozas.
- Es soll ernst werden mit Wahlen im Jahr 1985. Am 21. Februar nächsten Jahres, dem 50. Todestag von General Augusto Sandino, wollen die Comandantes Einzelheiten bekanntgeben.
- Zwischen 1500 und 2000 kubanische Entwicklungshelfer verließen Nicaragua. Die Presse berichtete darüber an prominenter Stelle.
- „La Prensa", das einzige Oppositionsblatt, ist nicht mehr der strikten Zensur unterzogen wie zuvor. Der Verlag, der Ende November die vorübergehende Schließung der Zeitung verkünden wollte, weil Papier fehlte, bekam vom Staat Devisen für den Importbedarf zur Verfügung gestellt.

Die Sandinisten möchten mit diesen Maßnahmen „den Friedenswillen der Vereinigten Staaten testen", erläuterte Daniel Ortega. Er warnte aber die Gegner seiner Regierung, Konzilianz als Zeichen der Schwäche zu werten. Innenminister Tomas Borge äußerte sich ähnlich: „Die Schritte sind ein Beweis für unsere Stärke. Sie zeigen, daß wir keine Angst haben, großzügig zu sein."

Während die Comandantes auf der einen Seite die Zügel lockerten und der Opposition mehr Spielraum verschafften, schürten sie auf der anderen Seite die Invasionspanik. Der Staatsratsvorsitzende Carlos Nuñez zitierte ein griechisches

NICARAGUA

Sprichwort: „Wer Frieden wünscht, bereitet sich auf den Krieg vor."

Managua gleicht einem riesigen Kasernengelände: Es wimmelt von Uniformträgern und Militärfahrzeugen. Milizbrigaden mit Kalaschnikows marschieren durch die Straßen oder exerzieren auf freien Plätzen, besonders am Wochenende. Schützengräben werden ausgehoben und Lebensmittelvorräte angelegt. Die Regierung mobilisiert selbst die Schüler. Junge Nicaraguaner ab dem 12. Lebensjahr müssen in ihren Weihnachtsferien einen obligatorischen Dienst in der Zivilverteidigung leisten. Auch sie schaufeln Schützengräben unter Anleitung der Lehrer.

Die Opposition hat bisher mit skeptischer Zurückhaltung auf die Schritte der innenpolitischen Öffnung reagiert. „Wir müssen abwarten", sagte ein Vertreter der christlich-sozialen Partei und erinnerte, daß die Sandinisten in der Vergangenheit schon öfters ihren Gegnern entgegengekommen sind, wenn sie unter Druck standen. Das sei aber immer nur Taktik gewesen.

Die meisten Oppositionspolitiker bezweifeln noch, daß sich die Comandantes je Wahlen nach westlichem Muster stellen werden. Sie machen ihre Teilnahme von einer freien Presse und freien Entfaltungsmöglichkeiten abhängig. Die Skeptiker wollen zudem nicht an einen Exodus der Kubaner glauben.

Mit großer Wahrscheinlichkeit haben die zurückgekehrten kubanischen Entwicklungshelfer lediglich einen Weihnachtsurlaub angetreten oder werden durch andere Kontingente ersetzt. Bisher ist nicht bekannt, daß auch Militärberater abgezogen worden sind, von denen es nach amerikanischen Schätzungen etwa 2000 in Nicaragua gibt. Schließlich blieben Gerüchte bisher unbestätigt, wonach die Sandinisten die in Managua stationierten Vertreter der salvadorianischen Guerrillabewegung zum Verlassen des Landes aufgefordert hätten.

Die marxistischen Freunde sollen als Pfand dienen. Die Sandinisten wollen, wie der Comandante Daniel Ortega in den letzten Wochen oft wiederholte, den Abzug aller Militärberater und die Schließung aller ausländischen Stützpunkte in der Region erreichen. Das würde bedeuten, daß sich die Amerikaner aus El Salvador und Honduras zurückziehen müßten.

Die Amerikaner zeigen keine Bereitschaft, auf diese Forderungen einzugehen. US-Außenminister Shultz sagte über die Initiative der Comandantes: „Es stellt sich die Frage, ob sich die Worte durch Realitäten decken." Die beste Gelegenheit, über die Absichten Nicaraguas Klarheit zu erlangen, sei der von der Contadora-Gruppe begonnene Vermittlungsprozeß. Washington begrüße es, daß Managua anders rede, als noch vor einem halben Jahr.

Die Mittelamerika-Strategen der Reagan-Regierung sehen sich in ihrer Argumentation bestätigt, daß die Comandantes nur die Sprache der Konfrontation verstünden. „Wir müssen den Druck aufrechterhalten", forderte ein Vertreter dieses Berater-Kreises. (SAD)

Hollands Staatsdiener geben Streik auf

Regierung setzt sich gegen Gewerkschaften durch / Gehalts-Kürzung um drei Prozent

BODO RADKE, Den Haag

Hollands Koalitionsregierung von Christdemokraten und Liberal-Konservativen hat die Kraftprobe mit den für Angehörige des öffentlichen Dienstes zuständigen Gewerkschaften gewonnen. Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes, die gegen eine Kürzung ihrer Bezüge um 3 Prozent ab 1. Januar demonstrierten, gaben ihre Protestaktionen bereits teilweise auf. Im Laufe dieser Woche sollen sie vollends beendet sein.

Fast acht Wochen lang hatte das Volk der Holländer unter den Folgen von Teilstreiks oder „Dienst nach Vorschrift" in fast allen Sparten des öffentlichen Dienstes zu leiden. Am katastrophalsten erwies sich die Arbeitsniederlegung der Männer von Müllabfuhr und Straßenreinigung. Als jetzt in Amsterdam die Fahrzeuge der Straßenreinigung wieder ausfuhren, lag der Abfall von vollen vier Wochen auf den Straßen. Es dürfte vierzehn Tage dauern, ehe die letzten Spuren des Chaos beseitigt sind.

Von den vier Gewerkschaftsverbänden, die um die Mitgliedschaft von Angehörigen des öffentlichen Dienstes werben, hatten drei bereits seit längerem auf Beendigung der Aktionen gedrängt. Die Spitzenfunktionäre der sozialistisch dominierten Federatie Nederlandse Vakverenigingen (FNV) wollten den Kampf jedoch unerbittlich fortsetzen, wobei ihr politisches Endziel – die Beseitigung der Mitte-Rechts-Regierung – immer deutlicher wurde.

Daß sich jetzt auch die FNV geschlagen gibt, hat zweifellos mit der geringer gewordenen Streikbereitschaft ihrer Mitglieder und der wachsenden Empörung in der Bevölkerung zu tun. Die offizielle Begründung gab jedoch der Funktionär Kruse mit den Worten: „Wir wollen unser Pulver für später trocken halten – das heißt, unsere Streikkasse für Aktionen im Hinblick auf 1985 und 1986 schonen."

Die Kürzung der Bruttogehälter im öffentlichen Dienst um drei Prozent für das kommende Jahr ist eine der wichtigsten Maßnahmen der Regierung, den Staatshaushalt zu sanieren. Auch die meisten Sozialleistungen sollen vom 1. Januar an um drei Prozent gesenkt werden. Die Verabschiedung der entsprechenden Gesetze durch das Parlament ist für den 13. Dezember vorgesehen. Die Fraktionen beider Regierungsparteien wollen geschlossen dafür stimmen.

Verhandlungen von Führern der gemäßigten Gewerkschaften mit Innenminister Koos Rietkerk hatten sich zuletzt nur noch auf das Verlangen nach einer Garantie bezogen, den Staatsdienern 1985 und 1986 keine weiteren Gehaltseinbußen zuzumuten. Rietkerk lehnte eine solche Garantie ab, weil niemand voraussagen könne, wie die Haushaltslage in diesen Jahren aussehen werde.

Die Schäden, die der Volkswirtschaft während der letzten acht Wochen durch die Streiks entstanden sind, sind noch nicht zu überblicken. Besonders bleibt abzuwarten, wie sich der Vertrauensverlust in die Zuverlässigkeit von Rotterdam als wichtigster Umschlaghafen für ganz Europa nördlich der Alpen bei ausländischen Industriewerken und Geschäftsleuten auswirken wird. (SAD)

Togos Präsident als Comic-strips-Held

B. RÜTTEN, Bonn

„Es war einmal ... Eyadema – die Geschichte Togos" heißt das Comic-strip-Bändchen, das die Geschichte dieses Landes mit dem Lebenslauf seines Präsidenten gleichsetzt.

Eyadema, 1936 im Norden Togos geboren, war danach ein Prachtbursche und Musterknabe. Er jagte erfolgreich Wildschweine mit Pfeil und Bogen, Kaninchen mit einer Keule und sagte artig „Ja, Mama". Bei Mondenschein studierte er vor seiner Hütte Bücher, und in der Schule war er der Beste. Als armer Bauernjunge sah er sich dann aber gezwungen, die Hacke seiner Väter zu ergreifen und Bildung erst mal Bildung sein zu lassen.

Mit 16 Ringkämpfer

Mit 16 Jahren übertraf er alle Altersgenossen im Ringkampf, die ihn daraufhin freiwillig als ihren Führer anerkannten. Mit 18 Jahren wird er in die französische Kolonialarmee rekrutiert, wo er auch wieder hervorragende Leistungen erbrachte. Nur weil er einem anderen Stamm angehört als die Machthaber in seiner inzwischen unabhängigen Heimat Togo, verhindern diese, daß er Offizier wird. So nimmt es dann auch nicht wunder, daß Togos erster Präsident, solcher Art tief im Stammesdenken verwurzelt, bald scheitert. Eyadema, nach Indochina und Algerien inzwischen in Niger, findet, daß die Situation in Togo ernst ist und er deswegen nach Hause zurückkehren muß. Er sagt seinen Kameraden „Auf Wiedersehen".

In Togo angekommen, bitten ihn die kleinen Leute zu handeln, und so führt er einen Putsch gegen Olympio aus. „Einer unserer Leute hat geschossen. Olympio ist tot", ruft ein Mitstreiter in der mondlosen Nacht. Daß der Todesschütze Eyadema war, wird verschwiegen.

So geht es über insgesamt 47 Seiten in dem Comic-Strip weiter. Auch vom wundersamen Überleben Eyademas bei einem Flugzeugabsturz – wahrscheinlich Sabotage – ist die Rede, und von einem Attentatsversuch. Der Attentäter hat sich dabei als schlechter Schütze erwiesen und wird deshalb aus der Armee ausgeschlossen – die einzige Bestrafung; denn der Präsident begnadigt ihn und trinkt mit ihm regelmäßig zum Jahrestag des Attentats ein Glas Champagner; denn – so wird überzeugend ausgeführt – wäre das Attentat geglückt, würde keiner von beiden mehr leben.

Im Bestreben, aus willkürlich von Kolonialmächten geschaffenen Kunstgebilden moderne Staaten zu machen, lassen sich afrikanische Führer viel einfallen. Der Kult ihrer eigenen Person gehört fast immer dazu. Die historischen Fakten werden so lange zurechtgebogen und verschönt, bis sie dem strahlenden Bild eines Helden und Staatsmanns entsprechen, mit dem sich die unterschiedlichen Völkerschaften und Stämme identifizieren können. Diktatorisch regierende Militärs wie Eyadema von Togo und Mobutu von Zaire gehören ebenso zu den selbsternannten Heilsgestalten wie der nigerianische Präsident Shehu Shagari, der sich in demokratisch gefälschten Wahlen bestätigen ließ.

Held oder Märtyrer?

Sofern sie die Möglichkeit dazu haben, beziehen sich die Klügeren unter ihnen auf einen Vorgänger. Auf diese Weise sind – teilweise nicht einmal zu Unrecht – Heroen und Mythen entstanden, die einen festen Platz in der jungen Geschichte des modernen Afrika einnahmen. Kwame Nkrumah, Patrice Lumumba, Marien Ngouaki werden von afrikanischen Geschichtsschreibern nicht mehr in Frage gestellt und sind zu Symbolfiguren des heutigen Afrika geworden. Putschisten zerstören und beschmutzen systematisch das Andenken an ihre Opfer, um sich selbst zu erhöhen, und oft ist es Zufall, ob afrikanische Staatsmänner als Helden und Märtyrer oder als blutrünstige Tyrannen in die Geschichte eingehen. Idi Amin und „Kaiser" Bokassa, heute Verkörperung allen Übels, waren zu ihren Glanzzeiten nicht unpopulär.

Was Togo angeht, sei es unfair, sagt ein in Lomé lebender Deutscher, sich über Eyademas Personenkult lustig zu machen. „Der Aufbau einer neuen Nation kann Mittel erfordern, die in unseren Augen seltsam, sogar komisch erscheinen. Wir sollten sie nicht mit unseren Maßstäben messen!"

هكذا من الأصل

EISHOCKEY

Düsseldorf vor Konkurs

sid, Düsseldorf

Eintrittskarten wurden einst per Zeitungs-Anzeige gesucht, das Schild „ausverkauft" brauchte wochenlang überhaupt nicht abgehängt zu werden, und die einfallsreichen Gesänge der Fans wurden sogar auf Schallplatte gepreßt. Doch nun steht die Düsseldorfer EG, einer der beliebtesten deutschen Eishockey-Vereine, vor dem finanziellen Ruin. Nur ein in höchster Not gestricktes Sanierungskonzept kann den mit zwei Millionen Mark Schulden belasteten Klub noch vor dem Konkurs retten.

Ungeschminkt legte der Vorstand die Karten auf den Tisch. Allen Spielern wurde freigestellt, sich sofort auf die Transferliste setzen zu lassen. Finden sie keinen anderen Verein, müssen sie sich bereit erklären, für nur 50 Prozent der vertraglich ausgehandelten Summe bei der DEG zu bleiben. „Wenn dann noch alle Gläubiger ihren Beitrag leisten, könnte das Konzept aufgehen. Wir kalkulieren allerdings mit dem Abstieg in die zweite Liga. Im Falle des Konkurses müßten wir ja in der untersten Klasse beginnen. Das soll verhindert werden", erklärte Schatzmeister Rolf Leydorf.

Laut Leydorf mußte die „Notbremse" gezogen werden. Seine Begründung: „Jetzt schon sind wir praktisch illiquide. Zum Abschluß des Geschäftsjahres am 30. Juni 1984 wäre es jedoch katastrophal geworden."

Der Bankrott wäre schon früher fällig gewesen, hätten nicht Sponsoren, denen zum Teil die Spieler „gehören", immer wieder Geld lockergemacht.

Todsünde in der Vergangenheit war: Als die DEG als „Zuschauer-Krösus" Woche für Woche fette Einnahmen verbuchte, kassierten die Spieler Netto-Gehälter. Es kam der Tag, an dem das Finanzamt die nicht abgeführte Lohnsteuer verlangte. Überstürzt nahm der damalige Präsident Werner Hellwig ein Darlehen bei der Stadt-Sparkasse auf, um den Fiskus auszuzahlen. Seitdem ist die Sparkasse Hauptgläubiger, der auf Tilgung und Zinsen pocht.

STAND PUNKT

Wunderlich

Nun fühlen sie sich also wieder stark, die deutschen Handballspieler. Warum? Sie haben gegen den Weltmeisterschafts-Vierten Dänemark in Hamburg knapp mit 18:17 gewonnen. Das ist doch was. Da kann man sich einfach hinstellen und sagen: „Keine Stellungnahme zu Sepp Wunderlich. Wir haben auch ohne ihn gut gespielt." Der Bundestrainer Simon Schobel selbst hat das gesagt. Doch da kommen Zweifel auf.

Kann es sich die deutsche Mannschaft leisten, auf einen Weltklassespieler wie Sepp Wunderlich zu verzichten. Es hat doch zuletzt (mit Wunderlich) viele Pleiten gegeben. Auch wenn die Mannschaft jetzt auf dem richtigen Weg sein soll: Eine Zukunft kann es nur mit dem Starspieler aus Barcelona geben. Wenn er alle Probleme, die selbstverständlich mit so einem Wechsel nach Spanien verbunden sind, gelöst hat, wird Schobel auf ihn nicht verzichten können. Er sollte sich lieber das Beispiel Bernd Schuster ansehen und möglichst vermeiden, sich jetzt schon festzulegen. sid

FUSSBALL / Heute: Bundesliga-Spitzenspiel in Hamburg, Bayern im Europacup bei Tottenham, WM-Auslosung in Zürich

HSV: Netzer und Happel schlugen harte Töne an

dpa/sid, Stuttgart/Hamburg

Er sitzt inmitten der Journalisten-Runde und genießt die Situation. Wer sollte es ihm verübeln? Helmut Benthaus, Trainer des VfB Stuttgart, der Macher der Truppe, die plötzlich zum Gesprächsthema Nummer eins in der Fußball-Bundesliga avancierte, der Trainer des derzeitigen Tabellenführers. Benthaus gilt als Denker und Lenker der Mannschaft, die für viele das Zeug hat, Deutscher Meister der Saison 1983/84 zu werden.

Dieser Mann, trotz allem ruhig, eher bescheiden, wischt mit einem sympathischen Lächeln alle Wenn und Aber vom Tisch: „Wir spielen heute in Hamburg. Auch nach dem 3:0 über Bremen sind wir nicht der Favorit. Der HSV ist immerhin Meister. Und uns fehlt Karl-Heinz Förster wegen der vierten gelben Karte. Aber es ist wie bei einem, der im Spielcasino schon 1000 Mark gewonnen und noch einmal unbeschwert 500 Mark auf Null setzen kann – und dann gelingt plötzlich der große Coup."

Der 48 Jahre alte Fußball-Lehrer mit dem Schweizer Paß verkörpert das neu gestärkte Selbstvertrauen des VfB Stuttgart. Der ehemalige Nationalspieler, ein Familienvater, der nach dem Tod seiner Frau – sie starb an Krebs – mit Sohn (15) und Tochter (19) sowie Lebensgefährtin in Eßlingen wohnt, hat ein einfaches Rezept: „Nur über Siege und Erfolge wächst ein Team zusammen. Oder haben Sie schon einmal eine Mannschaft gesehen, die sich mit Niederlagen aufbaut?"

Er gilt als Stiller in der oft impulsiven Trainergilde und weiß, daß Erfolg kurzlebig ist. Benthaus: „Ich war 17 Jahre in Basel. Ich kenne dieses Gefühl." Zum Verständnis: Siebenmal Schweizer Meister, zweimal Pokalsieger, einmal Ligacupsieger.

Ist der VfB der Erfolgsgarant? Benthaus: „Wir haben gut aufgebaut. Wir besitzen eine gute Reserve-Bank. Ob Schäfer oder Buchwald spielt, ob Kempe oder Ohlicher einläuft, das schwächt das Team nicht. Und ich weiß, daß in der Mannschaft Reserven liegen. Sie kann sich noch steigern, das ist beruhigend."

Zum gestrigen Nikolaustag bekamen die Spieler des Hamburger SV dagegen die Rute in den Schuh. Trainer Ernst Happel und Manager Günter Netzer schlugen bei dem von einer anhaltenden Krise geplagten Titelverteidiger harte Töne an. „Unsere Kritik richtet sich nicht nur an die Neuen, Schatzschneider und Wuttke, sondern an den gesamten Kader. Wenn Disziplin und Einsatzbereitschaft weiterhin nicht stimmen, werden Kosenquenzen gezogen. Wir werden uns zum Saisonende von denjenigen trennen, die nicht mitziehen", meinte Netzer ungewohnt offen.

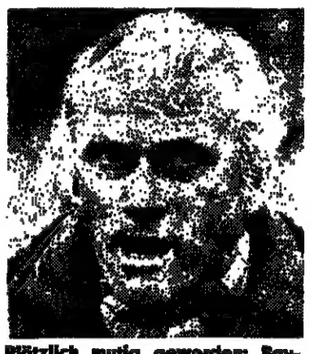
Die Erkenntnis der HSV-Verantwortlichen: Wir haben einige zu satte Profis. „Verschiedene ruhen sich immer noch auf den Lorbeeren der vergangenen Saison aus. Obwohl wir doch eine eingespielte Mannschaft und fast dieselben Spieler wie im Vorjahr haben, ist das im Augenblick einfach nicht mehr das von Happel geprägte Offensiv-Spiel", klang etwas Ratlosigkeit aus Netzers Worten.

Auch Mannschaftskapitän Felix Magath hat sich Gedanken gemacht. „Bei uns ist einfach der Wurm drin. Die Mißerfolge haben zu Unsicherheit geführt. Dadurch wird inzwischen viel zu sehr das Risiko in unserem Spiel gescheut. Außerdem fehlt es an der nötigen Leistungsbereitschaft. Das Problem liegt wohl am mangelnden Konkurrenzdruck durch die vielen Verletzungen", lautete seine Zustandsbeschreibung.

Mit der Ersatzbank wurde Wolfram Wuttke gedroht: „Insbesondere mit seinen Leistungen können wir nicht zufrieden sein. Er muß sich mehr bemühen", sagte Netzer.

Schlug harte Töne an: Hamburgs Manager Günter Netzer. FOTO: HARTUNG

Plädiert für neuen Modus: DFB-Präsident Hermann Neuberger. FOTO: HARTUNG



Plötzlich mutig geworden: Bayern-Trainer Udo Lattek. FOTO: LUBEJ

Nicht gegen Österreich, aber „DDR" ist möglich

dpa, Zürich

Auf dem Weg zur Fußball-Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko gibt es keinen neuen Vergleich zwischen Vize-Weltmeister Deutschland und seinem „ständigen Begleiter" Österreich. Am Vortag der Auslosung der WM-Qualifikationsgruppen (heute 16.00 Uhr) in Zürich setzte das WM-Organisationskomitee unter Leitung von DFB-Präsident Hermann Neuberger beide Mannschaften in „Topf eins" der besten europäischen Mannschaften. Frühestens in Mexiko können sich die beiden Kontrahenten, die sich in den letzten Jahren immer wieder das Leben schwermachten, aufeinander treffen. Ebenfalls in Topf eins sind England, Frankreich, Polen, Spanien und die UdSSR gesetzt.

„Bitte nicht schon wieder Österreich – und bitte auch keine Briten." Der Wunsch des Münchner Nationalmannschaftskapitäns Karl-Heinz Rummenigge ging am Nikolaustag schon halb in Erfüllung. Rechnen muß das Team von Bundestrainer Jupp Derwall allerdings erneut mit Nordirland, das den Deutschen schon in der Qualifikation für die Europameisterschaft im kommenden Jahr in Frankreich zwei peinliche Niederlagen beibrachte. Möglich ist auch ein deutsch-deutsches Qualifikations-Duell mit der „DDR". Möglicher Qualifikations-Gegner kann aber auch Vize-Europameister Belgien sein.

Ob der Wunsch von Bundestrainer Jupp Derwall auf eine Fünfer-Qualifikationsgruppe in Erfüllung geht, muß heute das Los entscheiden. Gebildet werden vier Qualifikationsgruppen mit je fünf Mannschaften, von denen jeweils die beiden Gruppenbesten das WM-Ticket erhalten, sowie drei Gruppen mit je vier Teams. Hier qualifizieren sich nur die drei Gruppensieger automatisch, die drei Zweitplatzierten spielen noch einmal in einer Extrarunde zwei weitere WM-Teilnehmer aus.

Die erste Finalrunde in Mexiko wird in sechs Gruppen zu je vier Mannschaften ausgetragen. 16 Teams – die jeweils beiden Gruppenbesten und die vier besten Drittplazierten – erreichen die zweite Runde. Diese 16 Teams spielen dann im K.-o.-System den Weltmeister aus. Mit insgesamt 52 Spielen gibt es in Mexiko genauso viele Begegnungen wie 1982 in Spanien, als erstmals 24 Mannschaften die Endrunde ausspielten.

Der Plan von Hermann Neuberger, der lieber in vier Gruppen zu je sechs Mannschaften gespielt hätte, fand keine Mehrheit. Neuberger hatte verhindern wollen, daß Mannschaften schon nach nur drei Spielen in der ersten Runde ausscheiden müssen. Nach seinem Plan hätte jede Mannschaft fünf Spiele in der ersten Runde ausgetragen. Doch gerade darin sahen vor allem die Südamerikaner eine Bevorteilung der als konditionsstärker geltenden Europäer.

Erstmals darf jeder Verband in Mexiko statt 22 Spieler nur noch 20 Aktive nominieren. Jeder Trainer kann jedoch neun Spieler auf die Bank setzen, so daß er praktisch jeden einsetzen kann. Den Aktiven bleibt die Verbannung auf die Tribüne erspart.

Die WM-Kommission legte für die heutige Auslosung die folgenden vier Töpfe fest: Europa (33 Verbände): Italien qualifiziert, 13 weitere Plätze.

Topf 1: Österreich, England, Frankreich, Deutschland, Polen, Spanien, Sowjetunion.

Topf 2: Belgien, CsSR, Dänemark, Ungarn, Nordirland, Schottland, Jugoslawien.

Topf 3: Bulgarien, „DDR", Griechenland, Irland, Holland, Portugal, Rumänien, Schweden, Türkei, Wales, Schweiz.

Topf 4: Albanien, Zypern, Finnland, Island, Luxemburg, Malta, Norwegen.

Lattek will die Offensive und vertraut auf die Rummenigge-Brüder

sid/dpa, London

Udo Lattek hat über Nacht der Mut gepackt. „Mit einer total defensiven Einstellung ist in London nichts zu holen. Wir wollen angreifen und das liegt uns auch am besten." Lattek hat ein neues Rezept für das Rückspiel im Fußball-UEFA-Cup der Münchner Bayern gegen Tottenham Hotspur für heute abend (21.00 Uhr MEZ) gemixt.

Möglicherweise wird der Bayern-Trainer drei Angriffsspitzen auf den Platz an der White-Hart-Lane schicken. „Wir müssen aggressiv spielen und auf ein schnelles Tor aus sein. Gelingt uns das, sind wir weiter. Ich kann mir nämlich nicht vorstellen, daß Tottenham drei Treffer macht."

Vor dem Abflug nach London pokerte Lattek noch mit der Aufstellung. Michael und Karl-Heinz Rummenigge würden auf alle Fälle spielen, kündigte der Bayern-Trainer an. „Und auf Dieter Hoeneß kann ich eigentlich auch nicht verzichten." Der lange Kopfballspezialist soll die Engländer schon am eigenen Strafraum abblocken und zusätzlich in der Abwehr aushelfen. Bleibt es bei einem Zwei-Mann-Sturm, wird es im vierköpfigen Mittelfeld eine Veränderung gegenüber dem Bundesligaspiel gegen Dortmund geben. Für Nachtweih kommt Karl Del'Haye in die Mannschaft. „Vielleicht nehme ich aber auch Wolfgang Grobe hinein", überlegte Lattek laut.

Die Spieler von Tottenham Hotspur hoffen indessen auf einen psychologischen Effekt, der ihnen den Einzug ins Viertelfinale bescheren soll. Der argentinische Nationalspieler Osvaldo Ardiles, der seit Februar wegen eines Schienbeinbruchs außer Gefecht war, sitzt heute auf der Ersatzbank. „Allein seine Anwesenheit wird die Spieler auf dem Feld anspornen. Jeder will nämlich vermeiden, daß er gegen Ardiles ausgewechselt wird", glaubt Tottenhams Teammanager Keith Burkinshaw, der allerdings nur im Notfall auf Ardiles zurückgreifen will.

Besonders motiviert gegen die Bayern ist Mittelfeldspieler Glen Hoddle, dem die schlechten Kritiken nach dem 0:1 verlorenen Hinspiel in München an die Nerven gegangen sind. „Heute will ich beweisen, daß ich mich hinter den Bundesligaspielern nicht zu verstecken brauche."

Die Buchmacher übten an der Fußball-„Börse" noch Zurückhaltung. Nur mit einem 3:1-Kurs wurde der zweimalige englische Meister favorisiert, als der Bayern-Troß am Dienstagvormittag auf dem Londoner Vorort-Flughafen Luton landete.

Die Stimmung im Lager des letzten deutschen Europapokal-Vertreters war gut. „Wenn wir die erste Halbzeit ohne Gegentor überstehen, bin ich vom Erfolg überzeugt", meinte Karl-Heinz Rummenigge.

SCHACH

Gari Kasparow gelang 3:3

DW. London/Bonn

Gari Kasparow, 20 Jahre alte Schach-Hoffnung der UdSSR, gewann in London die sechste Partie im Halbfinale des Kandidaten-Turniers gegen den 33 Jahre älteren Viktor Kortschnoi und konnte damit gegen den in der Schweiz lebenden Exil-Russen zum 3:3 ausgleichen. Kaspar w benötigte in der Partie, die am Sonntar nach 41 Zügen unterbrochen wurde, damn am Montar noch weitere 36 Züre und insresamt rund zehn Stunden Spielzeit, um mit den schwarzen Firuren zu gewinnen.

Das Halbfinale ist auf insgesamt zwölf Partien angesetzt, für den Gesamtsier sind 6,5 Punkte erforderlich. Im parallel laufenden zweiten Halbfinale wurde die siebte Partie zwischen Waleri Smyslow (UdSSR) und dem Ungar Zoltan Ribli nach 41 Zügen unterbrochen. Hier führt der UdSSR-Spieler mit 3,5:2,5 Punkten.

Der Kommentar von Großmeister Ludek Pachman:

Die Fortsetzung der sechsten Partie brachte ein studienhaftes Endspiel, was in die Lehrbücher eingehen wird. Kasparow wählte einen völlig anderen Plan als allgemein angenommen. Das danach entstehende Turm-Endspiel wurde als Remis eingeschätzt, doch Kasparow gelang die Widerlegung.

Die Stellung nach dem 40. Zug: Weiß (Kortschnoi): Kd2, Ta1, Ta5, Bauern d4, e2, f4, g4, h4. – Schwarz: Ke6, Tb3, Td3, Ld6, Bauern a3, b4, f7, g7.

So ging es weiter:

41. exd3 Lxf4+, 42. Ke2 Tc3!,

Das ist die Überraschung. Erwartet wurde Tb2+, eventuell verbunden mit der Bedrohung der Bauern g4 und h4 durch den schwarzen Turm. Analysen zeigten jedoch, daß Schwarz in diesem Falle nur Remis heißen kann.

43. g5 Le1, 44. h5 b3, 45. T5xa3 Lxa2, 46. Txa3 b2!, 47. Ta8+ Kf5, 48. Tb6 ... 48. Ta5+ hilft nicht wegen Kg4.

48. ... Tc2+, 49. Ke3 Kxg5, 50. d5 ...

Nach 50. Tb5+ folgt Kg4 nebst f5.

50. ... Kxh5, 51. Kd4 ...

Eine entscheidende taktische Finesse. 51. d6? Tc6! – und Schwarz gewinnt.

51. ... g5, 52. Tb8 g4, 53. d6 Tc6, 54. Ke5 ...

Weiß muß versuchen, den Bauern f7 zu erobern. Nach 45. Kd5 würde nämlich Tc8!, 55. Txb2 f5, 56. d7 Td8, 57. Ke5, Kg5, 58. Tb7 g3 zu einer ebenfalls recht ungewöhnlichen Gewinnstellung für Kasparow führen.

54. ... Tc5+, 55. Kf6 g2, 56. Txb2 Td5, 57. Kxf7 ...

Nach 57. Ke7 f5 verliert Schwarz den Turm, aber die beiden verbundenen Freibauern entschieden das Spiel.

57. ... Txd6, 58. Td2 Kg4, 59. d4 Kf5!,

Noch eine raffinierte taktische Wendung. Sonst macht Weiß mit 60. Ke7 nebst 61. Ke6 noch Remis.

60. Ke7 Td5, 61. Td3 Kf4, 62. Ke6 Tg5, 63. d5 Tg6+, 64. Ke7 g2, 65. Td1 Ke5!, 66. d6 Te6+, 67. Kd7 Txd6+!, 68. Txd6 g1 Dame,

Das Endspiel, das jetzt folgt, findet man auch in Lehrbüchern für Anfänger.

69. Te6+ Kf5, 70. Td6 De7+, 71. Kd8 Ke5, 72. Tg6 Da5+, 73. Kd7 Da4+, 74. Ke7 Dh4+, 75. Kf8 Dd8+, 76. Kf7 Kf5, 77. Tb6 Dd7+.

Hier gab Kortschnoi auf, denn nach 78. Kf8 oder Kg8 und dem schwarzen Zug Kg5 kann er die sechste Reihe nicht mehr verteidigen, ohne seinen Turm direkt zu verlieren.

SPORT-NACHRICHTEN

Hertha verpflichtet Meier

Bielefeld (sid) – Der Fußball-Zweitligaklub Hertha BSC Berlin hat den Bielefelder Abwehrspieler HeikoMeier verpflichtet. Die Ablösesumme für Meier, der acht Bundesligaspiele bestritt, beträgt 140 000 Mark.

187 Millionen Mark bereit

Bonn (sid) – Der deutsche Sport kann dem Olympiajahr 1984 finanziell beruhigt entgegensehen. Im Haushalt 1984, den der Bundestag in dieser Woche verabschiedet, stehen für den Sport insgesamt 187,6 Millionen Mark aus zehn Bundesministerien bereit, 3,3 Millionen mehr als im vergangenen Jahr.

HSV-Spiel live im Radio

Hamburg (dpa) – Das Spiel des Deutschen Meisters und Europapokalgewinners Hamburger SV am 11. Dezember in Tokio gegen Brasiliens Vertreter Gremio Porto Allegre wird am Sonntag in Ausschnitten im Rahmen des Rundfunkprogramms der ARD „Musik bis zum frühen Morgen" zwischen 4.00 und 5.45 Uhr original ausgestrahlt. Im Fernsehen ist das Spiel zeitversetzt ab 7.30 Uhr zu sehen.

Wellers Herausforderer

München (sid) – Der Weltboxverband WAA hat den Amerikaner Frank Neton als offiziellen Herausforderer von René Weller (Pforzheim) im Superfedergewicht benannt. Newton taucht weder in den etablierten Verbänden WBA und WBC auf noch wird er in der World Athletic Association unter den besten 20 geführt. Weller muß seinen Titel in den nächsten drei Monaten verteidigen.

Merkhoffer hört auf

Braunschweig (sid) – Franz Merkhoffer, Abwehrspieler des Fußball-Bundesligaklubs Eintracht Braunschweig, wird zum Ende der Saison seine Karriere beenden. Der 37 Jahre alte Merkhoffer bestritt insgesamt 418 Bundesligaspiele.

ZAHLEN

HANDBALL

Länderspiel der Männer in Hamburg: Deutschland – Dänemark 18:17 (7:9).

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 263 625,60, 2: 117 002,30, 3: 6 973,60, 4: 133,00 5: 10,10. – **Toto:** Elferwette: Klasse 1: 3737,40, 2: 145,50, 3: 15,20. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 2 203 041,15, 2: 19 460,90, 3: 10 723,60, 4: 63,60, 5: 5,50. – Rennquintett: Rennen A: Klasse 1: 852,80, 2: 259,10. – Rennen B: Klasse 1: 1149,40, 2: 233,90. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 113 546,00. (Ohne Gewähr).

Kongresse · Tagungen · Konferenzen

Ringhotel Winget 2177 Winget 04776/70 66-68
Waldschlößchen Dobrock
80-Betten-Komforthotel, Spezialitätenrestaurant, div. neue Tagungsräume, Hallenbad, Sauna, Solarium, Fitneßraum, Kegelbahn, Kaffeeterrasse, Kurgarten, Baby-Zoo, Reitheim
Erholungsparadies in Nordseenähe

TAGUNGEN + SEMINARE
HOTEL im HAUS DEUTSCH KRONE
Sonnenhang 15, ☎ 05424/611, Telex 94318, 4502 BAD ROTHENFELDE T.W.
WOCHEN-SEMINARE im EZ ab DM 73.50
3 Seminarräume mit eingebauten Schulungsgeräten, 11 Tagungsräume mit Gruppenarbeitsräumen. Komplette Tagungstechnik vorhanden. Video-Anlage.
212 Betten, Schwimmbad, Sauna, med. Bäder-Abteilung
Am Kurwald · BAB-Anschluß A 1 + A 30

HOTEL HEIDEHOF
Hallenbad 7 x 12 mit Gegenstromanlage, Sauna, Solarium
Für Urlaub und Wochenende
Restaurant im rustikalen Stil, altdeutsche Bierstube, 90 Betten, alle Zimmer mit Du/WC, Telefon, Radio, z. T. mit Südbalkon, Lift, Bundeskegelbahnen, Garagen, Parkplätze, Klub- und Tagungsräume bis 120 Pers.
3162 Hermannsburg Lüneburger Heide Telefon (0 50 52) 34 81

Rheinhotel DREESEN
Ringhotel Bonn
5300 Bonn-Bad Godesberg
T. (02 28) 36 40 01-04, Telex 08 85 417
Ideal für Erholung, Tagungen, Kongresse, Empfange und Familienfeiern
Sonntags der beliebte 4-Uhr-Tanztee

Tagungen, Seminare, Schulungen
Bitte Prospekt anfordern!
Waldhotel Schäferberg
3501 Kassel-Espenau 1, 05673/7971
Ringhotel Kassel

Hotel Landhaus Höpen
DAS EXCLUSIVE HEIDE-HOTEL
Modernste Konferenzräume mit neuzeitlicher Technik
Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten
80 Betten, Hallenschwimmbad (9x18), Sauna, Solarium, Massagen, Doppelkegelbahnen. Verkehrsgünstig im Dreieck Hamburg–Hannover–Bremen (je 45 Minuten)
Fragen Sie uns – wir informieren Sie gern.
3042 Schneverdingen (Lüneburger Heide), Telefon 05193/1051, Telex 924153

Tagen im Kurparkhotel
Modernes Tagungshotel, erstklassige Gastronomie, Hallenschwimmbad, Sauna etc.
Angebot anfordern!
3437 Bad Sooden-Allendorf 2, Tel. 05652/3031

KUR-HOTEL AM KAISERBRUNNEN BRAKEL
Ruhe – Erholung – Entspannung zw. Bad Driburg u. Höxter (keine Verkehrsstraße), dir. am Wald u. Kaiserbrunnen, herrl. Rundwandermege. Mregolf. Jeglicher Komfort. Loggia, Konferenzräume, Beheiztes Hallenschwimmbad – Sauna, Massagen, Fitneßraum. Lift. Bundeskegelbahn (schallicht). Gmütliche Wochenendpauschalen – Eilzugstation – 3492 Brakel (Westerbergland). Telefon (0 52 72) 91 31 + 96 40 – Bitte Hausprospekt anfordern.

Es gibt noch Schönes zu entdecken
Informieren Sie sich über unsere vielseitige Angebotspalette für:
Tagungen
Seminare
Kongresse
Kur- und Verkehrsverein Bad Neuenahr-Ahrweiler e. V.
Postfach 505 k
5483 Bad Neuenahr-Ahrweiler
Telex: 086 825 kvv-d
Tel. 02641/2278
Mont Adrosse
BAD NEUENAHR AHRWEILER

Burghotel (am Wildpark) 2843 Dinklage i. O.
Tel. 0 44 43/10 25-26 o. 777
Mitten im Burgwald gelegen.
Ideal für Tagungen, Betriebsfeste, Kegelausflüge etc.
Nur 1400 m von der Abfahrt Lohne-Dinklage der Autobahn Hansalinie (50 km nördl. Osnabrück).

Seminare Tagungen Kongresse! jetzt: Neue Veranstalter-Broschüre Bitte anfordern!
Ihr Partner: Verkehrsverein der Freien Hansestadt Bremen Mitglied GCB, ICCA ☎ 04 21-32 73 00, Telex 244 854
Bremen

intermar
Die Hotel/der Behaglichkeit
Glücksburg · Malente · Grömitz
Timmendorfer Strand · Bad Segeberg
Tagungen im Intermar-Stil
Tagungen, Konferenzen, Seminare im INTERMAR-STIL sind zu einem Begriff geworden. Fordern Sie bitte unseren Prospekt an.
Wir sind auch Ihr Partner für Urlaub, Wochenend und Freizeit.
Intermar Hotelgesellschaft mbH
Zentrale Reservierung
2408 Timmendorfer Strand
Tel.: 04503/6426 Telex 261 440

Tag' doch mal bei uns!

• mitten im Ferienland Oberbayern
• in unserem modernen Hause mit variablem Platzangebot für Tagungen bis zu 600 Personen, Bankette bis zu 1000 Personen, Konzerte bis zu 1600 Personen
• mit unserer erfahrenen Mannschaft, die Ihnen mit Rat und Tat zur Seite steht.
rosenheim stadthalle
Das aktive Forum im attraktiven Dreieck München – Salzburg – Innsbruck.
Kufsteiner Straße 4 · 8200 Rosenheim
Tel. 08031/37080 - Informationen postwendend.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Zypern – aus anderer Sicht

Sehr geehrter Herr Redakteur,
zu der Berichterstattung über die Unabhängigkeit von Türkisch-Zypern möchte ich einige Anmerkungen machen.

Das unzweifelhaft demokratisch gewählte zypriotisch-türkische Parlament hat Präsident Rauf Denktasch einstimmig aufgefordert, diesen Schritt zu wagen. Die türkische Volksgruppe auf Zypern, im Vergleich zu den griechischen Zyprioten eine 25prozentige Minderheit, zog damit den langerwarteten vorläufigen Schlußstrich unter eine leidvolle und blutige, bisweilen an den Rand ihrer physischen Ausrottung führende Auseinandersetzung mit der griechischen Mehrheit auf der Mittelmeerinsel. Über zwanzig Jahre hatte dieser Zustand gedauert, in dem die Griechen in eklatanter Mißachtung der Verfassung im erst 1960 unabhängig gewordenen Zypern mit allen Mitteln den zypriotischen Türken die politische Mitwirkung als gleichwertige politische Partner verwehrten.

Die blutigen Massaker an türkisch-zypriotische Zivilisten in den Jahren 1963/64 führten zur Einsetzung einer starken UN-Friedenstruppe, die die Sicherheit der türkischen Minderheit gegenüber den Griechen garantieren sollte. Trotzdem gab es weiterhin Übergriffe der griechisch-zypriotischen Sicherheitskräfte.

Vor allem aber waren seit 1964 die türkischen Zyprioten von der griechischen Mehrheit vom politischen Leben völlig ausgeschlossen worden: Die türkischen Parlamentarier durften das Parlament in Nikosia nicht mehr betreten, den türkischen Beamten wurden die Gehälter verweigert, die türkisch-zypriotische Bevölkerung mit Waffengewalt in Ghettos getrieben, die sich ihre eigene Verwaltung notdürftig aufbauen mußten, da sie von der griechisch-zypriotischen Administration materiell und auch finanziell „ausgehungert" wurden.

Es sollte zu denken geben, wenn die griechisch-zypriotische Regierung auf Zypern bis heute als die „einzige legale Vertretung Zyperns" bezeichnet wird. De jure ist eine solche Regierung, die nach der Verfassung von 1960 aus Vertretern beider Gründer-Volksgruppen zusammengesetzt sein mußte, durch die Entmachtung der türkischen Minister und den Ausschluß der türkischen Parlamentarier infolge des griechischen Staatsstreichs von 1963 als verfassungswidrig anzusehen.

Die türkische Volksgruppe auf Zypern mußte sich also seit zwanzig Jahren selbst verwalten. Seit 1975 bestanden sogar zwei räumlich und politisch völlig getrennte Staaten auf der drittgrößten Mittelmeerinsel: Die Folge des griechischen Putsches von 1974 gegen den damaligen (griechischen) Präsidenten Erzbischof Makarios. Auf dringendes Flehen der türkischen Volksgruppe intervenierte die Türkei damals als Garantiemacht der Verfassung und besetzte ca. 30 Prozent der Insel im Norden, dem Hauptsiedlungsgebiet der Türken.

Der türkische Schritt zur Erklärung einer eigenen Verwaltung im Jahr 1975 sollte so ein erster Schritt zur Vorbereitung der föderalen Zukunft Zyperns werden, auf die sich die Führer der beiden Volksgruppen grundsätzlich geeinigt hatten. Doch bald wurde klar, daß die Inselgriechen tatsächlich an einer bundesstaatlichen Lösung gar nicht interessiert waren und die Gespräche und Verhandlungen endlos verzögerten. Warum auch sollten sie die Macht, die sie als die „einzige" Regierung Zyperns international genossen und die ihr Entwicklungshilfeleistungen und den Tourismus ins Land brachte, mit den ungeliebten türkischen Zyprioten teilen?

„Schlimmer kann es für uns nicht kommen", hatte Rauf Denktasch noch im Oktober im Foyer des Europäischen Parlaments in Straßburg erklärt, dabei auf die Probleme der Inseltürken anspielend: „... es gibt für uns keine Presse, keine Möglichkeiten vor der UNO und zudem noch Handelsprobleme durch den Boykott der Griechen."

Jetzt ist ein vorläufiger Schlußstrich gezogen und die Verhältnisse wurden klargestellt: Nach zwanzig Jahren der Unterdrückung, nach neun Jahren der Existenz zweier völlig getrennter Staaten auf Zypern gibt es nun auch offiziell zwei Staaten. Nach dem Völkerrecht existiert ein Staat nur dann, wenn es ein Staatsvolk, ein Staatsgebiet und eine Staatsmacht gibt. Das alles ist im türkischen Nord-Zypern seit Jahren gegeben. Und die sogenannten „türkischen Besatzungstruppen" sind dort ebenso beliebt und erwünscht wie die amerikanischen Soldaten in der Bundesrepublik Deutschland.

Eine Lehre aber läßt sich heute schon ziehen: Das überall gepflegte Lippenbekenntnis des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gilt wohl nur dann, wenn Völker der Karibik oder Afrikas nach Selbstbestimmung und freier Entfaltung ihrer Kultur und Sprache verlangen, ohne daß sie in irgendeiner Weise bevormundet werden. Wenn dagegen ein europäisches Volk, das selbst Massaker erdulden mußte, nach jahrzehntelangem Leid und Verhandlungen ohne Ergebnis den bestehenden Zustand eines eigenen Staates de jure besiegelt, dann ist das politisch verwerflich und zu verurteilen.

Diese „Realpolitik" mag begründen wer will, doch von politischen und moralischen Grundsätzen sprechen wir dann lieber nicht.

Mit freundlichen Grüßen
Rudolf Wedekind,
Mitglied des Europäischen Parlaments

Wort des Tages

„Erbitte Gottes Segen für deine Arbeit, aber verlange nicht auch noch, daß er sie tut."

Karl Heinrich Waggerl, österr. Autor (1897–1973)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Einseitigkeit

Nieten einer Schul-Tombola schließen Kinder vom Schutz im atomsicheren Bunker aus; es wird „Massengrab" auf die Tür eines Gymnasiums geschrieben, um nur einige aktuelle Beispiele aufzuführen.

Eine einseitige Politik-Erziehung zu Angst, Haß und Aggression kann nicht dem Frieden dienen.

Gesetze werden mißachtet – z. B. das Schulverfassungsgesetz, das Elternrecht nach Art. 6 des GG, Schulkonferenzen werden nicht gefragt, Äußerungen von Elternräten werden übergangen.

Genügen denn nicht Streß durch verfehlte Schulsysteme, gestörtes Familienleben, Drogen, Alkohol u. a., müssen unsere Kinder auch noch durch Politik erledigt werden?

Wie präsentiert sich die Zukunft? Durch Dummhalten (mangelnde Schulbildung z. B. in Geschichte und Deutsch, Schließung von öffentlichen Büchereien, Behinderung und Einschränkung des kulturellen Lebens) und rechtzeitige politische Indoktrinierung kann der Mensch gefügig gehalten werden. Ist die totalitäre Abhängigkeit der Preis für eine Generation (evtl.) ohne Krieg? Und dies alles wird unter dem Deckmantel „Frieden" inittiert.

Mit Recht haben wir die Lehre aus der Vergangenheit gezogen und auf Gewaltenteilung gesetzt; dabei vergaß man aber die Gewerkschaften, die, als Einheit im Schutze der Tarifautonomie, uns immer bedrohlicher überwuchern. Eine dieser Gewerkschaften schreckt auch vor unseren Kindern nicht zurück, und der Schulsenator, dem seine politischen Ziele wichtiger sind als unsere Kinder, schaut im Namen des Friedens bei der Vernichtung zu.

Noch einmal können wir nicht behaupten: „Wir haben nichts gewußt."

Th. Schreiner,
Hamburg 92

Dumping-Preise

„Thomson-Brandt-Chef Gomez: Europa braucht Schutz"; WELT vom 18. November

Sehr geehrte Herren,
Monsieur Gomez, Präsident des französischen (Staats)-Elektro-Konzerns Thomson-Brandt, weint dicke Krokodilstränen.

„Wenn wir unsere Position nicht stärken und wenn wir uns nicht schützen, gibt es ein schlimmes Ende", sagte er zu seinen EG-Wettbewerbern und nennt „nationales Handeln" sinnlos!

Verschiedene Fabriken für elektronische Bauteile seines Staats-Konzerns aber stärken sinnlos-sinnvoll ihre Marktposition in der EG mit klassischen Dumping-Preisen. Verkaufspreise weit unter Herstellkosten. Daraufhin angesprochen meinte einer der Chefs, zur Sicherung seiner eigenen Person keine Arbeiter entlassen zu dürfen. Beschäftigung „zu jedem Preis" sei die Parole. Rote Zahlen, Bilanzverluste? Kein Problem, wozu ist man Staatsbetrieb. Das alles gleicht der Steuerzahler aus. Gegen derartige staatswirtschaftliche Methoden kann sich kein freier EG-Wettbewerber schützen. Solches „nationale Handeln" ist nicht nur sinnlos, sondern sehr gefährlich! Ein schlimmes Ende!

Mit freundlicher Empfehlung
D. Schildbach

SPD und Armee

„Wörner wirft der SPD ohne Fischt aus der Verantwortung vor"; WELT vom 23. November

Sehr verehrte Damen,
sehr geehrte Herren,
in der Nachrüstungsdebatte vor dem Deutschen Bundestag erklärte der Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, am 22. 11. 1983: „Aber wir sagen nicht nein, sondern ja zur Landesverteidigung, zur Bundeswehr ..."

Bedeutet dieses uneingeschränkte Bekenntnis der SPD zur Landesverteidigung und zur Bundeswehr, daß nunmehr in den Schulen der SPD-regierten Bundesländer die Rolle der Bundeswehr in unserem Staat wirklichkeitsnah und unverfälscht im Unterricht dargestellt wird? Wenn dieses Bekenntnis vor dem Bundestag nicht nur ein Lippenbekenntnis bleiben soll, sollten die Führungsgremien der SPD (und auch der GEW) ihren ganzen Einfluß aufbieten, die von nicht wenigen „linken" Lehrern in den Schulen betriebene Diffamierungskampagne gegen die Bundeswehr umgehend zu stoppen.

Man wird die Glaubwürdigkeit der SPD und ihres Vorsitzenden in Zukunft nicht zuletzt daran messen, wie auch sie sich bemühen, der Bundeswehr ihren Platz in unserer Gesellschaft einzuräumen, der ihr gebührt.

Mit freundlichen Grüßen
W. Thiemann,
Hamburg 73

Personalien

ERNENNUNG

Professor Dr. **Gert Mattenklott**, Leiter des Instituts für Neuere deutsche Literatur an der Universität Marburg, ist für das Akademische Jahr 1983/84 zum Gastprofessor an die Philosophische Fakultät der Universität Pisa berufen worden. Professor Mattenklott wird dort Vorlesungen zur jüdischen Kulturgeschichte in Deutschland halten. Anschließend wird Mattenklott mit einem Akademie-Stipendium der Stiftung Volkswagenwerk zu weiteren Forschungsarbeiten in die USA und nach Israel reisen.

EHRUNG

Dr. **Friedrich Weigend-Abendroth**, 62, wurde mit dem päpstlichen Sylvester-Orden ausgezeichnet. Dem böhmendeutschen Journalisten, Leiter des Ressorts „Geisteswissenschaften" der „Stuttgarter Zeitung" und Autor zahlreicher Funksendungen historischen und geisteswissenschaftlichen Inhalts, wurde die Auszeichnung auch für die Berichterstattung über die beiden christlichen Konfessionen und sein ökomenisches Engagement verliehen.

GESTORBEN

Einer der angesehensten und profiliertesten Journalisten der Nachkriegszeit, **Paul-Wilhelm Wenger**, ist – wie erst jetzt bekannt wird – im Alter von 71 Jahren am 3. Dezember in Bonn gestorben. Wenger, ursprünglich Jurist und zeitweise Richter im württembergischen Tauberland, war leitender Redakteur beim „Rheinischen Merkur/Christ und Welt", dessen Redaktion er seit 35 Jahren angehörte.

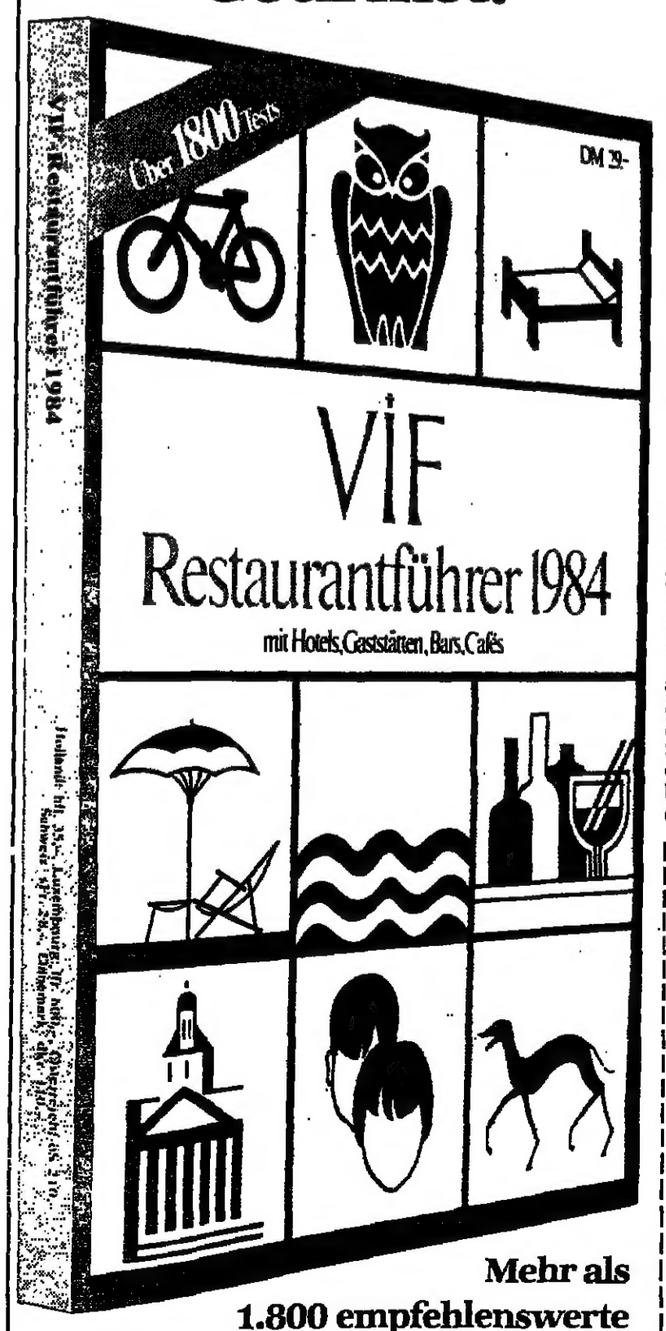
Wie kaum ein anderer Journalist hat Wenger, ein entschiedener Föderalist, die Bundesrepublik und ihre handelnden Politiker seit ihrer Gründung gekannt. Er galt als einer jener weniger Journalisten, zu denen Konrad Adenauer Vertrauen hatte.

*

Der frühere Geistliche Beirat der Katholischen Landvolkbewegung Deutschland, Prälat **Paul Wollmann**, starb im Alter von 72 Jahren. Er war Vizepräsident des Internationalen Katholischen Landvolks sowie Vorsitzender der Internationalen Föderation Katholischer Ländlicher Heimvolkshochschulen sowie Mitglied im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken. Wollmann hatte sich nach dem Krieg vor allem der Jugendarbeit gewidmet.

Damentreff in der Residenz des jugoslawischen Botschafters Dragutin Rozman in Bad Godesberg. Der Kontaktpflege wegen, aber auch zu Ehren der „Barbaras" in Bonn lud Mirjana Rozman zu einem jugoslawischen Essen ein. Von links Barbara Genscher, Frau des Außenministers, Gastgeberin Mirjana Rozman, Barbara Bartenberg, Frau von Dr. Gerd Bartenberg, in Bonn Beauftragter des Vorstandes der Preussag-Aktiengesellschaft, und Inge Pahr, Frau des österreichischen Botschafters. Der Barbara-Tag in der Botschafterresidenz war durchaus international besetzt. Zu den Gästen gehörten auch Etsuko Miyazaki, Frau des japanischen Botschafters, Mine Iscen, Ehefrau des türkischen Botschafters, Florence Mashoire, Gattin des Botschafters von Zimbabwe, Birgit Gräfin Finckenstein, Frau des Bonner Protokollchefs, Josepha Fischer, Frau des Ministerialdirektors Per Fischer im Auswärtigen Amt, und Wendelgard von Staden, Frau des früheren AA-Staatssekretärs Berndt von Staden. FOTO: KEIL

Das Weihnachts-Präsent für den Gourmet:



Der neue VIF-Restaurantführer '84.

Ein ganzes Jahr lang hat VIF sich in Deutschlands Gourmet-Szene umgesehen und das kulinarische Angebot in der Bundesrepublik und der DDR getestet. VIF hat geprüft, was Küche und Keller zu bieten haben. VIF hat dem Service auf die Finger geschaut und das Ambiente in Augenschein genommen. Dabei wurde manche Neuentdeckung gemacht. In bewährter Art wurden Punkte vergeben und bekannte Restaurants auf- oder abgewertet.

Von den gesammelten Erfahrungen profitieren Sie. Mit dem VIF-Restaurantführer, der auf über 400 Seiten mehr als 1.800 empfehlenswerte Adressen bietet:
- Hotels, Restaurants, Bars, Landgasthöfe, Bistros, Cafés und Weinstuben.
- Aber auch regional Typisches wie Altbierstuben in Düsseldorf, Studentenlokale in Heidelberg, Biergärten in München.
- Ebenso gutbürgerliche, exotische und vegetarische Restaurants.
- Sehr nützlich: die Preisangaben für Restaurants und Hotels, die Informationen über Sehenswürdigkeiten, Kulturangebot, Veranstaltungen bis Ende '84 und Ausflugsziele vor Ort.

Der VIF-Restaurantführer '84 ist die 29-Mark-Versicherung gegen kulinarische Enttäuschungen. Denn es ist sicher angenehmer, die Überraschung beim Lesen zu erleben als später beim Lokalbesuch.
Machen Sie sich selbst damit zu Weihnachten eine Freude. Oder verschenken Sie ihn an einen Gourmet aus dem Freundeskreis, an Verwandte oder Geschäftsfreunde.
Sie erhalten den VIF-Restaurantführer '84 zum Preis von DM 29,– bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Falls ausverkauft, bitte 040/35095120 anrufen. Oder gleich mit dem Coupon bestellen.

Ja ich bestelle _____ Exemplar(e) VIF-Restaurantführer 1984 zum Preis von je DM 29,– (inkl. MWST., Porto und Verpackung*).
*im Ausland zuzüglich Porto.

☐ Ich zahle nach Erhalt der Rechnung.
☐ lege einen Scheck bei (Name und Adresse sind auf der Rückseite notiert),
☐ überweise auf das Postscheckkonto Hamburg BLZ 200100 20, Kto.-Nr. 16666-205, Servicebüro Alstertal

Name/Vorname
Straße/Nr.
PLZ/Ort
Datum/Unterschrift 8617

Bitte ausfüllen und einschicken an:
VIF Leser-Service, Postfach 303440, 2000 Hamburg 36.

Mehr als 1.800 empfehlenswerte Adressen in ganz Deutschland.

Der Erfolg einer Kooperation

MAESTRO-Anwender inzwischen über

10.000

Softlab GmbH, Dr. Klaus Neugebauer
Philips Data Systems, Dr. Markus Rauh

Aus der Kooperation zwischen einem erfolgreichen System-Hersteller – der Philips Kommunikations Industrie – und einem technologisch führenden Software-Haus – der Softlab GmbH – entstand MAESTRO. Die Anwendungsvielfalt, der Bedienungskomfort und die extreme Zuverlässigkeit des Systems haben für mehr als 10000 Anwender die täglichen Software-Probleme gelöst. Dem Anspruch dieses Erfolges stellen sich Softlab und Philips. Auch in Zukunft.

MAESTRO ist konzipiert als dediziertes System zur Software-Entwicklung. Es automatisiert nicht nur den gesamten Software-Entwicklungsprozeß. Es ist auch Textbe- und -verarbeitung, Bürokommunikation sowie Überwachungs- und Steuerungsinstrument für komplexe Projekte. Die Einsatzvielfalt ist nahezu unbegrenzt. Bayerische Landesbank, BMW, Bertelsmann..., Mannesmann, MBB, Münchener Rück..., sie alle setzen das MAESTRO-System ein.

Kontakt: Philips Data Systems, Neuss, Telefon: 02101/182277

softlab

Philips Kommunikations Industrie AG
Data Systems | TEKADE Fernmelde-anlagen | F&G Nachrichtentechnik und -anlagen

هكذا من الأصل

هكذا من الأصل

STUDIO

Die Fernsehzuschauer bleiben länger auf als früher, so weiß es das Zweite Deutsche Fernsehen. Das gab den Programmachern in Mainz die Chance, das „heute-Journal" weiter in den späten Abend zu schieben, es beginnt vom 1. Januar an um 21.45 Uhr. Dies und andere Programmänderungen gab Chefredakteur Reinhard Appel am Montag in Hamburg bekannt. Er verwies darauf, daß durch die Journal-Verschiebung der Operationsraum am Abend sich von 95 auf 135 Minuten ausweite, somit der Programmgestaltung mehr Möglichkeiten geboten werden.

Eine wichtige Neuerung: Die Reportage bekommt mehr Beachtung, sie wird so umgestaltet, daß mehr originäre, selbst recherchierte Fälle zum Anlaß eines Berichtes genommen werden. Investigativ soll das werden, heißt es, sprich: Die Reporter haben sich nicht darauf zu verlassen, was schon in den Wochenzeitschriften gestanden hat. Es ist auch an die Aufstellung eines besonderen Recherche-Teams gedacht. Also: Reportage jeden Montag um 19.30 Uhr. Jeden Dienstag gibt es das Magazin „Wiso"; eine Abkürzung von Wirtschaft und Sozialpolitik. Diese neue „Bilanz"-Sendung soll „Verstehenshilfe" bieten und dabei neue Wege suchen. Zur Frage der politischen Magazine wurde nur darauf verwiesen, daß deren Gleichstellung durch die alternierende Ausstrahlung am gleichen Wochentag zur gleichen Stunde vorgesehen sei. Die Frage, wieweit sich „ZDF-Magazin" und „Kennzeichen D" miteinander vergleichen lassen, blieb offen.

Beibehalten wird die „Open-end-live-Sendung", mit ihrem deutschen Namen „5 nach 10", die vierzehnmal im Jahr ausgestrahlt werden soll. Sie bleibt in der Themenstellung flexibel und ist unmittelbar dem Chefredakteur zugeordnet. Das Betthupferl für Erwachsene, das bislang von prominenten Mitbürgern zum Programmschluß angedient wurde, wird geändert. Anstelle der Bibeltexte und deren kurzer Auslegung wird ein Sechsminuten-Film mit besinnlichem Text gesendet: „Briefe aus der Provinz".

Das Wichtigste an Neuem, das in der Pressekonferenz mit Reinhard Appel herauskam, lag zwischen den Zeilen, war mehr im Trend als in der artikulierten Absicht zu erkennen. Da ist als besonderes zu nennen die Besinnung auf Substanz, auf Originalität, auf neue Felder des Gedankens und der Kommunikation. Ein Mainzer Fernsehmensch sagte, auf die Verschiebung des ZDF-Journals angesprochen: Vielleicht haben wir dann statt 20 nur 18 Prozent Zuschauer, aber das soll mir recht sein, wenn diese zufrieden sind.

Wer hätte das in den Zeiten des Einschaltquoten-Rennens gedacht.

V. P.

In England und den USA gefeiert: „Brideshead"

Der Niedergang von Snobs

Wie man es auch dreht und wendet, der Dezember des deutschen Fernsehers ist blockiert. Wie Hammerschläge fallen die sieben Folgen von „Wiedersehen mit Brideshead" (vom 7. bis zum 23. Dezember) ins Erste Programm, jede Folge hundert und mehr Minuten lang, jede Folge zur besten Sendezeit. Alle zusammen von der gut beleumdeten britischen Granada Television produziert und durch die Sender der ARD gemeinsam preiswert für rund 1,6 Millionen Mark gekauft. Es hatte Großbritannien auf den Kopf gestellt, mit seinen Terminen wichtige Veranstaltungen an den Rand des Scheiterns gebracht, hat in 17 Ländern, in Dubai und Kolumbien, vor allem in der anglophonen Welt, es hat sogar ins Swasiland sich als Familien-Institution etabliert.

Wiedersehen mit Brideshead – ARD, 20.15 Uhr

Da konnte die ARD nicht abseits stehen. Konnte sie wirklich nicht? Für den Ankauf sprachen zumindest die geradezu hymnischen Kritiken. Die „New York Times" zum Beispiel glaubt, diese Serie zu einer der „bemerkenswertesten Fernsehproduktionen des Jahrzehnts" zählen zu dürfen, „Washington Post" nennt sie die „beste Serie, die jemals im amerikanischen Fernsehen zu sehen war", „Financial Times" nennt sie das nahezu Perfekteste der Fernsehgeschichte, man könnte diesen Lobeskatalog fortsetzen, man könnte das Entzücken der angelsächsischen Kritiker zitieren, die diese (mehr als elf Stunden lange) Adaption des gleichnamigen Romans des großen Evelyn Waugh als im Waughschen Sinne perfekt bezeichnen, wie es etwa der „Observer" tut: „Das Ergebnis ist, daß diese spezielle Mischung aus ironischem Witz und prachtvollem Romantizismus ungefiltert und ungetrübt überkommt."

Man sollte da auch die grandiose Authenzität der Spielorte und der Figuren nennen – allein Laurence Olivier ist ein einmaliger Glücksfall, alles dies sei zugestanden, alles dies sei angerechnet auf das Nadelgeld, das wir aus unserem Gebührenschweinderl auf die Hand der Briten legen mußten, alles dies sei angerechnet auf die vorweihnachtliche Blokkade, die das Riesending im Programm der ARD anrichtet. Angerechnet sei auch die Chance, sich auf recht kommode Art mit einem Meisterwerk der britischen Literatur bekannt zu machen, schließlich entbehrt auch die Handlung, trotz ihrer Morbidität nicht gewisser Humorpartikel, soweit man heute noch imstande ist, die versnobte britische Oberklasse mit Humor zu betrachten. Es mischt sich Buddenbrookssches mit „Dschee Ar" (J. R. Ewing), es mischt sich Denver mit Zauberberg, und nicht von ungefähr ist der Niedergang einer britischen Hochadelsfamilie mit den Lebenswegen zweier schöner Jünglinge verbunden, die einander zugetan sind.

Gut, gut, sag' ich. Nur in der Praxis sieht es ganz anders aus. Da zieht sich das Sittengemälde hin wie ein feuchter Schwelbrand, es gibt weder Spannungen noch Schürzungen, die Dramaturgie ähnelt einem biederen Spaziergang durch die getreulich aufgeblätterten Buchseiten. Daher gibt es auch keine Tiefpunkte und keine Durchhänger. Das perfektionierte Mittelmaß als Sicherheitsgurt!

Der Unterfertigte spricht von der Folge Zwei, die er betrachten konnte. Sie hat die offizielle Länge von 106 Minuten und 45 Sekunden. Das ergab drei Minuten hoffnungsvolle Erwartung, hundert Minuten quälende Langeweile und ein langes, freudiges Aufatmen zum Schluß.

Eine führende deutsche Zeitung nannte die Serie ein „epochales Denkmal". Es wäre nicht das erste einschläfernde Denkmal.

VALENTIN POLCUCH

Gruppenbild mit Bentley: die Darsteller Anthony Andrews (li.), Diana Quick und Jeremy Irons vor Schloß Brideshead

KRITIK

Reicht für etwa 15 Minuten

Als der weiche Herr Clemens Weichmüller erlebt, wie ein Mitbürger brutal zusammengeschlagen wird, geht er hin und zeigt sich an, weil er nicht eingegriffen hat. Jochen Köppel und Regisseur Jürgen Haase, die von ähnlichen Vorkommnissen erfuhren oder auch Zeuge waren, wie gleichgültig Menschen zusehen, wenn andere in Not sind, schrieben ein Fernsehspiel, „Strafanzeige gegen Unbeteiligt" (ZDF). Das ist bequemer – und folgenloser.

Die Sache hat nur einen Haken: Der Einfall trägt nicht weit. Man kann den Vorfall ablichten – und das tat Haase ausführlich und genüßlich –, und man kann den Mann während der Selbstanzeige vorführen. Das reicht etwa für 15 Minuten. Dann ist es zappenduster.

Mit Mühe schleppte sich die Sache über die nun einmal vorgesehenen 100 Minuten, in denen man nur über eines staunte: Daß sich so erstrangige Schauspieler wie Wolfgang Kieling, Werner Kreindl und die ihnen durchaus ebenbürtige Katharina Matz, die man alle aus differenzierteren Rollen in Erinnerung hat, für eine so schwache Geschichte hergeben.

Hätte doch nur ein U-Bahn-Fahrgast eine Gaspistole gehabt! Der entbehrliche Film wäre ungedreht geblieben.

KATHRIN BERGMANN

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender der ARD

09.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.05 Der Mann von Suez
11.30 Reisereportagen
12.10 Monitor
12.55 Presseschau
13.00 heute
13.15 Videotext für alle
13.18 Videotext für alle
13.25 Tagesschau
13.30 Unter dem Chaplinhut: Die Clowns
14.15 Klamottenkiste
14.38 Da schau her!
17.00 Unternehmen „Spacelab"
Landung in Kalifornien
18.15 König Rolle
Der Hund
17.20 Auslosung zur Fußball-WM 1986
Bericht aus Zürich
Ski-Weltcup
18.50 Tagesschau
danach Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Wiedersehen mit Brideshead
Siebenteiliger Film von John Mortimer nach dem Roman von Evelyn Waugh
Deutsch: Marion von Kalter
1. Das wiedergefundene Arkadien
Mit Jeremy Irons, Laurence Olivier u. a.
Regie: Charles Sturridge und Michael Lindsay-Hogg
Charles Ryder, wenig erfolgreicher Kunstmaler und jetzt, im Frühjahr 1944, Hauptmann der britischen Armee, wird mit seiner Brigade in eine neue Garnison verlegt. Das Ziel ist Brideshead, ein herrliches, zum Militärstützpunkt degradiertes Landschloß. Das Wiedersehen mit diesem Ort weckt in dem desillusionierten Hauptmann Jugenderinnerungen
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Bilderrätsel – Auf den Spuren des Kunstsammlers Ante Topic-Mimara / „Endstation Sehnsucht" – über die Renaissance von Tennessee Williams Bühnenstücken
22.30 Tagesthemen
23.00 Mittelmaß im Übermaß?
Spitzenforschung in Deutschland
0.00 Tagesschau

8.57–15.00 heute im Parlament
und
14.00–15.40 Debatte zum Haushalt '84
15.40 enorm in form
16.00 heute
16.04 Doppelliese
Nico und die roten Nasen
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Ein Affe im Haus
Alice, der Schrecken der Diebe
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Wilder weiter Land
3. Im Namen der Freiheit
19.00 heute
19.30 Telemotor
Das Automagazin mit Harry Valérien
1. Immer Ärger mit den Werkstätten? / 2. Diesel contra Ottomotor – wer hat mehr Zukunft? / 3. Test: Audi 80 Quattro 2 Liter
20.15 Bilanz
Themen: Franz Josef Strauß und die Wirtschaftswende – ein Live-Interview / Esch-Pleite fordert weitere Opfer / Armenhaus im Paradies – Das karibische Wirtschafts-Chaos
Moderation: Wolfgang Schröder
21.00 heute-Journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.35 Der Denver-Clan
Der Alptraum
22.10 Sport aktuell
Fußball-UEFA-Pokal
Tottenham Hotspur – FC Bayern München
3. Runde – Rückspiele
Reporter: Rolf Kramer
23.30 heute

Informationen rund ums Auto liefert heute abend wieder Harry Valérien in seiner Sendung „Telemotor" um 19.30 Uhr im ZDF

FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Volkswirtschaftslehre (13)
18.30 Seesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwoch in Düsseldorf
21.45 Auslandsreporter
Peter Bauer: Moskauer Skizzen
22.15 Nächtlicher Regen in den Bergen von Sichuan
Chines. Spielfilm, 1980
(Original mit Untertiteln)
23.35 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Seesamstraße
18.30 Meter am Stadtrand
19.00 Das Elefantencamp
Bericht von Jürgen D. Ensthaler
19.15 Jetzt oder nie
Salvas „La Paloma"-Traum
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Mißbrauchte Schüler?
Streit um Hamburgs Schulen
22.05 Der Film-Club:
Jean-Luc Godard
Weekend
Franz. Spielfilm, 1967
23.45 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Seesamstraße
18.30 Mimco
18.35 Ludwig
19.00 Schätze unter Wasser (5)
19.30 Norwich now (7)
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Stadtgespräch
Heute in Wiesbaden
21.45 Drei aktuell
22.00 Autoreport
22.05 Hallenski
22.25 Die tödliche Falle
Engl. Spielfilm, 1959

SÜDWEST

18.00 Seesamstraße
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten
19.30 Sammelsurium
19.55 Sport im Dritten extra
Hamburger SV – VfB Stuttgart
21.45 Cerleone
Ital. Spielfilm, 1977
23.55 Theater-Talk
24.00 Sendeschluß

BAYERN

18.15 Telo-Süd (12)
18.45 Rundschau
19.00 Wanner (6)
20.00 S. C. H. U. L. E.
Bilder einer konkreten Utopie
20.45 Rundschau
21.00 Zeltspiegel
21.45 Z. E. N.
21.50 Telechek
Die lustige Witwe
Amerik. Spielfilm, 1934
Mit Maurice Chevalier u. a.
23.25 Rundschau
23.50 News of the Week

Augen zu – und Sie sind da.

Genießen Sie die erholsame Art zu reisen: im Schlafwagen. Auf unserem dichten Streckennetz erreichen Sie schnell und bequem die größeren Städte in Europa. Über Nacht. Mit allem Komfort, gepflegtem Service – bis hin zum reichhaltigen Frühstück. Sie kommen ausgeruht und pünktlich an. Und haben den ganzen Tag noch vor sich.

Nähere Informationen bei allen Fahrkartenausgaben, DER-Reisebüros und den anderen Verkaufsagenturen der Bahn.

Zeit sparen. Nachts fahren. Im Schlafwagen.

TEN Trans Euro Nacht

DB

SPD und Grüne wollen Unvereinbares bewältigen

Heute beginnt in Hessen die vierte Verhandlungsrunde

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Der Ausgang der Verhandlungen zwischen der SPD und den Grünen über eine vierjährige Zusammenarbeit in Hessen ist nach wie vor völlig offen. In der dritten Verhandlungsrunde am Montag in Wiesbaden markierten beide Delegationen sachlich unvereinbare Positionen in der Energie- und Verkehrspolitik, die nun in Zweiergesprächen zu Kompromissen geführt werden sollen. Die vierte Verhandlungsrunde ist bereits für heute nachmittag angesetzt.

Beim Thema Enerriepolitik entzündete sich der Streit an der Forderung der Grünen, „die Verwendung atomtechnischer Anlagen in Hessen soweit und so schnell wie möglich in dieser Legislaturperiode entbehrlich zu machen". SPD-Chef Holger Börner hielt diesem Verlangen die Beschlüsse des SPD-Parteitages von München im April 1982 entgegen. Allerdings lägen seine Positionen und die der Grünen „sehr nahe beieinander".

In der Verkehrspolitik offerierten die Grünen das Konzept einer völligen Wende. Die Haushaltsmittel für Neubau-Straßen sollten auf 30 Prozent reduziert werden, auch Umbau und Ausbau vorhandener Straßen dürften nur noch in Ausnahmefällen zugelassen werden. „Überdimensionierte Ortsdurchfahrten" seien „zurückzubauen", Fußwege zu verbreitern, Radwegenetze anzulegen und Maßnahmen zu umfassenden Verkehrsberuhigungen und Geschwindigkeitsbegrenzungen einzuleiten.

In seiner Erwiderung warnte Börner davor, der grüne Katalog könne von Gegnern als „Horrorgemälde" benutzt werden, und empfahl, den „Willen der betroffenen Bürger" zu berücksichtigen. Diese Formulierung machten sich dann die Grünen beim Thema Startbahn-West zunutze, wo sie „zur Befriedung der Region" unter anderem Forderungen nach Straffreiheit von Demonstranten, nach Verzicht auf Schadensersatzansprüchen sowie nach Eindämmung gesundheitlicher Risiken durch Fluglärm und Grundwasserverunreinigungen aufstellten.

„Sowjets demoralisiert"

Deserteur berichtet über Truppen in Afghanistan

dpa/AFP/AP, New York

Die sowjetischen Besatzungstruppen in Afghanistan sind nach Angaben eines jungen sowjetischen Deserteurs demoralisiert und politisch wie militärisch nur mangelhaft auf den Guerrillakrieg vorbereitet. Wie der 19jährige Nikolaj Ryschkow aus Petropawlowsk in der kasachischen Sowjetrepublik auf einer Pressekonferenz in New York erklärte, sei ihm und seinen Kameraden vor ihrer Verlegung nach Afghanistan gesagt worden, sie würden die Südgrenze der Sowjetunion gegen amerikanische und chinesische Söldner zu verteidigen haben.

„Nach sechs Monaten habe ich meine Meinung geändert. Ich sah keine Söldner, nur Afghanen und Mudjahedin (moslemische Widerstandskämpfer). Ryschkow, der mit einem zweiten Deserteur vor einer Woche in den USA eintraf, sagte, er habe sowjetische Offiziere klagen gehört, daß sie es leid seien, Dörfer niederzubrennen. „Die Stimmung ist sehr ungemütlich, niemand will in Afghanistan dienen."

Wie Ryschkow, der zuvor in einem sowjetischen Pionierbataillon gedient hatte, ausführte, sei ihrer Verlegung nach Afghanistan eine nur dreimonatige Ausbildung vorangegangen. Einige seiner Kameraden hätten nicht einmal mit einem Schnellfeuergewehr Schießen gelernt. Sie wurden in einer Einheit in der Nähe von Kabul stationiert, wo oft Schüsse zu hören waren.

Das Leben der sowjetischen Soldaten in Afghanistan sei schwer zu ertragen gewesen: schlechtes Essen, keine Informationen über den Stand der Kämpfe und schlechte Behandlung durch die Offiziere, die weder Urlaub noch Wodka bekämen und sich an den einfachen Soldaten abreagierten. Zwei seiner Kameraden hätten Selbstmord begangen, andere Haschisch zu rauchen begonnen.

EG auf dem Nullpunkt

● Fortsetzung von Seite 1

Ohnehin gehen die durch rechtliche Verpflichtungen anfallenden Kosten des Agrarmarktes im kommenden Jahr voraussichtlich erheblich über die bisherigen Ansätze (rund 36 Milliarden DM) hinaus. Um so notwendiger wären nach einhelliger Auffassung rechtzeitige Beschlüsse zur Eindämmung der Ausgabenflut gewesen. Trotz monatelanger Vorbereitungen der Fachminister konnte in Athen kein politischer Konsens erreicht werden. Dabei zeigte sich, daß nicht nur zwischen den „Nettozahlern" und „Nettoempfängern" erhebliche Interessenunterschiede bestehen, sondern daß auch die „Nord/Süd-Probleme" in der EG immer schärfere Konturen erhalten.

Schwerpunkt der Beratungen war der Versuch, die immer stärker ausufernden Kosten des Milchmarktes (1984 voraussichtlich 20 Milliarden DM) in den Griff zu bekommen. Geschehen soll dies durch eine Begrenzung der Preisgarantien auf jährliche Höchstmengen. Die Bundesregierung unterstützte einen Vorschlag der EG-Kommission, diese Quote auf 97,2 Millionen Tonnen festzulegen, was gegenüber der Istproduktion von 1983 eine Verringerung um rund 7 Millionen Tonnen bedeutet. Die Mehrheit der EG-Staaten war jedoch nur zu weniger schmerzhaften Einkommensbeschränkungen für ihre Landwirte bereit.

Für den EG-Haushalt macht ein Prozent mehr Milch Kosten von rund 600 Millionen DM aus. Einsparungen sind daher vor allem in diesem Sektor nötig. Tatsächlich meldeten jedoch mehrere Regierungschefs Ausnahme- und Sonderwünsche an. Irland wollte die Zusicherung, nicht weniger, sondern erheblich mehr Butter erzeugen zu dürfen. Italien hält die Milchüberschüsse allein für ein Problem der nördlichen EG-Staaten, es will sich selbst, wie auch Griechenland, keiner Quotenregelung unterwerfen, weil es „Nettoimporteur" von Molkereierzeugnissen ist. Die harte Haltung Roms wurde auch durch die Weigerung von Premierminister Benito Craxi unterstrichen, bei den „südlichen" Agrarerzeugnissen eine ähnliche Auflockerung der Preisgarantien zu akzeptieren wie bei Milch und Getreide.

USA nehmen Moskau in die Pflicht

Kreml soll im Nahost-Konflikt mäßigend auf Syrien einwirken / Shultz warnt Damaskus

TH. KIELINGER, Washington

Die Vereinigten Staaten haben auf diplomatischen Kanälen zu verstehen gegeben, daß sie an keiner Eskalation der Feindseligkeiten in Libanon interessiert seien und daß sie hoffen, auch Syrien könne zu größerer Zurückhaltung zurückfinden.

US-Außenminister Shultz appellierte auf einer Pressekonferenz in Washington an die Sowjetunion, „Syrien zu drängen, sich die Situation in Libanon vernünftig anzuschauen. Wir hoffen, die Syrer werden das tun". Wenn eine Botschaft in dem amerikanischen Luftangriff auf syrische Stellungen enthalten gewesen sei, dann diese: „Wenn du siehst, wie sich jemand zu verteidigen weiß, vielleicht wirst du dann ein wenig mehr Vorsicht walten lassen bei der Frage, wie du mit ihm umgehst."

In einem Schreiben an UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar hat die Reagan-Administration ihr Vorgehen gegen die syrischen Raketen- und Artillerie-Stellungen als „reine defensive Maßnahme" erläutert, aber Syrien gleichzeitig warnen lassen, die Angriffe gegen amerikanische Aufklärungsmissionen nicht zu wiederholen. Shultz, der wie viele andere Berater des Präsidenten von der hohen Verlustquote des amerikanischen Luftangriffs tief betroffen war, ließ dennoch durchblicken, daß er die Voraussetzungen zur Erreichung der politischen Ziele in Libanon, die die USA sich gesetzt hätten, für verbessert halte. Für die Anwendung von militärischer Gewalt, als Gegenwehr, machte er keine Entschuldigungen.

Wörtlich meinte der Außenminister auf seiner Pressekonferenz: „Wir müssen die Kräfte, die wir haben, auch einsetzen, im Verfolg der Mission, die wir uns gesetzt haben."

Der Erfolg des Luftangriffs, so heißt es in Washington, könne deshalb nicht nur nach Maßgabe seiner militärischen Dimension gemessen werden. Vielmehr werde es sich erst noch zeigen müssen, ob Syrien das Signal amerikanischer Entschlossenheit empfangen habe und sich danach zu richten gedenke. Erste Indizien scheinen günstig auszufallen. Am Montag flogen die Amerikaner neue Aufklärungsmissionen, ohne behindert zu werden. Ein Kommentar von Radio Damaskus gab zu verstehen, daß Syrien keine Fortsetzung der Konfrontation beabsichtige.

Unter den Militärs in Washington geht inzwischen die Analyse der Mission vom Sonntag weiter. Das Urteil wird dabei nicht günstiger. Die Marinepiloten, die den Angriff flogen, gelten als „kampferfahren", heißt es aus dem Pentagon. Tatsächlich haben die US-Flieger seit dem Vietnam-Krieg keine feindlichen Einsätze mehr geflogen. Auch kritisierte man erneut die veralteten Unterschall-Flugzeugtypen, A-6 und A-7, jeweils Veteranen der 60er Jahre, die für ein Schlachtfeld, auf dem mit Raketen gefeuert werde, nicht mehr geeignet seien. Die US-Marine bekommt erst in zwei Jahren die neue Generation von trägergestützten Jagdbombern, den F-18 („Hornet").

Die Israelis, zum Vergleich, verloren in allen ihren Lufteinsätzen über Libanon im Verlauf der letzten 18 Monate nur drei Flieger. Sie lassen einerseits unbemannte „Dronen" als Feuerablenkung vorausfliegen, haben dazu kampferprobte Piloten zur Verfügung und benutzen mit dem „Kfir" einen Bombertyp, der zwar zum Abwurf seiner Bombenlast auch auf Unterschallgeschwindigkeit herabgeht, danach aber sofort auf doppelte Schallgeschwindigkeit beschleunigen und damit der feindlichen Abwehr leichter entrinnen kann.

Wie bei früheren Vorfällen ähnlicher Art, rief auch diesmal wieder der Senior unter den Republikanern im Senat, Barry Goldwater, den Präsidenten auf, die Marineinfanteristen in Libanon sofort nach Hause zu holen. Der Senator, in den Jahren des Vietnam-Krieges ein dezidierter „Falke", hält heute nichts mehr von militärischen Engagements der USA, die keine Aussicht auf unmittelbaren Erfolg versprechen.

Er ist freilich in seiner Partei die einzige Stimme, die diesen Ausweg aus dem Libanon-Dilemma empfiehlt. Die überwiegende Mehrheit rät zu Geduld, wobei man allerdings mehr und mehr die libanesische Regierung unter Präsident Gemayel drängt, den Prozeß der Versöhnung im Land zu beschleunigen und „die Macht zu teilen", wie Senator Lugar (Indiana) sagte.

Seite 2: Libanon, Grenada, Vietnam

NATO-Absprache mit Shultz in Bonn

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Zu Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher ist der amerikanische Außenminister Shultz gestern abend nach Bonn gekommen. Von Diplomaten wird erwartet, daß die USA dabei auf die Vorschläge Bonns eingeht, alle politischen Anstrengungen zu machen, damit die von der Sowjetunion unterbrochenen Mittelstreckenverhandlungen in absehbarer Zeit in irgendeiner Form fortgesetzt werden können. Entsprechende Vorschläge hatte Genscher vergangenes Wochenende in einem Aufsatz entwickelt. Darin fordert er den Westen auf, das von der NATO im Harmel-Bericht von 1967 begründete Konzept der gesicherten Verteidigungsfähigkeit, die mit Dialog- und Kooperationsbereitschaft gegenüber dem Osten zu kombinieren sei, weiterzuentwickeln.

In Bonner diplomatischen Kreisen wurde davor gewarnt, zu stark darüber zu spekulieren, in welcher Form die Sowjetunion sich bereit finden könnte, an den Tisch der Mittelstreckenverhandlungen zurückzukehren. Es sei schon jetzt im „internationalen diplomatischen Verkehr" klar, daß der sowjetische Verhandlungsabbruch in Genf als schwerer Fehler Moskaus gewertet werde. Bonn versuche deshalb alles zu tun, um die Sowjetunion zur Revision ihrer Haltung zu bewegen. Als dafür gut geeignete Möglichkeit sieht man in Bonn den für den 17. Januar geplanten Auftakt der Konferenz über vertrauensbildende und Abrüstungsmaßnahmen (KVAE) in Stockholm und äußert die Hoffnung auf das Erscheinen des US-Außenministers. Dieses Thema wie insbesondere die Lage in Libanon und in Lateinamerika werden die Gespräche von Shultz in Bonn bestimmen. Bevor der US-Minister heute wie Genscher zum NATO-Rat nach Brüssel weiterreisen wird, trifft er auch mit den Fraktionsvorsitzenden Dregger, Vogel und Mischnick zusammen.

Abkommen mit Weinberger über „Zweibahnstraße"

rmc. Bonn

Die Verteidigungsminister der USA und der Bundesrepublik Deutschland haben am Rande der NATO-Sitzung in Brüssel gestern eine Vereinbarung über die Stärkung der Luftverteidigung in der Bundesrepublik unterzeichnet. Nach langen Verhandlungen haben die Minister Weinberger und Wörner damit deutlich gemacht, daß sie die „Zweibahnstraße", den Austausch von Material- und Personalkosten, durch die Einführung von zwei neuen Waffensystemen bei den deutschen und den US-Streitkräften wirklich voranbringen wollen. Die deutsche Luftwaffe wird zwölf „Patriot"-Batterien (als Ersatz für „Nike") plus zwei weiterer für die Ausbildung von den USA kostenlos übernehmen und bemannen, außerdem die gleiche Menge für die eigene Luftwaffe käuflich beschaffen. Dafür stellt die Bundeswehr 27 Einheiten „Roland" zum Objektschutz für drei US-Fliegerhorste und 60 „Roland"-Einheiten (plus acht für die Ausbildung) zum Objektschutz aller US-Basen.

Kreml sparte durch Spionage Milliarden

rtr, Brüssel

Die Sowjetunion hat nach Erkenntnissen des Nordatlantik-Pakts durch die Beschaffung von Informationen über moderne westliche Waffensysteme und Rechenanlagen umgerechnet Milliarden von Dollar an Entwicklungskosten eingespart. Gemeinsam mit ihren Verbündeten sei es der UdSSR unter anderem gelungen, Entwurfszeichnungen des französischen Kampfflugzeugs Mirage F-1 zu beschaffen, heißt es in einer gestern veröffentlichten Übersicht des Militärausschusses der NATO.

Zu den Waffensystemen, deren Details der Sowjetunion bekanntwurden, gehören auch die französische Boden-Luft-Rakete „Crotale" sowie das französisch-deutsche Panzerabwehrsystem „Milan". Zur Beschaffung der westlichen Technologie nutzt die sowjetische Führung dem Bericht zufolge 47 Außenhandelsgesellschaften, mehr als 300 Import-Export-Firmen, wissenschaftliche Ausschüsse sowie die Möglichkeiten der Geheimdienste KGB und GRU.

„Hallo IBM, wo kann ich einen IBM Personal Computer ausprobieren?"
„Hallo IBM, wer sagt mir, wie ich mit einem Computer arbeiten kann, ohne gleich einen zu kaufen?"
„Hallo IBM, wo kann ich eine IBM Schreibmaschine kaufen?"
„Hallo IBM, welchen technischen Service bietet die IBM für ihre Schreibmaschinen?"
„Hallo IBM, wo kann man lernen, wie man seine Programme selber schreibt?"
„Hallo IBM, wer sagt mir, wie ich mit einem Computer arbeiten kann, wenn ich von EDV keine Ahnung habe?"
Hallo IBM: 0130-4567. Die Telefonauskunft der IBM zum Ortstarif.
Für alle, die uns noch nicht kennen und uns irgend etwas fragen wollen, gibt es jetzt die Hallo IBM Nummer: 0130-4567. Dort bekommen Sie Montag - Freitag, von 8.00-17.00 Uhr, Auskunft. Das Gespräch kostet Sie nicht mehr als ein Ortsgespräch, egal von wo aus in der Bundesrepublik Sie anrufen. Rufen Sie doch mal an.
„Hallo IBM, wer sagt mir, wie ich mit dem Computer meine Gehaltsabrechnung machen kann, wenn ich gar keinen habe?"
„Hallo IBM, wo kann ich bei Ihnen IBM Zubehör bestellen?"
„Hallo IBM, wo ist der nächste IBM Laden?"
„Hallo IBM, gibt es bei Ihnen kostenlose Literatur über Computer?"
„Hallo IBM, wo gibt es eine IBM Niederlassung in meiner Stadt?"
IBM

هكذا من الأصل

Mittwoch, 7. Dezembe

Abkommen mi
Weinberger üb
„Zweibahnstra

Die Verteidigungsminist
USA und der Bundesr
Deutschland haben am Ra
NATO-Sitzung in Brüssel ge
ne Vereinbarung über die Sti
ter Luftverteidigung in der B
epublik unterzeichtet. Nach
Verhandlungen haben die b
Weinberger und Wörner dann
ach gemacht, daß sie die Lie
Arabien" (d.h. Austausch von K
und Personaldiensten, durch
führung von zwei neuen Waff
nen bei den deutschen und i
Streitkräften wirklich vorant
wollen. Die deutsche Luftwaf
zwölf „Patriot"-Batterien sta
für „Nike"-Raketen ohne weitere
Ausbildung von den USA ü
übernehmen und bemannen
dem die gleiche Menge für die
Luftwaffe käuflich beschaffe
stellt die Bundeswehr 37 „
„Roland" zum Objektschutz
US-Fliegerhorste und 60 „
Einheiten plus acht für die
dungs- zum Objektschutz
Basen.

Kreml sparte
Spionage Millio

Die Sowjetunion hat nach
russen der Nordatlantik-Pakt
das Beschaffung von Informa
über moderne westliche Waffe
me und Technologien impo
Milliarden von Dollar an
lungskosten einsparen. Ge
mit ihren Verbündeten in
UdSSR unter anderem
Entwurf, Herstellung und
sehen Kommunikations
beschaffung
in einer
sowjetischen Übersicht
Warschauer Pakt und NATO

Zu den Aufgaben
Spionage gehört
Bereich, in dem
Westen
Ziele
Bereich
Militär
Ausbildung
Waffen
Technologie
Wissenschaft
Industrie
Politik
Wirtschaft
Finanzen
Handel
Transport
Verkehr
Kommunikation
Energie
Rohstoffe
Umwelt
Gesundheit
Soziales
Kultur
Sport
Freizeit
Tourismus
Gastronomie
Hotellerie
Einzelhandel
Großhandel
Banken
Versicherungen
Immobilien
Bauwesen
Architektur
Stadtplanung
Raumordnung
Landwirtschaft
Forstwirtschaft
Fischerei
Jagd
Bergbau
Metallurgie
Chemie
Pharmazie
Kosmetik
Textil
Bekleidung
Leder
Papier
Druck
Verlagswesen
Medien
Rundfunk
Fernsehen
Film
Theater
Musik
Tanz
Literatur
Kunst
Malerei
Bildhauerei
Fotografie
Grafik
Design
Mode
Schmuck
Uhren
Optik
Akustik
Elektronik
Mikroelektronik
Computer
Software
Hardware
Peripherie
Datenverarbeitung
Telekommunikation
Satellitentechnik
Raumfahrt
Luftfahrt
Schiffbau
Eisenbahn
Straßenverkehr
Nahverkehr
Fernverkehr
Logistik
Transportwesen
Lagerwesen
Verpackung
Recycling
Abfallwirtschaft
Umweltschutz
Naturschutz
Landschaftspflege
Gartenbau
Obstbau
Weinbau
Viehzucht
Tierhaltung
Veterinärmedizin
Humanmedizin
Krankenhäuser
Pflegedienste
Altenheime
Behindertenheime
Kindergärten
Schulen
Hochschulen
Universitäten
Forschung
Entwicklung
Patente
Lizenzen
Urheberrecht
Verlagsrecht
Wettbewerbsrecht
Kartellrecht
Handelsrecht
Gesellschaftsrecht
Steuerrecht
Zollrecht
Devisenrecht
Währungsrecht
Geldpolitik
Kreditpolitik
Zinspolitik
Konjunkturpolitik
Strukturpolitik
Regionalpolitik
Sozialpolitik
Bildungspolitik
Kulturpolitik
Sportpolitik
Freizeitpolitik
Tourismuspolitik
Gastronomiepolitik
Hotelleriepolitik
Einzelhandelspolitik
Großhandelspolitik
Bankenpolitik
Versicherungspolitik
Immobilienpolitik
Bauwesenpolitik
Architekturpolitik
Stadtplanungspolitik
Raumordnungspolitik
Landwirtschaftspolitik
Forstwirtschaftspolitik
Fischereipolitik
Jagdpolitik
Bergbaupolitik
Metallurgiepolitik
Chemiepolitik
Pharmaziepolitik
Kosmetikpolitik
Textilpolitik
Bekleidungspolitik
Lederpolitik
Papierpolitik
Druckpolitik
Verlagswesenpolitik
Medienpolitik
Rundfunkpolitik
Fernsehpolitik
Filmpolitik
Theaterpolitik
Musikpolitik
Tanzpolitik
Literaturpolitik
Kunstpolitik
Malereipolitik
Bildhauereipolitik
Fotografiepolitik
Grafikpolitik
Designpolitik
Modepolitik
Schmuckpolitik
Uhrenpolitik
Optikpolitik
Akustikpolitik
Elektronikpolitik
Mikroelektronikpolitik
Computerpolitik
Softwarepolitik
Hardwarepolitik
Peripheriepolitik
Datenverarbeitungspolitik
Telekommunikationspolitik
Satellitentechnikpolitik
Raumfahrtpolitik
Luftfahrtpolitik
Schiffbaupolitik
Eisenbahnpolitik
Straßenverkehrspolitik
Nahverkehrspolitik
Fernverkehrspolitik
Logistikpolitik
Transportwesenpolitik
Lagerwesenpolitik
Verpackungspolitik
Recyclingpolitik
Abfallwirtschaftspolitik
Umweltschutzpolitik
Naturschutzpolitik
Landschaftspflegepolitik
Gartenbaupolitik
Obstbaupolitik
Weinbaupolitik
Viehzuchtpolitik
Tierhaltungspolitik
Veterinärmedizinpolitik
Humanmedizinpolitik
Krankenhauspolitik
Pflegedienstpolitik
Altenheimpolitik
Behindertenheimpolitik
Kindergartenpolitik
Schulpolitik
Hochschulpolitik
Universitätspolitik
Forschungspolitik
Entwicklungspolitik
Patentpolitik
Lizenzpolitik
Urheberrechtspolitik
Verlagsrechtspolitik
Wettbewerbsrechtspolitik
Kartellrechtspolitik
Handelsrechtspolitik
Gesellschaftsrechtspolitik
Steuerrechtspolitik
Zollrechtspolitik
Devisenrechtspolitik
Währungsrechtspolitik
Geldpolitikpolitik
Kreditpolitikpolitik
Zinspolitikpolitik
Konjunkturpolitikpolitik
Strukturpolitikpolitik
Regionalpolitikpolitik
Sozialpolitikpolitik
Bildungspolitikpolitik
Kulturpolitikpolitik
Sportpolitikpolitik
Freizeitpolitikpolitik
Tourismuspolitikpolitik
Gastronomiepolitikpolitik
Hotelleriepolitikpolitik
Einzelhandelspolitikpolitik
Großhandelspolitikpolitik
Bankenpolitikpolitik
Versicherungspolitikpolitik
Immobilienpolitikpolitik
Bauwesenpolitikpolitik
Architekturpolitikpolitik
Stadtplanungspolitikpolitik
Raumordnungspolitikpolitik
Landwirtschaftspolitikpolitik
Forstwirtschaftspolitikpolitik
Fischereipolitikpolitik
Jagdpolitikpolitik
Bergbaupolitikpolitik
Metallurgiepolitikpolitik
Chemiepolitikpolitik
Pharmaziepolitikpolitik
Kosmetikpolitikpolitik
Textilpolitikpolitik
Bekleidungspolitikpolitik
Lederpolitikpolitik
Papierpolitikpolitik
Druckpolitikpolitik
Verlagswesenpolitikpolitik
Medienpolitikpolitik
Rundfunkpolitikpolitik
Fernsehpolitikpolitik
Filmpolitikpolitik
Theaterpolitikpolitik
Musikpolitikpolitik
Tanzpolitikpolitik
Literaturpolitikpolitik
Kunstpolitikpolitik
Malereipolitikpolitik
Bildhauereipolitikpolitik
Fotografiepolitikpolitik
Grafikpolitikpolitik
Designpolitikpolitik
Modepolitikpolitik
Schmuckpolitikpolitik
Uhrenpolitikpolitik
Optikpolitikpolitik
Akustikpolitikpolitik
Elektronikpolitikpolitik
Mikroelektronikpolitikpolitik
Computerpolitikpolitik
Softwarepolitikpolitik
Hardwarepolitikpolitik
Peripheriepolitikpolitik
Datenverarbeitungspolitikpolitik
Telekommunikationspolitikpolitik
Satellitentechnikpolitikpolitik
Raumfahrtpolitikpolitik
Luftfahrtpolitikpolitik
Schiffbaupolitikpolitik
Eisenbahnpolitikpolitik
Straßenverkehrspolitikpolitik
Nahverkehrspolitikpolitik
Fernverkehrspolitikpolitik
Logistikpolitikpolitik
Transportwesenpolitikpolitik
Lagerwesenpolitikpolitik
Verpackungspolitikpolitik
Recyclingpolitikpolitik
Abfallwirtschaftspolitikpolitik
Umweltschutzpolitikpolitik
Naturschutzpolitikpolitik
Landschaftspflegepolitikpolitik
Gartenbaupolitikpolitik
Obstbaupolitikpolitik
Weinbaupolitikpolitik
Viehzuchtpolitikpolitik
Tierhaltungspolitikpolitik
Veterinärmedizinpolitikpolitik
Humanmedizinpolitikpolitik
Krankenhauspolitikpolitik
Pflegedienstpolitikpolitik
Altenheimpolitikpolitik
Behindertenheimpolitikpolitik
Kindergartenpolitikpolitik
Schulpolitikpolitik
Hochschulpolitikpolitik
Universitätspolitikpolitik
Forschungspolitikpolitik
Entwicklungspolitikpolitik
Patentpolitikpolitik
Lizenzpolitikpolitik
Urheberrechtspolitikpolitik
Verlagsrechtspolitikpolitik
Wettbewerbsrechtspolitikpolitik
Kartellrechtspolitikpolitik
Handelsrechtspolitikpolitik
Gesellschaftsrechtspolitikpolitik
Steuerrechtspolitikpolitik
Zollrechtspolitikpolitik
Devisenrechtspolitikpolitik
Währungsrechtspolitikpolitik
Geldpolitikpolitikpolitik
Kreditpolitikpolitikpolitik
Zinspolitikpolitikpolitik
Konjunkturpolitikpolitikpolitik
Strukturpolitikpolitikpolitik
Regionalpolitikpolitikpolitik
Sozialpolitikpolitikpolitik
Bildungspolitikpolitikpolitik
Kulturpolitikpolitikpolitik
Sportpolitikpolitikpolitik
Freizeitpolitikpolitikpolitik
Tourismuspolitikpolitikpolitik
Gastronomiepolitikpolitikpolitik
Hotelleriepolitikpolitikpolitik
Einzelhandelspolitikpolitikpolitik
Großhandelspolitikpolitikpolitik
Bankenpolitikpolitikpolitik
Versicherungspolitikpolitikpolitik
Immobilienpolitikpolitikpolitik
Bauwesenpolitikpolitikpolitik
Architekturpolitikpolitikpolitik
Stadtplanungspolitikpolitikpolitik
Raumordnungspolitikpolitikpolitik
Landwirtschaftspolitikpolitikpolitik
Forstwirtschaftspolitikpolitikpolitik
Fischereipolitikpolitikpolitik
Jagdpolitikpolitikpolitik
Bergbaupolitikpolitikpolitik
Metallurgiepolitikpolitikpolitik
Chemiepolitikpolitikpolitik
Pharmaziepolitikpolitikpolitik
Kosmetikpolitikpolitikpolitik
Textilpolitikpolitikpolitik
Bekleidungspolitikpolitikpolitik
Lederpolitikpolitikpolitik
Papierpolitikpolitikpolitik
Druckpolitikpolitikpolitik
Verlagswesenpolitikpolitikpolitik
Medienpolitikpolitikpolitik
Rundfunkpolitikpolitikpolitik
Fernsehpolitikpolitikpolitik
Filmpolitikpolitikpolitik
Theaterpolitikpolitikpolitik
Musikpolitikpolitikpolitik
Tanzpolitikpolitikpolitik
Literaturpolitikpolitikpolitik
Kunstpolitikpolitikpolitik
Malereipolitikpolitikpolitik
Bildhauereipolitikpolitikpolitik
Fotografiepolitikpolitikpolitik
Grafikpolitikpolitikpolitik
Designpolitikpolitikpolitik
Modepolitikpolitikpolitik
Schmuckpolitikpolitikpolitik
Uhrenpolitikpolitikpolitik
Optikpolitikpolitikpolitik
Akustikpolitikpolitikpolitik
Elektronikpolitikpolitikpolitik
Mikroelektronikpolitikpolitikpolitik
Computerpolitikpolitikpolitik
Softwarepolitikpolitikpolitik
Hardwarepolitikpolitikpolitik
Peripheriepolitikpolitikpolitik
Datenverarbeitungspolitikpolitikpolitik
Telekommunikationspolitikpolitikpolitik
Satellitentechnikpolitikpolitikpolitik
Raumfahrtpolitikpolitikpolitik
Luftfahrtpolitikpolitikpolitik
Schiffbaupolitikpolitikpolitik
Eisenbahnpolitikpolitikpolitik
Straßenverkehrspolitikpolitikpolitik
Nahverkehrspolitikpolitikpolitik
Fernverkehrspolitikpolitikpolitik
Logistikpolitikpolitikpolitik
Transportwesenpolitikpolitikpolitik
Lagerwesenpolitikpolitikpolitik
Verpackungspolitikpolitikpolitik
Recyclingpolitikpolitikpolitik
Abfallwirtschaftspolitikpolitikpolitik
Umweltschutzpolitikpolitikpolitik
Naturschutzpolitikpolitikpolitik
Landschaftspflegepolitikpolitikpolitik
Gartenbaupolitikpolitikpolitik
Obstbaupolitikpolitikpolitik
Weinbaupolitikpolitikpolitik
Viehzuchtpolitikpolitikpolitik
Tierhaltungspolitikpolitikpolitik
Veterinärmedizinpolitikpolitikpolitik
Humanmedizinpolitikpolitikpolitik
Krankenhauspolitikpolitikpolitik
Pflegedienstpolitikpolitikpolitik
Altenheimpolitikpolitikpolitik
Behindertenheimpolitikpolitikpolitik
Kindergartenpolitikpolitikpolitik
Schulpolitikpolitikpolitik
Hochschulpolitikpolitikpolitik
Universitätspolitikpolitikpolitik
Forschungspolitikpolitikpolitik
Entwicklungspolitikpolitikpolitik
Patentpolitikpolitikpolitik
Lizenzpolitikpolitikpolitik
Urheberrechtspolitikpolitikpolitik
Verlagsrechtspolitikpolitikpolitik
Wettbewerbsrechtspolitikpolitikpolitik
Kartellrechtspolitikpolitikpolitik
Handelsrechtspolitikpolitikpolitik
Gesellschaftsrechtspolitikpolitikpolitik
Steuerrechtspolitikpolitikpolitik
Zollrechtspolitikpolitikpolitik
Devisenrechtspolitikpolitikpolitik
Währungsrechtspolitikpolitikpolitik
Geldpolitikpolitikpolitikpolitik
Kreditpolitikpolitikpolitikpolitik
Zinspolitikpolitikpolitikpolitik
Konjunkturpolitikpolitikpolitikpolitik
Strukturpolitikpolitikpolitikpolitik
Regionalpolitikpolitikpolitikpolitik
Sozialpolitikpolitikpolitikpolitik
Bildungspolitikpolitikpolitikpolitik
Kulturpolitikpolitikpolitikpolitik
Sportpolitikpolitikpolitikpolitik
Freizeitpolitikpolitikpolitikpolitik
Tourismuspolitikpolitikpolitikpolitik
Gastronomiepolitikpolitikpolitikpolitik
Hotelleriepolitikpolitikpolitikpolitik
Einzelhandelspolitikpolitikpolitikpolitik
Großhandelspolitikpolitikpolitikpolitik
Bankenpolitikpolitikpolitikpolitik
Versicherungspolitikpolitikpolitikpolitik
Immobilienpolitikpolitikpolitikpolitik
Bauwesenpolitikpolitikpolitikpolitik
Architekturpolitikpolitikpolitikpolitik
Stadtplanungspolitikpolitikpolitikpolitik
Raumordnungspolitikpolitikpolitikpolitik
Landwirtschaftspolitikpolitikpolitikpolitik
Forstwirtschaftspolitikpolitikpolitikpolitik
Fischereipolitikpolitikpolitikpolitik
Jagdpolitikpolitikpolitikpolitik
Bergbaupolitikpolitikpolitikpolitik
Metallurgiepolitikpolitikpolitikpolitik
Chemiepolitikpolitikpolitikpolitik
Pharmaziepolitikpolitikpolitikpolitik
Kosmetikpolitikpolitikpolitikpolitik
Textilpolitikpolitikpolitikpolitik
Bekleidungspolitikpolitikpolitikpolitik
Lederpolitikpolitikpolitikpolitik
Papierpolitikpolitikpolitikpolitik
Druckpolitikpolitikpolitikpolitik
Verlagswesenpolitikpolitikpolitikpolitik
Medienpolitikpolitikpolitikpolitik
Rundfunkpolitikpolitikpolitikpolitik
Fernsehpolitikpolitikpolitikpolitik
Filmpolitikpolitikpolitikpolitik
Theaterpolitikpolitikpolitikpolitik
Musikpolitikpolitikpolitikpolitik
Tanzpolitikpolitikpolitikpolitik
Literaturpolitikpolitikpolitikpolitik
Kunstpolitikpolitikpolitikpolitik
Malereipolitikpolitikpolitikpolitik
Bildhauereipolitikpolitikpolitikpolitik
Fotografiepolitikpolitikpolitikpolitik
Grafikpolitikpolitikpolitikpolitik
Designpolitikpolitikpolitikpolitik
Modepolitikpolitikpolitikpolitik
Schmuckpolitikpolitikpolitikpolitik
Uhrenpolitikpolitikpolitikpolitik
Optikpolitikpolitikpolitikpolitik
Akustikpolitikpolitikpolitikpolitik
Elektronikpolitikpolitikpolitikpolitik
Mikroelektronikpolitikpolitikpolitikpolitik
Computerpolitikpolitikpolitikpolitik
Softwarepolitikpolitikpolitikpolitik
Hardwarepolitikpolitikpolitikpolitik
Peripheriepolitikpolitikpolitikpolitik
Datenverarbeitungspolitikpolitikpolitikpolitik
Telekommunikationspolitikpolitikpolitikpolitik
Satellitentechnikpolitikpolitikpolitikpolitik
Raumfahrtpolitikpolitikpolitikpolitik
Luftfahrtpolitikpolitikpolitikpolitik
Schiffbaupolitikpolitikpolitikpolitik
Eisenbahnpolitikpolitikpolitikpolitik
Straßenverkehrspolitikpolitikpolitikpolitik
Nahverkehrspolitikpolitikpolitikpolitik
Fernverkehrspolitikpolitikpolitikpolitik
Logistikpolitikpolitikpolitikpolitik
Transportwesenpolitikpolitikpolitikpolitik
Lagerwesenpolitikpolitikpolitikpolitik
Verpackungspolitikpolitikpolitikpolitik
Recyclingpolitikpolitikpolitikpolitik
Abfallwirtschaftspolitikpolitikpolitikpolitik
Umweltschutzpolitikpolitikpolitikpolitik
Naturschutzpolitikpolitikpolitikpolitik
Landschaftspflegepolitikpolitikpolitikpolitik
Gartenbaupolitikpolitikpolitikpolitik
Obstbaupolitikpolitikpolitikpolitik
Weinbaupolitikpolitikpolitikpolitik
Viehzuchtpolitikpolitikpolitikpolitik
Tierhaltungspolitikpolitikpolitikpolitik
Veterinärmedizinpolitikpolitikpolitikpolitik
Humanmedizinpolitikpolitikpolitikpolitik
Krankenhauspolitikpolitikpolitikpolitik
Pflegedienstpolitikpolitikpolitikpolitik
Altenheimpolitikpolitikpolitikpolitik
Behindertenheimpolitikpolitikpolitikpolitik
Kindergartenpolitikpolitikpolitikpolitik
Schulpolitikpolitikpolitikpolitik
Hochschulpolitikpolitikpolitikpolitik
Universitätspolitikpolitikpolitikpolitik
Forschungspolitikpolitikpolitikpolitik
Entwicklungspolitikpolitikpolitikpolitik
Patentpolitikpolitikpolitikpolitik
Lizenzpolitikpolitikpolitikpolitik
Urheberrechtspolitikpolitikpolitikpolitik
Verlagsrechtspolitikpolitikpolitikpolitik
Wettbewerbsrechtspolitikpolitikpolitikpolitik
Kartellrechtspolitikpolitikpolitikpolitik
Handelsrechtspolitikpolitikpolitikpolitik
Gesellschaftsrechtspolitikpolitikpolitikpolitik
Steuerrechtspolitikpolitikpolitikpolitik
Zollrechtspolitikpolitikpolitikpolitik
Devisenrechtspolitikpolitikpolitikpolitik
Währungsrechtspolitikpolitikpolitikpolitik
Geldpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Kreditpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Zinspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Konjunkturpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Strukturpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Regionalpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Sozialpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Bildungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Kulturpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Sportpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Freizeitpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Tourismuspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Gastronomiepolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Hotelleriepolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Einzelhandelspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Großhandelspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Bankenpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Versicherungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Immobilienpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Bauwesenpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Architekturpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Stadtplanungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Raumordnungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Landwirtschaftspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Forstwirtschaftspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Fischereipolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Jagdpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Bergbaupolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Metallurgiepolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Chemiepolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Pharmaziepolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Kosmetikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Textilpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Bekleidungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Lederpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Papierpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Druckpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Verlagswesenpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Medienpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Rundfunkpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Fernsehpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Filmpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Theaterpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Musikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Tanzpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Literaturpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Kunstpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Malereipolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Bildhauereipolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Fotografiepolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Grafikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Designpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Modepolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Schmuckpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Uhrenpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Optikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Akustikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Elektronikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Mikroelektronikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Computerpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Softwarepolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Hardwarepolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Peripheriepolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Datenverarbeitungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Telekommunikationspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Satellitentechnikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Raumfahrtpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Luftfahrtpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Schiffbaupolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Eisenbahnpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Straßenverkehrspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Nahverkehrspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Fernverkehrspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Logistikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Transportwesenpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Lagerwesenpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Verpackungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Recyclingpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Abfallwirtschaftspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Umweltschutzpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Naturschutzpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Landschaftspflegepolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Gartenbaupolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Obstbaupolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Weinbaupolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Viehzuchtpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Tierhaltungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Veterinärmedizinpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Humanmedizinpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Krankenhauspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Pflegedienstpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Altenheimpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Behindertenheimpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Kindergartenpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Schulpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Hochschulpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Universitätspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Forschungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Entwicklungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Patentpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Lizenzpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Urheberrechtspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Verlagsrechtspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Wettbewerbsrechtspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Kartellrechtspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Handelsrechtspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Gesellschaftsrechtspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Steuerrechtspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Zollrechtspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Devisenrechtspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Währungsrechtspolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Geldpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Kreditpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Zinspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Konjunkturpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Strukturpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Regionalpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Sozialpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Bildungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Kulturpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Sportpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Freizeitpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Tourismuspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Gastronomiepolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Hotelleriepolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Einzelhandelspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Großhandelspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Bankenpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Versicherungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Immobilienpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Bauwesenpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Architekturpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Stadtplanungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Raumordnungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Landwirtschaftspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Forstwirtschaftspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Fischereipolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Jagdpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Bergbaupolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Metallurgiepolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Chemiepolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Pharmaziepolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Kosmetikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Textilpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Bekleidungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Lederpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Papierpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Druckpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Verlagswesenpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Medienpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Rundfunkpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Fernsehpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Filmpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Theaterpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Musikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Tanzpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Literaturpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Kunstpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Malereipolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Bildhauereipolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Fotografiepolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Grafikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Designpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Modepolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Schmuckpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Uhrenpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Optikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Akustikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Elektronikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Mikroelektronikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Computerpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Softwarepolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Hardwarepolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Peripheriepolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Datenverarbeitungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Telekommunikationspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Satellitentechnikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Raumfahrtpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Luftfahrtpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Schiffbaupolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Eisenbahnpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Straßenverkehrspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Nahverkehrspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Fernverkehrspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Logistikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Transportwesenpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Lagerwesenpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Verpackungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Recyclingpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Abfallwirtschaftspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Umweltschutzpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Naturschutzpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Landschaftspflegepolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Gartenbaupolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Obstbaupolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Weinbaupolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Viehzuchtpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Tierhaltungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Veterinärmedizinpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Humanmedizinpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Krankenhauspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Pflegedienstpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Altenheimpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Behindertenheimpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Kindergartenpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Schulpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Hochschulpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Universitätspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Forschungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Entwicklungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Patentpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Lizenzpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Urheberrechtspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Verlagsrechtspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Wettbewerbsrechtspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Kartellrechtspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Handelsrechtspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Gesellschaftsrechtspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Steuerrechtspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Zollrechtspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Devisenrechtspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Währungsrechtspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Geldpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Kreditpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Zinspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Konjunkturpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Strukturpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Regionalpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Sozialpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Bildungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Kulturpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Sportpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Freizeitpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Tourismuspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Gastronomiepolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Hotelleriepolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Einzelhandelspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Großhandelspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Bankenpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Versicherungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Immobilienpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Bauwesenpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Architekturpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Stadtplanungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Raumordnungspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Landwirtschaftspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Forstwirtschaftspolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitikpolitik
Fischereipolitikpolitikpolitikp

FRANKREICH / Autoindustrie fällt zurück

Weltmarktanteile verloren

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Automobilindustrie, die sich bis zum Sommer verhältnismäßig gut behauptet hatte und dank der Franc-Abwertung vom März sogar beträchtliche Absatzerfolge im Ausland verbuchen konnte, fiel inzwischen auch im internationalen Vergleich stark zurück. Ihre Pkw-Produktion, die im September das entsprechende Vorjahresergebnis noch um 1,6 Prozent übertroffen hatte, mußte im Oktober um 8,7 Prozent zurückgenommen werden.

Dieser starke Einbruch mag weitgehend „technisch" bedingt sein. Denn in den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden in Frankreich immerhin noch 9,3 Prozent mehr Pkw produziert als in der gleichen Vorjahreszeit. Andererseits aber bleibt festzustellen, daß die französischen Wagen in den letzten Jahren fast kontinuierlich Weltmarktanteile verloren haben. In der EG schrumpfte ihr Anteil von 30 Prozent 1979 auf 27,2 Prozent 1982.

Der darin zum Ausdruck kommende Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit hat nach einer jetzt veröffentlichten Untersuchung des französischen Planungskommissariats strukturelle Gründe, die nicht kurzfristig beseitigt werden könnten. Vor allem würde diese Industrie unter einer zu geringen Produktivität leiden. Sie sei deshalb mit Personal überbesetzt, was übermäßige Lohnkosten zur Folge habe.

Der Produktivitätsrückstand zeigt sich nach Ansicht der Planungsexperten nicht nur gegenüber der japanischen Automobilindustrie, die beispielsweise im Motorenbau mit Spitzenleistungen von sechs Stück je Arbeitnehmer und Tag aufwarten kann gegenüber einem Stück in Frankreich. Auch die deutsche Automobilindustrie besitzt eine höhere Produktivität als die französische und hat außerdem dreimal geringere Lohnerhöhungen zu verkraften.

Dazu kommt als typische Schwäche der französischen Automobilproduktion, daß sie auf eine zu große Zahl kleinerer Zulieferunternehmen angewiesen ist. Wegen der entsprechend kleinen Serien sind die Herstellungskosten besonders hoch. Dies schlägt deshalb stark zu Buche, weil etwa die Hälfte des Autowerts aus Zulieferermaterial besteht. Außerdem sind die französischen Autohersteller stärker als ihre ausländischen Konkurrenten auf teures Importmaterial angewiesen.

Der Bericht kommt zu der Schlußfolgerung, daß die Zukunft der französischen Automobilindustrie keineswegs gesichert ist. Vielmehr könnte sich das Tempo der Verluste bei Wettbewerbsfähigkeit und Marktpositionen beschleunigen. Denn bei einem geringer wachsenden Weltautomobilmarkt sei mit einem immer härter werdenden internationalen Wettbewerb zu rechnen (bis 2000 wird ein jahresdurchschnittlicher Absatzzuwachs von zwei Prozent erwartet nach 2,4 Prozent zwischen 1970 und 1980).

Um dem Verfall der französischen Automobilindustrie Einhalt zu gebieten, empfehlen die Planungsexperten insbesondere die Beseitigung unrentabler Arbeitsplätze, die „Requalifizierung" (Umschulung) von zwei Drittel aller Arbeitnehmer und nicht zuletzt die Verstärkung der finanziellen Strukturen als Voraussetzung für technologischen Fortschritt und Innovation. Unter diesen Umständen halten die Planungsexperten staatliche Finanzhilfe insbesondere für den Bereich der Forschung für wünschenswert.

Anzeige

Abonnieren Sie Erfolg

Früher mehr zu wissen als andere – das ist eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Handeln. Die WELT informiert Sie täglich schnell, umfassend, präzise, weltweit. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann haben Sie täglich einen Informationsvorsprung.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hinweis für den neuen Abonnenten
Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00, Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Beruf: _____
Telefon: _____ Datum: _____
Unterschrift: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.
Unterschrift: _____
01-5038

SEEHAFENBETRIEBE / Der Rückgang des Umschlagvolumens dauert weiter an

Auch Containerverkehr kein Lichtblick

D. F. HERTEL, Brake

Für die deutschen Seehäfen ist die konjunkturelle Talfahrt noch nicht zu Ende. Seit mehreren Jahren dauert bereits der Rückgang des Umschlagsvolumens an. Auf der Jahrestagung des Zentralverbandes der deutschen Seehafenbetriebe in Brake wurde gestern festgestellt: „Die Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit sind auf das empfindlichste beeinträchtigt. Dieser Zustand, der uns ernstlich behindert, muß nunmehr ein Ende finden."

Schon mehrfach haben die Unternehmen des Seegüterumschlags angeregt, nationale Aspekte bei der Fortentwicklung verkehrspolitischer Konzeptionen stärker ins Auge zu fassen. Diese Anregungen wurden nicht aufgegriffen. Werner Schröder, der Vorsitzende des Zentralverbandes, zog daraus die Folgerung: „Nun kann es bei Anregungen allein nicht mehr bleiben. Wir müssen schlichtweg Forderungen anmelden, und zwar nach der Gleichstellung der Außenhandelsverkehre über deutsche Seehäfen mit denen, die über die ‚grüne Grenze' von und zu den ausländischen Häfen abgewickelt werden."

Das Hinterland der deutschen Häfen sei zunehmend „künstlich eingeengt" worden. Die kumulierende Wirkung geringerer Kosten, elastisch reagierender Kapazitäten und flexibler Preisbildung im Verkehr über die grünen Grenzen der Gemeinschaft, die fast totale Liberalisierung schlechthin in diesem Bereich des grenzüberschreitenden Verkehrs, so Schröder weiter, könne nicht länger hingenommen werden.

Die Seehafenbetriebe nehmen Anstoß daran, daß zwar die Verkehrspolitik der Europäischen Gemeinschaft eindeutig und durchaus pragmatisch auf die weitere Erleichterung des innergemeinschaftlichen Warenhandels über die Landgrenzen zielt, daß aber der Teilbereich des Handels, der über die nassen Grenzen abgewickelt wird, davon ausgeklammert bleibt. Die Folge: Es ist für deutsche Im- und Exporteure oft billiger, ihren Handel über geographisch weiter entfernte ausländische als über deutsche Häfen abzuwickeln.

Die deutschen Seehafenbetriebe fordern deshalb, die Verkehrsabläufe mit den deutsche Häfen genauso flexibel und ohne bürokratische Hemmnisse zu gestatten, wie das im Verkehr über die grüne Grenze mit ausländischen Häfen der Fall ist. Durch ordnungspolitische Gleichstellung der Zu- und Ablaufverkehre soll die Wettbewerbsverzerrung zumindest gemildert werden. Endziel ist es, EG-einheitliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Der Zentralverband warnt außerdem vor der Einführung der 35-Stunden-Woche und rigide festgelegten Arbeitszeiten. Dies würde nur zu einer weiteren Verlagerung von Verkehrsströmen in das Ausland führen. Die unausweichliche Folge wäre die Freisetzung von Arbeitskräften, ja sogar das Ende der Tätigkeit einer Vielzahl von Umschlagsbetrieben.

Für dieses Jahr rechnen die deutschen Seehafenbetriebe mit einem Gesamtumschlag von etwa 130 Mill. t nach 142 Mill. t im Jahre 1982. Rückläufig war vor allem der Massengutumschlag (Rohöl, Erze, Getreide und Futtermittel). Im Jahre 1982 wurden in den deutschen Seehäfen nur 6,6 Mill. t Kohle umgeschlagen, das waren rund 1 Mill. t oder 14 Prozent weniger als im Vorjahr. In diesem Jahr ist der Kohleumschlag weiter rückläufig gewesen.

Nicht einmal der Containerverkehr, der in den Vorjahren kräftige Zuwachsraten aufwies, sorgte 1982 für einen Lichtblick. Es wurden nur 11,8 Mill. t Güter in Containern umgeschlagen, 2,8 Prozent weniger als im Vorjahr. In Hamburg nahm das Ladungsgewicht um 4,7 Prozent ab, in den Bremischen Häfen um 1,5 Prozent. Dennoch konnte Hamburg seinen siebten Platz in der weltweiten Rangliste der Containerhäfen behaupten. Bremen fiel hingegen vom Rang 10 auf die 13. Position zurück.

ROSENTHAL / Glaswerk Bad Soden wird geschlossen

Verhaltener Optimismus

DANKWARD SEITZ, München

Zur Stärkung ihrer Position auf dem hart umkämpften Glasmarkt und zur langfristigen Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit hat die Rosenthal AG, Selb, eine Konzentration ihrer handwerklichen und maschinellen Glasproduktion auf das modernere Werk Amberg (410 Beschäftigte) beschlossen. Das Glaswerk Bad Soden/Taunus mit 130 Mitarbeitern soll 1984 stufenweise stillgelegt werden. Nach den umsatzschwächeren Jahren 1981 (54,4 nach 57,5 Mill. DM) und 1982 (51,2 Mill. DM) hat sich der Glasbereich im laufenden Jahr nach Unternehmensangaben positiv entwickelt. Bis Ende Oktober sei ein Umsatzplus von 5 Prozent erreicht worden.

Insgesamt sieht man bei Rosenthal dem Jahresabschluß 1983 mit „verhaltenem Optimismus" entgegen. Wie auf Anfrage mitgeteilt wurde, dürfte der Umsatz um rund 3 Prozent auf etwa 620 (601,7) Mill. DM steigen. Bei Porzellan dürfte das Vorjahresniveau von 214,4 (215,3) Mill. DM entgegen dem Branchentrend leicht übertroffen werden. Weniger positiv seien bei der Rosenthal Technik AG die ersten neun Monate verlaufen, doch sei es seit Anfang Oktober hier zu einem „Ruck im Auftragseingang" gekommen, der damit Ende November das Vorjahresniveau um gut 20 Prozent übertraf. Ein „anhaltend gravierendes Problem" blieben die Verluste und Zinskosten der US-Tochtergesellschaft der Rosenthal Technik.

Ein gutes, vielleicht sogar verbessertes Ergebnis (13,3 Mill. DM) wird dagegen der gesamte Wohnbereich erzielen können. Als Wachstumsprojekt sieht man hier die Keramik. Aus diesem Grund investiert Rosenthal im oberfränkischen Werk Kronach 25 Mill. DM in einen Werksneubau für 200 Arbeitsplätze (bisher 140).

Verhandlungen über SMH-Bank-Verkauf

cd, Frankfurt

Das vom deutschen Kreditgewerbe vor dem Zusammenbruch gerettete Bankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co wird vermutlich in ausländische Hände übergehen. Zur Zeit werden Verkaufsverhandlungen mit der britischen Lloyds Bank, mit der Hongkong and Shanghai Banking Corporation und Merril Lynch, dem amerikanischen Brokerhaus, geführt. Auf deutscher Seite besteht Interesse, die nach wie vor voll funktionsfähige Bank als Einheit zu verkaufen, deren Schwerpunkte das Wertpapiergeschäft in Frankfurt, das Außenhandelsfinanzierungs- und Devisenhandelsgeschäft in Hamburg und das mittelständische Kreditgeschäft in Offenbach sind. Deswegen wird man wohl den beiden Banken, die auch das auf ein Volumen von rund einer halben Milliarde geschätzte SMH-Kreditgeschäft mit übernehmen könnten, als Erwerbern den Vorzug geben; Merril Lynch dürfte nur am Wertpapier- und Vermögensanlagegeschäft interessiert sein.

VW: Vorsichtige Personalpolitik

dos, Wolfsburg

Die Volkswagenwerk AG, Wolfsburg, wird vorerst an der „vorsichtigen Personal- und Beschäftigungspolitik" festhalten. Allerdings seien in diesem Konzept Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen nicht vorgesehen, erklärte Karl-Heinz Briam, im VW-Vorstand zuständig für Personal- und Sozialwesen, in einer Betriebsversammlung im Wolfsburger Stammwerk. Sorgen bereite nach wie vor die Kostenseite bei VW. In dieser Hinsicht sei man gezwungen, sich „nach der Decke zu strecken".

Siegfried Ehlers, Vorsitzender des VW-Gesamtbetriebsrats, warnte davor, „die Eigentumsverhältnisse bei VW" auch nur anzutasten. Hintergrund der Privatisierungs-Diskussion seien die Beseitigung der VW-Tarifverträge und andere Einschränkungen. Nachdrücklich sprach sich Ehlers für die Beibehaltung der 59er- und 58er-Regelung für vorzeitiges Ausscheiden aus dem aktiven Arbeitsleben aus. Um im Werk Hannover Entlassungen zu umgehen, werde man dort die Regelungen auf 57jährige Mitarbeiter ausweiten.

ENERGIE / Heute Opec-Konferenz in Genf

IEA: Ölverbrauch steigt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Mineralölverbrauch der Welt wird im nächsten Jahr um 1,8 Prozent zunehmen, sagt die Internationale Energieagentur (IEA) in ihrem jüngsten Monatsbericht voraus. Für die westlichen Industriestaaten (OECD-Zone) wird ein Verbrauchszuwachs von 2,1 Prozent erwartet. Dabei ist ein Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent unterstellt.

Westeuropa wird nach dieser Prognose seinen Ölverbrauch 1984 allerdings nur um 1,2 Prozent steigern. Für die pazifischen Mitgliedstaaten erwartet die IEA einen Verbrauchszuwachs von 1,4 Prozent und für Nordamerika von 2,6 Prozent. Diese Unterschiede erklären sich aus den abweichenden Expansionsaussichten.

In diesem Jahr wird die OECD-Zone allerdings immer noch 1,8 Prozent weniger Mineralöl verbrauchen als 1982. Nach Rückgängen von 6,3 Prozent im ersten und 3,2 Prozent im zweiten Quartal nahm der Verbrauch bereits im dritten um 0,7 Prozent zu – jeweils verglichen mit der entsprechenden Vorjahreszeit. Für das vierte Quartal werden plus 2,2 Prozent erwartet. Der Tendenzumschwung vom fallenden zum steigenden Verbrauch setzte damit früher ein, als von der IEA zunächst erwartet wurde.

Trotzdem rechnet die Agentur nicht damit, daß die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) auf ihrer heute in Genf beginnenden Ministerkonferenz eine Erhöhung der Förderung beschließt. Denn der Mehrverbrauch könnte vorerst aus dem gegenwärtigen Angebot voll befriedigt werden, zumal die westlichen Industriestaaten in zunehmendem Maße ihre Ölvorräte in Anspruch nehmen.

In diesem Zusammenhang macht die IEA darauf aufmerksam, daß die Ölpreise an den Spotmärkten neuerdings zurückgegangen sind. Zu Beginn dieses Jahres hatte die Opec 17,5 Millionen Barrel als Obergrenze ihrer Tagesförderung beschlossen. Diese Quote war zwar in letzter Zeit überschritten worden, sie dürfte aber im Jahresdurchschnitt 1983 gerade 17,3 Millionen Barrel erreichen, heißt es in dem Bericht.

SPARKASSEN / Kredite überwiegend für Wohnungsbau

Es wird weniger gespart

rtr, Bonn

Die privaten Sparer in der Bundesrepublik Deutschland haben nach ersten Schätzungen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes 1983 weniger Geld als im Vorjahr auf die „hohe Kante" gelegt. Die volkswirtschaftliche Sparquote, dürfte nach Angaben von Sparkassen-Präsident Helmut Geiger im laufenden Jahr auf 13 Prozent von 14,4 Prozent in 1982 zurückgehen. Für die immer noch vorhandene Schwäche der Ersparnisbildung nannte Geiger vor allem zwei Ursachen, stagnierende Einkommen und den gestiegenen Verbrauch, der zum Teil aus Ersparnissen finanziert werde.

Bei den Sparkassen habe dies dazu geführt, daß sich der Zuwachs des privaten Sparaufkommens (auf Sparkonten, bei Sparkassenbriefen, Wertpapieren und Termingeldern) bis Ende dieses Jahres voraussichtlich auf knapp 15 Mrd. DM verlangsamen werde, wobei rund 11,5 Mrd. DM davon auf Zinsgutschriften entfielen. 1982 waren die Spareinlagen bei Sparkassen um 25,5 Mrd. auf insgesamt 359 Mrd. DM gestiegen, wobei rund 13,5 Mrd. des Zuwachses auf Zinsgutschriften entfielen.

Demgegenüber habe sich die Kreditnachfrage in den ersten zehn Monaten bei den Sparkassen und den Landesbanken erhöht. Der Kreditbestand der Sparkassen wuchs um 15,9 Mrd. DM nach 13,7 Mrd. DM in der gleichen Zeit des Vorjahres. Davon entfielen, so Geiger, 96 Prozent auf die langfristigen Ausleihungen. Ein Sprecher seiner Organisation gab den Kreditbestand zum 30. September mit 407 Mrd. DM an.

Träger der Kreditausweitung war nach den Worten Geigers vor allem der Wohnungsbau, auf den mit gut 8 Mrd. DM über die Hälfte des Kreditzuwachses entfiel. Auch die privaten Haushalte hätten die Kreditaufnahme „erheblich ausgeweitet".

Die Tendenz gelte auch für die Landesbanken/Girozentralen. Das Kreditwachstum von 6 Mrd. DM war wesentlich höher als im Vorjahr mit 2,6 Mrd. DM. Ende September belief sich der Kreditbestand der zwölf Landesbanken/Girozentralen auf 284 Mrd. DM. Der Schwerpunkt lag hier vor allem beim Unternehmenskredit und beim Kredit an Privatpersonen.

HANOMAG / Antrag auf Massenentlassung gestellt

„Vorsorgliche Maßnahme"

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Geschäftsführung des im Vergleich befindlichen Baumaschinen-Herstellers Hanomag GmbH, Hannover, hat jetzt beim Landesarbeitsamt Antrag auf Massenentlassung gestellt. Die Tatsache, daß der Antrag sich auf die gesamte Belegschaft (2650 Mitarbeiter) bezieht, bezeichnete der Vorsitzende der Hanomag-Geschäftsführung, Wolfgang Freimuth, als eine „rein vorsorgliche Maßnahme". Vor einigen Tagen sprach Freimuth noch von der Entlassung „einiger hundert Mitarbeiter".

Die Aussage hat nach den Worten Freimuths auch heute noch Bestand. Zwischen 500 und 600 Personen werden von dem geplanten Beschäftigtenabbau betroffen sein. Dies sei die Grundvoraussetzung dafür, daß die Gespräche über die Übernahme der Hanomag fortgesetzt werden können. Freimuth zeigte sich überzeugt davon, daß noch in diesem Jahr die Weichen für eine Übernahme gestellt werden können. Derzeit seien noch mehrere Unternehmen im Gespräch, meinte Freimuth, ohne jedoch Namen zu nennen. Bislang galt das schwäbische Familienunternehmen Liebherr als einziger „ernsthafter" Interessent.

Über die zeitliche Abfolge der Entlassungen ist sich die Geschäftsführung noch nicht im klaren. Erst nachdem mit dem Übernehmer der „Grundkonsens" erzielt worden ist, also Ende Dezember, werde man weitersehen. Es komme darauf an, welche Typen und Produktlinien in das Programm der übernehmenden Firma passen. Feststehe aber, daß betriebswirtschaftliche und ertragsmäßige Gesichtspunkte eine entscheidende Rolle spielen werden. In welcher Form die Umstrukturierung bei Hanomag dann weitergeht, lasse sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht übersehen. Mit einiger Sicherheit wird es aber unter einer neuen Konstellation beim Abbau von „nur" 600 Beschäftigten nicht bleiben. Als denkbar wird in Hannover das Modell eines „technischen Konkurses" bezeichnet, um den neuen Hanomag-Betreiber von Altlasten zu befreien.

31080 TC226

NEU

TRS-80 Modell 100

Größe: 21,5 x 31 x 5 cm. Gewicht: 1,8 kg. Das abgebildete Modell (24K - 26-3802) kostet 2.395 DM*

Der tragbare Computer für den Nah- und Ferndialog mit Ihrer Zentralstelle.

Die Microsoft® BASIC Computersprache und die vier statisch gespeicherten Programme machen den TRS-80 Modell 100 zu einem leistungsfähigen, stets einsatzbereiten Computer. Aktive Kommunikation mit anderen Computern (TELCOM), Textverarbeitung (TEXT), Wiedergabe von Terminplan (SCHEDL), Adressenkartei und Telefonliste (ADDRSS) sind die wichtigsten Funktionen dieses Kleincomputers, der in jeden Aktenkoffer paßt.

Ob mit Batterie- oder Netzbetrieb, der TRS-80 Modell 100 arbeitet wie ein ganz normaler Bürocomputer. Über das Telefonnetz mit anderen Computern verbunden, nimmt er Daten auf oder übermittelt eigene Daten. Selbst bei Stromausfall oder leeren Batterien hält er den Speicher bis zu einem Monat aktiv. Die Möglichkeit des Anschlusses an andere Computer, an alle TRS-80 Drucker sowie der Verarbeitung von Cassettenprogrammen verleiht dem TRS-80 Modell 100 eine Vielseitigkeit, wie man sie bei Geräten dieser Größe nicht erwartet. Die Schreibmaschinen-Tastatur und der leicht ablesbare Bildschirm (8 Zeilen x 40 Zeichen LCD-Anzeige) sorgen außerdem für eine sichere und bequeme Handhabung in allen Situationen.

Der TRS-80 Modell 100 läßt sich problemlos mit anderen Computern und Zusatzgeräten verbinden.

Der TRS-80 Modell 100 konkretisiert das Konzept einer neuen Computer-Dimension. Nutzen auch Sie es. Zusammen mit der Beratung, der Garantie und dem Service eines weltweit anerkannten Spezialisten: TANDY.

Schon ab **1.895 DM*** inkl. 14% Mehrwertsteuer

(Unverbindliche Preisempfehlung) * Preise ab 1. September 1983, unter Vorbehalt von Verkaufsprogramm- oder Preislistenänderungen.

Tandy

TANDY CORPORATION · Marketing Department (Herr G. Michielin) Christinenstraße 11 · 4030 RATINGEN 1
Senden Sie mir bitte ausführliche Informationen über den Modell 100

Name ..... Funktion .....
Firma ..... Tätigkeitsbereich .....
Straße ..... Plz .....
Ort ..... Tel. .....

TRS-80, ein Microcomputer für jeden Beruf.

KARIBISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT / Politische Differenzen

Länder hoffen auf US-Investitionen

HEINZ STÜWE, Hamburg

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der karibischen Staaten wird derzeit durch politische Spannungen erschwert. Innerhalb der 13 Länder umfassenden Karibischen Wirtschaftsgemeinschaft Caricom haben die beiden ökonomisch stärksten Partner gegensätzliche Positionen zur US-Invasion auf Grenada bezogen. Während Jamaika an der militärischen Aktion teilnahm, waren Trinidad und Tobago dagegen. Gemeinsame Initiativen zur Belebung der Caribbean Community and Common Market (Caricom) scheinen damit zunächst in weite Ferne gerückt.

Die Caricom war vor zehn Jahren aus der Karibischen Freihandelszone hervorgegangen. Bei der Gründung entwickelte hochfliegende Integrationspläne erwiesen sich jedoch schon bald als nicht zu realisieren. Zu unterschiedlich ist der Entwicklungsstand der Mitgliedsländer.

Die Caricom-Mitglieder arbeiten zwar im Bildungs- und im Gesundheitswesen sowie beim Katastrophenschutz zusammen, ansonsten ist die Gemeinschaft aber über eine Zollunion nicht hinausgekommen. Und noch längst sind nicht alle internen Handelsschranken gefallen. Die Inselstaaten Antigua, Dominica, Grenada, St. Kitts-Nevis, St. Lucia, St. Vincent und Montserrat haben sich 1901 innerhalb der Caricom zur Organisation Ostkaribischer Staaten (OECS) enger zusammengeschlossen und halten nach außen eine Reihe von Schutzzöllen aufrecht. Sie haben eine gemeinsame Währung, den East Caribbean Dollar.

Neben dieser kleinen Staatengruppe mit einer Bevölkerung von nur 600 000 Menschen gehören Barbados, Belize, Guyana, Jamaika und die Bahamas der Caricom an, allesamt ehemalige britische Kolonien. Das zusammengefaßte Sozialprodukt der Gemeinschaft (Bevölkerung: 5,5 Millionen) übersteigt kaum zehn Milliarden Dollar. Der rezessionsbedingte Rückgang des Tourismus hat die rohstoffarmen Länder hart getroffen. Mit natürlichen Ressourcen ausgestattete Länder wie Jamaika und Guyana (Bauxit) oder Trinidad (Erdöl, Erdgas) gerieten durch sinkende Preise in Schwierigkeiten.

Für die Exporte der Gemeinschaft spielt die Zusammenarbeit mit der EG eine besondere Rolle: „Ohne das Lomé-Abkommen wären wir nicht in der Lage, unseren Zucker zu verkaufen", erklärte Lloyd Searwar, für die Koordination der Außenpolitik verantwortlicher Direktor bei der Caricom in Georgetown/Guyana, gegenüber der WELT. Ähnlich wichtig sei der Zugang zum EG-Markt bei Rum und Bauxit.

Von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten blieb auch der innergemeinschaftliche Handel nicht unberührt. Die Clearingstelle für Handelsgeschäfte (Caribbean Multilateral Clearing Facility) hat bereits seit März ihren Finanzrahmen von 100 Millionen Dollar ausgeschöpft. Das hoch verschuldete Guyana kann bis heute seinen Verpflichtungen nicht nachkommen. Bemühungen um neue Mittel blieben bisher erfolglos.

Ob die Region in nennenswertem Umfang vom jetzt anlaufenden Karibik-Plan Präsident Reagans profitieren wird, erscheint fraglich. Die direkte Finanzhilfe sei mit 350 Millionen Dollar „relativ gering", kritisiert Searwar. Sie verteilt sich zudem auf nahezu alle mittelamerikanische Länder. Da von der generellen Zollfreiheit für Erzeugnisse aus der Karibik viele traditionelle Caricom-Exportgüter ausgenommen wurden, konzentrieren sich die Hoffnungen jetzt auf Investitionen, vor allem von US-Unternehmen.

NOTARE / Alt-GmbH droht Ende 1985 die Auflösung

Mehr Schutz für Bauherren

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die deutschen Notare bemühen sich um verstärkten Anlegerschutz gegenüber Klienten, die sich an einem Bauherrenmodell beteiligen wollen. Der Präsident der Rheinischen Notarkammer, Willi Weichler, hat in einem Pressegespräch auf Unerfahrenheit und mangelnde rechtliche Kenntnisse von Interessenten dieser Kapitalanlage hingewiesen: „Sicherer Erwerb einer Immobilie und gleichzeitig möglichst hohe Steuerersparnis stehen in einem gewissen Gegensatz zueinander." Die Steuervorteile setzten gerade voraus, daß der „Erwerber" (Anleger) Risiken übernehme. Um als Bauherr anerkannt zu werden, müsse er in eigenem Namen und auf eigene Rechnung mit den Bauhandwerkern Verträge abschließen. Damit trage er das Risiko, daß das Gebäude überhaupt zum vereinbarten Zeitpunkt sowie zum vereinbarten Preis fertiggestellt werde. Außerdem sei der Erwerber meist auf die Mitwirkung anderer Bauherren angewiesen. Zu wenig bekannt sei schließlich, daß Dritten, insbesondere dem Treuhänder, weitreichende Vollmachten eingeräumt würden, gegen deren Mißbrauch ein vollkommener rechtlicher Schutz nicht möglich sei.

Die Rheinische Notarkammer hat ihre Mitglieder auf diese Gefahren hingewiesen und bestimmte Mindestanforderungen aufgestellt, auf die bei der Konzeption eines Bauherrenmodells von den Notaren zu achten ist. Der Notar müsse dem Bauherren bestätigen, daß die erforderlichen Voraussetzungen beachtet sind. Die Notare gehen davon aus, daß mit dem Wegfall entscheidender steuerlicher Vorteile im Steuerentlastungsgesetz 1984 und möglicher weiterer Einschränkungen Ende nächsten Jahres die Zahl der angebotenen Bauherrenmodelle zurückgehen wird.

Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH), die bis Ende 1985 nicht ihr durch das im Juli 1980 neugefaßte GmbH-Gesetz vorgeschriebene Mindeststammkapital von 20 000 auf 50 000 DM erhöht und zur Hälfte eingezahlt haben, droht eine automatische Auflösung des Unternehmens. Für neu gegründete Gesellschaften trat die Regelung bereits am 1. Januar 1981 in Kraft.

Der Präsident der Rheinischen Notarkammer, Willi Weichler, wies darauf hin, daß die Kapitalerhöhung einen notariell beurkundeten Gesellschafterbeschluß erfordert. In der Bundesrepublik gibt es nach seinen Angaben rund 280 000 GmbH, von denen über 170 000 derzeit noch ein Stammkapital von weniger als 50 000 DM aufweisen.

CONTI-GUMMI / Autoindustrie interessiert

Neuer Reifen entwickelt

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Ein neues Reifensystem, das in vier bis fünf Jahren serienreif sein soll, hat die Continental Gummi-Werke AG, Hannover, vorgestellt. Nach zweijähriger Entwicklungsarbeit und intensiven Tests zeigt sich Conti-Vorstandschef Helmut Werner davon überzeugt, daß das neue System Erfolg haben wird. Zwei Automobilfirmen hätten bereits ernsthaftes Interesse gezeigt. Werner schätzt das Marktpotential in den großen Märkten wie USA, Europa und Japan auf rund 30 Prozent.

Gerhard Mauk, bei Conti-Gummi zuständig für Forschung und Entwicklung, weist darauf hin, daß das neue System sich grundlegend von dem traditionellen unterscheidet. Der Reifen sitzt nicht mehr außen auf der Felge, sondern innen im Felgenkranz. Dies verhindere die Wulstbildung, vor allem aber das Wegdrücken des Reifens von der Felge im Pannenfall. Dadurch werde es möglich, auch mit dem kaputten Reifen noch „mehrere hundert Kilometer" mit einem Tempo bis zu 80 km/h zu fahren.

Die bisherigen Testergebnisse hätten ferner eine deutliche Verbesserung des Fahrkomforts und des Fahrverhaltens bei Nässe und Aquaplaning, beim Bremsen und in Kurven gezeigt. Der geringere Rollwiderstand senke den Benzinverbrauch bei Pkw um 3 Prozent, bei Lkw sogar um 8 Prozent. Die Vorteile für die Automobilindustrie sieht Conti-Gummi in der Möglichkeit, größere Bremsanlagen einbauen zu können. Mittelfristig erscheine der Wegfall des Ersatzraddenkbar. Die Neuentwicklung hat Conti bereits mit über 20 Patenten weltweit abgesichert.

BAYERISCHE HYPOBANK / Glatter Verlauf der Kapitalerhöhung erwartet – Unveränderter Dividendenvorschlag

Gewinnsteigerung erlaubt hohe Risikovorsorge

DANKWARD SEITZ, München

„Wir haben zwar keine Befürchtungen, daß auf uns in nächster Zeit konkrete Risiken zukommen, doch wir wollen uns auf eventuell stürmischere Zeiten noch besser vorbereiten." Ohne die Entscheidung seines Aufsichtsrats zu präjudizieren, läßt Wilhelm Arendts, Vorstandssprecher der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, dennoch keine Hoffnung aufkommen, daß sich trotz eines deutlich besseren Betriebsergebnisses etwas an der Dividende von 18 Prozent je 50-DM-Aktie ändern wird. „Jeder weitere Schritt ginge auf Kosten der Sicherheit und läge in niemands Interesse."

Die Bank wird, so Arendts, zur Absicherung aller Risiken in diesem Jahr nicht weniger tun können als im vergangenen. Damals waren nach Verrechnung mit anderen Erträgen immerhin 258 Mill. DM dafür aufgewandt worden. Von den Auslandskrediten entfallen rund drei Viertel auf EG-Länder und die USA; und bei dem Rest sei auch nicht jedes Land ein Risikoland. In die Fälle IBH und SMH-Bank sei man nicht verwickelt, sondern nur indirekt über den Einlagensicherungsfonds. Mit einem teilweise gesicherten Kredit an die IBH in Höhe eines „kleineren zweistelligen Millionenbetrages" sei allerdings die fast 100prozentige Tochter Westfalenbank dabei.

Die bevorstehende Kapitalerhöhung von 479 Mill. auf 539 Mill. DM wird nach Ansicht von Arendts glatt laufen. Man habe schon gehört, daß der Kurs von 175 DM zu gut sei, weil er zu einem so hohen Bezugsrecht führe, daß er mehr zum Verkauf der Bezugsrechte anreize. Die Eigenmittel der Bank werden danach über 2 Mrd. DM betragen. Damit sei man dann für eine „hoffentlich bald anspringende Kreditnachfrage gut gerüstet".

Für die ersten zehn Monate 1983 berichtete Arendts von einem Anstieg des Teilbetriebsergebnisses vor Risikovorsorge gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 30,8 Prozent auf 669,4 Mill. DM. Bei einem um 6,5 Prozent auf 674,2 Mill. DM erhöhten Personal- und Sachaufwand nahmen die Erträge aus dem laufenden Geschäft (ohne Einmalmarge im Hypothekengeschäft) um 17,4 Prozent auf 1343,6 Mill. DM zu. Dabei wuchsen der Zinsüberschuß um 16,3 Prozent auf 1153,4 Mill. DM und der Provisionsüberschuß um 24,2 Prozent auf 190,2 Mill. DM. Künftig will man zur besseren Transparenz alle Positionen, die eindeutig zum ordentlichen Geschäft gehören, mit in die Zwischenberichte aufnehmen. Inklusive Einmalmarge nahmen der laufende Ertrag um 18,5 Prozent und der Zinsüberschuß um 17,8 Prozent zu.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber Ende 1982 um 3,0 Prozent auf 62,2 Mrd. DM. Im Vordergrund stand dabei, wie Arendts betonte, die ertragsbezogene Geschäftsausweitung. Deutlich wird dies in einem Anstieg der Ausleihungen im Hypothekenbankgeschäft um 7,7 Prozent auf 25,5 Mrd. DM, während das Kreditvolumen im Bankgeschäft, das fast ausschließlich vom Privatkundengeschäft getragen wurde, lediglich um 2,2 Prozent auf 22,9 Mrd. DM ausgeweitet wurde. Neuzugesagt wurden an Hypothekendarlehen 2,5 Mrd. DM (plus 18 Prozent); an Kommunaldarlehen 1,9 Mrd. DM (plus 72,7 Prozent) abgeschlossen.

Bei der Refinanzierung stützte sich das Institut vornehmlich auf Kundeneinlagen. Sie überschritten per Ende Oktober insgesamt 23,9 Mrd. DM (plus 2,2 Prozent), während die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 11,2 Prozent auf 6,8 Mrd. DM zurückgeführt wurden. Die Spareinlagen stiegen dabei um 3,7 Prozent auf 8,7 Mrd. DM. Der Umlauf an Schuldverschreibungen und aufgenommenen Darlehen erhöhte sich um 11,5 Prozent auf 25,7 Mrd. DM

Zufrieden zeigte sich Arendts auch mit der Entwicklung der Westfalenbank und der Luxemburger Tochter. Beide hätten ihr Betriebsergebnis im laufenden Jahr deutlich verbessern können. Gleiches gelte für die Württembergische Hypothekenbank und die Westfälische Hypothekenbank. Insgesamt stiegen die Konzern-Bilanzsumme um 2,6 Prozent auf 94,4 Mrd. DM gegenüber Ende 1982 und das Kreditvolumen um 3,5 Prozent auf 76,3 Mrd. DM.

DINERS-CLUB / Über 27 000 Vertragspartner

Service wird noch erweitert

J. BRECH, Hamburg

Die Diners Club Deutschland GmbH, Frankfurt, will bei ihrem Konzept bleiben, den Mitgliedern neben der Kreditkarte auch ein Paket von Serviceleistungen anzubieten. Wie der Geschäftsführer Horacio Klabin in Hamburg betonte, habe sich Diners Club mit dieser Strategie inzwischen am Markt so profiliert, daß man das von den Banken geschaffene Euroscheck-System nicht zu fürchten brauche. Das Dienstleistungsangebot, das unter anderem Lounges in Flughäfen und auf Messegeländen sowie Mietwagen zu Sondertarifen umfaßt, soll stetig ausgebaut werden.

Auf dem schwierigen und heftig umkämpften deutschen Kreditkartenmarkt erwartet Klabin bei Diners Club einen jährlichen Mitgliederzuwachs von 20 000 bis 25 000 Personen. Die bisherige Mitgliederzahl von 210 000 soll im Endstadium aber 600 000 Personen nicht übersteigen. Nur bei einem exklusiven Mitgliederkreis sei es möglich, das Dienstleistungsangebot allen zugänglich zu machen.

Weiter ausgeweitet wird auch das Netz der Vertragsunternehmen. Zur Zeit sind nach Angaben von Klabin mit mehr als 27 000 Unternehmen Verträge geschlossen worden. Der Plan sieht künftig rund 65 000 Partner vor. Die Mitglieder von Diners Club, zu 45 Prozent aus Vorständen und Geschäftsführern von Unternehmen, zu 20 Prozent leitende Angestellte und 19 Prozent Freiberufler, werden in diesem Jahr rund 900 Mill. DM mit Diners Clubkarten umsetzen. Davon werden rund 44 Prozent in Fachgeschäften, 22 Prozent in Hotels, 15 Prozent mit Fluggesellschaften und 12 Prozent in Restaurants getätigt.

Eine Sättigung des Kreditkartenmarktes sieht Klabin noch nicht. Allerdings räumt er ein, daß sich der Deutsche wesentlich zurückhaltender gegenüber Kreditkarten zeige als die Angelsachsen. Das Marktpotential in Deutschland schätzt er auf rund 10 Mill. Karten.

ASB-GRUPPE / Destilliertes Wasser als Marktlücke

Führend bei Blumenerden

WERNER NEITZEL, Ludwigsburg

Der Wachstumstrend im biologischen Gartenbau scheint schon wieder schwächer zu werden. Der Bundesbürger greife jedenfalls wieder zu billigeren Produkten, wenn es beispielsweise um Düngemittel gehe, diagnostiziert Helmut Aurenz, geschäftsführender Gesellschafter der ASB-Unternehmensgruppe Helmut Aurenz, die unter der Marke ASB-Grünland ein breitgefächertes Programm an Erden, Torfprodukten, Düngemitteln, Folien usw. herstellt und vertreibt. Vor nunmehr 25 Jahren hatte Gärtnersohn Helmut Aurenz die Marktlücke für Blumenerde erkannt, in wenigen Jahren Zug um Zug Torfgebiete gekauft und Werke aufgezogen und war zum Marktführer auf verschiedenen Gebieten avanciert.

Im Geschäftsjahr 1983 wird die Unternehmensgruppe ihren Umsatz um rund 15 Prozent auf 120 (104) Mill. DM ausweiten. Rund 30 Prozent davon entfallen auf das Auslandsgeschäft. Die Ertragslage bezeichnet Aurenz als „wirklich zufriedenstellend".

Im Vertrieb hat sich das Unternehmen vorwiegend auf große Handelsketten und Großgärtnereien spezialisiert. Der Umsatzschwerpunkt liegt nach wie vor bei Blumenerden, auf diesem Sektor schätzt Aurenz seinen Marktanteil in der Bundesrepublik auf 65 Prozent und in Europa auf über 50 Prozent. Torfwerke und Produktionsbetriebe in Neustadt a. Rbge., Soltau, Haren, Arrenbühl-Eisenharz und im kanadischen Pointe Sapin liefern die Basis.

Als besondere Umsatzrenner hat sich in letzter Zeit abgepacktes destilliertes Wasser entpuppt. Viel verspricht sich Aurenz auch von dem Start einer eigenen Düngerstäbchen-Produktion Anfang nächsten Jahres. Investiert hat er in diesem Jahr 15 (20) Mill. DM. Die Gruppe, deren Eigenkapitalquote mit rund 25 Prozent (bei 5 Mill. DM Bilanzsumme) beziffert wird, beschäftigt rund 300 Mitarbeiter.

ETIENNE AIGNER

Emissionskurs beträgt 245 Mark

DANKWARD SEITZ, München

Den Kurszettel der Düsseldorfer und Münchner Börse wird vom 21. Dezember an die Etienne Aigner AR, München, bereichern. Unter Führung der Deutschen Bank und der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank werden vom 13. Dezember an 80 000 Stammaktien zu je 50 und 8000 Stammaktien zu je 1000 DM dem Börsenpublikum zum Kurs von 245 DM je 50-DM-Aktie mit Dividendenberechtigung ab Anfang 1984 zum Kauf angeboten. 45 Prozent des Grundkapitals von 12 Mill. DM befinden sich danach in Streubesitz. Die restlichen 55 Prozent werden von der Iona Industries (Deutschland) GmbH, Düsseldorf, gehalten, einer 100prozentigen Tochter der kanadischen Iona Industries Inc., Vancouver, die ihrerseits maßgeblich zur Rauball-Gruppe gehört.

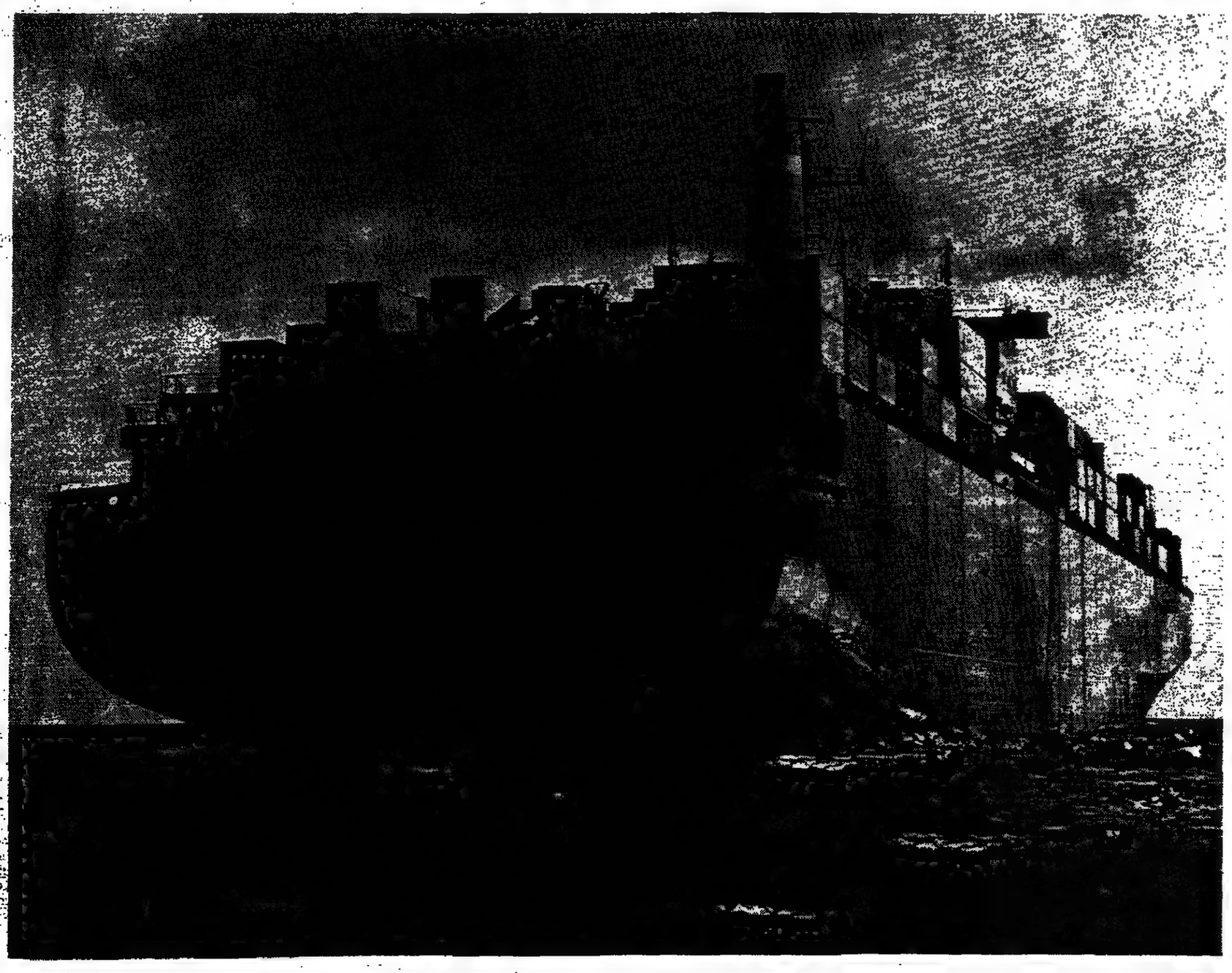
Das Münchner Unternehmen, das unter seinem Namen exklusive Herren- und Damenmode sowie Leder-Accessoires und Kosmetika vertreibt, erwartet nach einer Umsatzsteigerung auf 169 (148) Mill. DM im laufenden Geschäftsjahr für 1984 einen Umsatz von 190 Mill. DM. Der Nettogewinn (DVFA-Formel) 1983 wird nach Angaben von Vorstandsvorsitzendem Hans Dieter Steinke 1983 auf rund 4,0 (4,7) Mill. DM zurückgehen, im kommenden Jahr aber wieder 4,7 Mill. DM erreichen. Ausgeschüttet werden sollen für 1983 unverändert 1,8 Mill. DM, was auf das Ende November auf 12(10) Mill. DM erhöhte Kapital bezogen einer Dividende von 7,50 DM je Aktie entsprechen würde. Das zufließende Kapital soll u. a. in nächster Zeit zum Erwerb eines „interessanten" Unternehmens dienen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Alsfeld: A. Loos GmbH, Alsfeld-Berfa; **Berlin Charlottenburg:** Harry Heinze, Inh. d. Domman & Co. Kohle-Heizöl-Transporte; **Bergneustadt:** Karl Hills, Bauunternehmer, Neuenkirchen; **Bremen:** Nachl. d. Lieselotte Käthe Alma Osterhage, geb. Benner-Kuhn; **Bödingen:** Heinrich Reutzel Baumaschinen-Vertrieb-Reparatur-Kompressoren-Verleih, Altenstadt, Inh. Elise Reutzel geb. Hofmann, Hammersbach 1; **Flensburg:** WK Massivhaus GmbH u. Co. KG; **Goslar:** Zenit-Massivhaus GmbH, Vienenberg; **Langen:** Nachl. d. Walter Rolf Seyfert; **Lübbecke:** Hans Sinn, Kaufmann, Stemwede 2, Inh. d. Sinn-Polstermöbel; **Oldenburg:** Pamir Verlag GmbH.

Vergleich beantragt: Rheine: EGB Getriebebau GmbH, Emsdetten.

Ihr Vorteil: Sie sichern Ihren Vorsprung im Markt. Wir finanzieren Ihre Investitionen. mietfinanz®



Wer heute seinen Vorsprung im Markt sichern will, muß nicht nur den Markt genau kennen, sondern auch innovativ handeln. Und das bedeutet Planung und Investitionen. Mietfinanzieren Sie. Denn nur an den Produkten verdienen Sie. Nicht an den Produktionsmitteln.

Die **mietfinanz** hat das Knowhow in Investitionsfinanzierung. Wir finanzieren Ihre Maschinen, Anlagen, Einrichtungen usw. Sie zahlen nicht für die Produktionsmittel, sondern nur für deren Nutzung. Ihr Eigenkapital kann inzwischen anderweitig von Ihnen eingesetzt werden.

mietfinanz. Unserer Erfahrung, unserem Wissen, unserer Finanzkraft und unserer Flexibilität können Sie vertrauen. Wir finanzieren Investitionen in Deutschland und in der ganzen Welt. Unsere Erfahrung ist die Summe unserer Beratung. In allen wichtigen Branchen. Seit 1962.

Vertrauen in einen starken Partner.

mietfinanz®

mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr, Postfach 101338, Telefon (0208) 31031, Telex 856755

Daimler und Deutsche Bank gefragt

Nach leicht höheren Anfangskursen fehlten die Kundenaufträge

DW. – Vorbörslich noch hatten die Erwartung eines guten Zwischenberichts der Deutschen Bank und das rege Interesse für Daimler- wie Mercedes-Bezugsrechte für eine deutliche Stimmungsbesserung gesorgt. Auch bei Börsenbeginn lagen die Notierungen meist noch leicht über Vortagsschlußniveau. Stars des Tages waren Deutsche Bank, die 4 DM höher mit 322 DM einsetzten und auf 320 DM nachgaben, sowie Daimler-Benz, die ex 67,50 DM Bezugsrechtabschlag mit etwa 652 (707) mehr als 12 DM fester schlossen. Entsprechend fest ex 60,50 DM Abschlag Mercedes-Holding mit 594 DM (658).

Die übrigen Autopapiere wurden von der starken Nachfrage nach Daimler-Benz und Mercedes nicht mitgerissen. Sowohl BMW als auch VW konnten sich nur knapp behaupten. Dagegen profitierten Bankaktien durchaus von den hochgesteckten Erwartungen an die Deutsche Bank und konnten überwiegend kleine Gewinne verbuchen. Knapp behauptet schlossen Farbennachfolger. Elektrowerte konnten minimale Kurssteigerungen meist nicht durchhalten. Geringfügige Änderungen nach oben und unten bei den Stromversorgern, bei denen der Rückgang um 2 DM auf 97,50 DM bei der politisierten HEW-Aktie auffiel.

Düsseldorf: Alexander erhöhten um 2,90 DM auf 878,90 DM und Balcke Dürr um 3 DM auf 165 DM. Dyckerhoff gaben um 3 DM auf 225 DM nach und Keramag um 5 DM auf 152 DM. Leffers gaben um 4 DM auf 381 DM nach und Pongs und Zahn um 8 DM auf 77 DM. Bei den Versicherungen verminderten Aachener Münchner Bet. um 12 DM auf 988 DM und Allianz Leben um 60 DM auf 3320 DM.

Frankfurt: Der Aktienmarkt blieb heute etwas freundlicher. Im Mittelpunkt stand der Bezugsrechthandel bei Daimler und Mercedes jeweils aus der Kapitalerhöhung neun zu eins zu 50 DM. Die Bezugsrechte blieben 67,50 DM bzw. 60 DM über Parität bei einem Umsatz von 111 000 Stück.

Hamburg: Phoenix Gummi schwächten sich weiter um 4,50 DM auf 151 DM ab. Haller Meurer wurden dagegen nochmals 5 DM fester mit 210 DM gehandelt. Beiersdorf gingen zu 348 (plus 1 DM) aus dem Markt. HEW lagen bei 99 DM und NWK-Vorzüge Stämme konnten sich um 6 DM auf 192 DM erholen.

München: Agrob Vz. erhöhten um 2 DM auf 296 DM und Ekatit Riedinger um 1 DM auf 68 DM. Gehe AG stockten um 10,50 DM auf 241 DM auf und NAK Stoffe verbesserten sich um 2 DM auf 56 DM. Zahnräder Renk erhöhten um 3 DM auf 258 DM.

Berlin: Herlitz Vorzüge zogen um 13 DM, Bergmann und Orenstein um je 9 DM an. Herlitz Stämme konnten sich um 5,50 DM, Rheinmetall um 3,40 DM, Berliner Kindl und Schering um je 1 DM befestigen.

Nachbörse: behauptet

WELT-Aktienindex vom 6. 12.: 149,7 (149,7);
WELT-Umsatzindex vom 6. 12.: 2517 (2261)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf

	6. 12.	5. 12.	Stücke
AEG	78,5-8-8G	77,5	12100
BASF	171-70-70G	171,5	30929
Bayer	171,5-1,5-70,5-70,7	171G	22436
Bayer. Hypo	275-76G	274G	175
Bayer. Vbk.	310-10G	308,5G	1515
BMW	425-8,5-7,5G	426	7840
Commerzbk.	167-6,5-6-5,5G	165,5	11756
Cont. Gummi	118-7-7,5-7G	117,5G	4911
Daimler	652-51-7-44-49G	705G	14152
Dt. Bank	322-1,7-20-19,5	319,5G	17487
Dresdner Bk.	172,5-2-70,5-70G	171	9470
DUB	240-6I	257G	513
GHH	148-1-39-40G	141	9708
Hapener	255-5,5-4G	255G	2919
Hoechst	179,5-9-7-8	179	21201
Hoesch	96-6,5-4-4	96,5	35878
Holzmann	425-50-35	450G	-
Horten	191,5-89	191,5G	1560
Kali + Salz	208-12G	207G	565
Karstadt	295,5-8-5-1-4G	296,5	2190
Kaufhof	275-1G	274G	1420
KHD	263,5-5-1,3-2G	266	32668
Klöckner-W.	38,5-5-4-4,5	39G	1429
Linde	590-91,5-1-90,8	590G	4460
Lufthansa St.	142-42G	141,5G	406
Lufthansa VA	137-8-7,5-7	137G	3984
Mannesmann	132,5-5-2-2	131,5	19936
MAN	132G-3G	130	1
Mercedes-H.	598-14-1	594,5	9956
Metallges.	192G-2-90-89G	192G	46
Preussag*	276-4-7-5G	275,5G	11234
RWE St.	175,5-5,5G	173,5	2927
RWE VA	172-2G	171,5G	6132
Schering	376-5-4,4G	374	5469
Siemens	379,5-9-5-90-77,5	379G	11462
Thyssen	78,5-8,5-7-6,6	79,5	20077
Veba	174,5-5,2-3,8G	175,5	96754
VEW	121	119,5G	1058
VW	205,5-5-5,5-5G	205G	13152
Wella	-	-	-
Philips**	38,5-8,8-8,1-8,5	38,5	2580
Royal D.**	120,5-20-20,5-20,5	120,5G	3552
Unilever**	225,5-25G	221,5G	90

Renner in 1000 DM: 97074

Frankfurt

	6. 12.	5. 12.	Stücke
Adca	78-8,8-7,6-7,1	78	4454
Heidelberger Zement	170,5-1-69,5-69,5	170,7	16896
Hoechst	171,8pG-1,8-0,5-0,1	171,8	22321
Kali + Salz	276-4,5-4,5G	274,5	178
Kaufhof	511,5-1-10-10G	308	3398
Linde	427,5-8-8,5-8	436,5G	4156
Lufthansa	144,5-4,5-5,5	145	10323
Mannesmann	117,2-7,5-7,5	117,5	9857
Metallges.	655/1,5-66-66,5	705	21464
Preussag	321,5-1,8-2,0-1,8	319,8	16246
Rheinmetall	171,6-07-1,5-70,5	171	8057
Schering	264,5-3-60-59	258B	52
Siemens	145-2-39-40	141,5	8653
Thyssen	256,5-4-4,2-4,5G	255	585
Veba	178,5-8,7-7-7,5	178,9	26285
Volkswagen	96,5-6-6-4,1	96,5	21439
Wella	-	430,5G	177
Ytong	191,5-1-89,5-88	191G	1309
Zahnräder	208-9-9,5-8	208,5	1597
Zement	295,5-1-1-2,5	295,5	3455
Agrob	274-3-2-3	274	770
Babcock	264,7-4,5-0,5-4,2	266,7	25720
Bayer. Hypo	39,4-4,9-7,7-5G	39,2G	3168
Bayer. Vbk.	399,5-90-88-89,9	402B	388
Beiersdorf	142-42G	142,4	2526
Bilfinger	138,8-8-7,5-8	138	2119
Brau + Brunn.	133,5-5-2-2-1,6	131,5	22363
Buderus	137,5-55	135,5bG	811
Commerzbk.	695-88,5-91G	649	13515
Daimler	672,5-7,5-6,5-6,5	672,1	749
Dt. Bank	274,5-4-7-5,2	273	3044
Dresdner Bk.	173,5-3-5,3	175,3	3641
Gehe	172-2,5-1,7-1,7G	172	9875
Gutehoffn.	377-5-3-2-2,5	375	2070
Hapag-Lloyd	382-0,5-7,5-7,8	379	11482
Hochtief	78-7,5-4,5-4,8	79	13321
Horten	174,5-4,5-4,8	173,4	38048
Kali + Salz	117,7-20-20,8	119,5	759
Karstadt	206,4-6-5-4,2	205,5	15099
Kaufhof	-	443G	-
Kloeckner	38,5-8,4	38,3	12480
Linde	121,5-20,7-20,5G	120,8	5203
Lufthansa	223	222,7	540

97074

Hamburg

	6. 12.	5. 12.	Stücke
Alsterthal	78-7,5bG	78	1571
Beiersdorf	171-0,5-69,7-70	170,5	7888
Bergedorfer Eisen	171,5-1-69,8-71	171,5	9621
Deutsche Werft	275	275	80
Elbe Schiff	-	507	3
Feldmühle	427-6	427	1434
Hamburger Gas	165	165	5494
Hapag-Lloyd	117,2-7,5-7,5	118	2700
Holsten	655-5-5,5-4G	707	9565
Horten	322-1-20-19	319	4860
Kali + Salz	171,5-1-0,5-1	170,5	4200
Kaufhof	-	-	-
Klöckner	-	140	2622
Metallges.	257-5	255	370
Norddeutsche Affinerie	179,5-9-7,5-7,5	179	2940
Nordmilch	96,5-6-4-4,1	96,5	3
Phoenix	-	-	-
Preussag	430-458bG	430G	177
Reemtsma	191,5-1-89,5-88	191G	1309
Salamander	208-9-9,5-8	208,5	1597
Schindler	295,5-1-1-2,5	295,5	3455
Stinnes	274-3-2-3	274	770
Unilever	264,7-4,5-0,5-4,2	266,7	25720
Vereinsbank	39,4-4,9-7,7-5G	39,2G	3168
Vereinsbank	399,5-90-88-89,9	402B	388
Veba	142,5-42	142,4	2526
Volkswagen	138,8-8-7,5-8	138	2119
Wandsbeker Gummi	133,5-5-2-1,8-1,6	131,5	22363
Warburg	137,5-55	135,5bG	811
Wicking	695-88,5-91G	649	13515
Zahnräder	172,5-2,5-2-2	172,1	749
Asko	274,5-4-7-5,2	273	3044
Beiersdorf	174-5,5-5G	175,3	3641
Bergmann	172-2,5-1,7-1,7G	172	9875
Bremer Vulkan	377-5-3-2-2,5	375	2070
Brinkmann	382-0,5-7,5-7,8	379	11482
Buderus	78-7,5-4,5-4,8	79,5	13321
Continental	174,5-4-4-4,8	173,7	13817
Deutsche Babcock	119	119	509
Deutsche Bank	206-5-5-5,5	206bB	1738
Dyckerhoff	-	-	-
Feldmühle	38,4	38,4	1067
Fr. Flender	38,2	38,2	1135
Gildemeister	120,8-0,3-20	120,5	968
Hamburger Gas	222,5	222,5	130

28729

München

	6. 12.	5. 12.	Stücke
Allianz	77,7-8,5-7,7-78G	78,5	701
Babcock	170,6-9,5-69,5-70	170	1170
Bayer. Hypo	171-0,5-69,7-70	170,5	7888
Bayer. Vbk.	171,5-1-69,8-71	171,5	9621
BMW	275	275	80
Commerzbk.	-	507	3
Daimler	427-6	427	1434
Dt. Bank	165	165	5494
Dresdner Bk.	322-1-20-19	319	4860
Gehe	172-1,5-0,5-1	170,5	4200
Hapag-Lloyd	-	-	-
Hoechst	179,5-9-7,5-7,5	179	2940
Horten	96,5	96,5	3
Kali + Salz	-	-	-
Karstadt	191-90-89	192	958
Kaufhof	207	208,5	1873
Linde	296	296	811
Lufthansa	274	274	315
Mannesmann	261-4-60-62	262	2882
MAN	39-7,5	38,5	1013
Metallges.	390	390	1105
Nixdorf	370	386-94-96-97,5	503
Preussag	141,5-1,9-1,2-41,3	141,8	97
Reemtsma	137-7-6,5-36,5	137	425
Rheinmetall	142,5-3-2-32,5bB	150	146
Rosenthal	132-4,5-7-33,5bG	134	1901
Schering	372-3-3,5-3,5	373	641
Siemens	378,5-1-1-1,5	379	627
Stollwerck	46	46	150
Thyssen	275-5-3,5-75	271,5bG	1444
Veba	173,5-3,5-3-73,2	173,5	1049
Vereinsbank	173-3-2-72bG	171bG	1246
Volkswagen	374,5G-8-4,5-75	374,5	1049
Wella	276-80,5-76-78	279	202
Wintershall	77,5-8-6,5-74,5	79,5	10662
Zahnräder	174-5-4-74,5	174	11571
Agrob	118,5G-19-18,5-19	118,2bG	40
Allianz	208-05,5-05	208,5	-
Babcock	-	-	-
Bayer. Hypo	38,5-8,5-8-38	38,5	1135
Bayer. Vbk.	120,7-20,7-20-20	121	333
Bayerische Hypo	271,5-1,5-1,5-21,5	221G	185

81695

Aktien-Umsätze

	6. 12.	5. 12.	Stücke
Düsseldorf	5. 12.		701
Philips Komm.	1840	(1945)	1170
Homburger	-	(100)	9837
Dt. Babcock	5970	(5870)	6879
dgl. Vz.	-	(-)	4054
Stratag	355	(1410)	1190
Gilde	1429	(820)	5229
Goldschm.	-	(-)	3288
Salamander	379	(280)	618
Akzo**	448	(1345)	3094
Rebeca**	-	(-)	5463
Frankfurt	5. 12.		3309
Allianz Vers.	5790	(6112)	26258
BBC	1620	(1946)	53
BHF	2880	(1531)	1072
Degussa	5011	(3072)	600
DLW	478	(1052)	6433
Contigas	158	(156)	932
Philips Komm.	2017	(1389)	100
RWK	6988	(19618)	203
Varta	1171	(1651)	254
IBM**	5952	(11369)	252
Hamburg	5. 12.		228
Beiersdorf	436	(366)	1256
Bekula	470	(2170)	1105
Br. Vulkan	1684	(1113)	503
Dt. Babcock	48	(330)	97
HEW	2825	(571)	146
Hussel	330	(300)	1901
NWK	7017	(4537)	641
Phoenix	553	(528)	627
Schlott	-	(73)	150
Salamander	115	(57)	1444
München	5. 12.		1049
Ackermann	162	(309)	202
Allianz Vers.	517	(1755)	79
Dierig	145	(135)	202
Dywidag	248	(449)	1820
Energ. Gasb.	51	(10)	1820
Isar-Amper	572	(66)	1820
Münch. Rück	181	(758)	1820
PWA	2905	(3531)	1820
Salamander	178	(150)	1820
Südchemie	50	(44)	1820

Inlandszertifikate

	Ausg. 6. 12.	Rückn. 6. 12.	Rückn. 9. 12.
AAR-UNIV.-F. I	114,85	108,34	108,34
Adifonds	58,15	54,91	54,91
Adrenta	22,37	21,12	21,75
Adropa	37,58	35,79	35,61
Adtec	85,66	81,58	81,52
Adtec	80,59	76,74	76,51
Asgb Rak.-Fds.	52,39	54,28	54,08
Asgb Wachst.-Fds.	48,97	44,25	44,19
AGI Fonds	164,18	154,36	154,36
Akkumula	114,70	109,20	109,34
Alfa Kapital Fds.	21,34	19,84	19,84
Allianz Rentenfonds	124,62	111,38	121,59
Analytik Fonds	27,63	25,69	25,43
Anlaktal	36,12	34,72	34,75
Arcuora I	53,80	55,55	55,53
Austr. Pazifik	61,99	59,21	59,43
BW-Bank-Univ	50,11	48,89	48,89
BW-Wertberg-Univ	82,75	79,76	79,76
Catonda	64,98	61,89	61,82
Celenia Rentenfonds	49,50	47,82	47,77
Concentra	23,57	22,03	22,06
Dbi-Fonds V I	40,87	40,87	40,87
Dekafonds	30,00	28,50	28,50
Dekarent	36,05	35,00	35,00
Dekaspezial	169,68	161,20	160,50
Dekatreso	50,10	48,88	48,89
Despa	80,74	76,71	76,71
Devif-Invest	58,00	55,19	55,04
Devif-Rent	49,40	47,92	47,92
DIFA-Fonds	176,10	167,70	167,20
DIT Fonds 1. Vers.	47,55	46,17	46,35
DIT Rohstoffonds	74,14	71,98	72,08
DIT Pazifikfonds	79,83	77,57	77,17
DIT Technologiefonds	74,28	72,11	71,99
DIT Fds. f. Werte u. Ostl.	78,50	76,59	76,30
Dt. Rentenfonds	82,29	80,68	80,71
Dt. Vermögensb. Fds. A	22,12	21,86	21,07
dgl. B	36,69	34,95	34,93
dgl. R	24,57	24,57	24,57
DWS Bayern Spezial	62,45	59,61	59,69
DWS Energiefonds	78,90	76,96	76,83
DWS Rohstoff Fds	87,86	85,71	85,79
DWS Technologie Fds	79,23	77,23	78,90
Fondak	38,27	37,15	37,72
Fondis	34,92	33,27	33,28
Fondra	74,56	71,01	71,05
FT Am. Dynamik	25,45	21,46	21,54
FT Fonds. Em. F	27,21	23,35	23,64
FT Interspezial I	18,96	17,53	17,28
FT Interspezial II	22,05	20,18	20,15
FT Interzins	40,78	39,59	39,55
FT Nippon Dynamik	62,16	56,89	56,81
FT Ra-Spezial	144,76	137,52	137,49
Gerling Dynamik	48,53	46,44	46,51
Gerling Rendite	55,85	54,23	54,28
GKD-Fonds	56,70	54,49	54,52
Gothaerent	90,37	87,23	87,24
Grundwert-Invest	72,70	69,48	69,68
Grundwert-Fonds	131,84	124,21	124,21
Hbg.-M. Rentenfds.	53,29	50,75	50,75
Homsalvinternational	68,12	65,88	65,74
Hansaprahl	58,12	56,35	56,19
Hansatreu	48,48	46,84	46,86
Hansesecur	44,52	42,40	42,35
Haus-Invest	67,30	64,02	64,02
In Fonds Nr. 1	113,10	107,70	107,70
dgl. Nr. 2	73,50	69,76	69,78
Industria	38,27	37,16	37,16
INKA-Global	60,00	57,10	56,90
INKA-Rent	49,10	47,60	47,66
INKA-Re-Invest	104,00	100,80	100,90
Inrenta	64,50	61,35	61,35
Interglobal	102,16	99,18	98,69
Inter-Renta	38,50	37,34	37,32
Intervest	71,90	68,44	68,02
Intertapital	22,90	20,99	20,90
Int. Rentenfonds	79,16	76,80	76,80
Investa	41,65	39,64	39,60
Investar-Fds.	12,87	11,96	11,81
Ivera	39,86	36,47	36,55
Japan Pazifik-Fd	72,45	70,34	70,48
Markas-Invest	93,91	87,82	88,38
Mentrur I	21,19	17,49	17,39
NB Rent	57,85	55,86	55,83
Nordrenta Int.	65,74	61,98	61,70
Nordstern-F. Rk.	50,45	48,73	48,99
Numb Rentenf	51,40	49,08	49,08
Oppenh. Int. Rent	70,68	67,49	67,49
Oppenh. Privo-Rent	184,87	103,75	103,59
Oppenheim-Privat	41,23	39,26	38,94
Oppenheim-Spez. I	108,00	104,38	104,68
Pfyslonch	45,89	43,78	43,71
Prinzenmarkt	47,63	45,43	47,63
Re-Invesa	129,15	125,99	125,55
Regent-U-Fonds	98,74	97,13	97,15
Renditekta	33,85	32,96	32,96
Rentak	126,46	120,13	120,12
Rentasa	184,00	101,04	101,04
Rentenspartonds	55,79	53,58	53,58
Ring Aktien-Fds. DWS	57,30	54,64	54,72
Ring-Renten-Fds. DWS	47,90	45,73	45,64
Südstar-U-Fonds	114,26	110,93	110,95
Südinvest I	47,31	45,06	45,06
dgl. II	51,53	49,08	49,05
Thesaurus	126,78	125,69	123,99
Transatlanta	24,09	23,39	23,64
Unifonds	20,50	19,16	19,16
Unigiobal	85,75	83,75	83,65
Unirak	68,55	65,26	65,09
Unironta	57,46	54,76	54,17
Unispezial	100,19	95,26	95,12
Universal-Ert.-F	61,49	58,28	58,28
Vorh.-Aufbau-F	84,95	81,95	81,95
Verm.-Ertrag-F.	91,32	87,71	87,89

Ungeregelt. Freiverkehr

	6. 12.	5. 12.
M A. Algemeine	-	-
F Allguaso **16	840G	840G
Alno Lieferger.	-	-
B **7	370G	370G
F dgl. 50% NA**	574G	574G
F Bert. AG Inh.**	2200G	2200G
F Bert. Lebens 9	10800	10800
M Bertrand ***3h7	3100G	3100G
F Bilf. Inhaber B	580G	580G
F Bilfinger Berger	590G	590G
D Dierig Manch.**	620DG	620DG
F Disma Lenz **4	200G	200G
F Dialuxen. 0	75G	75G
F Dm. Hansa 5,56	225G	225G
D Gerh. Lehde 2	215	210
F Gos. Elmen. 6+1,5	210	210
F Georg A. 4	200G	200G
F Gerling **50	1440G	1440G
F dgl. NA 5	153	1780
F dgl. Vz. 5	1780	1780
F Grossm. **5	270	290G
F H.-Privatb. **6,5	294G	294G
F Hantw. Oberz. **0	1300	1300
F Hartmann 5,5 6+2,5	1180G	1180G
D dgl. NA 5+3,5	1180	1180
D Hein Verm. 3,5	272G	272G
F Karl Stahl 0	17,8	18
F Langbein-Pf. 0	78,5	79
F M. Fah **10	2850	2850
F Mosch. Zeit. **10	1500G	1500G
F Mtu. Oberk. 5	4388	4388
F Nordstern Allg.	415G	415G
F Nordstern Bergb.	2550	2550
F Oppenheim Int. Rent	100,68	100,68
F Pf. Lederw. **20	400G	400G
F Siemens V. 5,28	1910	1900
D Schiffr **0	1035G	1035G
F Schmalb 5	3550G	3550G
F Sihi Software	357	357
M Tenvidem	3548	3558
F Tonw. Wesel **0	3500	3500
F Vereins G. 5	3400	3500
F Wuensch. Vac. 0	-	-

Freiverkehr

	6. 12.	5. 12.
Br AG Weser **0	1108	1108
Hm Allbank 5	2000	1995
F Asko 4	390	380
Hm Cassen. **0,14	440	440G
H Astoria 10	460	440G
Br Bav. Bremen 5	2050	2027,5
F Bav. Gronau **0	345TG	345TG
H Bau-V. Hbg. **2,56	320	320
Br Bln. Kindl 5	72,5	71,5G
B Bungenroe 7	220	211G
B Br. Class 5	285	285G
Hm Br. Felguchi **46	5100B	5100B
F Br. Metzinger 9	130,1G	130,1
F Brinkmeier, M. 3	1350	1350G
Br Bremen, Lager 4	850G	84,5bG
Br Bremen, H. Ges **0	4900G	4900G
D Bebcock Bau **0	300TG	300G
Hm Ch. Otter **3	650G	650G
B Chem. Brockh. 4	282G	283G

Unnotierte Werte

	6. 12.	5. 12.
F Global Nat. **0	16,55	16,7
F H. O. Financiel **8	2,92	2,92
F Inv. Propert Inc.	28,4G	28,4G
F Uac **0	1,36	1,36

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart. *Stücke in 100 DM, **abweichende Stückelung, Notierung: Stücke in DM (Kurse ohne Gewähr)

Ungeregelt. Freiverkehr

	6. 12.	5. 12.
M A. Algemeine	-	-
F Allguaso **16	840G	840G
Alno Lieferger.	-	(-)
B **7	370G	370G
F dgl. 50% NA**	574G	574G
F Bert. AG Inh.**	2200G	2200G
F Bert. Lebens 9	10800	10800
M Bertrand ***3h7	3100G	3100G
F Bilf. Inhaber B	580G	580G
F Bilfinger Berger	590G	590G
D Dierig Manch.**	620DG	620DG
F Disma Lenz **4	200G	200G
F Dialuxen. 0	75G	75G
F Dm. Hansa 5,56	225G	225G
D Gerh. Lehde 2	215	210
F Gos. Elmen. 6+1,5	210	210
F Georg A. 4	200G	200G
F Gerling **50	1440G	1440G
F dgl. NA 5	153	1780
F dgl. Vz. 5	1780	1780
F Grossm. **5	270	290G
F H.-Privatb. **6,5	294G	294G
F Hantw. Oberz. **0	1300	1300
F Hartmann 5,5 6+2,5	1180G	1180G
D dgl. NA 5+3,5	1180	1180
D Hein Verm. 3,5	272G	272G
F Karl Stahl 0	17,8	18
F Langbein-Pf. 0	78,5	79
F M. Fah **10	2850	2850
F Mosch. Zeit. **10	1500G	1500G
F Mtu. Oberk. 5	4388	4388
F Nordstern Allg.	415G	415G
F Nordstern Bergb.	2550	2550
F Oppenheim Int. Rent	100,68	100,68
F Pf. Lederw. **20	400G	400G
F Siemens V. 5,28	1910	1900
D Schiffr **0	1035G	1035G
F Schmalb 5	3550G	3550G
F Sihi Software	357	357
M Tenvidem	3548	3558
F Tonw. Wesel **0	3500	3500
F Vereins G. 5	3400	3500
F Wuensch. Vac. 0	-	-

Auslandszertifikate (DM)

Austro-Inv.	24,35	22,65
Convert Fund A	27,80	26,60
Convert Fund B	71,10	67,60
Eurinvest	72,40	69,50
Eurunion	134,02	122,66
Renmiar Bel.	-	-
SY Inv. Fund	56,40	53,60
Interspar	23,60	22,40
Japan Bel.	-	-

Fremde Währungen

Amerika-Valor str	512,00	484,25	480,50
Ascot	-	-	-
Asia Pd. 2	147,77	140,75	140,52
Assemotion str.	104,50	104,50	104,50
Bank Invest str.	64,90	62,50	62,50
Concsec	784,88	732,00	730,00
CSF-Bonds str.	66,00	62,75	67,00
CSF-Int. str.	89,00	82,75	85,50
Dreyfus 2 str.	16,18	15,21	15,71
Dreyfus Int. 2*	35,45	33,49	33,45
Dreyfus Intercom. 2*	32,03	30,11	30,11
Dreyfus Leverage 2*	17,83	16,31	-
Dreyfus Third C. 2*	-	7,08	7,08
Energie-Valor DM	177,00	165,00	166,16
Europa Valor str.	128,00	117,00	116,75
Fonsa	114,50	107,50	107,50
Founders Growth 2*	10,70	10,20	10,25
Founders Mutual 2*	11,27	10,82	10,77
Goldmines Int.	-	284,00	294,00
Intercontinental Tr. str.	-	283,00	281,75
Interswiss str.	145,00	144,50	144,50
Intervalor str.	72,50	68,25	68,00
Japan Portfolio str.	687,25	650,50	644,00
Swissbond 2*	14,70	13,45	13,43
NY Venture 2*	8,73	7,99	7,98
Norcamivest 2*	-	2,70	2,70
Pacific-Valor str.	142,50	130,25	130,50
Pharmafonds str.	212,00	194,00	194,00
Pioneer Fund 2*	24,16	22,11	22,09
dgl. II 2*	17,70	16,20	16,16
Schweizervalor str.	328,00	306,75	304,50
Sm.-Inm. str.	1650,00B	1640,00G	1640,00G
Stor 63 str.	1260,00G	1250,00G	1250,00G
Swissbonds. N.S. str.	2610,00	2420,00	2420,00
Swissbonds. 1961 str.	1575,00	1230,00	1230,00
Swissvalor str.	260,75	247,75	248,00
Technology 2*	15,70	12,54	12,52
Tesapleton Growth 2*	10,75	9,84	9,85
Universal B.S. str.	72,75	69,00	68,75
Universal Fund str.	102,21	98,44	97,97
Usec	795,00	741,00	744,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Ausland

New York

	5. 12.	2. 12.
Aleon Aluminium	39,50	39,50
Allied Chemical	53,875	54
Alcoa	44,625	44,50
AMR Corp	36,75	36,625
Am Cyanamid	49,125	50,50
Amax	25,875	25,75
Am Express	33,875	33
Am Motors	7	7,125
Am. Tel. & Telegr.	64,875	64,625
Asarco	31,75	31,375
Atlantic Richfield	45	42,125
Avon Products	24,5	24,75
Bally	21,375	21,75
Bk. of America	20,375	20,25
Bethlehem Steel	26,50	26
Black & Decker	25,875	26
Boeing	45,25	44,75
Brunswick	28,50	27,25
Burroughs	47,50	47,375
Caterpillar	46,25	45,375
Celanese	24,75	24
City Investing	37,875	37,625
Chase Manhattan	45,75	46,125
Chrysler	29	28

هكذا من الأصل

Warenpreise – Termine

Mit leichten Gewinnen schlossen am Montag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Etwas fester ging Silber aus dem Markt. Deutlich schwächer notierte Kupfer. Während Kaffee Abschläge hinnehmen mußte, konnte sich Kakao befestigen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (cbot/ct)

	5. 12.	2. 12.
Dez.	342,00	346,00
März	355,25	359,00
Mai	354,25	357,75

Weizen Winnipeg (can. $/t)

	5. 12.	2. 12.
West. Board cll.	-	-
St. Lawrence 1 CW	231,75	231,72
Amber Durum	208,15	208,15

Roggen Winnipeg (can. $/t)

Dez.	144,60	148,50
März	147,80	150,50
Mai	152,30	155,70

Hafer Winnipeg (can. $/t)

Dez.	121,20	122,00
März	123,30	123,90
Mai	122,40	123,40

Hafer Chicago (cbot/ct)

	5. 12.	2. 12.
Dez.	176,25	178,00
März	179,50	182,50
Mai	182,50	185,25

Mais Chicago (cbot/ct)

Dez.	330,75	336,75
März	332,00	335,75
Mai	332,50	336,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)

	5. 12.	2. 12.
Dez.	128,00	129,10
März	132,10	132,80
Mai	132,40	133,20

Genußmittel

Kaffee

New York (cft/lb)	5. 12.	2. 12.
Dez.	152,75	159,00
März	146,25	146,85
Mai	140,51	141,00

Kakao

New York ($/t)	5. 12.	2. 12.
Dez.	2250	2243
März	2285	2257
Mai	2288	2264
Terminkontr. Mai	4715	5208
Umsatz		

Zucker

New York (cft/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	8,95	8,60
März	8,91	9,23
Mai	9,84	9,82
Juli	10,15	9,95
Sept.	10,35	10,07
Umsatz	9 535	5 395

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-cft/lb)	5. 12.	2. 12.
	8,18	8,25

Kaffee

London (£/t) Robusta-Kontrakt Jan.	5. 12.	02. 12.
	1965–1968	-
März	1936–1937	-
Mai	1882–1899	-
Umsatz	3176	-

Kakao

London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1879–1880	1825–1827
März	1678–1680	1656–1638
Mai	1676	1625–1638
Umsatz	5305	5287

Zucker

London (£/t)			
Rohzucker Dez.	-	-	-
März	159,70–159,75	160,30–160,45	
Mai	164,90–165,00	165,25–165,50	
Umsatz	1807	1194	

Pfeffer

Singapur (Starits-Sing.-$/100 kg)	5. 12.	02. 12.
aktive Sorte spez.	420,00	420,00
weiße Sarawak	642,50	642,50
weißer Muntok	650,00	650,00

Orangensaft

New York (cft/lb)	5. 12.	02. 12.
Jan.	124,00	123,50
März	123,00	122,85
Mai	122,55	122,20
Juli	122,25	121,80
Sept.	122,25	121,80
Umsatz	200	200

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl

New York (cft/lb)	5. 12.	2. 12.
Südostmarkt fob Mark.	49,00	49,00

Maisöl

New York (cft/lb) US-Mittelwestküsten fob Mark.	28,50	28,50

Sojaöl

Chicago (cft/lb) Dez.	25,75	25,60
Jan.	25,90	25,70
März	26,35	27,20
Mai	26,75	27,50
Juli	28,00	27,65
Aug.	28,00	27,40
Sept.	25,30	25,00

Baumwollsaatöl

New York (cft/lb) Mississippi-Tal	28,00	28,00

Schmalz

Chicago (cft/lb)		
loco lose	17,25	17,50
Chicago white long 4% fr. F.	16,75	16,75

Talg

New York (cft/lb)		
top white	17,25	-
fancy	16,75	-
bleichfähig	16,50	-
yellow max. 10% fr. F.	15,00	-

Schweine

Chicago (cft/lb)		
Dez.	43,45	43,30
Feb.	47,65	47,85
April	47,25	47,25

Schweinebäuche

Chicago (cft/lb)		
Febr.	58,30	58,30
März	58,75	58,85
Mai	60,55	61,45

Mais

Chicago (cft/lb)	5. 12.	2. 12.
Ochsen sich. schwim		
River Northern	55,00	55,00
Weiz sich. schwim		
River Northern	52,50	52,50

Sojabohnen

Chicago (cft/bush)		
Jan.	787,00	788,00
März	783,00	800,50
Mai	791,00	811,00
Juli	792,00	808,00
Aug.	773,00	780,00
Sept.	719,00	731,00
Nov.	670,00	670,00

Sojaschrot

Chicago ($/sht)		
Dez.	216,00	220,50
Jan.	217,50	222,20
März	219,30	224,50
Mai	218,50	224,00
Juli	217,50	224,50
Aug.	213,00	218,00
Sept.	204,00	208,00

Leinsaat

Winnip. (can. $/t)	5. 12.	2. 12.
Dez.	362,80	365,00
März	375,00	375,50
Mai	388,00	391,50

Reisöl

New York (cft/lb) Mittelwest fob Mark.	5. 12.	2. 12.
	41,50	-

Erdnußöl

Rotterdam ($/t)	5. 12.	5. 12.
ingl. Mark. cif	885,00	885,00

Leinöl

Rotterdam ($/t)		
ingl. Mark. ex Tank	595,00	595,00

Palmöl

Rotterdam ($/t)		
Sumatra cif	695,00	695,00

Sojaöl

Rotterd. ($/100 kg) roh Mittelwest, fob Mark	199,00	192,50

Kokosöl

Rotterdam ($/t)		
Philippinen cif	942,50	942,50

Leinsaat

Rotterdam ($/t)		
Donau lfr. t cif		
Rotterdam	302,50	302,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle

New York (cft/lb)	5. 12.	2. 12.
Kontrakt Nr. 2:		
Dez.	76,00	76,65
März	80,00	80,15
Mai	81,10	81,20
Juli	81,90	82,00
Okt.	76,20	76,40
Dez.	74,00	74,00

Kautschuk New York

(cft/lb); Händlerpreis		
loco RSS–1	58,75	58,75

Wolle

Lond. (Wool. cft/q)		
Kontr. Nr. 2:	5. 12.	02. 12.
Dez.	403–410	405–410
Jan.	405–407	404–407
März	416–417	416–418
Umsatz	53	146

Wolle

Roubaix (Fffg) Terminpreis:	5. 12.	02. 12.
Dez.	46,50	46,50
März	46,70	47,70
Mai	47,50	47,50
Juli	-	47,50
Umsatz:	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney

(austr. cts) Merino-Schurwolle Standardtype	5. 12.	02. 12.
Dez.	504,00–537,00	502,00–533,00
März	555,00–556,00	552,00–555,00
Mai	572,00–575,00	565,00–570,00
Umsatz:	106	210

Sisal London (£/t)

cif ver. Nordhäfen	5. 12.	02. 12.
East African 3 fold	570,00	570,00
underquoted:	640,00	640,00

Seide Tokio, (Y/kg)

AAA, ab Lager	5. 12.	02. 12.
Dez.	13 910	13 950
März	13 920	13 900

Kautschuk

London (p/kg)	5. 12.	02. 12.
Mr. 1 RSS loco	83,00–85,00	82,50–84,50
Jan.	84,00–85,00	83,40–85,00
Febr.	84,00–84,70	83,20–83,50
Jan./März	84,00–84,10	83,40–83,60
Tendenz: unregelmäßig		

Kautschuk

Malaysia (mal. cts/kg)	5. 12.	02. 12.
Nr. 1 RSS loco	251,50–252,50	250,50–251,50
Dez.	254,00–255,00	253,00–254,00
Jan.	257,00–258,00	256,00–257,00
Nr. 2 RSS Dez.	259,00–260,00	258,00–259,00
Nr. 3 RSS Dez.	255,50–256,50	254,50–255,50
Nr. 4 RSS Dez.	249,00–250,00	248,00–249,00
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/tn)

	5. 12.	02. 12.
BWC	400,00	400,00
BWD	390,00	390,00
BTC	400,00	400,00
BTD	390,00	390,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angabe: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1lb = 0,4536 kg; 1 FL = 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

Blei: Basis London

	6. 12.	5. 12.
laufend. Monat	111,13–111,23	111,57–111,67
dreifolg. Monat	115,20–115,29	115,44–115,54

Zink: Basis London

laufend. Monat	234,95–235,14	232,88–233,48
dreifolg. Monat	240,69–240,89	238,04–238,24
Produz.-Preis	260,43	259,65
Reinzink 99,9%	3765–3862	3760–3798

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

Elektrolytkupfer	6. 12.	5. 12.
für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	286,50–288,97	400,58–402,96
Blei in Kabeln	118,75–119,75	119,25–120,25

Aluminiumhütte

für Leitzwecke (VAW)		
Reinhütten	438,50–433,50	438,50–433,50
Vorzugshütte	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Notierungen einer höheren und niedrigen Hüttenmarke durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	5. 12.	5. 12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	367–377	369–380
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	413–416	414–416
MS 63	407–411	410–414

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn

ab Werk prompt (Ring /Kg)	6. 12.	2. 12.
	29,76	29,87

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)

	6. 12.	5. 12.
Leg. 225	423–425	423–425
Leg. 226	425–427	425–427
Leg. 231	455–457	455–457
Leg. 233	455–457	455–457

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t ab Werk.

Edelmetalle

	6. 12.	5. 12.
Platin (DM je g)	37,80	38,208

Gold (DM je kg Feingold)

Banken-Vkdpr.	35 500	35 700
Rücknahmepr.	34 750	34 950

Gold (DM je kg Feingold)

(Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkdpr.	35 460	35 710
Rücknahmepr.	34 400	34 640
verarbeitet	37 210	37 480

Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 150	35 455

Silber (DM je kg Feinsilber)

(Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkdpr.	850,10	862,30
Rücknahmepr.	820,30	832,10
verarbeitet	884,70	900,50

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)

London	6. 12.	5. 12.
10.30	386,50	402,45
15.00	397,00	397,25
Zürich mittags	397,90–398,30	401,50–402,00
Paris (Fri-kg-Barren) mittags	106 000	107 100

Silber (in Feinunze)

London Kasse	657,80	665,45
3 Monate	671,65	679,60
6 Monate	688,50	696,10
12 Monate	719,60	728,70

Platin (£-Feinunze)

London	5. 12.	2. 12.
Ir. Mark	276,70	277,15

Palladium (£-Feinunze)

London	-	99,85
1 Handelspr.	108,55	105,80

New Yorker Preise	5. 12.	2. 12.
Gold N & H Ankauf	397,25	400,75
Silber N & H Ankauf	944,40	956,50
Platin Ir. Händlerpr.	410,00–412,00	410,00–412,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium Ir. Händlerpr.	154,00–156,00	157,00–159,00
Produz.-Preis	130,00	130,00

Silber (cf/ounce)

Dez.	956,00	948,50
Jan.	964,00	960,00
März	976,00	970,00
Mai	992,00	987,00
Juli	1008,00	1009,00
Sept.	1030,40	1026,40
Dez.	1065,00	1051,00
Umsatz	27 000	36 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)

	5. 12.	2. 12.
Dez.	64,80	65,80
Jan.	65,25	66,25
März	66,50	67,55
Mai	67,90	68,85
Juli	69,05	70,30
Sept.	70,50	71,50
Dez.	72,55	73,50
Umsatz	10 000	5500

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)

	6. 12.	5. 12.
Kasse	1068,0–1068,5	1086,5–1087,5
3 Monate	1097,0–1097,5	1084,5–1085,0

Blei (£/t) Kasse 280,50–280,75 281,00–282,00

3 Monate 290,75–291,00 290,50–291,00

Kupfer

Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	988,50–989,00	995,00–996,00
3 Monate	1013,0–1013,5	1018,5–1019,0
abends Kasse	-	991,00–992,00
3 Monate	-	1015,5–1016,0

(Kupfer-Standard)

Kasse	972,00–973,00	976,00–977,00
3 Monate	997,00–998,00	999,00–1000,00

Zink (£/t) Kasse 593,00–593,50 595,00–596,00

3 Monate 607,50–608,00 609,00–609,50

Zinn (£/t) Kasse 8570–8580 8575–8580

3 Monate 8800–8801 8804–8807

Quecksilber

$/fl.)	-	-
Weltmarkt-Brt ($/T-Einh.)	-	-

PA 8311-094

Pan Am

Wenn Sie schnell und bequem zu einer von über 40 US-Städten kommen wollen, sollten Sie Verbindung mit Pan Am aufnehmen.

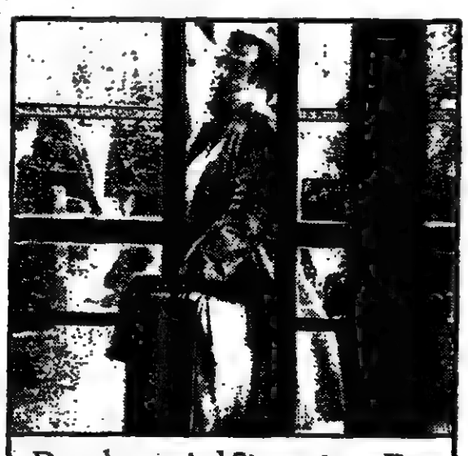
Denn Pan Am's Worldport ist der einzige Terminal in New York, der inneramerikanische und internationale Flüge unter einem Dach verbindet.

Das heißt, der kurze Weg zum nächsten Flugsteig erlaubt es Ihnen, etwas länger als gemeinhin üblich eine willkommene Abwechslung zu genießen.

Und da Sie bereits in Frankfurt bzw. Hamburg die Bordkarte für Ihren Weiterflug erhalten haben, können Sie dann ohne weiteres ins Flugzeug steigen.

oder nicht Pan Am.

Gesetzt den Fall jedoch, Sie sollten hier nicht mit uns gelandet sein, dürfte das Umsteigen schon etwas komplizierter werden.



Denn kaum sind Sie an einem Terminal angekommen, beginnt auch schon der zeitraubende Weg zum anderen, wo Ihre Anschlußmaschine nicht planlos warten wird.

Sie allerdings werden höchstwahrscheinlich warten müssen: auf den Bus oder ein Taxi, um zum gewünschten Ort an anderer Stelle des Flughafens zu gelangen.

Wobei Szenen wie diese durchaus ins gewohnte Bild passen. – Pan Am zu buchen oder nicht, sollte demnach also wahrlich keine Frage sein.

In ein und demselben Terminal: Anschluß zu all diesen Pan Am Städten.

Austin	Chicago	Dallas/Ft. Worth	Honolulu	Los Angeles	New Orleans	Pittsburgh	San Francisco	Tulsa
Boston	Cincinnati	Detroit	Houston	Miami	Oklahoma City	Raleigh/Durham	St. Louis	Utica/Rome
Buffalo	Cleveland	Fort Myers	Indianapolis	Minneapolis/St. Paul	Orlando	Rochester	Syracuse	Washington D.C.
Charlotte	Corpus Christi	Hartford/Springfield	Ithaca Kansas City	Nashville	Philadelphia	San Antonio	Tampa/St. Pete	West Palm Beach

Wenden Sie sich an Ihr Pan Am Vertragsreisebüro oder rufen Sie uns an. Pan Am Berlin 0 30/88 10 11, Frankfurt 06 11/2 56 52 22, Hamburg 0 40/5 00 92 81, München 0 89/55 81 71, Nürnberg 09 11/52 30 47, Stuttgart 07 11/79 90 01.

PAN AM. **Pan Am. Erleben, was Erfahrung heißt.**

Rentenmarkt nicht einheitlich

Recht lustlos und uneinheitlich verkehrte am Dienstag auch der Rentenmarkt. Die neue Bundesanleihe stieß nur auf zurückhaltendes Interesse und wurde im Handel und den Banken per Erscheinen unverändert mit minus eins (dies oher Brief) besprochen. Schon im Umlauf befindliche öffentliche Anleihen änderten sich um rund 0,25 Prozentpunkt nach beiden Seiten. Ähnlich lagen DM-Auslandsanleihen im Markt. Pfandbriefe tendierten bei kleinem Geschäft mehr oder weniger behauptet.

Bundesanleihen

		6. 12.	5. 12.
F	4 Abt. 57*	ABit	100,4G	100,4G
	5½ Bund 78 I	1/84	99,9	99,8
	6 dgl. 84 I	1/84	100G	100G
	6 dgl. 78 I	2/84	100,2	100,2
	7 dgl. 77	3/84	100,05	100,05
	7½ dgl. 78 II	4/84	100,25	100,25
	5 dgl. 78	5/84	99,4	99,45
	6 dgl. 78 III	9/84	99,8	99,8
	8¼ dgl. 78	9/84	101,18B	101,15G
	6 dgl. 78 IV	12/84	99,40G	99,4
	6¼ dgl. 79	1/85	99,6	99,6
	6¼ dgl. 79 I	3/85	101,8	101,8
	7 dgl. 79	4/85	99,9	99,86G
	7¼ dgl. 79 II	5/85	99,9	99,9G
	7¾ dgl. 79 I	7/85	100,6	100,6
	8 dgl. 76 IV	10/85	101,2	101,2
	5½ dgl. 78 II	3/86	96,1	96,1
	5¼ dgl. 78	5/86	95,40G	95,35
	7¼ dgl. 761	12/86	99,05	99,95
	6¼ dgl. 79	1/87	96,9	96,9G
	7¼ dgl. 76 II	1/87	98,8	98,8
	6¾ dgl. 77	4/87	97,15	97,15G
	6¾ dgl. 77	7/87	96,4G	96,4
	6 dgl. 77	10/87	94,85	94,85
	6 dgl. 78 I	1/88	94,15	94,2
	6¼ dgl. 78 I	9/88	95,15	95,15
	6¼ dgl. 78 II	12/88	94,9B	94,8
	6¼ dgl. 78	1/89	94,8	94,8
	7¼ dgl. 79 I	4/89	96,5G	96,5G
	10 dgl. 81	4/89	108,1G	108,1
	7¼ dgl. 79 I	6/89	97,25	97,25
	8 dgl. 78 I	7/89	99,5	99,5
	8 dgl. 79 II	8/89	99,4	99,4
	7¼ dgl. 79 II	9/89	97,25	97,15
	7¼ dgl. 79 II	11/89	96,4	96,4
	7¾ dgl. 80 I	1/90	97,7	97,75
	10 dgl. 80	4/90	108,3	108,4
	9¾ dgl. 78	5/90	90,45	90,45
	8¼ dgl. 80 I	7/90	89,7G	89,7
	8¼ dgl. 80 II	11/90	89,8B	89,8B
	7¾ dgl. 82	11/90	97,1	97,1
	9 dgl. 81	2/91	103,6	103,66
	10¾ dgl. 81	7/91	110,3	110,3
	10¾ dgl. 81	9/91	113,3G	113,3
	10 dgl. 81 II	12/91	109,4	109,4
	9¾ dgl. 82 I	1/92	107,75	107,75
	9¾ dgl. 82 II	3/92	107,8	107,8
	8 dgl. 78 II	3/92	97,75	97,75
	9,5 dgl. 82	4/92	106,3G	106,3
	9 dgl. 82	5/92	103,25	103,25
	8½ dgl. 82	5/92	100,6G	100,6
	8 dgl. 83	8/92	103,4	103,4
	8¼ dgl. 83 II	8/92	102,05	102,05
	7¾ dgl. 82	12/92	95,2	95,2
	7½ dgl. 83	1/93	94,4	94,4
	7½ dgl. 83 II	3/93	94,2	94,7
	7½ dgl. 83 III	5/93	95,4	95,4
	8¼ dgl. 93	6/93	99*	99
	8 dgl. 93	7/93	97,45	97,45
	8¼ dgl. 93 II	8/93	99	99
	8¼ dgl. 93 III	10/93	99	99
	8¼ dgl. 93 IV	11/93	99,45	99,45
F	7¼ B.Obl.79 E.1	12/93	100,9	100,9
	8 dgl. 80 S.2	2/85	101G	101
	8¼ dgl. 80 S.3	2/85	101,25B	101,25
	9¼ dgl. 80 S.4	3/85	102,2B	102,2B
	8¾ dgl. 80 S.5	4/85	101,3	101,3
	9¼ dgl. 80 S.6	5/85	101,3	101,3
	8 dgl. 80 S.7	6/85	100,9	100,9
	7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,2	100,35
	8¼ dgl. 80 S.9	10/85	101,1	101,3
	8¾ dgl. 80 S.10	1/86	102,4	102,4
	9 dgl. 81 S.11	1/86	102,2	102,2
	9¾ dgl. 81 S.12	3/86	103,9G	104,1G
	10 dgl. 81 S.13	3/86	103,8B	103,8B
	9½ dgl. 81 S.14	4/86	103,2	103,2
	10 dgl. 81 S.15	4/86	104,15	104,3G
	10¼ dgl. 81 S.16	8/86	105,3	105,75
	11 dgl. 81 S.17	8/86	106,8B	107
	10¾ dgl. 81 S.18	10/86	105,9	105,9
	10 dgl. 81 S.19	10/86	105,2G	105,2G
	9¼ dgl. 81 S.20	11/86	103,3G	104,2
	10¾ dgl. 81 S.21	11/86	105,8	106
	10 dgl. 81 S.22	11/86	105,2G	105,3
	9¼ dgl. 81 S.23	12/86	103,9	103,75
	9¾ dgl. 82 S.24	1/87	104,3	104,35
	9¾ dgl. 82 S.25	2/87	103,8	103,85
	9¼ dgl. 82 S.26	4/87	103,2	103,25
	9 dgl. 82 S.27	4/87	102,5	102,5
	8¼ dgl. 82 S.28	5/87	101	101,1
	8¼ dgl. 82 S.29	7/87	104	104,05
	9 dgl. 82 S.30	8/87	102,8	102,8
	8¾ dgl. 82 S.31	8/87	101,9	101,9
	8¼ dgl. 82 S.32	10/87	100,3B	100,3B
	8 dgl. 82 S.33	11/87	99,6	99,8
	7¾ dgl. 82 S.34	11/87	98,8B	98,7B
	7¼ dgl. 82 S.35	12/87	97,8	98
	7¼ dgl. 83 S.36	1/88	96,8	96,85
	8¾ dgl. 83 S.37	3/88	98,1	98,35
	7 dgl. 83 S.38	5/88	95,1	95,2
	7¼ dgl. 83 S.39	6/88	96,6G	96,8G
	7¾ dgl. 83 S.40	6/88	97,5	97,5
	8 dgl. 83 S.41	6/88	100,3B	100,4
F	6¼ Bay. 87	6/88	96,15	96
	6¼ dgl. 82	82	99,1	99,25
M	7 Bayern 66	66	99,75G	99,75G
	6½ dgl. 67	67	99,5G	99,5G
	6 dgl. 68	68	99G	99G
	7 dgl. 72	84	100G	100G
	7½ dgl. 78	84	100,15G	100,15G
	6 dgl. 78	88	93,1	92,9G
	8¾ dgl. 88	88	101,8G	101,3
	8¾ dgl. 82	92	101,8G	101,3
	9 dgl. 83	93	94,25	943
S	8¼ Berlin 70	85	101,25G	101,25G
	8 dgl. 72	85	100,25G	100,25G
	7¾ dgl. 78	85	100,3B	100
	7 dgl. 77	85	99,8	99,8
	8¾ dgl. 78	88	99,75G	99,75G
	8¾ dgl. 80	88	102,5	102,9G
Br	7¾ Bremen 71	87	100,5G	100,5G
	6 dgl. 72	87	100,8G	100,8G
	7¾ dgl. 83	93	94,25B	94,25G
H	8¼ Hamburg 70	85	101,2B	101,3B
	8¼ dgl. 77	92	94,25G	94,1G
	8 dgl. 80	92	99,5G	99,5
	9¾ dgl. 82	92	107,4G	107,4G
	7¾ dgl. 83	92	93,9G	93,9G
F	8 Hessen 71	86	100,2G	100,2
	6¼ dgl. 78	88	92,9	93,1
HoS	Minden 69	84	99,9G	99,9B
	8½ dgl. 70	85	101,25G	101,25B
	7¼ dgl. 72	87	99,1G	99,1G
	6 dgl. 72	87	95,75G	95,75
	7¼ dgl. 79	87	98	98
	7¾ dgl. 82	87	95	95
	11 dgl. 83	93	99,5G	99,5
D	7¼ NRW 63	63	94	94G
	7¾ dgl. 85	83	95,5G	95,5G
	8¼ dgl. 83	83	100G	100bG
	6¼ dgl. 83	83		
F	6 Rhld.-Pf. 84 II	84	99,3	99,3G
	8 dgl. 71	86	100	100,25G
F	6¼ Saar 70	85	100,15G	100,15G
	7 dgl. 72	87	97,95G	97,95G
	6 dgl. 78	88	92,3G	92,55bG
H	5¾ Schl.-H. 55	84	99,7G	99,7G
	6 dgl. 84 II	84	99,3G	99,5G
	7¼ dgl. 72	87	99,5G	99,5G
	8¼ dgl. 78	88	101G	101
D	7 Sonst 72	85	99,8G	99,8G
M	6 München 64	84	99,9G	99,8G
S	7¼ Stuttgart 71	86	99,7G	99,7G
	7¾ dgl. 72	87	99,75G	99,75G
	8 dgl. 83	93	97,5B	97,5B

Bundespost

		6. 12.	5. 12.
F	4 Abt. 57*	4/84	100,4G	100,5G
	5½ Bundpost 68	8/88	98,4	98,4G
	6 dgl. 72 I	9/87	100,4	100,4
	10 dgl. 81	3/89	107,9	108,25
	10¼ dgl. 81	8/89	109G	
	8 dgl. 80	3/90	99,05	99,05G
	7¾ dgl. 80	9/90	97,8	97,7
	8¾ dgl. 80	12/90	102,5	102,5
	10¼ dgl. 81	10/91	111,35	111,95
	9¾ dgl. 82	2/92	108G	108
	8¾ dgl. 82	6/92	102,2G	102,2
	8¼ dgl. 82	10/92	100,8	100,8
	7¾ dgl. 83	2/93	95,9	96
	8¼ dgl. 83	6/93	100,9	100,95

Länder – Städte

		6. 12.	5. 12.
S	9¼ St.-Anleihe 75	88	98,15	98
	8¼ dgl. 82	92	98,1	98,25
M	7 Bayern 66	66	99,75G	99,75G
	6½ dgl. 67	67	99,5G	99,5G
	6 dgl. 68	68	99G	99G
	7 dgl. 72	84	100G	100G
	7½ dgl. 78	84	100,15G	100,15G
	6 dgl. 78	88	93,1	92,9G
	8¾ dgl. 88	88	101,8G	101,3
	8¾ dgl. 82	92	101,8G	101,3
	9 dgl. 83	93	94,25	943
S	8¼ Berlin 70	85	101,25G	101,25G
	8 dgl. 72	85	100,25G	100,25G
	7¾ dgl. 78	85	100,3B	100
	7 dgl. 77	85	99,8	99,8
	8¾ dgl. 78	88	99,75G	99,75G
	8¾ dgl. 80	88	102,5	102,9G
Br	7¾ Bremen 71	87	100,5G	100,5G
	6 dgl. 72	87	100,8G	100,8G
	7¾ dgl. 83	93	94,25B	94,25G
H	8¼ Hamburg 70	85	101,2B	101,3B
	8¼ dgl. 77	92	94,25G	94,1G
	8 dgl. 80	92	99,5G	99,5
	9¾ dgl. 82	92	107,4G	107,4G
	7¾ dgl. 83	92	93,9G	93,9G
F	8 Hessen 71	86	100,2G	100,2
	6¼ dgl. 78	88	92,9	93,1
HoS	Minden 69	84	99,9G	99,9B
	8½ dgl. 70	85	101,25G	101,25B
	7¼ dgl. 72	87	99,1G	99,1G
	6 dgl. 72	87	95,75G	95,75
	7¼ dgl. 79	87	98	98
	7¾ dgl. 82	87	95	95
	11 dgl. 83	93	99,5G	99,5
D	7¼ NRW 63	63	94	94G
	7¾ dgl. 85	83	95,5G	95,5G
	8¼ dgl. 83	83	100G	100bG
	6¼ dgl. 83	83		
F	6 Rhld.-Pf. 84 II	84	99,3	99,3G
	8 dgl. 71	86	100	100,25G
F	6¼ Saar 70	85	100,15G	100,15G
	7 dgl. 72	87	97,95G	97,95G
	6 dgl. 78	88	92,3G	92,55bG
H	5¾ Schl.-H. 55	84	99,7G	99,7G
	6 dgl. 84 II	84	99,3G	99,5G
	7¼ dgl. 72	87	99,5G	99,5G
	8¼ dgl. 78	88	101G	101
D	7 Sonst 72	85	99,8G	99,8G
M	6 München 64	84	99,9G	99,8G
S	7¼ Stuttgart 71	86	99,7G	99,7G
	7¾ dgl. 72	87	99,75G	99,75G
	8 dgl. 83	93	97,5B	97,5B

Bundesbahn

F	4 Abt. 57*	4/84	100,4G	100,5G
	7½ Bahnbk 72	2/84	100,1	100,1
	8 dgl. 72	6/84	100,9G	100,9G
	8¼ dgl. 78	8/84	101,1G	101,1
	8 dgl. 78 III	11/84	99,45bG	99,5

Bankschuldverschreib.

F	8 Allg. Hypo. Pf 1	6/8	8/8
	8 dgl. Pf 5	8/8	8/8
	7 dgl. Pf 2	8/8	8/8
F	7½ Bayerische Pf 104	8/8	98,7G
	8 dgl. Pf 106	10/8	102,6G
	10 dgl. Pf 108	11/8	107,4G
	8 dgl. KS 132	8/8	94,5G
	8 dgl. KS 135	8/8	98,4G
	9 dgl. KS 139	8/8	102,05G

		6. 12.	5. 12.
M	5½ Bayer.Hdls Pf 14	8/8	8/8
	6 dgl. Pf 20	8/8	8/8
	5¾ dgl. Pf. 2	8/8	8/8
	7 dgl. Pf 3	8/8	8/8
	7 dgl. Pf 27	8/8	8/8
	8¼ dgl. KS 14	8/8	8/8
	7¾ dgl. KS 37	8/8	8/8
M	5 Bayer. Hypo Pf 33	8/8	8/8
	5½ dgl. Pf 11	8/8	8/8
	6 dgl. Pf 34	8/8	8/8
	5 dgl. KO Pf 39	8/8	8/8
	8½ dgl. Pf 10	8/8	8/8
	6 dgl. KS 1	8/8	8/8
M	8 Lb. Aufb. M 16	8/8	8/8
	8 dgl. IS 16	8/8	8/8
	6 dgl. IS 17	8/8	8/8
	6½ dgl. KO 48	8/8	8/8
	8½ dgl. KO 48	8/8	8/8
M	7¾ Bay.Ldsbgz. Pf 103	8/8	8/8
	9½ dgl. Pf 105	8/8	8/8
	10 dgl. KS 307	8/8	8/8
	8¼ dgl. KS 725	8/8	8/8
M	5 Bayer. Verbk. Pf 11	8/8	8/8
	5¼ dgl. Pf 28	8/8	8/8
	8 dgl. Pf 4	8/8	8/8
	8¼ dgl. Pf 9	8/8	8/8
	6½ dgl. Pf 12	8/8	8/8
	7 dgl. Pf 20	8/8	8/8
B	6 Berl. Pfandbr. Pf 7	8/8	8/8
	7 dgl. Pf 31	8/8	8/8
	6 dgl. Pf 34	8/8	8/8
	8¼ dgl. Pf 37	8/8	8/8
	9 dgl. Pf 54	8/8	8/8
HaS	Brthem. Hypo. Pf 1	8/8	8/8
	7 dgl. Pf 80	8/8	8/8
	7¼ dgl. Pf 87	8/8	8/8
	8 dgl. 80 II	8/8	8/8
	9 dgl. 81	8/8	8/8
	9 dgl. KS 138	8/8	8/8
F	8 DG Bod.Int. Pf 216	8/8	8/8
	9 dgl. Pf 239	8/8	8/8
H	5¾ DG-Hypothk. KS 9	8/8	8/8
	7 dgl. KS 35	8/8	8/8
F	5¾ Dt. Ctrl. Bk. IS 70	8/8	8/8
	6 dgl. IS 71	8/8	8/8
	6¼ dgl. IS 73	8/8	8/8
	6¼ dgl. IS 80	8/8	8/8
F	6 Dgz.Dt.Kom.K065-4	8/8	8/8
	6 dgl. KO 48	8/8	8/8
	7 dgl. KO 97	8/8	8/8
	9 dgl. KO 185	8/8	8/8
	10 dgl. KO 129	8/8	8/8
	10 dgl. KO 236	8/8	8/8
HmS	Dt. Hyp. Hann. Pf 91	8/8	8/8
	7 dgl. KS 101	8/8	8/8
	10 dgl. KS 134	8/8	8/8
	8¾ dgl. KS 140	8/8	8/8
Br	5 Dt.Hyp F-BR Pf 41	8/8	8/8
	4 dgl. Pf 57	8/8	8/8
	6 dgl. Pf 97	8/8	8/8
	7 dgl. Pf 123	8/8	8/8
Br	5¼ Dt.Hyp.F-BF RS 74	8/8	8/8
	6 dgl. KS 86	8/8	8/8
	8¾ dgl. KS 259	8/8	8/8
F	5 Dt. Pfandbr. Pf 82	8/8	8/8
	7 dgl. Pf 98	8/8	8/8
	6 dgl. Pf 102	8/8	8/8
B	6 Dt. Pf. Bk. Bl. 480	8/8	8/8
Br	6 Dt. Schiffsk. Pf 46	8/8	8/8
	5½ dgl. Pf 62	8/8	8/8
	6¼ dgl. Pf 85	8/8	8/8
	6¼ dgl. Pf 90	8/8	8/8
	6¾ dgl. Pf 74	8/8	8/8
	6¾ dgl. Pf 76	8/8	8/8
Br	6½ dgl. Pf 77	8/8	8/8
	8 dgl. Pf 43	8/8	8/8
	8¼ dgl. Pf 47	8/8	8/8
F	5 Dt. Hypobk. Pf 66	8/8	8/8
	5½ dgl. Pf 93	8/8	8/8
	6 dgl. Pf 76	8/8	8/8
	6 dgl. Pf 130	8/8	8/8
	8½ dgl. Pf 133	8/8	8/8

		6. 12.	5. 12.
M	5 Hdg. Lbz. Pf 2	1176	1176
	6 dgl. 14	8/8	8/8
	6 dgl. 47	77,5	77
	10 dgl. IS 46	8/8	8/8
F	5 Helaba Pf 8	8/8	8/8
	6 dgl. Pf 60	8/8	8/8
	8 dgl. Pf 78	8/8	8/8
	4 dgl. HO 5	8/8	8/8
H	6 Hyp.Ldsbg. Pf 96	8/8	8/8
	8½ dgl. Pf 98	8/8	8/8
	8 dgl. Pf. 948	8/8	8/8
	9 dgl. KO 128	8/8	8/8
	8 dgl. KO 175	8/8	8/8
	8 dgl. KO 159	8/8	8/8
	9¾ dgl. KO 262	8/8	8/8
F	5 Lbs. Rheinl.-Pf 4	8/8	8/8
	5 dgl. Pf 12	8/8	8/8
	7 dgl. Pf 25	8/8	8/8
	10 dgl. Pf 40	8/8	8/8
	9 dgl. KO 38	8/8	8/8
	9¾ dgl. IS 84	8/8	8/8
F	4½ Lbs. Saar Pf 5	8/8	8/8
	5½ dgl. Pf 11	8/8	8/8
	7 dgl. Pf 12	8/8	8/8
	4¾ dgl. KO 6	8/8	8/8
	5¾ dgl. KO 4	8/8	8/8
	7½ dgl. KO 80	8/8	8/8
	8¾ dgl. KO 81	8/8	8/8
S	6¾ Lbs. Sachs. Pf 6	8/8	8/8
	8 dgl. Pf 28	8/8	8/8
	6 dgl. Pf 49	8/8	8/8
	8 dgl. KS 1	8/8	8/8
	8¾ dgl. KS 8	8/8	8/8
H	6 LB.S-Holst. Pf 88	8/8	8/8
	7 dgl. Pf 97	8/8	8/8
	10 dgl. Pf 32	8/8	8/8
	10 dgl. Pf 33	8/8	8/8
	6¼ dgl. KS 76	8/8	8/8
	10 dgl. IS 65	8/8	8/8
	11½ dgl. IS 66	8/8	8/8
M	5½ Mittelt.Hyp.Pf 100	8/8	8/8
H	4½ Nordhyp.WBK Pf 24	8/8	8/8
	6¼ dgl. Pf 42	8/8	8/8
NoT	Nord. Ldk. Pf 1	8/8	8/8
	7½ dgl. Pf 4	8/8	8/8
	8 dgl. Pf 16	8/8	8/8
	8 dgl. KO 63	8/8	8/8
	7¼ dgl. IS 6	8/8	8/8
	10 dgl. IS 37	8/8	8/8
F	5 Pfälz.Hypo. Pf 49	8/8	8/8
	6 dgl. Pf 58	8/8	8/8
	8 dgl. Pf 65	8/8	8/8
	7 dgl. Pf 114	8/8	8/8
D	5 RW Bodenor. Pf C	8/8	8/8
	5¾ dgl. E	8/8	8/8
	4 dgl. Pf 18	8/8	8/8
	6 dgl. Pf 36	8/8	8/8
	6¾ dgl. Pf 67	8/8	8/8
	5¾ dgl. HO J+E	8/8	8/8
	9¾ dgl. HO 58	8/8	8/8
	7¾ dgl. HO 77	8/8	8/8
S	6 Rentgn. Komm. Pf 58	8/8	8/8
	5½ dgl. Pf 169	8/8	8/8
	7 dgl. Pf 125	8/8	8/8
	7 dgl. Pf 139	8/8	8/8
	6 dgl. Pf 177	8/8	8/8
	9 dgl. Pf 167	8/8	8/8
	6 dgl. KS 77	8/8	8/8
	9¾ dgl. KS 9901	8/8	8/8
	9¾ dgl. KS 110	8/8	8/8
Br	5 St. Kz. Ol-Br Pf 17	8/8	8/8
	5¾ dgl. Pf 24	8/8	8/8
	5 dgl. Pf 36	8/8	8/8
	5¼ dgl. Pf 43	8/8	8/8
	6 dgl. Pf 58	8/8	8/8
	7 dgl. Pf 61	8/8	8/8
	8 dgl. Pf 70	8/8	8/8
	8¾ dgl. Pf 88	8/8	8/8
H	6 Schiffahrg. Pf 35	8/8	8/8
	7¼ dgl. Pf 45	8/8	8/8
M	6 Stollwerk Pf 41	8/8	8/8
	8½ dgl. Pf 97	8/8	8/8
	6½ dgl. Pf 143	8/8	8/8
	7 dgl. Pf 87	8/8	8/8
	7¼ dgl. Pf 104	8/8	8/8
	7 dgl. KS 49	8/8	8/8
	7¾ dgl. KS 81	8/8	8/8
	8¾ dgl. KS 133	8/8	8/8
	9¾ dgl. KS 182	8/8	8/8
	9 dgl. KS 185	8/8	8/8
	9½ dgl. KS 171	8/8	8/8

		6. 12.	5. 12.
M	6 Vereinsb. Hbg. Pf 55	8/8	8/8
	6 dgl. Pf 95	8/8	8/8
	7 dgl. Pf 100	8/8	8/8
D	8 WestLB Pf 350	8/8	8/8
	5¾ dgl. Pf 403	8/8	8/8
	6¼ dgl. Pf 1007	8/8	8/8
	8 dgl. Pf 1015	8/8	8/8
	7 dgl. KO 356	8/8	8/8
	6¾ dgl. KS 430	8/8	8/8
	9¾ dgl. KO 1301	8/8	8/8
	6¼ dgl. PS 1278	8/8	8/8
	8 dgl. IS 1512	8/8	8/8
	9¾ dgl. IS 1528	8/8	8/8
	8¼ dgl. IS 576	8/8	8/8
	7¼ dgl. IS 1503	8/8	8/8
D	4 Westd. Land. Pf 4	8/8	8/8
	6 dgl. Pf 18	8/8	8/8
	5¾ dgl. Pf 79	8/8	8/8
	7 dgl. Pf 29	8/8	8/8
D	8¾ Westf.Hypo. Pf 550	8/8	8/8
	9 dgl. Pf 564	8/8	8/8
S	6 Wür. Hypo. Pf 84	8/8	8/8
	7 dgl. KS 58	8/8	8/8
S	6¾ Württ. Hyp. Pf 1	8/8	8/8
	7 dgl. Pf 5	8/8	8/8

Sonderinstitute

D	6 DSL Bk 96	8/8	8/8
	7 dgl. Pf 47	8/8	8/8
	7 dgl. Pf 63	8/8	8/8
	5½ dgl. Pf 89	8/8	8/8
	8 dgl. Pf 104	8/8	8/8
	8 dgl. Pf 165	8/8	8/8
	5½ dgl. RS 45	8/8	8/8
	8 dgl. RS 78	8/8	8/8
	8 dgl. RS 120	8/8	8/8
	8¾ dgl. RS 153	8/8	8/8
	7 dgl. RS 162	8/8	8/8
	9½ dgl. RS 172	8/8	8/8
	9 dgl. RS 186	8/8	8/8
	10 dgl. RS 150	8/8	8/8
	11¾ dgl. RS 135	8/8	8/8
D	9¾ SG 88	8/8	8/8
F	7¾ KFW 70	8/8	8/8
	6 dgl. 78	8/8	8/8
	6 dgl. 76	8/8	8/8
	7¼ dgl. 79	8/8	8/8
	10 dgl. Kredit 81	8/8	8/8
F	8¾ Lan.Kredit. 75, 13	8/8	8/8
	6 dgl. RS 14	8/8	8/8
	6 dgl. RS 15	8/8	8/8
	6 dgl. RS 16	8/8	8/8
	6 dgl. RS 19	8/8	8/8
	6 dgl. RS 20	8/8	8/8
	6 dgl. RS 21	8/8	8/8
	6 dgl. RS 28	8/8	8/8
	7½ dgl. RS 37	8/8	8/8
	5½ dgl. RS 60	8/8	8/8
	7 dgl. 94	8/8	8/8
	7 dgl. 99	8/8	8/8
	8 dgl. 101	8/8	8/8
	7¼ dgl. 102	8/8	8/8
	9¾ dgl. 135	8/8	8/8
D	7¾ LAG TS 76	8/8	8/8
	8 dgl. TS 76	8/8	8/8
	6½ dgl. TS 77	8/8	8/8
	5½ dgl. 78	8/8	8/8
	7 dgl. 79	8/8	8/8

Optionsscheine

F	11 BASF Ener Zus 92	83,5	83
	7¼ Bayer Fin. 79	87,8	87,8
	10¾ Bayer Fin. 82	76,5	75,7
	7½ BHF Bk. Int. 89	101,2	103
	6¾ Cbs-Gelgy 75	1165	1175
	3¾ Commerzbk. 78	46,2	46,5
	7 Comm. Int. Lux. 83	73,4	73,5
	4½ DL Bk. Comp. 77	132,5	132,5
	5¼ Dt. Bk. Int. 83	114,5	115,9
	8¼ Degussa 83	158	158
	4 Dresdner Bk. Int. 83	83	83,5
	10 Hoechst 75	345	340
	6¾ dgl. 79	75,9	76,5
	8 Hoesch 83	83,5	82,5
	7¾ Jap.Sys.R

هكذا من الأصل

Hans Joachim Giesemann

31. 12. 1901 – 1. 12. 1983

Es trauern um ihn:
Hedda Giesemann geb. Piglhein
Adolf Roberto Giesemann und Frau Karin geb. Schlettwein
Jürgen Joachim Giesemann und Frau Christa geb. Eversbusch
Adolf Giesemann und Frau Ingeborg geb. Sieveking
Jürgen Schwarz und Frau Camilla geb. Giesemann
Ernst A. Giesemann
und 6 Enkel

Nubes 305, Jardines del Pedregal Mexiko 01900 D. F.
Guatemala · Hamburg · Reinbek

Am 28. November 1983 ist unser Prokurist, Herr

Werner Weber

an den Folgen einer schweren Erkrankung im Alter von 55 Jahren verstorben.

Während seines langjährigen, verantwortungsvollen Wirkens im In- und Ausland hat er sich große Verdienste um unser Unternehmen erworben und bleibende Wertschätzung gewonnen.

Werner Weber wird uns unvergessen bleiben.

Hamburg, im Dezember 1983

SCHENKER & CO. GMBH
Zweigniederlassung Hamburg

Die Beisetzung hat bereits im engeren Kreis stattgefunden.

Anstelle von Zeichen der Verbundenheit bittet die Familie im Sinne des Verstorbenen, die Diakoniestation in Tostedt zu bedenken (Konto-Nr. 120 840 070 – Volksbank Tostedt).

Nach langem, schwerem Leiden ist unsere liebe Tante und Schwägerin

Else Weising

* 5. August 1906 † 5. Dezember 1983

im 78. Lebensjahr eingeschlafen.

Im Namen der Familie
Ingeborg Weising

Wandsbeker Marktstr. 142
2000 Hamburg 70

Trauerfeier am Dienstag, dem 13. Dezember 1983, um 10 Uhr Friedhof Hamburg-Rahlstedt, Am Friedhof

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Tel.: Hamburg (0 40) 3 47 – 43 80 – 39 42 o. – 42 30
Berlin (0 30) 25 91 – 29 31
Kettwig (0 20 54) 5 18 und 5 24

Telex: Hamburg 2 17 001 77 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

IMMOBILIEN · KAPITALIEN

NELDEL *DIE GUTE IMMOBILIE*
Neldel GmbH & Co. KG · Wohnungsbauunternehmen
Rühmkorffstr. 1 · 3000 Hannover · 0511/3 90 20

Ersterwerbermodell

Studenten-Appartements

3-geschossige Bauweise mit ausgebautem Dach.

im Zentrum des neuen Göttinger Universitätsviertels, Ginsterweg. Möblierte 1- u. 2-Zimmer-Wohnungen von ca. 16 m² – 52 m² mit Dusche, Bad, integriertem Küchenblock und teilweise Balkon. Z. B.: 1-Zi.-Whg. 18,19 m² mit Balkon, DM 63.665,–. Vermietungssicherheit.

Fertigstellung zum Semesterbeginn Herbst '84.

Top-Kapitalanlage mit MWSt.-Option.

NEU

Flitchlord Investments, ein erfahrener Partner!
Devisenansagedienst:
Montag, 10 Uhr – Freitag, 14 Uhr
Automatischer Infoservice:
Freitag, 14.30 Uhr – Montag, 9.30 Uhr
Tel. 0 30 / 8 82 61 32

NEU

Die feine Adresse der Bundeshauptstadt: Bonn-Bad Godesberg, Fasanenstraße 23

Hier entstehen auf einem ca. 4500 m² großen Parkgrundstück:
– 14 luxuriöse Eigentumswohnungen
– in allerbester Villenlage, direkt am Rhein
– mit exklusiver Innen- und Außenarchitektur
– alle Wohnungen mit unverbaubarem Rheinblick
– Wohnungsgrößen von 64–126 m²

Beispiel:	Wohnung mit 87,15 m²	=	434 442,75 DM
	zuzüglich Tiefgaragenplatz	=	26 970,00 DM
	Gesamt	=	461 412,75 DM

ipegé Christian-Gau-Str. 5, 5000 Köln 41, Tel. 02 21 / 49 50 21-22

Fünfzig Prozent garantierter Gewinn!
Einen 50%igen Gewinn auf Ihre Gesamtanlage im Zeitraum von 5 Jahren garantiert Herbzeus 2000 in Zusammenarbeit mit einer bekannten US-Versicherungsgesellschaft. Langfristigeren Anlegern winken Profite aus jährlichen Ernten, die auf durchschnittlich 65% vom 6. bis einschl. 20. Anlagejahr projektiert sind. Jährliche Gewinne, ausgezahlt auf 3-Monats-Basis, können über Generationen weiterfließen. Informationsmaterial in Englisch, Französisch, Deutsch und Arabisch (Angebote von Maklern erwünscht) erhältlich durch: Globe Plan SA – Av. Mon-Repos 24 – CH-1005 (Schweiz). Tel. (00 41 21) 22 35 12, Telex 25 185 melis ch

BEATENBERG 1200 m ü. M.

(Schweiz)

Die Sonnenterrasse über dem Thunersee, im attraktiven Berner Oberland, bietet unzählige Sommer- und Wintersportmöglichkeiten.

Der aufstrebende und vielversprechende Kurort Waldegg (neue Gondelbahn, Skilifts, Restaurants, Hotels usw.) gilt bereits heute als prächtiges Wander- und Erholungsgebiet.

Hier verkaufen wir 5 erstklassig konzipierte

2-Zimmer-Ferienwohnungen

Sehr schöne und ruhige Lage mit einmaliger Aussicht auf den Thunersee und die Berner Alpen. Nur 10 Autominuten von Interlaken entfernt, eignen sich die im Chaletstil gebauten Haus befindlichen Wohnungen vorzüglich als Altersruhesitze.

Kein Bewirtschaftungs- oder Vermietungszwang!

Preis: ab sfr 229 000,–, Auto-Einstellplätze vorhanden.

HWS-IMMOBILIEN INTERNATIONAL hws

Hauptsitz: Effingerstraße 17, CH-3008 Bern, Tel. (0041) 31 25 74 74
Repräsentant BRD: Erich Rieger, Zur Haubrücke 6, 7809 Gutach 1.Br., Tel. (0 76 81) 2 22 70

KG-BETEILIGUNG MS „CALLISTO"

KEIN VERLUSTZUWEISUNGSMODELL

sondern

– solide Einkommensteuervorteile ab 1983 (ca. 193,1 % gesamt)
– klassische Restfinanzierung
– günstige Einzahlungsgestaltung

an

zukunftsweisendem Schiffstyp mittlerer Größe mit erfahrenen Reedereipartnern, interessantem Einsatzgebiet.

Castor Kapitalanlagenvermittlungs GmbH u. Co. KG
Düsseldorfer Str. 38, 4130 Moers 1, Tel. 0 28 41 / 37 51

Baden-Baden

Im historischen Villenviertel oberhalb Kurhaus und Theater haben Sie heute noch die seltene Gelegenheit, eine vorzügliche Eigentumswohnung in solider handwerklicher Bauweise und eleganter Ausstattung zu erwerben.

Außerdem sparen Sie im Ersterwerbermodell Steuern und sichern den Wert Ihres Geldes:

Z. B. beträgt bei einer Wohnfl. von 90,40 m² der Kaufpreis DM 389 000,–
erforderl. Eigenkapital 10% = DM 38 900,–
Fremdkapital zu 5,25% Zins, Auszahlung 91,5%, 3 Jahre fest, Einkommensteuerersparnis bei Vermietung in 3 Jahren bis DM 162 997,–

Bitte informieren Sie sich vollständig, informieren Sie sich jetzt!

Apartbau Baden-Baden Apartbau-GmbH, Bauträger- und Betreuungsunternehmen, 7570 Baden-Baden, Maria-Viktoria-Straße 3, Telefon (0 72 21) 2 44 04

Beteiligung an sehr interessantem Geschäft gebeten. Erforderl. Mindestkapital DM 50 000,–, Rückfluß DM 160 000,– innerh. eines Jahres. Kein Arbeitsaufwand.
Zuschr. u. R 2754 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ingrid Vahle zahlt 15% Vermögensberatung p.a.
Zuschriften unter S 9241 an WELT-Verlag, Postfach 102864, 4300 Essen

Wochenendhaus am Harz

Wo.-Zi., 2 Schlafzi., Kü., Dusche/WC, Abst.-Raum, winterfest, möbliert, auf Erbbaugrdst., sofort beziehbar, DM 89 500,–
Telefon 0 51 36 / 8 27 01 oder 0 66 41 / 80 21

Viele Firmen werben damit, daß ihre Objekte bis zum 31. 12. 1984 fertiggestellt sind. Unsere Häuser können Sie bereits „anfassen"!
Viele Firmen werben mit extrem hohen „Verlustzuweisungen".
Bei unseren Angeboten stehen Lage + Substanz im Vordergrund. Der steuert. Vorteil ist ein zusätzliches „Bonbon"!
Viele Firmen bauen Ihnen eine sehr hohe Mietgarantie. Unsere Wohnungen sind bereits gut + zum ortsüblichen Mietzins vermietet, eine „Mietgarantiezahlung" müssen auch Sie nicht leisten!
Bei relativ hohen Einstandspreisen werben viele Anbieter mit einem „programmierten Wertzuwachs". Der Gesamtaufwand unserer Angebote ist am konventionellen Immobilienpreisniveau orientiert, verschenkt auch darunter. Einen Preisvergleich können Sie selbst anhand vergleichbarer Objekte vornehmen und somit auch einen evtl. Wertzuwachs einschätzen.
Viele Anbieter haben im Gesamtaufwand bereits alle anfallenden Kosten wie Grunderwerbsteuer, Notar- + Grundbuchkosten, verbrauchsabhängige Gebühren usw. berücksichtigt.
Wir auch – der Gesamtaufwand unserer Angebote berücksichtigt darüber hinaus auch noch die anfallenden Modernisierungs- + Renovierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Objektsubstanz.
Unsere Angebote befinden sich an realitätsorientiert, innerstädtischen Standorten (zukünftiges Verwaltungszentrum, Kurhaus, Theater, Rennbahn, Flughafen usw.).
Interesse geweckt? Dann rufen Sie uns an oder schicken Sie uns den Coupon.

Berlin, Alt-Tempelhof
direkt am Bosepark
Münster, Espho-/St.-Mauritz-Viertel, ca. 500 m von der Promenade entfernt
Paderborn-Südstadt, ca. 5 Gehminuten von Universität und Stadtmitte entfernt

Wenn sie in diesem Jahr noch gesicherte steuerliche Vorteile durch den Erwerb einer Immobilie in Anspruch nehmen möchten, sollten Sie unbedingt 5 Minuten Ihrer Zeit für ein persönliches Telefonat opfern – vielleicht die entgegnischten 5 Minuten dieses Jahres für Sie.

Tel. 0251/54243 oder 51361 (Büro Münster)
Tel. 05222/4524 oder 58657 (Büro Bad Salzuflen)
Tel. 089/8112955 oder 8113788 (Büro München)

HVAT
Hamburger Vermögensanlagen Treuhand GmbH
Regionalbüro, Ludgeristr. 56, 4400 Münster

Hypothekengelder

Ab 1,0 Mio. auf sfr-Basis, 5%–100% Ausz. mit und o. Aval. Ab 15 Mio. 8%–100% Ausz., 5 Jahre fest, mit Aval.
Zuschr. unt. Y 2717 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Seriöse kleine Werbeagentur

sucht stillen Teilhaber oder Kapitalgeber. Guter Kundenstamm und sichere Auftragslage vorhanden.
Zuschr. u. L 2706 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Essen-Bredeney

Repräs. freistehendes Einfamilienhaus m. gepfl. Garten, Terrasse u. überdachter Sitzecke, Grdst.-Größe 1052 m², Wfl. Hauptwohnung 220 m², Einliegerwohnung 50 m², gr. Garage m. Geräteraum, Hauptwohn. 4 Schlafzi., 3 Wohnzi., einger. Küche, Eichenfenster u. Edelholzverkleidung, sowie Einbauschränke, Rolladen u. Alarmanlage. Einzug kurzfr. nach Vereinb. KP 925 000,–, Vermittlungsgeb. 3,42 % einschl. MwSt. Anfragen an:
Treuhand Verwaltungs GmbH, Tel. 02 01 / 47 29 41 / 42.

Immobilienvermittlungs- und Verwaltungs GmbH, Marxstr. 89, D-4232 Xanten, Tel. (0 28 01) 40 71 – 73

Noch für 1983 weniger Steuern! Mit dem sicheren NATO-Bauherrenmodell Idar-Oberstein. Das Spitzenbauherrenmodell in Europas Edelsteinmetropole! Fordern Sie ausführliche Unterlagen an. Nur noch 2 kleine separate Bauherrengemeinschaften. Eigentumswohnungen in Hanglage – und den besonderen Vorteilen: Mehrwertsteuererstattung, Mietpartner: öffentlicher Gewährsträger.

SEDES

– SCHLESWIG –
3-Zi.-Komfortwohnung

m. Loggia zu verk., ca. 88 m² Wohnfl., Garagenstellpl., Segelhaf. – unverbaub. Blick üb. d. Schlei – DM 198.000,–.
MARWEDE-IMMOBILIEN, 2280 Westerland/Sylt, Postfach 1441, Tel.: 0 46 51 / 54 33 und 55 14

Spanien
COSTA BLANCA
Denia - Calpe - Torrevieja
BALEAREN - CANAREN
Grundst. Fincas, Appartements, Villen, Gew. - Groß-Renditeobjekte: „Vermietung"
P. u. H. FALTERMEIER
Auslandsimmobilien
8 Mü. 40, Pf 40 06 04, T 089/2713448
75 KA 41, Pf 41 03 14, T 0721/404250

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken! W 286

Raum Hamburg tipptopp

Puppenhaus mit Minigarten. Käufer müssen schnellstens starten. Rufen Sie doch gleich mal an, weil man dann viel sparen kann.
Telefon 0 40 / 7 60 70 57

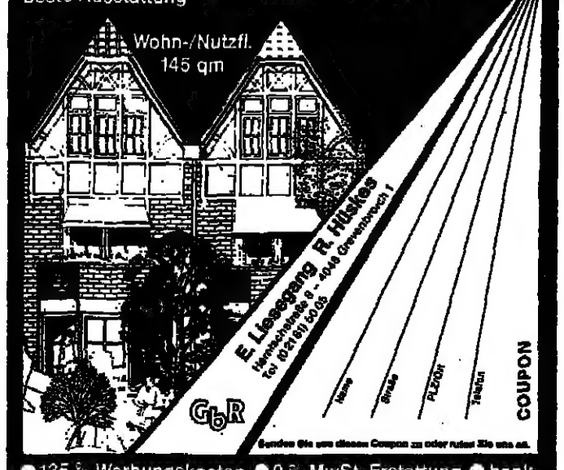
CH in
TOP-AUSSICHTSLAGE
3-Zimmer-Wohnungen
mit Ausländerbewilligungen am Brienzersee/Berner Oberland.
Tel. 0041 / 36 22 69 55 od. 23 18 66.

KONSTANZ/BODENSEE
BAUHERRENGEMEINSCHAFT
HAUS HALM

Das historische Haus Halm als neues attraktives Wohn- und Geschäftszentrum mitten in Konstanz-Altstadt, 130 m vom See ● Zweigeschossige Passagen mit 2000 m² Geschäftsraum hinter Arkaden (u. a. Restaurant, Café, Treffs) ● 2000 m² Wohnungen unterschiedlicher Größe, z. T. Balkone, Dachterrassen, Wintergärten ● Viele mit Seeblick ● Alle steuerlichen Vorteile des Bauherrenmodells, zusätzlich 10 Jahre jährlich 10% Sonderabschreibung nach § 82 i EStDV für denkmalgeschützte Bauten, hohe Rendite, Liquiditätsüberschuß in Bau- und Mietphase möglich, erfahrene Vertragspartner.

gps GESELLSCHAFT FÜR PROJEKTSTEUERUNG IM BAUWESEN MBH
GEBHARDPLATZ 30 7750 KONSTANZ
07531 · 63018

DÜSSELDORF-Grevenbroich
18 Komfort-Reihenhäuser
beste Ausstattung



● 135 % Werbungskosten ● 9 % MwSt.-Erstattung ● bankverbürgte Fertigstellungsgarantie ● Eigenkapital kann vorfinanziert werden.

Gesamtaufwand: **DM 320.000,–** incl. aller Nk. und Garage.

Starke Vertriebspartner gesucht!!

INVESTITION MIT ZUKUNFT
30 Ferienhäuser
Hunsrück-Naturparadies
Gesamtaufwand
DM 168.000,–
(incl. aller NK., Stellplatz und Möblierung)

Starke Vertriebspartner gesucht!!

Discothek und Barbetrieb im Sauerland

mit Nachtkonzession, Wohn- und Geschäftsgebäude dreistöckig, 16 Zimmer, aus Gesundheitsgründen sofort zu verkaufen. Finanzierung möglich. Beide Geschäfte sind neu eingerichtet.

VB DM 700 000,00.

Zuschriften unter M 2707 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EXISTENZ

Gold- und Silberwaren An- und Verkauf (Geschäft), Juwelierwaren – Modeschmuck – exkl. Geschäftsausstattung, Hamburg-Innenstadt, mit od. ohne Warenbestand, zu verkaufen.
Zuschr. erb. u. PW 47 363 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Gewerbehof Langenfeld
Neubau, 7 Mieter, ME 200 000,– DM, günst. verk.
Zuschr. u. X 2716 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Für Anzeigen von **Gewerblichen Maklern und Wohnungsvermittlern** gebräuchliche Abkürzungen

Hsm.	Hausmakler
Mkl.	Makler
RDM	Ring Deutscher Makler
VDM	Verband Deutscher Makler
VHH	Verein. Hambg. Hausmakler von 1897 e. V.

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Gastro-Objekt – Kapitalanlage Moderne Gewerbehallen-Objekte Düsseldorf/Köln, Mieteinnahme 680 000 + 680 000 DM p. a., zu verkaufen. Zuschriften unter L 2728 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

City Center
Bad Oeynhausen, Herforder Str. 78

in bester Zentrumslage ist zu vermieten:
1 Ladenlokal, 122 m²
auch teilbar
geeignet für Kinderladen, Videothek, Kunstgewerbe, Friseur, Ausstellungsraum u. a. m.
Sehr gute Parkmöglichkeiten – Keine Vermittlungsprovision!
Büro: Große Heide 31 · 4970 Bad Oeynhausen 2
Tel.: 05731/ 51105 (auch am Wochenende).

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl W 117

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Looking for banks, financial institutes
who can confirm letters of credit, opened by first-class foreign owned banks in Nigeria. Discounting/financing of letters of credit is also of great interest. Very attractive terms with substancial interest securities available.
Please contact: **Emkay Export-Import GmbH**
Reesendamm 3, 2000 Hamburg 1
Tel. 0 40 / 33 11 71 - 72
Tx. 02 173 262 mkm

1984 empfehle ich mich Ihnen als Berater für folgende Sachgebiete:
Masch.-Bau, Kunststoff-Technik, Werkzeug- und Formenbau, Organisation, Rationalisierung, Konstruktion, Verkaufsförderung und Personalfragen.
Unternehmensberatung Heinz Troebe
Tanneneck 5, 2358 Oersdorf, Tel. 0 41 91 / 29 67

Wir kaufen
fast jeden Warenposten aus dem Food-/Non-food-Bereich. Angebote:
Tel. 06 81 / 5 78 11, FS: 4 421 283.

Alteingesessene
Augenarztpraxis
in München, zentr. Lage (Fußgängerzone) wegen Krankheit zu verkaufen.
Angebote erbeten unter Y 2783 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Integrierte Finanz- und Unternehmensberatung, Firmengründungen und Domizilbetreuung.
EUCOM AG, Dreikönigstr. 35
8002 Zürich, Tel. 0041 12 02 43 24/25
Telex 0945 58 624

Ausstattung und Zubehör für Hausbars zum Vertrieb gesucht:
Automaten Hoffmann GmbH,
Im Teelbruch 88–90
4300 Essen-Kettwig

Versandhandel sucht Neuheiten auf den Gebieten: Freizeit, Erotik und Waffen. Royal-Versand, Postfach 18 11, 2390 Flensburg.

Werksvertretung
Selbständ. Handelsvertreter, zielstreb., m. langj. Erfahr. i. Verkauf, sucht Werksvertretung f. d. Ruhrgebiet, die dauerhaft gute Entwicklungsmöglichkeiten bietet. (Auch f. spanabh. Werkzeuge). Bin i. d. Groß- und Mittelindustrie seit Jahren bestens eingeführt.
Zuschr. u. C 2787 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wir bieten einem etablierten
Reisebüro
die Möglichkeit, eine Zweigstelle innerh. eines der größten Sonnenstudios (300 m²) im Rhein-Main-Gebiet zu eröffnen. Kundenstamm vorh. Ca. 70 m², Miete DM 700,– + NK. Ohne Kaut.
Zuschriften erbeten unter Z 2784 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

GmbH-Mantel
Verlust 20 TDM, zu verkaufen. Ang. u. PB 47 366 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Internationale Gemeinnützige Organisation hat die Position eines
Vizepräsidenten
zu vergeben. Kein Arbeitsaufwand. Honorige Personen werden um Kontaktaufnahme gebeten unter P 2753 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GmbH-Mantel
mit Verlustvortrag zu verkaufen. Zuschriften u. N 2752 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir suchen für einen Kunden
Firmenmantel mit hohem Verlustvortrag,
möglichst Bauunternehmung oder Generalunternehmer. Anrufe werden streng vertraulich behandelt.
Immobilien Arnold
Tel. Dortmund 02 31 / 59 64 03

Kachelofenhersteller
sucht Vertragshändler und Großhändler von Fertigkachelöfen, sowie Handelsvertreter. Zuschr. erb. u. D 2788 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Lizenzen zu vergeben
f. bereits eingeführte ges. gesch. Schornsteinkopf-Verkleidung (Alu-Schnellbausystem).
Zuschriften erbeten unter T 2756 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

SCHWEIZ: MARKETINGMANN MIT KAPITAL
Ein Schweizer Unternehmen mit zwei patentierten Produkten, die ein bedeutendes Potential darstellen und jetzt weltweit fixanziert werden, sucht einen erfahrenen Marketing-Mann. Er soll für die Abwicklung seiner internationalen Geschäfte verantwortlich zeichnen.
Bei den Produkten handelt es sich um neue Systeme für den Fertigteilbau sowie um ein revolutionäres Zusammenbaumöbelsystem (Abbaumöbel). Wir bieten dem erfolgreichen Bewerber eine attraktive Position als gleichgestellter Geschäftspartner. Ausführliches Material vorhanden. Weitere Einzelheiten durch:
Inventor, c/o Globe Plan SA
Av. Mon-Repos 24, CH–1005 Lausanne (Schweiz)
Tel. 00 41 21 / 22 35 12
Telex: 25 185 melfs ch

Devisen / Aktien / Warentermingeschäfte! Nutzen Sie unsere 25 Jahre Erfahrung. Unsere Ratschläge machen sich bezahlt. Bitte schreiben Sie uns od. telefonieren/telexen Sie uns. Horst Günther & Co. – gegr. 1958 –, Schneisenstr. 11, 2000 Hamburg 73, Tel. 0 40 / 6 78 78 30 od. 6 78 96 94, Telex 2 161 490.

Exportkaufmann
unabhängig und erfahren in Ost u. West übernimmt für Sie weltweit Karriereaufgaben u. Spezialaufträge. Ang. u. A 2785 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Selbständiger Kaufmann mit Ladengeschäft in bester Lage Hamburgs, Büro, Fuhrpark und entsprechender Mitarbeiterstab vorhanden, sucht
Generalvertretung f. interessanten Artikel
in- od. ausländischer Firma.
Angebote erbeten unter PF 47350 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Lizenzen für Neuheit
zu vergeben
Alu-Dachgerüst-Schnellbausystem. Vornehml. f. Hersteller von Alu-Formstücken.
Zuschriften erb. unter U 2757 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

SUCHE Importeur für Champagner
Firma MARGUET-BONNERAVE
BP 1, Ambonnay, 51150
TOURS SUR MARNE – F –

Kurieraufgaben
auch weltweit, übernimmt für Sie diskret u. zuverlässig. Ang. unt. A 2807 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Postfachmitbenützeradresse in Zürich
für Versandfirmen und Privatpersonen. Ihre Post wird durch uns zuverlässig an Sie weitergeleitet.
IVM, Abt. Tras, Postfach, CH–8042 Zürich

Wer möchte
handwerklich gefertigte
Kachelöfen
der mittleren bis oberen Preisklasse
verkaufen?
Erforderlich sind ein entsprechender Ausstellungsraum und etwas handwerkliches Geschick. Kontaktaufnahme erbeten unter B 2786 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

FV AKTUELL
Fachvermittlung für hochqualifizierte Fach- und Führungskräfte
Bundesanstalt für Arbeit

Versandleiter/Speditionskaufmann
53, versiert auf allen Gebieten der Versandleiterebene: Export, Import, Inland, See- und Luftverkehr; Handling von Stückgut bis zu kompletten Großanlagen; Verbindungen zu allen Verkehrsträgern. Führungspersönlichkeit. Durchsetzungsfähig, engagiert, belastbar; sucht neuen Wirkungskreis.
Auskünfte erteilt: Frau Kocura
Fachvermittlungsdienst Bochum, Hofsteder Straße 128
4630 Bochum 1, ☎ 0234/623-460, -457, FS 825309

Dipl.-Ing. (FH) Maschinenbau
37, mit mehrjähr. Erfahrung als Projekt- und Koordinierungsing. im Anlagenbau, 5-jährige Praxis als Projektleiter; sucht neuen Wirkungskreis im Raum Schleswig-Holstein.
Auskünfte erteilt: Herr Fenger
Fachvermittlungsdienst Kiel, Muhliusstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-343, FS 292673

Ing. (grad.) Maschinenbau
42, verh., Staatl. Ing.-Schule Kiel, 17 J. Ind. Tätigkeit in namh. Untern. der E.-Technik (15 J. Leit. Pos.), Berufserf. in Arbeits-, Zeitwirtsch., REFA, Fertigungsplanung, -Steuerung und Organisation, Mat. Dispo. Prakt. Erf. in EDV; sucht neue verantwortungsvolle Führungspos., bevorz. Fertigungsplanung und Steuerung, AV, Raum Schleswig-Holstein.
Auskünfte erteilt: Herr Fenger
Fachvermittlungsdienst Kiel, Muhliusstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-343, FS 292673

Diplom-Ingenieur FH
Schiffsbetriebstechnik OI, Sicherheits-Ing.
40 J., led., ortsungeb., sucht verantwortungsv. Führungsaufgabe als Betriebsing. im Kraftwerksbereich od. in Instandhaltung maschinentechn. Anlagen. Ausbildung: Maschinenschlosser, Fachschulreife, Ing.-Stud., FH, Kenntnisse: langj. Erf. in Instandhaltung u. Wartung von Großdieselanlagen, Pumpen, Dampferzeugern, Kühlanlagen, Kompressoren etc.
Angebote erbeten unter PD 47 329 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Für Sie aktiv in den USA
Unabhängiger deutscher (33 J.), seit 5 Jahren in den Staaten (Green Card), sucht interessante Betätigung. Ausbildung u. Erfahrung: Abitur, Großhandelskaufmann, Verkaufsleiter, US-Studium, Business, Administration u. Marketing. Persönl. Neigungsschwerpunkt überdurchschnittl. Erfahrung im Bereich Segelsport u. Automobilbranche.
Kontakt erb. über Tel. 02 11 / 8 98 21 28 (tagsüber).

Verwaltungswirt (grad.)
30 J., FH für öffentl. Verwaltung NW, Fachbereich Kommunalverwaltung, Laufbahnprüfung für den geh. nichttechn. Dienst im Lande NW, sucht ab sofort Tätigkeit in öffentl. Verwaltung, Wirtschaft, Organisation oder Verband.
Angeb. u. U 2428 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Stundhafter Außendienstler
Mitte 30, seit 8 Jahren als technischer Verkaufsberater für den Hochbau tätig, übernimmt neue interessante Tätigkeit; beste Kontakte zu Planern, verarb. Gewerbe und Handel vorhanden.
Angeb. u. R 2776 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Elektro-Wirtschaftsing.
FH, 28 J., ungek. Stellung i. d. Automobil-Zulieferindustrie, Kenntnisse Schallisolation, Erfahrung i. d. Konstruktion u. im Außendienst, sucht neuen Wirkungskreis möglichst Ostwestfalen.
Zuschr. u. V 2569 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

DIPLOM-PSYCHOLOGIN
sucht Anfangsstellung im wissenschaftlichen Bereich, Verlags- oder Bibliothekswesen, Raum Hamburg.
Zuschriften erbeten unter K 2793 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Maschinen-Ing. (grad.)
46 J., Engl./Franz., m. langjähr. Erfahrung auf dem Maschinen- u. Baugerätesektor, verhandlungssicher a. allen Ebenen, familiär in Import- u. Exportgeschäften, wünscht Tätigkeit in Ostafrika oder Kanada.
Angeb. unt. M 2773 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Handelschef
bei branchenführendem Rohstoffverarbeiter. Umsatzverantwortung DM 500 000 000,– p.a. 1. H. 40, seit Jahren auf Managementebene erfolgreich im intern. Rohstoffhandel. Evtl. offen für Wechsel auf Vorstandsebene.
Ang. erb. u. T 2778 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Finanz- und Rechnungswesen
35 J., lod., Betriebswirt (grad.), Bilanzbuchhalter (IHK). Tätigkeiten in Schiffahrts- und Intern. Handelsunternehmen, davon 3 J. engl.-sprachl. Ausland.
Schwerpunkte: Buchhaltung, Jahresberichtswesen, Controlling, Kostenrechnung
gewissenhaft, flexibel und belastbar, sucht neue verantwortungsvolle Dauerstellung.
Angeb. erb. u. B 2655 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Export-Kaufmann
33, langj. Auslandserf., sucht verantwortungsv. Tätigkeit im In- u. Ausland.
Angebote erb. u. PK 47 330 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Dipl.-Physiker
32, Examen 9/82 (gut), sucht Anfangsstelle. Studienschwerpunkte: exp. Oberflächen- u. Vakuumphysik. Zus. Erfahrungen: 3jährige Mitarbeit in Anwendungslabor, Meteorologiestudium.
Ang. u. P 2775 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Markenartikelreisender
(Pharma), Drogist, 39 Jahre, sucht im Raum Ruhrgebiet, rechter Niederrhein und Sauerland zum 1. 7. 1984 neuen Wirkungskreis.
Angeb. erb. u. N 2774 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Studienrätin
in berufsbildendem Schulwesen sucht Planstellentausch von NRW nach Schleswig-Holstein zum 1. 2. 1984.
Telefon 0 23 62 / 2 65 48
wochentags ab 14.00 Uhr

Übernehme Ihren
Service, PLZ 40–45
Regal- u. Ständerpflege, Warenauslieferung.
Zuschr. an Postf. 21 07 22, 4100 Duisburg 1.

Jg. Mann, 22 J., Fachhochschulreife, kfm. Ausbild., mit Prüf. d. Handelsk., sucht
Lehrstelle
Messe – Kongreß, Hotel, Reisebüro u. ä., evtl. Verlag.
Ang. unt. V 2780 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

STELLENGESUCHE

DIPLOM-VOLKSWIRTIN
31 Jahre, 4 Jahre Berufspraxis, diverse Veröffentlichungen
suche; Position z. Anfang 1984, vorzugsw. Raum HH, Erfahrungen in Redaktion, Verbandswesen, Erwachsenenbildung, Wirtschaftsübersetzungen; sehr gute englische Sprachkenntn., ausbaufähige franz. Sprach- u. EDV-Kenntnisse; Spezialkenntn. Länderbereich Süd- u. Ostasien; Referenzen verfügbar.
Angeb. u. S 2777 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Vertriebsfachmann Industriekaufmann · Betriebswirt
(43 J.). Langjähr. Erfahrung i. weltweitem Maschinen- u. Anlagengeschäft (Aquisition, Aufbau händlernetz, Auftragsabwicklung, Versand, perf. engl. Sprachkenntn., in leitender ungek. Stellung, sucht neuen Wirkungskreis. Raum mittl. südl. NRW od. nördl. Rheinland-Pfalz, m. verantwortl., selbständ. Charakter.
Zuschr. erb. unt. V 2758 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Fremdsprachenkorrespondentin
(Engl., Franz., Span.), Abschl. 3/9. 83, 20 J., led. u. ungebund., sucht Anfangsstelle.
Angeb. unt. E 2783 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Für Sie unterwegs
nach Singapur
Fast 10 J. führ. mich Geschäfte i. d. Fernen Osten. – Das Ergebn.: weitreichende Kontakte, erhebl. Kenntn. v. Land u. Leuten. – Auf mein nächst. Reise – Termin: Mitte Dez. – könnte ich auch Ihre Interessen vertreten.
Zuschr. u. PS 47341 an WELT-Verl., Postf., 2000 Hamburg 36.

Heizungs- und Lüftungsmeister
Außendienst-Erfahrung, Sanitär/Heizg., Bau- u. Maschinenschlosser, sucht Dauerstellung, evtl. Gebiets-Verkaufsleiter o. ä., PLZ 52.
Zuschr. erb. unt. S 2755 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Import – Einkauf Versand – Spedition
Sped.-Kfm. (Seehaf.), 35 J., m. nachweisbar. Verkaufserfolgen (z. Z. Verkaufsleit.) u. langjähr. Erfahrungen im Innendienst - Import - Abwickl. - Organisation - Personalführ. - Akquisition würde sein Wissen gern f. Ihr Untern. einsetzen. Biete inter. Perspektiven zur Kostensenkung i. Handel. u. Industrie.
Ang. aus d. R. Hamb. bevorzugt, aber nicht Bed., unt. PU 47343 an WELT-Verl., Postf., 2000 Hamburg 36.

Französin, 23, Dipl. Lizenz Deutsch, Sprachen: Franz., Engl., sucht Stelle im Lehrwesen o. Privat. Zuschriften: Sylvie Hutt, 7 AV. DE LA 2e D. B., 67300 Schlittigheim. F–Tel.: 00 33.88 / 62 47 50.

INDUSTRIE-, BAUKAUFMANN
39 J., alle kaufmännischen Arbeiten, Englisch, sucht für Januar 1984 Auslandseinsatz, möglichst Fernost/Südostasien od. Afrika. Zuschriften unt. L 2794 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing.
(FH, Elektronik)
44, 6 Jahre Prozeßrechnereinsatz, 2 Jahre Elektronik-Entwicklung, seit 2/81 Org.-Programmierer (COBOL, Siemens-BS 2000), CDI-Abschluß, System-Analyse, Mikroprozessor-Lehrgangs-Abschluß, möchte sich ab 1. 4. 84 verändern.
Zuschriften erbeten unter H 2792 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DIPLOM-INGENIEUR (Uni)
Lebensmittel- u. Gärungstechnologe, 34 J., verh., Erfahr.: Betriebs- u. Qualitätskontr. i. Brauereien, mikrob. Kontr. i. Lebensmittelbr., Filtrationstechnik, Biogastechnologie. Sprachen: Engl. Franz. su. Einstieg i. verantwortungsv. Aufgabe, mögl. Raum Hamburg.
Angebote unter PT 47342 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Personalreferent
eines deutschen Großunternehmens (Anfang 30), mit mehrjähriger Praxis, sucht im Raum Hamburg qualifizierte Teilzeittätigkeit im Personal- und Sozialwesen.
Angebote erbeten unter PG 47 332 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

GESCHÄFTSFÜHRER
Masch.- und IE-Ing. VDI, 43 J., 16 J. in leitenden Pos. renommierter Klein-, Groß- und mittelständischen Betrieben der Kunststoff-, Kautschuk-, Metall- sowie Feinwerktechnik-Industrie. Englisch verhandlungssicher, z. T. im Ausl. erworben. Erfahrung als leitender Angest. in IE-Stab, Fertigung, techn. Marketing u. F. u. E., z. Zt. techn. Geschäftsführer in einem mittelst. Unternehmen
sucht langfristige sowie fordernde Aufgabe m. unternehmerischer Prägung z. 1. 4. oder 1. 7. 84, evtl. spätere Beteiligung mögl., Großraum HH bevorzugt.
Angebote unter A 2654 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter Logistik
50 J., in ungekündigter Position, Praktiker, langj. Erfahrung, nachweisbare Erfolge, sucht neue, nur verantwortungsv. Position in Industrieunternehmen, die die Aufgabe zu vergeben haben, die im Warenfluß liegenden Ratio-Potentiale auszuschöpfen.
Angebote u. L 2772 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Management-Vertrieb
Erfahrener, dynamischer Kaufmann, 39 J., seit Jahren im internat. Vertriebsmanagement, Ausdauer, Durchsetzungsvermögen, Organisationstalent, Verhandlungsgeschick, Englisch verhandlungssicher, sucht neuen Wirkungskreis, bevorz. Dienstleistung, Verkehrs- u. Transportwesen, Leasing o. ä., Dienstsitz größtmöglich Rhein/Main, aber nicht Bedingung.
Angeb. erb. unt. PA 47 385 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Landwirt
mit südamerikanischen Kenntnissen sucht administrative Vertrauensaufgaben, Uruguay, evtl. Nachbarländer.
Ang. erb. u. W 2781 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Medizintechnik Dipl.-Ing.
36 J., verh., langj. Praxis in Produktmanagement, Vertrieb, Verkauf a. Wirkungskreis als Niederlassungsleiter (VL, GL) Bayern-Nord bzw. Bayern od. BRD.
Ang. unt. U 2779 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Buchhaltungsleiter – Vermögensverwaltung
34 J., Betriebswirt, kaufm. Lehre, Organisations- und Steuerkenntnisse, praktische Erfahrungen im Rechnungswesen der Industrie und des Handels, mehrjährige Tätigkeit in der Vermögensverwaltung einschl. Berichtswesen und Bestandsverwaltung, mit umfangreichen Erfahrungen beim Auf- und Ausbau von integrierten EDV-Abrechnungen für Bilanz-, Finanzbuchhaltung und Kapitalanlagen mit dem derzeitigen Arbeitsschwerpunkt Liegenschaftsabrechnung, sucht verantwortungsvolles neues Tätigkeitsgebiet in Bilanzbuchhaltung oder Vermögensverwaltung im norddeutschen Raum.
Zuschriften erbeten u. K 2771 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Welcher Betrieb sucht einen
Verkaufs- oder Niederlassungsleiter
für Norddeutschland?
Ich bin 33 J., verh., 1 Kind, ungekündigt. Berufserfahrung: Verkaufsing. i. d. Bereichen Aufbereitungs- u. Abwassertechnik, Meß- u. Regeltechnik, Wasseraufbereitung, Temperaturmeßtechnik, elektronische Steuerungen, Wärmetechnik. Niederlassungsleiter eines Konstruktions- u. Ing.-Büros. Besondere Erfahrungen i. Auf- u. Ausbau neuer Verkaufsorganisationen.
Zuschriften unt. T 2668 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

STELLENANGEBOTE

TROX

In unserem Werk Goch ist die Position des

WERKLEITERS

zu besetzen. Der jetzige Stelleninhaber wird in absehbarer Zeit aus Altersgründen ausscheiden und möchte seinen Nachfolger persönlich einarbeiten.

In diesem Werk werden Luftfilter der verschiedensten Ausführungen für die Lüftungs- und Klimabranche hergestellt. Das Werk befindet sich im Aufbau, z. Z. umfaßt die Produktionsfläche 9000 m². Es werden heute 60 Personen beschäftigt. Weitere Ausbaustufen sind vorgesehen. Der Absatz der Produkte ist expansiv.

Wir suchen für diese Position einen Ingenieur der Fachrichtung Fertigungstechnik oder Maschinenbau. Einige Jahre Berufserfahrung in ähnlicher Tätigkeit, evtl. als zweiter Mann in der Fertigungsleitung, wären durchaus wünschenswert.

Einem eigenverantwortlich arbeitenden Ingenieur bieten wir eine echte Lebensstellung. Die Vertragsbedingungen liegen über dem Durchschnitt.

Bewerbungen mit vollständigen Unterlagen erbitten wir an unser Stammhaus. Unser Herr Neul erteilt gerne fernmündlich Auskunft unter der Ruf-Nr. 0 28 45 / 202–230.

GEBRÜDER TROX GMBH
Heinrich-Trox-Platz
4133 Neukirchen-Vluyn

Überregionale Filialbank Schwerpunkt Baufinanzierung

Das Unternehmen: eine überregionale Filialbank. Diese sucht für ihre Niederlassung Karlsruhe einen qualifizierten Bankfachmann.

Der jetzige Leiter der Niederlassung Karlsruhe geht in absehbarer Zeit in den Ruhestand. Wir suchen daher zum baldigen Eintritt – spätestens jedoch zum 1. Juli 1984 – den Nachfolger als

Leiter (Direktor) Niederlassung Karlsruhe

Die Aufgabe: Akquisition, Kundenpflege, Marktbeobachtung. Gesprächspartner im Bankgeschäft sind vor allem Geschäftsführer der gemeinnützigen und freien Wohnungsbaugesellschaften sowie der Bausparkassen. Betreuung und Überwachung des gesamten kurz- und langfristigen Bankgeschäftes, Personalführung und Organisation im Bereich der Niederlassung.

Unser Wunsch: Ein universal ausgebildeter Bankkaufmann mit breiter Erfahrung im Kreditgeschäft. Hochschulabschluß wäre nützlich, aber nicht Bedingung. Besondere Kenntnisse der Baufinanzierung und des langfristigen Realkredits wären von Vorteil. Alter 40 bis 45 Jahre. Wichtig: Verhandlungsgewandtheit, Kontaktfähigkeit, Aufgeschlossenheit, Initiative und Durchführungsstärke. Einkommen und Nebenleistungen entsprechen der Bedeutung der ausgeschriebenen Position. Sollten Sie durch einen vorzeitigen Wechsel einen finanziellen Verlust haben, so können wir darüber reden.

Die Position erfordert starkes Engagement, das Geschäft ist ausbaufähig.

Sie entsprechen dem Anforderungsprofil? – Dann bitten wir um aussagefähige Unterlagen, die für ein erstes Gespräch mit Ihnen Veranlassung sein könnten und zeitraubende Rückfragen sparen (tabell. Werdegang, Zeugniskopien, neueres Foto, Ist-Einkommen, derzeitige Verantwortungsbreite, Kündigungsfrist, Telefon-Nr., unter der Sie erreichbar sind). – Sie sollten auch dann Kontakt aufnehmen, wenn Sie bisher noch nicht an einen Wechsel gedacht haben. Das Beraterbüro sichert Ihnen zu, absolute Diskretion zu wahren und eventuelle Sperrvermerke zu beachten. Sollten Sie eine Detailfrage haben: Herr Karl-Ernst Wolff steht Ihnen unter Telefon 06 11 / 63 40 83 (Mo.–Fr.) zur Verfügung. Ihre Zuschrift bitte unter dem Stichwort „Niederlassungsleiter/Karlsruhe" M 459 an

KARL-ERNST WOLFF (BDU) MANAGEMENTBERATUNG
MARKETING · PERSONAL · VERTRIEB GMBH
D-6000 Frankfurt/Main 70 · Postfach 70 12 40 · Telex 04-13676
International arbeiten wir mit Partnern in Paris, London, Zürich, Lausanne, Mailand, Rotterdam

Eine echte Herausforderung
Von Anfang an dabei sein können Sie, wenn für Sie überdurchschnittliche Einsatzbereitschaft, Verantwortungsbewußtsein und Selbständigkeit Selbstverständlichkeit sind.

Qualifizierten Gebietsagenten, Unternehmerpersönlichkeiten
im Verkauf von Investitionsgütern (Immobilien/Time Sharing) bietet *eine führende Schweizer Firma auf* dem Immobiliensektor außergewöhnlich lukrative Verdienstmöglichkeiten auf Provisionsbasis.

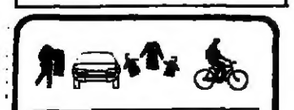
Bei der immer größer werdenden Nachfrage nach inflationsunabhängigen gesicherten Ferienmöglichkeiten (Time Sharing) handelt es sich zum größten Teil um bereits bestehende Objekte (Ferienwohnungen und *Aparthotels*) in der Schweiz und im Ausland.

Ihre ausführlichen Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte an: Architekturbüro Meinrad Camenzind, Dipl.-Ing. ETH, CH–6442 Gersau. Tel. 0041-41-841-444.

Junges, dynamisches Maschinenbauunternehmen in Wissen/Sieg sucht
Chef-Sekretärin
Voraussetzung:
mittlere Reife, schnelle Auffassungsgabe, selbständiges Arbeiten, mindestens 7jährige Berufserfahrung, kaufmännische Grundkenntnisse, Englisch in Wort und Schrift.

Wir bieten leistungsgerechte Bedingungen.
Schriftliche Bewerbung erbeten unter PE 47 368 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 08 579 104 aufgeben.



هكذا من الأصل

Viererbande als Quartett

JBB – Von einem „Malerquartett" sprach die Kölner Kunstlektorin Karin Thomas überschwenglich, als sie auf die vier herausragenden Figuren der Malerei in der „DDR", auf Bernhard Heisig, Willi Sitte, Wolfgang Mattheuer und Werner Tübke, zu sprechen kam. Und sie reagierte indigniert, als ein junger Maler statt dessen den Begriff „Viererbande" in die Debatte warf.

Der Maler war erst kürzlich aus der „DDR" ausgereist und wußte daher das Wirken der vier mächtigen Maler mit recht düsteren Details anzureichern. Das Bild des Kunstlebens in der „DDR", das da aufschien, stimmte so gar nicht mit dem Gemälde überein, das Karin Thomas eben noch abgeliefert hatte. Aber das war auch kein Wunder, denn sie stützte sich auf offizielles Material aus Ost-Berlin, Leipzig und Halle. So hielt sich ihr Vortrag strikt an die Chronologie und die Inhalte, die die „DDR"-Kunstgeschichtsschreibung in eigener Sache vorgibt.

Auch Axel Hecht, Chefredakteur der Kunstzeitschrift „Art", wußte aus dem Stegreif über das Glück des Künstlers im Sozialismus zu plaudern. Seine Zeitschrift hat schließlich die Ausstellung „Zeitvergleich" mitorganisiert, die die „DDR"-Malerei prächtig und kritiklos in der Bundesrepublik präsentiert. Es war die Suada eines frisch Bekehrten, denn Hecht als feuriger Adept der westlichen Moderne liebte es vor kurzem, über jegliche Malerei à la „DDR" zu spotten.

Hätte jetzt nicht wiederum ein Zuhörer, nämlich Sieghard Pohl, dem seine sozialismuskritische Malerei drüben vier Jahre Zuchthaus einbrachte, eingehakt und an Künstler wie Michael Blumhagen oder Frank Rub erinnert – die Teilnehmer dieser Veranstaltung hätten ein wunderschönes, nämlich ein resolut geschöntes, „DDR"-Kunstbild nach Hause getragen.

PS: Ort der Veranstaltung war die Bonner Karl-Arnold-Stiftung, eine Bildungseinrichtung der CDU. Alternativreferenten zu Thomas und Hecht gab es nicht.

Lessings „Nathan der Weise" in Düsseldorf

Kein Platz für Saladin

Ich will den Herrn damit auf das Theater verwiesen haben", sagt der Patriarch in Lessings „Nathan der Weise" – und er äußert ja auch sonst allerhand Unfug. Sultan Saladin lebt schließlich um 1190, und der Kirchenfürst kannte weder das Theater der Griechen noch das der Lessingzeit. Im Düsseldorfer Schauspielhaus bezieht man daraus die Legitimation, das Stück in Kostümen von heute zu spielen. Das hat seine Richtigkeit.

Allerdings nur das allein. Volker Hesse führt Regie, und der hat nicht nur am historischen Jerusalem keinerlei Interesse: Wann immer er ein Stück anfaßt – und das sind mit Vorliebe deutsche Klassiker –, bringt er es mit schöner Regelmäßigkeit zur Strecke.

Am „Nathan" etwa stört ihn der Vers, also ebnet er ihn ein und läßt ihn, wo er zum Pathetischen – und das heißt doch: Leidenschaftlichkeit – neigt, ganz privat und vor allem bis zur Unverständlichkeit leise sprechen. Hesse stört das Utopisch-Irreale der Ringparabel, also läßt er von seinen Bühnenbildnern Marietta Eggmann und Ernst Wiener ein Rednerpult auf die Szene stellen. Nathan gibt sein Gleichnis als „Nummer", als Vortrag, während der Sultan rund um das Parkett spazierengeht.

Auf der Bühne ist dafür auch kein Platz: Man spielt vor dem eisernen Vorhang, und der ist mit einem kostbaren Mosaik bemalt, jene Flammen darstellend, in denen in unserem Jahrhundert Juden umkamen.

Mehr noch: Der Text wird fast kubistisch ineinandergeschoben, man gibt zwei Szenen gleichzeitig, eine rechts, die andere links. Und die Schauplätze bedeuten immer etwas anderes. So hebt der Sultan in seinem Palast eine Blume auf, die Recha in Nathans Haus fallen ließ. Auch stöbert Saladin zu Beginn der Ringerzählung ungeniert in eben jenem Managerköfferchen herum, das Nathan bei der Rückkehr von der Reise vor seiner Haustür stehengelassen hat.

Auf derlei Kleinkram kommt es dem Regisseur nicht an. Wichtiger ist, daß Nathan unter Jerusalems Palmen im schwarzen Wintermantel nebst Hut herumläuft. Wozu auch? Zwar gibt Bigi Fischer die Sittah als Dame, wenn auch nicht als die Kluge, die im Schachspiel siegt und die Falle für Nathan ersinnt. Wohl aber schlägt sie immerfort ihre atemberaubend langen Beine übereinander und thront da wie eine Sexgöttin aus Hollywood. Der Sultan aber, in sportlichem Khaki-Dress, ist ein Rüpel – wie der Tempelherr, der mit dickem Militärmantel, ledernen Hosen und amerikanischen Armeestiefeln durch die brütende Hitze rennt.

Auch sonst gleichen sie sich. Beide kriegen die Hände nicht aus den Taschen, beide prügeln den Juden bei jedem sich bietenden Anlaß, und beider Darsteller sind keine guten Schauspieler, weder Jan Eberwein (Sultan) noch Daniel Friedrich. Dessen Tempelherr pumpt sich, ehe er spricht, immer auf wie ein Maikäfer vorm Start und spricht dann nicht gerade verständlich.

Bleibt neben manch anderem Ungenügen Hans-Günther Müller, der als scheinbar einfältiger Klosterbruder die Inszenierung unterläuft und vorführt, wie man Lessing sprechen und wie man ihn spielen muß. Und bleibt, überragend und zu Recht bejubelt, Alois Strempel in der Rolle des immerfort geschundenen Menschen Nathan. Das Verhaltene, das die Regie forderte, nutzt er zum Gewinnen von Intensität. Alle Qual, die man ihm bereitet, verwandelt er in staunende Blicke des Unglaubens, daß derlei möglich sei. Nur einmal schreit er auf: Bevor er dem Tempelherrn vom Progrom erzählt, bei dem er seine sieben Söhne verlor.

Das Premierenpublikum feierte denn die Darsteller, freilich recht undifferenziert. Immerhin gab es schüchterne Buhrufe. Die sie hätten verstärken können, waren zur Pause gegangen.

KATHRIN BERMANN

Ungarns Intellektuelle: Aufstand der JAK-Gruppe

Ein Chefredakteur wird zum Symbol

Die ungarische Kulturpolitik ist, gemessen an den anderen Staaten des „realen Sozialismus", relativ freizügig. In Ungarn wird manches gedruckt und auf der Bühne gespielt, was anderswo im Ostblock als Ketzerei gilt. Dennoch hat die Toleranz auch in Budapest ihre ideologisch bestimmten Grenzen. Das beweist soeben wieder einmal der Fall der Zeitschrift „Mozgo Vilag" und ihres bisherigen Chefredakteurs Ferenc Kulin.

Der stellvertretende Kulturminister der Volksrepublik, Dezsö Toth, hielt es für angebracht, öffentlich polternde Kritik an der redaktionellen Linie dieser populären Zeitschrift zu üben. „Mozro Vilag" sei „pessimistisch" und lege eine „verfälschende Haltung" an den Tag. Daraufhin wurde der „schuldige" Chefredakteur nebst seinem Stellvertreter entlassen.

Bald stellte sich allerdings heraus, daß es gar nicht so einfach war, den unliebsamen Kulin durch eine „positivere" Persönlichkeit zu ersetzen. Mehrere Schriftsteller und Literaturkritiker, denen der Posten angeboten wurde, winkten heftig ab. Schließlich fiel die Wahl auf Julianna Szücs, Kulturjournalistin und Kritikerin der Parteizeitung „Nepszabadsag", als Chefredakteurin und auf Laszlo Hovanyecz, bisher Redaktionsmitglied der ideologischen Parteizeitschrift, als Stellvertreter.

Der bisherige Redaktions- und Mitarbeiterstab erklärte nun, daß er nicht bereit sei, mit der neuen Chefredaktion zusammenzuarbeiten. Daraufhin forderte das Kultusministerium die Redakteure ebenfalls auf, „ihre Tätigkeit mit dem Februar-Heft 1984 zu beenden". Im März kommenden Jahres müßte demnach „Mozgo Vilag" nicht nur mit neuer Chefredaktion, sondern auch mit neuen Redakteuren und Mitarbeitern erscheinen. Inzwischen haben aber mehrere Schriftsteller, vor allem der jüngeren Generation, öffentlich scharf gegen das Vorgehen der Kulturbehörden protestiert.

Im „Jozsef Attila-Kreis" (JAK) – einer Teilorganisation des ungarischen Schriftstellerverbandes – wurde mit großer Mehrheit eine Protestresolution verabschiedet, in der auch gleich gegen das Verbot einer von JAK geplanten Konferenz zum Thema „Gemeinsame Sorgen im Donautal" Beschwerde eingelegt wurde. Falls es nicht doch noch zur Genehmigung der Konferenz komme, werde man die für diese Veranstaltung geplanten Vorträge auf den regulären Sitzungen des „Jozsef Attila-Kreises" halten lassen. Ebenso werde man die Schriftenreihe des Kreises privat und staatsunabhängig drucken lassen, falls die „Verzögerung" der Herausgabe dieser Schriften durch offizielle Stellen nicht endlich beendet werde.

Was „Mozgo Vilag" betrifft, so fordert JAK die Behörden auf, die Gründe für ihre Maßnahmen gegen den bisherigen Chefredakteur „vor der gesamten ungarischen kulturellen Öffentlichkeit darzulegen". „Mozro Vilag" war bisher das Lieblingsorgan der JAK-Gruppe. Sie betreibt nun die Gründung einer neuen Zeitschrift, die „unabhängig und verantwortlich genug sein soll", um den JAK-Schriftstellern eine neue Plattform zu gewähren.

Die administrativen Maßnahmen der ungarischen Behörden, erklärt JAK, seien nicht nur gegen die Person des Chefredakteurs Kulin, sondern „gegen eine Tendenz gerichtet, durch welche viele ernsthafte Widersprüche der gegenwärtigen ungarischen Gesellschaft ans Tageslicht gebracht worden sind". Nur eine offene Diskussion dieser sozialen Widersprüche könne aber zu ihrer allmählichen Überwindung führen. Ungarns Schriftsteller seien nicht bereit, das Recht auf öffentliche Diskussion aufzugeben. Schließlich schlägt die Resolution des „Jozsef Attila-Kreises" vor, der ungarische Schriftstellerverband solle ein Konzept ausarbeiten, durch welches den zentralen politischen Institutionen die „ausschließliche Verantwortung für die Werkstätten des kulturellen Lebens" von den Schultern genommen werde.

Die Resolution wirbelte in den intellektuellen Kreisen Budapests beträchtlichen Staub auf. Studenten der Universität schlossen sich – so jedenfalls berichten ungarische Dissidentenkreise – ausdrücklich der Resolution an. Sie forderten klipp und klar die Wiedereinsetzung Kulins als Chefredakteur. Beschlüsse über die Zeitschrift „Mozgo Vilag", die „objektiv Probleme der Kultur und Gesellschaft Ungarns behandelt habe", dürften in Zukunft nicht mehr über den Kopf der Redaktion hinweg gefaßt werden. Eine diesbezügliche Erklärung, die 60 bis 80 Namen trug, wurde vom Dekan der Fakultät, Ferenc Poloskei, vom Schwarzen Brett der Universität entfernt. Protestplakate gegen die „Knebelung" von „Mozgo Vilag" sollen aber auch an mehreren anderen Budapester Hochschulen aufgetaucht sein.

An der juristischen Fakultät kam es zu einer Diskussion zwischen dem stellvertretenden Kulturminister und etwa 500 Studenten. Nach der Ankunft des stellvertretenden Ministers verlas ein Student die Resolution und teilte mit, man habe inzwischen 687 Unterschriften gesammelt. Die Unterschriftenliste wurde dem stellvertretenden Minister mit der Bemerkung überreicht, der Dekan der Fakultät habe einige Tage zuvor zahlreiche weitere Unterschriften vom Schwarzen Brett gerissen. Dem stellvertretenden Minister wurden harte Fragen gestellt. Toth reagierte, wie es heißt, irritiert und zog sich auf die Formel zurück, „Mozgo Vilag" habe sich nicht an die grundlegenden Prinzipien des Marxismus gehalten.

Die kommunistische Führung hofft jetzt offenbar, die Schriftsteller des „Jozsef Attila-Kreises" und die aufmüpfigen Studenten von der Masse der Bevölkerung – und vor allem von den arrivierten Intellektuellen der älteren Generation – zu isolieren. Doch der Fall „Mozgo Vilag" zeigt, daß es auch in Ungarn gärt.

CARL GUSTAF STRÖHM

Das Schwergewicht lag bei den Porträts: „Mrs. Paul Smith Palmer und ihre Zwillinge" von Brastus Salisbury, 1855 gemalt. Aus der Washingtoner Ausstellung FOTO: KATALOG

Washington zeigt „Naive Malerei in Amerika"

Perfektion erwünscht

Naive Malerei in Amerika, das ist nicht nur Grandma Moses, die Tradition reicht sehr viel weiter zurück. Das zeigt die sehr hübsche Ausstellung „American Naive Paintings", die jetzt auf Dauer in Washingtons National Gallery eingerichtet wurde. Wie das meiste in Amerika geht auch diese Kollektion auf eine private Sammlung zurück. Edgar William und Bernice Chrysler Garbisch haben seit 1944 mehr als zweitausend Gemälde aus dem 18. und 19. Jahrhundert zusammengetragen, von denen sie mehr als dreihundert sowie hundert Zeichnungen, Aquarelle und Pastelle dem Museum schenkten.

Das Schwergewicht bilden die Porträts. Denn die „Naiven" waren keine Sonntagsmaler oder Dilettanten. Sie betrieben das Gewerbe der Malerei durchaus professionell, hatten freilich keine akademische Ausbildung. In ihren Werken kokettieren sie nicht – wie die „Naiven" heute oft – mit ihrem malerischen Unvermögen. Sie strebten vielmehr künstlerische Vollkommenheit an (Porträtähnlichkeit war ja sowieso die Voraussetzung dafür, daß sie Aufträge erhielten), auch wenn ihnen die Anatomie oft Schwierigkeiten bereitete und sie gelegentlich die Regeln der Komposition nicht beherrschten. Oft hielten sie sich eng an Vorbilder, an die Maler der Renaissance und des Barock, indem sie bei Bildnissen den Ausblick in eine beziehungsreiche Landschaft übernahmen oder die Bedeutung des Porträtierten durch vielsagende Attribute dick herausstrichen.

Ein anderes beliebtes Thema waren Ansichten von herrschaftlichen Häusern oder Farmen. Bei den Gemälden von Schiffen bleibt meist unklar, ob sie als „Kapitänsbilder" in Auftrag gegeben oder als „Seestücke" frei entworfen wurden. Die reine Landschaft ist das seltenste Motiv, wenngleich mit Bildern wie Thomas Chambers' „The Connecticut Valley" (Mitte des 19. Jh.) auf beachtlichem Niveau. Und bei den wenigen Stillleben drängt sich der Verdacht auf, daß sie nach Stichvorlagen entstanden, weil sich die Kompositionen auffällig ähneln.

Die amerikanischen „Naiven" ließen jedenfalls kein Thema aus. Sie malten Genreszenen wie W. H. Browns „Zirkusreiter" (1886) oder jene Dame, die sich für ein Bad entkleidet und dabei von einem Mann überrascht wird (anonym, 1. Hälfte des 18. Jh.). Auch Biblisches wurde ins Bild gebannt, z. B. „Christus auf dem Weg nach Emmaus" oder „Er verwandelte das Wasser in Blut" (E. S. Field, um 1865/80). Und selbst das Exotische „Tadsch Mahal" (Field, um 1040) findet man verewigt.

Zur Sammlung Garbisch gehören auch Werke des inzwischen weithin bekannten Edward Hicks (1780–1849), so eine seiner mehr als sechzig verschiedenen Fassungen des „Friedlichen Königreiches", in dem wilde und zahme Tiere nebeneinander leben, oder die Inkunabel der Friedenshoffnung „Penns Vertrag mit den Indianern". Auch das berühmte Gemälde des den Hut lüftenden George Washington auf weißem Pferd ist hier zu sehen. Oder jenes Bild, das die Surrealisten faszinierte. Es zeigt den riesigen Kopf einer Katze, die einen Vogel zwischen den Zähnen hat, gerahmt von zwei Bäumen, auf denen ebenfalls Vögel sitzen.

Der Sammlung kommt zugute – und damit unterscheidet sie sich wohltuend von vielem, was bei uns unter dem Stichwort „naive Malerei" gezeigt wird –, daß sie der Frage nach der Qualität nicht ausgewichen ist (Katalog: 3,25 Dollar).

PETER DITTMAR

JOURNAL

Berliner Kulturforum nimmt Gestalt an

dpa/AP, Berlin

Die Würfel für die endgültige Gestaltung des künftigen Berliner Kulturforums am Kemperplatz in Tiergarten zwischen Nationalgalerie, Philharmonie und Staatsbibliothek sind gefallen. Ein Gutachtergremium hat sich für den Entwurf des Wiener Architekten Hans Hollein entschieden, der eine Kirche, ein Bibelmuseum, ein Hotel und einen Kammermusiksaal um ein weitläufiges Forum gruppieren will. Die letztgültige Entscheidung darüber, welcher der sechs eingereichten Entwürfe sich durchsetzen wird, soll jedoch vom Senat erst Anfang des nächsten Jahres getroffen werden. Holleins Entwurf und die der anderen am Wettbewerb beteiligten Architekten sind nun im Foyer der Berliner Staatsbibliothek zu sehen. Der Entwurf Holleins wird nach Auffassung des von dem Berliner Architekturprofessor Dietmar Grötzbach geleiteten Gutachtergremiums „als einzige der eingereichten Arbeiten" den städteräumlichen und funktionalen Anforderungen, die an dieses Projekt gestellt werden, überzeugend gerecht.

Filmfestival von Manila abgesagt

DW. Manila

Das Internationale Filmfestival von Manila wird nächstes Jahr nicht stattfinden. Dies verkündete acht Wochen vor seinem offiziellen Beginn seine Gründerin, Imelda Marcos. Sie nannte ökonomische Schwierigkeiten als Hauptgründe für die Absage des Festivals. Ihr Mann, Präsident Marcos, hatte zuvor ein Sparprogramm ausgerufen, um das Sechs-Milliarden-Defizit im Staatshaushalt zu senken. Noch bis unmittelbar vor der Verlautbarung von Frau Marcos hat man im Filmzentrum von Manila kräftig an der Vorbereitung des Festivals gearbeitet. Um zwischen dem Festival '83 und '85 kein zu großes Vakuum entstehen zu lassen, will man jetzt statt dessen preisgekrönte Filme anderer großer Festivals, die auf den Philippinen bisher noch nicht zu sehen waren, zeigen.

Mainzer „Römerflotte" wird in Wachs gebettet

dpa, Mainz

Die Überreste von neun Schiffen aus der Römerzeit, die vor zwei Jahren bei Bauarbeiten in Mainz entdeckt wurden, müssen mehrere Jahre lang in einer wachshaltigen Flüssigkeit lagern, damit sie erhalten bleiben. Die Arbeiten dafür sollen Anfang des kommenden Jahres beginnen. Bis zum Sommer werden alle Schiffsteile aus einem Becken mit normalem Leitungswasser in Spezialbecken mit Flüssigwachszusatz umgelagert.

Tisa Schulenburg 80

Es ist ein bewegtes Leben, auf das Tisa Schulenburg heute zu ihrem 80. Geburtstag zurückblicken kann. Nach Jugendjahren in Mecklenburg, in Berlin und Potsdam studierte sie an der Berliner Kunstakademie und in Paris. 1934 emigrierte sie mit ihrem jüdischen Mann nach London, kehrte jedoch nach der Scheidung 1939 nach Deutschland zurück. Nach dem Krieg widmete sie sich der Sozialarbeit und schrieb für Zeitungen (u. a. auch für die WELT). 1949 konvertierte sie zum Katholizismus, und ein Jahr später trat sie in das Ursulinenkloster in Dorsten ein. Seit Anfang der sechziger Jahre arbeitet sie dort als Graphikerin und Bildhauerin. Leid und Verfolgung sind ihre Themen. Davon zeugen zur Zeit eine Ausstellung in Münster in der Galerie der Stadtsparkasse und der Band „Tisa Schulenburg" von Anneliese Schröder (Verlag A. Bongers, Recklinghausen, 102 S., 88 Abb., 48 Mark), der jetzt zu ihrem 80. Geburtstag erschien.

In memoriam R. Aldrich

AFP, Los Angeles

Der amerikanische Regisseur Robert Aldrich ist in Los Angeles im Alter von 65 Jahren gestorben. Aldrich wurde 1918 als Sohn einer reichen Industriellenfamilie in Evanston (Rhode Island) geboren. 1940 kehrte er dem florierenden Unternehmen seiner Familie den Rücken, um in Hollywood Filme zu machen. Nach Assistentenarbeit bei Jean Renoir, Charlie Chaplin, Joseph Losey und Orson Welles und nach einem Zwischenspiel beim Fernsehen führte er für Metro Goldwyn Mayer 1953 erstmals Regie in einem Film, „The Big Leaguer". Zwei Jahre später wurde er sein eigener Produzent und drehte zunächst „Kiss Me Deadly" und „The Big Knife".

Lucienne Boyer †

AFP, Paris

Die französische Sängerin Lucienne Boyer, die 1932 mit ihrem Chanson „Parlez-moi-d'Amour" Weltruhm erlangte, ist in Paris im Alter von 82 Jahren gestorben. Lucienne Boyer fand den Anschluß an das Bühnenleben zunächst als Statistin in einer Pariser Revue. Dann schickte sie ein amerikanischer Besitzer eines Pariser Nachtlokals zu Auftritten nach New York, wo sie bald stürmisch gefeiert wurde. 1947 siegte sie beim Sänger-Wettbewerb der „National Academy of Vocal Art".

Jean Seberg ist jetzt Heldin eines Musicals am Londoner Nationaltheater

Der große Bösewicht ist Mr. Hoover

Arme Jean Seberg. Ihr Leben ist trotz einiger Erfolge nicht sehr glücklich gewesen. Ihr Tod war schrecklich. Nun, vier Jahre nach diesem Ende durch eigene Hand, ist Miß Seberg die Heldin eines Musicals, darin angeklagt wird: das Showgeschäft ganz allgemein, die Grausamkeit des Daseins und Amerikas FBI, vertreten durch Edgar Hoover.

Miß Seberg war Filmschauspielerin. Ihre Leistung als Premingers „Heilige Johanna" befriedigte nicht jedermann. Als ein Star aber der neuen Welle im französischen Film war sie erfolgreich und war auch vorübergehend glücklich als die Frau von Romain Gary. Sie kehrte dann nach Amerika zurück, äußerte nachdrücklich ihre Sympathie für die militanten „schwarzen Panther", wurde vom FBI verfolgt und verleumdet, nahm sich das Leben. Man sagt, schon eine Woche nach ihrem Begräbnis habe sich der Song-Autor Christopher Adler hingesetzt, um den Umriß eines Seberg-Musicals zu skizzieren.

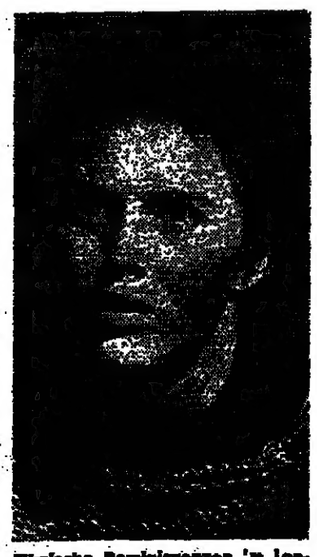
Nur die Songs stammen von Adler, die Szenenfolge schrieb Julian Barry (mit zwei Sebergs versehen, einer jüngeren, einer älteren), und die Musik ist von Marvin Hamlisch. Es wird da kräftig hineingegriffen ins volle Menschenleben. Da ist beispielsweise eine raffinierte Mischung der Filmaufnahmen für die „Heilige Johanna" mit symbolistischem Ausblick darauf, was der Johanna-Darstellerin eines Tages geschehen wird: Der Großinquisitor der Filmaufnahme ist der Mann, der auch den Hoover spielt. Da gibt es die bizarr entsetzliche Szene, in der Miß Seberg ihr totgeborenes Kind der Presse zeigt, auf daß jedermann sehe, es ist ein weißes Kind – denn Hoover hatte verbreiten lassen, sie würde ein schwarzes zur Welt bringen.

All dessen hat sich das britische Nationaltheater angenommen, und der Chef Peter Hall lieferte eine sehr solide, praktikable und gut geölte Inszenierung ab. Da quietscht nichts, es wird perfekt gespielt und gesungen, und die musikalischen Effekte, soweit vorhanden, kommen über die Reizschwelle des Publikums. Das traurige Leben von Miß S. ist schon eine Art von Stoff – allerdings, wie dergleichen immer, nur Stoff für Urheber von hohem Rang.

Auch die außerordentliche Regie-Geschicklichkeit des Sir Peter kann nicht verbergen, daß hier zweitklassige Songs, zweitklassige Musik und ein zweitklassiger Text als Wagen von erster Güte angeboten werden. Die Anklagen auf der Bühne klingen perfekt, aber doch ein klein wenig hohl. Ein Leben wird verwurstet von Autoren und Musikern, die sich mit dem Wurstmaterial befaßt haben, um einige starke Effekte zu erzeugen. Das Ergebnis ist dann weder ein Requiem noch eine Anklage der Gesellschaft, sondern ein Musical, das überall ein bißchen schwächer ist als gute Musicals.

Einiges bleibt im Gedächtnis, etwa die Leistung der „jungen Jean", Kelly Hunter. Nichts bleibt im Ohr, was jedoch bei einem musikalischen Erzeugnis etwas bedenklich ist. Dabei hat man nicht nur die Darsteller von Jean-Luc Godard und Otto Preminger singen hören, gesungen haben auch die Bewerberinnen um die Rolle der Heiligen Johanna: Hier weiß man wirklich nicht mehr, was oben ist und was unten, denn Preminger verfilmte bekanntlich ein Sprechstück. Darf man vielleicht sagen, daß ein Stoff, der stark genug wäre für ein gesprochenes Theaterstück, mit Sicherheit dann nicht gut genug verarbeitet ist, wenn er gleich als Musical zugeschnitten wird? Das Exempel dafür liegt nun vor.

CHRISTIAN FERBER



Filmische Reminiszenzen in Londoner Musical: Jean Seberg als „Heilige Johanna" FOTO: UP

Oshimas Film „Furyo – Merry Christmas, Mr. Lawrence" mit David Bowie

Die präzise Freude an der Gewalt

Java 1942. In einem Dschungelcamp leben britische Kriegsgefangene und ihre japanischen Bewacher. Im täglichen Umgang miteinander sieht man plötzlich den Gegner genauer. Hier zählen nicht mehr die Waffen, hier geht es um Gründe und Rechtfertigungen, die freilich immer wieder an der Uneinsichtigkeit des anderen zerschellen.

Vier Männer sind es, die in Nagisa Oshimas Film „Furyo-Merry Christmas, Mr. Lawrence" dieses Gefecht von Mensch zu Mensch führen, zwei auf jeder Seite. Der junge japanische Hauptmann Yonoi etwa, Kommandant des Lagers und ein Abkömmling alter Samurais, der im Grunde an der ihm übertragenen Aufgabe leidet: unbeugsam, voll schmerzhafter Prinzipientreue. Ein Mann, der sein Leben der Ehre geweiht hat und der denkmalhaften Vorbildlichkeit. Oder Yonois Untergebener, der Unteroffizier Hara: einer aus dem Volk, den plötzlich eine grausame Lust an der Gewalttätigkeit überfallen kann, der dann aber auch überraschend Sanftmut und unerwartete Gutmütigkeit zeigen kann. Kein Souverän seiner Gefühle, sondern ihrer Gewalt ausgeliefert.

Ihnen gegenüber steht der englische Eliteoffizier Jack Celliers, groß, kühl, blond, der sich dem Hauptmann Yonoi entschlossen entgegenstellt: Ein Schuldkomplex aus Kindertagen treibt ihn vorwärts, dem Risiko zu. In der Tapferkeit sucht er Erlösung. Und dann gibt es noch den Oberstleutnant Lawrence, früher im diplomatischen Dienst und des Japanischen mächtig, vielleicht die versteckte Hauptfigur des Films: Er ist Mittler zwischen den Fronten, seinen Kameraden auf dem Leidensweg der täglichen Erniedrigungen ein Halt. Er träumt davon, über alle Feindschaft hinweg eine Brücke des Verständnisses zu schlagen.

„Ehe man sich gefangennehmen läßt, gibt man sich lieber selbst den Tod", sagt einer der japanischen Wächter zu seinem englischen Gefangenen. Was dem einen Grund für tiefe Scham, ist für den anderen nur eine augenblickliche Niederlage in einer langen Reihe noch kommender Kämpfe. Oshima stellt diesen Zusammenprall grundverschiedener Kulturen, der britischen Zivilisation mit der japanischen Tradition, der Bedingungslosigkeit des Orients mit dem Kalkül, aber auch dem Humanismus des Okzidents, in den Mittelpunkt seines Films. Eine unüberwindliche Schranke, die kein Hinüber und Herüber zuließe – wäre da nicht die geheime homophile Neigung des Kommandanten zu dem furchtlosen Major Celliers, die ihn freilich nach und nach auch seiner Glaubwürdigkeit als militärischer Führer beraubt. Dem Kommandanten bleibt, nachdem er den Engländer lebendig begraben hat, nur der Freitod.

Ein Film, der – sieht man von einigen Rückblenden ab, die den Rhythmus empfindlich stören – seine Bilder bis ins Detail präzise setzt. Der vor allem im Spiel seiner Darsteller sehr stimmig ist: Der Rockstar David Bowie und der japanische Sänger Ryuichi Sakamoto spielen den englischen Eliteoffizier und den japanischen Kommandanten mit glänzender Sicherheit. Der japanische Komiker Takeshi als Unteroffizier Hara und der Engländer Tom Conti als Oberstleutnant Lawrence stehen ihnen nicht nach.

Zum Schluß verkehren sich die Seiten: Übriggeblieben sind nur die Männer aus dem zweiten Glied. Nach dem Sieg der Engländer sitzt der japanische Unteroffizier Hara in britischer Kriegsgefangenschaft, Lawrence besucht ihn. Die Einsicht, daß die wahren Schuldigen woanders sitzen und daß es jenseits der vom Krieg vertieften Gegensätze immer auch Gemeinsamkeiten gibt, kommt für den einen der beiden zu spät.

Hinter dem Film steht ein optimistischer Humanismus, wie ihn David Lean 1957 mit „Die Brücke am Kwai", mehr noch Jean Renoir schon 1937 mit „Die große Illusion" auf die Leinwand gebracht haben. Mit seinem Film „Furyo" beschwört Nagisa Oshima diesen Optimismus neu.

WOLF D. GROSSE

Kühl, blond und kein bißchen feige: David Bowie als Eliteoffizier Celliers in Oshimas Film FOTO: SCOTIA

Versicherer wollen junge Fahrer zur Kasse bitten

der. Frankfurt

Die Schadenslawine, die neuerdings von jungen Autofahrern unter 25 Jahren ausgeht, wird die Haftpflichtversicherungen in Kürze veranlassen, diese Verkehrsteilnehmer stärker zur Kasse zu bitten.

Im HUK-Verband, Dachorganisation der Versicherungsunternehmen, gibt es dazu zwei Vorschläge. Die Mehrheit neigt offenbar dazu, allen Autobesitzern unter 25 Jahren künftig eine höhere Haftpflichtprämie abzuverlangen. Hermann Strathus, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Allgemeinen Versicherungs AG, machte jetzt in Frankfurt einen Gegenvorschlag: Bei allen Unfällen, die von Fahrern unter 25 verursacht werden, soll automatisch eine Selbstbeteiligung bis etwa 500 oder 600 Mark gefordert werden.

Sein Modell, so Strathus, sei sowohl gerechter, als auch effektiver. Schon jetzt hätten viele junge Autofahrer, um der hohen Anfänger-Versicherungsprämie für Führerscheinneulinge zu entgehen, ihre neuen Fahrzeuge auf den Namen der Eltern angemeldet. In all diesen Fällen bliebe eine einfache Prämienerhöhung für Autobesitzer unter 25 wirkungslos. Im Gegenteil, sie würde den Trend nur noch verstärken, nach einem „Strohmann" zu suchen. Betroffen seien am Ende nur die Ehrlichen.

Eine Selbstbeteiligung dagegen treffe direkt den jungen Autofahrer, der einen Unfall verursache. Zwar müßte die Versicherung den Geschädigten zunächst voll auszahlen und sich dann am Autobesitzer schadlos halten. Aber dieser – auch wenn es der eigene Vater ist – könne ja den schuldigen Fahrer zur Kasse bitten oder ihm den Wagen nie mehr ausleihen. Dies werde erzieherisch wirken. In der Schweiz funktioniere ein ähnliches System bereits seit Jahren.

Daß im Haftpflichttarif inzwischen spezielle Maßnahmen bei den jungen Autofahrern nötig sind, darüber ist man sich im HUK-Verband auf Grund einer neuen Untersuchung einig. Bei einem durchschnittlichen Schadensbedarfs-Index von 100 liegen danach die ermittelten Zahlen bei den unter 25jährigen zwischen 250 und 150, bei den 30jährigen bei 100, bei den 45jährigen bei 80 und erst bei den 65jährigen wieder bei 100. Jeder zweite Großschaden wird von Fahrern unter 25 verursacht, die aber nur insgesamt 13 Prozent aller Autofahrer ausmachen.

Aus einem großen Versicherungsunternehmen sind ergänzend folgende Zahlen bekanntgeworden: Der durchschnittliche Haftpflichtschaden der über 25jährigen Versicherten liegt bei 504 Mark, bei den unter 25jährigen bei 954 Mark.

Schwan im Korb FOTO: DPA

Zuschlag für das „Buch des Löwen" lag jenseits aller Traumgrenzen

Bankier Abs holte „Evangeliar" für 40 Millionen Mark nach Deutschland

FRITZ WIRTH, London

Um 12.45 Uhr nannte Auktionator Richard Came die erste Zahl: „Eine Millionen Pfund" rief er in die Versammlung der bibliophilen und rekordhungrigen Späher hinein. Um 12.47 Uhr sprach Came mit trockenem britischen understatement nicht nur das letzte Wort, sondern zugleich die sensationellste Summe der internationalen Auktionsgeschichte in den Saal: „7,4 Millionen Pfund."

Das war der Preis, für den das „Evangeliar" Heinrich des Löwen gestern von einem unbekannten Besitzer in die Hände eines zu jenem Zeitpunkt ebenfalls noch unbekannten anderen Besitzers wechselte. Das ist für Kunstwerke ein neuer Auktions-Weltrekord.

Die Spannung in der überhitzten Halle löste sich in spontanen Beifall auf. Der Preis übertraf alle Erwartungen. Optimisten bei Sotheby's hatten zuvor vier Millionen Pfund als die „Traumgrenze" bezeichnet.

Obwohl die Sieger dieser Auktion zunächst absolutes Stillschweigen bewahrten, gab es keinen Zweifel, daß die Deutschen an diesem Morgen dieses Schmuckstück aus dem Schatz der Welfen heimgeholt hatten. Der Braunschweiger Oberbürgermeister Hartmut Scupin war nur wenige Minuten nach der Auktion nicht mehr in der Lage, seine Gefühle und seine Siegerfreude zu verbergen.

Doch der Regisseur dieses kostspieligen Coups saß in Reihe drei des Auktionssaals und schwieg. Es war der Bankier Hermann Josef Abs, der 1978 schon in einem vielbestaunten und gut organisierten Unternehmen große Teile der Hirsch-Kollektion nach Deutschland zurückersteigert hatte. Auf die Frage der WELT, ob eine ähnliche Aktion zu erwarten sei, antwortete er wenige Minuten vor der Auktion: „Das war damals eine Gratwanderung, die sich nicht wiederholen läßt. Hier ist alles viel anders."

Wie anders es war, wurde bei Beginn der Auktion deutlich. Abs hatte ganz offensichtlich zwei der schärfsten möglichen Konkurrenten zu seinen Verbündeten gemacht, das britische Buch-Antiquariatshaus Quaritch und den New Yorker Antiquar H. P. Kraus. Mit anderen Worten: Quaritch und Kraus, die größten europäischen und amerikanischen Antiquariatshäuser boten für Deutschland. Hermann Josef Abs saß demonstrativ zwischen den beiden und signalisierte damit die mächtigste und wie sich später herausstellte, unschlagbare Allianz an diesem Morgen.

Das diskrete Handerheben bei Preisen, die von Angebot zu Angebot um jeweils 400 000 Mark anstiegen, besorgte Nicholas Poole-Wilson, der Managing Direktor von Quaritch.

Wer der direkte Gegner dieser deutsch-angloamerikanischen Auktions-Brüderschaft war und den Preis auf diese ungeahnten Rekordhöhen hochtrieb, war zunächst nur Sache der Spekulation. Es gab jedoch konkrete Hinweise, daß ein New Yorker Vertreter des Auktionshauses Christies' im Auftrage der Getty-Stiftung in Malibu bis 7,3 Millionen Pfund mithielt und dem Abs-Konsortium schließlich für 7,4 Millionen Pfund den Welfenschatz überließ.

Die ganze Affäre ging wie ein Zeitrafferfilm über die Szene. Bei drei Millionen Pfund schneuzte Hermann Josef Abs einmal kräftig ins Taschentuch. Es war das einzige Zeichen von Nervosität, das er verriet.

„Stolz? Zufrieden? Glücklich?" wurde er gefragt, und er entgegnete mit sanfter Stimme: „Ich hatte noch keine Zeit, meine Gefühle zu ordnen." Die Ordnung der Finanzen dieses Unternehmens wird noch länger dauern. Sicher ist bisher nur, daß die Stadt Braunschweig durch eine Sammlung ihrer Bürger 550 000 Mark beigesteuert hat, wie Oberbürgermeister Scupin stolz wissen ließ. Mit dieser Summe ist jedoch nicht einmal die Kommissionssumme für den Auktionator Sotheby's bezahlt.

Wieviel von dieser Auktion am Ende von der Bundesregierung und dem Land Niedersachsen und sonstigen privaten Wohltätern beigesteuert wird, ist noch nicht zu übersehen. Sicher jedoch ist, daß der endgültige Kaufpreis für das „Evangeliar" weit über der Auktionssumme von 7,4 Millionen Pfund liegen wird. Denn man darf getrost annehmen, daß sich die Firmen Quaritch und Krans ihre Auktions-Entente für Deutschland gut und teuer bezahlen ließen.

Nach einer Minimal-Schätzung muß deshalb der endgültige Preis für das „Evangeliar" – und das schließt die zehn Prozent für das Haus Sotheby's mit ein – um mindestens 25 Prozent höher entgeschätzt werden. Das bedeutet, daß für die kaufwilligen Deutschen, die sicher auch noch Luft genug hatten, einige Millionen lang weiter mitzuhalten, unterm Strich für die Heimholung des „Evangeliars" eine Summe von rund 40 Millionen Mark zu finden sein wird.

Streit um die gute Tat der Apotheken

Verkauf von Unicef-Karten verstößt gegen Bestimmungen

WILM HERLYN, Düsseldorf

Erstaunt mußten Apotheker in Nordrhein-Westfalen dieser Tage zur Kenntnis nehmen, was ihnen in einem Rundschreiben ihrer Standesorganisation angedeutet wurde. Sie dürften nicht mehr tun, was ihnen jahrelang gute Übung war: der Verkauf von Unicef-Karten. Das ist ein alter Brauch mit uneigennützigen Zielen und zum Selbstkostenpreis.

Dabei wissen die Apothekerkammern wie auch die aufsichtsführenden Behörden bis hin zum zuständigen Arbeits- und Sozialminister, daß sie mit dem uneigennützigen Verkauf der Karten eigentlich gegen die Apotheken-Ordnung verstoßen. Denn dort ist festgelegt, daß nur „apothekenübliche" Waren verkauft werden dürfen. Aber, so weiß der Sprecher der Apothekerkammer Nordrhein, Franz Josef Schulte-Löbbert, „für den guten Zweck werden schon einmal fünf Augen zugedrückt".

In die Diskussion geriet die jahrelange Praxis, als auch andere gemeinnützige Organisationen bei den Apotheken anfragten, ob sie nicht ebenfalls ins wohltätige Geschäft kommen könnten. Da klopften etwa an Ein Herz für Polen oder die Deutsche Krebshilfe, es meldeten sich das Blindenhilfswerk und die Multiple-Sklerose-Gesellschaft, das Behindertenwerk und auch die Umweltschutzorganisation Green Peace.

Davon bekam der zuständige Amtsapotheker Clemens Schmidt beim Gesundheitsamt der Stadt Düsseldorf Wind. Schmidt, offensichtlich bei seinen selbständigen Kollegen ob seiner Aufsichtspflichten nicht sonderlich beliebt (Branchen-Spott: Der Vorname von Herrn Schmidt ist Amtsapotheker), wurde aktiv und wies die Kammer auf die anrollende Lawine an Wünschen hin. Diese reagierte zunächst einmal mit jenem Rundschreiben an ihre Zwangsmitglieder. Als „makaber" indessen qualifizierten die Angeschriebenen die Passage des Briefes, nach der der „Verkauf von Hundefutter für Green Peace" gleichgesetzt würde mit dem „Verkauf von Unicef-Karten".

Trotzig entschlossen sich einige Apotheker, noch mehr Karten bei der Unicef-Zentrale in Köln nachzubestellen. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß die Karten keine Ware an sich sind: „Ware ist erst dann Ware, wenn ich sie zur Gewinnerzielung verkaufe", definiert einer der Betroffenen, und „bei den Karten stelle ich ja Fläche, Arbeitskraft und Zeit zusätzlich und kostenlos zur Verfügung". Außerdem kommt er zu dem Schluß, seine Kammer könne oder solle höchstens eine Empfehlung aussprechen, verbieten könne sie den Verkauf jedoch nicht. Dagegen verweist die Kammer darauf, auch die Überwachungsbehörden hätten schon – wenn auch vorsichtig – angedeutet, der Verkauf von Unicef-Karten, Losen oder Glückswürfeln für andere Hilfsorganisationen sei „mindestens bedenklich". Sie will aber nicht ohne weiteres die Flinte ins Korn werfen. Schon in der vergangenen Woche knüpfte Schulte-Löbbert Kontakte zur Kölner Unicef-Zentrale, um einen Ausweg zu suchen.

Gegenüber der Welt stellte Schulte-Löbbert jedoch ausdrücklich fest, daß keinesfalls mit der guten Tat geworben werden dürfe. Höchstrichterliche Urteile zu diesem Thema stehen allerdings noch aus. Schulte-Löbbert: „Darauf warten wir gespannt."

Spaziergänger stießen auf Heineken-Lösegeld

dpa, Den Haag

Die Amsterdamer Polizei hat den größten Teil des Lösegeldes von umgerechnet wahrscheinlich mehr als 30 Millionen Mark gefunden, das für die Freilassung des niederländischen Großbrauers Alfred Heineken bezahlt wurde. In einem Wald bei Zeist (Mittelholland) wurde in Plastiktonnen im Boden vergraben umgerechnet rund 17 Millionen Mark in amerikanischen, deutschen, niederländischen und französischen Banknoten entdeckt. Das Geld hatten die Entführer Anfang vergangener Woche an der nahegelegenen Autobahn Arnheim-Utrecht übernommen und offenbar hier erst einmal „in Sicherheit" bringen wollen.

Den Fund verdankt die Polizei Spaziergängern, die auf dem Waldboden zweihundert 100-Dollar-Scheine gefunden und an der nächsten Polizeiwache abgeliefert hatten. Die Banknoten waren angeblich mit einer Sprühchemikalie behandelt, an der sich sofort erkennen ließ, daß sie Teil des Heineken-Lösegelds waren. Die Gesamthöhe des Lösegeldes ist nicht bekanntgegeben worden, um nicht – wie der Heinekenkonzern es ausdrückte – „einen Marktwert für eine bestimmte Person festzusetzen". Umgerechnet etwa sieben Millionen Mark waren schon am vergangenen Mittwoch bei Haussuchungen in den Wohnungen Verdächtiger gefunden worden.

Erste Anklage

rtr, London

Ein 31jähriger Angestellter des Sicherheitsunternehmens Brinks-Mats ist gestern im Zusammenhang mit dem größten Goldraub Europas, bei dem am 26. November drei Tonnen Gold sowie Diamanten im Gesamtwert von mehr als 100 Millionen Mark aus einem Lagerhaus am Londoner Flughafen Heathrow gestohlen wurden, unter Anklage gestellt. Über die Umstände der Verhaftung ist bisher nichts bekannt.

„Legale" Havannas

SAD, New York

Rechtzeitig zum Weihnachtsfest können sich Amerikas Zigarrenraucher zum ersten Mal seit 1963 wieder auf den Genuß einer echten Havanna freuen, ohne vor Polizei und Zoll Angst haben zu müssen. Eine große Tabakfirma hat im Ausland 200 000 Havanna-Zigarren aufgekauft, die nachweislich schon 1958 gedreht wurden, und deshalb nicht unter das Einfuhr-Embargo fallen.

Busunfall: 58 Tote

AFP, Paris

Mindestens fünf Menschen kamen gestern bei einem Verkehrsunfall in der Nähe von Vitry-le-François ums Leben. Ein Autobus mit 49 Oberschülern kam bei Glatteis von der Straße ab und stürzte in einen Graben.

Atom-Unfall

AP, Peking

In einer chinesischen Atomwaffenfabrik in der Wüste Gobi ist es nach einem Bericht der Zeitung „Gongren Ribao" 1969 zu einem schweren Unfall gekommen. Als Folge des Unglücks soll das Fabrikgebäude zeitweise stark radioaktiv verseucht gewesen sein. 20 Arbeiter seien zur Behandlung nach Peking gebracht worden.

WETTER: Wolkig, im Süden Schnee

Wetterlage: Zwischen einem Tief über Nordwestrußland und hohem Druck über Westfrankreich fließt Meeresluft polaren Ursprungs.

Vorhersage für Mittwoch:
Im Norden und Osten: Überwiegend stark bewölkt und vereinzelt Schneeschauer. Tageshöchsttemperaturen knapp über dem Gefrierpunkt, nächtliche Tiefstwerte null bis minus 3 Grad.

Westen und Südwesten: Wolkig mit Aufheiterungen und niederschlagsfrei. Höchste Temperaturen bei 5 Grad, nächtliche Tiefstwerte bei null Grad.

Im Süden: Bei meist starker Bewölkung vor allem im Alpenvorland noch länger andauernder Schneefall. Tageshöchsttemperaturen um null Grad, nachts Abkühlung bis minus 5 Grad.

Weitere Aussichten:
Stark bewölkt bis bedeckt und zeitweise Regen- oder Schneefälle, ansteigende Temperaturen.

Stationen: bedeckt, 12 bedeckt, West Scala 5, 8/7. bedeckt, still, Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer, Gewitter, Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze, H-Hoch, T-Tiefdruckgebiet, Luftströmung, warm, kalt, Fronten, Warmfront, Kaltfront, Okklusion, Isobaren, Linien gleichen Luftdruckes (1000 mb–750 mm).

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	3°	Kairo	23°
Bonn	3°	Kopenh.	5°
Dresden	–3°	Las Palmas	21°
Essen	2°	London	4°
Frankfurt	–1°	Madrid	5°
Hamburg	5°	Mailand	4°
List/Sylt	6°	Mallorca	13°
München	–1°	Moskau	1°
Stuttgart	–1°	Nizza	10°
Algier	12°	Oslo	1°
Amsterdam	7°	Paris	6°
Athen	10°	Prag	–4°
Barcelona	12°	Rom	6°
Brüssel	5°	Stockholm	1°
Budapest	–1°	Tel Aviv	21°
Bukarest	–2°	Tunis	11°
Helsinki	2°	Wien	–3°
Istanbul	11°	Zürich	–1°

Sonnenaufgang am Donnerstag: 8.13 Uhr, Untergang: 16.14 Uhr, **Mondaufgang:** 11.45 Uhr, Untergang: 19.40 Uhr. *in MEZ, zentraler Ort Kassel

Erobert „Kanal 77" Dänemarks Bildschirme?

R. GATERMANN, Kopenhagen

Die meisten Dänen, laut Meinungsumfragen rund 75 Prozent, wollen einen zweiten Fernsehkanal, der zudem vom bisherigen Rundfunk- und Fernsehmonopol Danmarks Radio unabhängig ist. Es gibt etliche Vorschläge und Interessenten für das zweite Programm. Am weitesten in der Planung dürfte jedoch der „Kanal 77" sein. Diese – in ihrem Aufbau recht originelle – „Volksaktiengesellschaft" verfügt derzeit über ein Grundkapital von umgerechnet rund 460 000 Mark, die Zahl der Aktionäre, Mitte September ungefähr 6000, wächst ständig. Der „Kanal 77" will seinen Betrieb durch Werbung finanzieren. Er wäre ab Ende 1984 sendebereit. Dazu bedarf es jedoch einer Gesetzesänderung. Und die will Kultusministerin Mimi Stelling-Jacobsen noch vor Jahresende durchs Parlament bringen.

Werbung kein Kulturtöter

Als Mitte dieses Jahres eine 60köpfige Medienkommission ihre Vorschläge für die Zukunft des dänischen Fernsehens unterbreitete, war man sich eigentlich nur in einem Punkt einigermaßen einig: Das zweite Programm soll nicht von Danmarks Radio gemacht werden, das – und vor allem dessen Rundfunkrat – ständig im Kreuzfeuer der Kritik von allen Seiten steht. Etwa zur gleichen Zeit, zu der die Kommission ihren Bericht vorlegte, wurde auch die „Volksaktiengesellschaft Kanal 77" gebildet. Ihr Ziel ist es, ein landesdeckendes Fernsehprogramm anzubieten, das unabhängig vom Staat und allen übrigen Interessengruppen ist. Kein Aktionär kann ein höheres Stimmrecht als ein Prozent erreichen, gleichgültig wieviel Kapital er einsetzt. Sämtliche Ausgaben sollen durch Werbung finanziert werden, die bei einer wöchentlichen Sendezeit von zunächst 40 Stunden zwischen 4 und 7 Prozent ausmachen und nur „in natürlichen Pausen" ausgestrahlt werden soll. Ist das Programm voll ausgehaut, soll die Werbung nicht mehr als 15 Prozent belegen.

Die Initiatoren des „Kanal 77" lassen die allgemein gängige Kritik nicht gelten, daß Fernsehwerbung den gedruckten Medien wirtschaftlich schade und daß Reklame auf dem Bildschirm automatisch schlechte Programmqualität bedeute. Nach einer Marktanalyse werden in Dänemark jährlich rund 1,6 Milliarden Mark für Werbung ausgegeben, von denen 486 Millionen Mark auf Postwurfsendungen entfallen. Auf etwa die Hälfte davon könnten die Privat-TV-Leute hoffen. Zu dem Argument „Werbung als Kulturtöter" heißt es: In allen europäischen Ländern, in denen es Werbefernsehen gebe, habe sie zu einer Belebung und kulturellen Erweiterung des Programmangebots beigetragen. In Dänemark wolle man vor allem frei arbeitende Kräfte auf allen möglichen Gebieten für sich gewinnen. Deswegen würden auch die eigenen Produktionsmittel gering sein.

Von ‚Ausländern' eingedeckt

Fernsehpläne haben in Dänemark aber auch die Filmbranche, beherrscht von einer Firma, und die Tageszeitungsverleger, die für Zahl-TV plädieren, aber bereits jetzt wirtschaftliche Schwierigkeiten haben. Der Verband der Werbungtreibenden hat sein Vorhaben schon wieder in die Schublade verbannt. Gegen die Mitbewerber glauben die Leute hinter „Kanal 77", den Vorteil zu haben, daß sie keine spezifischen Interessen vertreten. Zu ihren Aktionären gehören sowohl Landwirte wie auch hohe Juristen, Journalisten und Hausfrauen.

Obwohl Dänemark nur ein TV-Programm ausstrahlt, für das jährlich 270 Mark an Gebühren gezahlt werden müssen, sind die meisten Dänen nicht alleine auf die Eigenproduktion angewiesen. Die deutschen Programme sind fast bis Kopenhagen und in Jütland bis Veilje, die schwedischen über ganz Seeland und bis Nordjütland, und das norwegische ebenfalls in Nordjütland zu empfangen. Und von 1985 an wird Dänemark zudem noch von verschiedenen europäischen Satellitenprogrammen eingedeckt. Hierzu will der „Kanal 77" ein dänisches Gegengewicht schaffen und hofft nun auf grünes Licht von den Politikern.

Noch etwas zum Namen „Kanal 77". Im Paragraph 77 der dänischen Verfassung steht: „Jeder hat das Recht, in Druckschrift und Rede seine Gedanken zu äußern, soweit dies nicht gegen geltendes Gesetz verstößt. Zensur und andere vorbeugende Verhaltensregeln dürfen niemals wieder eingeführt werden." Dieser Paragraph gilt bisher jedoch nicht für die Äthermedien.

Anzeige

Das beste ist: eine gute Versicherung.
Jederzeit Sicherheit
SIGNAL VERSICHERUNGEN

ZU GUTER LETZT

„Shit." Englischer Ausruf des deutschen Astronauten Ulf Merbold, als er im „Spacelab" versehentlich einen falschen Schalter drückte.

Die neue Bundesanleihe

Rendite: 8,36% · Zinsen: 8,25% jährlich
Laufzeit: 10 Jahre · Ausgabekurs: 99,25% spesenfrei

Erhältlich ab 100 DM bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken.
Private Sparer werden bevorzugt berücksichtigt.
Ausführliche Informationen: Informationsdienst für Bundeswertpapiere,
Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1, Tel.: (0611) 55 07 07.

Verkauf 7. bis 9. 12. 1983

هكذا من الاصل